Bundeskriminalamt

Zum Inhalt:
Seit Beginn der neunziger Jahre stellt rechte, insbesondere fremdenfeindliche Gewalt einen beträchtlichen Teil des Gesamtaufkommens politisch motivierter Gewaltkriminalität in Deutschland. Auch die Bekämpfung des politischen und lebensstilistischen „Feindes“ hat an Gewicht gewonnen.

Ein bedenklich hoher und stabiler Gewaltsockel mit überproportionalen Anteilen der östlichen Bundesländer bestimmt das Bild. Angesichts teils spektakulärer Wahlerfolge auf regionaler Ebene stellt sich die Frage, welche Rolle die radikalisierte Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bei dem hohen Gewaltaufkommen spielt.

Eine Forschungsgruppe am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. in Dresden hat für den Zeitraum 2003 bis 2006 untersucht, ob Wechselwirkungen zwischen NPD-Wahlmobilisierungen und dem Gewalthandeln rechts- sowie linksmilitanter Szenen bestehen. Die Studie zieht einen kontrastiven Vergleich zwischen den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen und geht der Leitfrage mittels quantitativer Analysen der Polizei- und Wahldaten sowie mit qualitativen Untersuchungen (Gerichtsakten, Szeneschriften, Fallstudien zu Räumen gehäufter rechter Gewalttätigkeit, Experteninterviews) nach.

ISBN: 978-3-472-07700-8
9 783472 077008

www.luchterhand-fachverlag.de

Backes · Mletzko · Stoye
NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt

Uwe Backes
Matthias Mletzko
Jan Stoye

NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt

Luchterhand

Vorwort

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in polizeilichen Lageberichten oder in den Medien von rechtsextremistisch motivierten Übergriffen berichtet wird. Das rechtsextremistische Potenzial in Deutschland beläuft sich dem Bundesamt für Verfassungsschutz zufolge auf etwa 31.000 Personen. Die Zahl polizeilich registrierter rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten hat im Jahr 2008 mit über 20.000 einen Höchststand erreicht. Obgleich es sich überwiegend um Propagandadelikte handelte, wird dadurch auch mehr als 60 Jahre nach Ende der NS-Gewaltherrschaft ein Klima der Angst und Einschüchterung erzeugt, unter dem besonders unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger leiden. Angst, Einschüchterung und rechtsradikaler Gewalt schutzlos ausgeliefert zu sein – das darf es in unserem Staat nach den schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit nicht mehr geben!

Gelegentlich wird von polizeiexternen Betrachtern der Eindruck vermittelt, die Polizei hätte diese Zeichen der Zeit nicht erkannt. Dem entgegen ist es jedoch nicht übertrieben zu behaupten, dass die Polizei neben dem internationalen Terrorismus kaum einem anderen Thema eine solch hohe Aufmerksamkeit entgegen bringt wie dem Rechtsextremismus, dessen Bekämpfung seit vielen Jahren einen Aufgabenschwerpunkt bei den Polizeien der Bundesländer und auch im Bundeskriminalamt bildet. Darüber hinaus hat das BKA im Jahr 2007 eine Initiative gestartet, die eigene Entwicklungsgeschichte im Hinblick auf „braune Wurzeln“ aufzuarbeiten. Vereinzelt bezweifelten dabei kritische Stimmen, ob der Blick in die Vergangenheit auch der Zukunft diene. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass wir nur durch die Kenntnis und Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit künftige Entwicklungen verantwortungsvoll gestalten können.

Das hier gegenständliche Forschungsprojekt „NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt“ ist erneut Ausdruck dessen, dass sich das BKA den Herausforderungen des Rechtsextremismus stellt und bestrebt ist, – neben vielfältigen repressiven und präventiven Maßnahmen – Ursachen und Erscheinungsformen dieses Phänomens systematisch zu untersuchen. Nur ein objektiver, wissenschaftlich gestützter Ansatz wird uns verlässliche Einblicke gewähren, die notwendig sind, um dem Phänomen adäquat begegnen zu können. Trends, Entwicklungen und Brennpunkte bei der Straftatenentwicklung müssen möglichst frühzeitig erkannt werden, damit wir entsprechend gegensteuern und unsere Ressourcen optimal einsetzen können: Früherkennung ist das strategische Ziel.

Mein Dank gilt an dieser Stelle dem Forschungsteam um Prof. Dr. Uwe Backes vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden. In einem für ein solches Projekt vergleichsweise knappen zeitlichen Rahmen von 18 Monaten wurde ein umfangreiches Programm engagiert bearbeitet. Damit konnten Einsichten zu Fragestellungen gewonnen werden, die in einer solchen

Systematik auch im internationalen Vergleich bislang nicht angegangen worden waren. Von besonderem Wert sind hieraus erlangte, so bisher nicht dokumentierte Einblicke in das rechte und linke Gewaltgeschehen, die für die Gestaltung polizeistrategischer Zugänge zum Phänomenfeld der Politisch motivierten Kriminalität –rechts– neue Handlungsansätze versprechen. So wurden u. a. Tatbegehungsweisen identifiziert, die kennzeichnend für rechte *und* linke Szenestrukturen zu sein scheinen.

Das Phänomen der Politisch Motivierten Kriminalität, wie auch immer sie ideologisch begründet ist, stellt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Jedweder Form von Extremismus und Terrorismus müssen wir in allen gesellschaftlichen Bereichen entschieden entgegen treten. Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland müssen weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden – neben polizeilichen Maßnahmen sind auch Aktivitäten kommunaler Einrichtungen und gesellschaftlicher Organisationen unverzichtbar. Wir alle tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass in unserer Gesellschaft kein Platz für derart menschenverachtendes Gedankengut bleibt.

Jörg Ziercke
Präsident des Bundeskriminalamtes

Geleitwort des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen

Der politische Raum, gesellschaftliche Institutionen und die Sicherheitsorgane in Deutschland müssen sich seit Jahren in immer stärkerem Maße mit unterschiedlichen Aspekten des Rechts- und Linksextremismus auseinander setzen. Parteien und Gruppierungen dieser Spektren versuchen zwar seit Jahrzehnten, sich in den Parlamenten und auf kommunaler Ebene in Deutschland als ernst zu nehmende politische Kräfte dauerhaft zu etablieren. Eine auf Toleranz und Pluralismus gestützte politische Kultur in Deutschland sorgt jedoch auch weiterhin dafür, dass dieses Ansinnen in unserer gefestigten Demokratie zumeist scheitert. Derartige Parteien und Gruppierungen führen daher regelmäßig ein Schattendasein in unserer politischen Landschaft.

Wichtig ist, dass neuen Strategien des Rechtsextremismus, die vor allem auf die Rekrutierung jugendlichen Nachwuchses zielen, durch umfassende Aufklärungsarbeit und Präventionsmaßnahmen begegnet wird. Zur Information von Jugendlichen hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen den Bildungscomic „Andi“ veröffentlicht, der in drei Ausgaben zu den Themen Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus erschienen ist. Das erste Heft geht den Methoden nach, mit denen Rechtsextremisten Jugendliche ködern möchten, und liegt inzwischen in einer Gesamtauflage von rund 320.000 Exemplaren vor. Darüber hinaus sind Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen regelmäßig an Schulen und in Einrichtungen der Lehrerfortbildung zu Gast, um über den Rechtsextremismus, seine Ideologie und Strategie aufzuklären. In den vergangenen Jahren fanden jeweils über 100 entsprechende Informationsveranstaltungen pro Jahr statt.

Kontinuierlich entwickelt und unterstützt der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen Konzepte und modellhafte Projekte, die auf die Stärkung präventiver Kompetenz bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zielen. Einige Beispiele sind die Jugendkongresse „Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“, die sich an jugendliche „peer leaders“ richten, die Fortbildungsreihe „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ für Fachleiterinnen und Fachleiter an Studienseminaren für das Lehramt, entsprechende Fortbildungen für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, Workshops für Vertreterinnen und Vertreter von Fußballvereinen sowie das „Kommunalwiki gegen Extremismus“ eine Informationsdrehscheibe, durch die sich vor allem Kommunalbehören nach dem „best practice“-Prinzip untereinander über ihre Projekte gegen Extremismus austauschen können. Darüber hinaus gibt das Innenministerium hier Rechtshinweise, stellt Urteile etc. zur Verfügung, deren Beachtung bei der Aufklärungsarbeit wichtig ist. Verfassungsschutzbehörden können die professionelle präventive Arbeit anderer nicht ersetzen, aber sinnvoll ergänzen und unterstützen. Deshalb arbeitet der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen mit Partnerorganisationen eng zusammen, zum Beispiel mit der Landeszentrale für politische Bildung, mit jugendschutz.net

– der Zentralstelle der Länder für Jugendschutz im Internet –, mit Universitäten, Stiftungen, Volkshochschulen, kirchlichen oder gewerkschaftlichen Gruppen und anderen staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Partnern.

Trotzdem werden die Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten seit einigen Jahren zunehmend „auf die Straße“ getragen. Die Folge sind gegenseitige Gewalttaten, vor allem im Zusammenhang mit Demonstrationen.

Vor diesem Hintergrund ist es auch wichtig neben einer Vielzahl von präventiven Maßnahmen, die Ursachen von Gewalt und Rechtsextremismus zu erforschen.

Polizei und Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen haben daher im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten durch die Bereitstellung von Datenmaterial und durch Hintergrundgespräche Hilfestellung für das Forschungsprojekt geleistet.

Dr. Ingo Wolf MdL
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Geleitwort des Staatsministers des Innern, Freistaat Sachsen

Extremisten sind eine Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen und das friedliche Zusammenleben aller Menschen in unserem Land. Demokratie muss deshalb verteidigt werden. Dabei kommt es nicht nur darauf an, gegen etwas einzutreten – gegen Gewalt und Rechtsextremismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus – sondern es kommt vor allem darauf an, für etwas zu streiten: nämlich für Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde, für Freiheit und Sicherheit, für Demokratie und Toleranz.

Für die Sächsische Staatsregierung nimmt die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus seit Jahren einen hohen Stellenwert ein.

Die Beobachtung und Analyse rechtsextremistischer Zusammenschlüsse stellt einen Schwerpunktbereich des Verfassungsschutzes dar. Das Sammeln von Informationen, verbunden mit der wissenschaftlichen Analyse der zusammengetragenen Fakten und Daten, geben die Möglichkeit, die Entwicklungen im Rechtsextremismus frühzeitig zu erkennen und Gegenstrategien zu entwickeln.

Damit politisch motivierte Gewalttäter aus dem rechten Spektrum verstärkt bekämpft werden, habe ich die seit 1991 bestehende Sonderkommission Rechtsextremismus beim Landeskriminalamt Sachsen personell von 30 auf 40 Beamte aufgestockt. Struktur und Aufgabenspektrum der Soko Rex haben bundesweit Beachtung und Anerkennung gefunden; andere Länder haben sich daran orientiert und ähnliche Bekämpfungseinheiten eingerichtet. Unser Prinzip bleibt: Null Toleranz gegenüber rechtsextremistischer Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Sachsen hat im vergangenen Jahr mit der Einrichtung eines Landespräventionsrates ebenso ein klares Signal gegeben wie mit dem Programm „Weltoffenes Sachsen“, das bereits 2005 aufgelegt worden ist. Der Freistaat unterstützt damit eine Vielzahl von Initiativen und Projekten, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen, und fördert so das bürgerschaftliche Engagement gegen Gewalt und Rechtsextremismus direkt vor Ort.

Demokratieerziehung ist ein Schwerpunkt der sächsischen Bildungspolitik. Das zeigt sich an den Erziehungs- und Bildungszielen des Schulgesetzes, den seit 2004 umgesetzten, reformierten Lehrplänen sowie einer Vielzahl von Projekten zu Demokratie, Rechtsstaat und Rechtsextremismus. Das Kultusministerium ist hier engagiert, genauso wie das Staatsministerium der Justiz und für Europa. Landesweit stehen mehr als 60 Richter und Staatsanwälte für den Rechtskundeunterricht mit den Themenschwerpunkten Rechtsextremismus, Zivilcourage und wehrhafte Demokratie zur Verfügung. Sie geben dem demokratischen Rechtsstaat vor Ort ein Gesicht.

Neben der Vielzahl von repressiven und präventiven Maßnahmen ist es aber auch wichtig, die Ursachen und Entstehungsbedingungen von Gewalt und Rechtsextremismus zu erforschen Der Freistaat Sachsen hat deshalb das Forschungsprojekt des Bundeskriminalamtes unterstützt.

Markus Ulbig
Staatsminister des Innern, Freistaat Sachsen

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 1

2 Problemaufriss, Forschungsfragen und Forschungsziele 4
2.1 Grundannahmen und Schlüsselbegriffe 4
2.2 Forschungsfragen und Untersuchungsdesign 7

3 Forschungsstand 10
3.1 Bundesweite Trends rechter und linker Gewalt 10
3.2 Extremistische Akteure und Gewalt 18
3.2.1 Besonderheiten des Akteurs NPD 18
3.2.2 Besonderheiten des Akteurs rechte militante Szene 21
3.2.3 Wechselseitige Perzeptionsmuster rechter und linker militanter Szenen 23
3.2.4 Handlungsfeld Konfrontation mit dem politischen Feind . 24

4 Rechte Gewalt und linke Konfrontationsgewalt in Sachsen und Nordrhein-Westfalen 29
4.1 Daten und Methoden 29
4.1.1 Datenbasis und Probleme der polizeilichen Ersterfassung 29
4.1.2 Datenaufbereitung und Aggregatdaten 32
4.1.3 Regressionsanalysen 33
4.1.4 Zeitreihenanalysen 33
4.1.5 Korrelationsanalysen 35
4.2 Entwicklungen und Trends politisch motivierter Gewalt 2003–2006 35
4.2.1 Sachsen 36
4.2.2 Nordrhein-Westfalen 38
4.3 NPD-Wahlmobilisierungen und politisch motivierte Gewalt 39
4.3.1 Sachsen 39
4.3.2 Nordrhein-Westfalen 41
4.3.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 43
4.4 Wechselseitige Konfrontation 44
4.4.1 Sachsen 44
4.4.2 Nordrhein-Westfalen 45
4.4.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 47
4.5 Mediale Erregungswellen und politisch motivierte Gewalt 47
4.5.1 Sachsen 48
4.5.2 Nordrhein-Westfalen 49
4.5.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 51
4.6 NPD-Wahlmobilisierungen und rechte Gewalt in den Kreisen . . . 52

4.6.1 Sachsen 52
4.6.2 Nordrhein-Westfalen 53
4.6.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 54
4.7 Kontexte rechter Gewalt in Sachsen 55
4.7.1 Zeitliche Zusammenhänge. 55
4.7.2 Räumliche Zusammenhänge 57
4.7.3 Regionale Trends. 62
4.7.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 63
4.8 Exkurs: Sozial-ökonomische Faktoren 64
4.8.1 Sozial-ökonomische Faktoren und NPD-Wahlergebnisse . 64
4.8.2 Sozial-ökonomische Faktoren und rechte Gewalt 67
4.8.2 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 69
4.9 Qualitäten der Gewaltdelikte. 70
4.9.1 Sachsen 70
4.9.2 Nordrhein-Westfalen 84
4.9.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 93
4.10 Räumliche Zusammenhänge und Einflussfaktoren 93
4.10.1 Sachsen 93
4.10.2 Nordrhein-Westfalen 101
4.10.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 104
4.11 Fazit der quantitativen Analysen 105

5 Schwere rechte Gewalt – Gerichtsaktenanalyse 108
5.1 Methodische Anmerkungen 108
5.1.1 Auswahlverfahren, Rücklauf. 109
5.1.2 Fall- und Täterzahlen. 110
5.2 Motivische Qualitäten schwerer Gewaltdelikte. 112
5.2.1 Sachsen 112
5.2.2 Nordrhein-Westfalen 118
5.3 Markant herausragende Handlungsmuster 120
5.3.1 Überfälle und Streifen. 121
5.3.2 Interaktive Verklammerungen mit Antifa-Aktionen 126
5.3.3 Exzessive Tatbegehung 128
5.4 NPD-Bezüge 131
5.4.1 Sachsen 131
5.4.2 Nordrhein-Westfalen 135
5.5 Abschließende Bewertung. 137

6 Vier Räume mit Gewalttatenhäufungen 140
6.1 Sächsische Schweiz. 140
6.1.1 Vorgeschichte der Konstellation NPD/SSS 140
6.1.2 Ausmaß, Verlauf und Besonderheiten rechter Gewalt 2003–2006. 145
6.2 Mittweida 149

6.2.1 Vorgeschichte der Gruppe „Sturm 34“ 149
6.2.2 Ausmaß, Verlauf und Besonderheiten rechter Gewalt 2003–2006 154
6.3 Bochum und Gelsenkirchen 157
6.4 Vergleich und Fazit 159

7 Wechselseitige Perzeptionen militanter Szenen: Antifa und Anti-Antifa 160
7.1 Szene-Entwicklungen 160
7.1.1 Antifa 161
7.1.2 Anti-Antifa 164
7.2 Perzeptionen: Selbstbilder, Feindbilder, Gewaltdiskurse 166
7.2.1 Antifa-Selbstbilder 166
7.2.2 Antifa-Feindbilder 168
7.2.3 Antifa-Gewaltdiskurse 169
7.2.4 Anti-Antifa-Selbstbilder 173
7.2.5 Anti-Antifa-Feindbilder 175
7.2.6 Anti-Antifa-Gewaltdiskurse 176
7.3 Vergleich 178
7.3.1 Selbstbilder 178
7.3.2 Feindbilder 179
7.3.3 Gewaltdiskurse 180
7.4 Verhältnis zur NPD 181
7.5 Fazit 183

8 Ergebnisse der Experteninterviews 184
8.1 Vorgehensweise 184
8.2 Interaktionsdynamik rechts/links 185
8.3 Beziehungen zwischen rechter Gewaltszene und NPD 186
8.4 Räume mit Gewalttatenhäufungen 187
8.5 Fazit 189

9 Schlussbewertung – Zusammenfassung 190

10 Summary 201

11 Anhang 202
11.1 Schaubildverzeichnis 202
11.2 Tabellenverzeichnis 205
11.3 Fallsammlungen Tatschwere 207
11.3.1 Einstufung der Tatschwere in Schwerekategorien 207
11.3.2 Fallsammlung Tatschwere rechts Sachsen 2003–2006 . . . 209
11.3.3 Fallsammlung Tatschwere rechts NRW 2003–2006 210

11.3.4 Fallsammlung Tatschwere Konfrontationsgewalt links Sachsen 2003–2006 211
11.3.5 Fallsammlung Tatschwere Konfrontationsgewalt links NRW 2003–2006 211
11.4 Schaubilder 212
11.5 Tabellen 219
11.6 Abkürzungsverzeichnis 223
11.7 Stichwortverzeichnis 226
11.8 Personenverzeichnis 234

12 Literaturverzeichnis 236

13 Autorenhinweise 245

1 Einleitung

Seit Beginn der neunziger Jahre stellt *rechte, insbesondere fremdenfeindliche Gewalt* einen beträchtlichen Teil des Gesamtaufkommens politisch motivierter Gewaltkriminalität in Deutschland. Trägergruppen sind zum einen militante Rechtsextremisten (NS-affine Szene, Skinheads), zum anderen deren Randbereiche mit diffusen informellen Cliquen. Der Gewaltverlauf ist durch abrupte und extrem hohe Ausschläge in den Jahren 1991 bis 1993 gekennzeichnet. Für das Gros der neunziger Jahre und das neue Jahrzehnt ist ein *bedenklich hoher und stabiler Gewaltsockel* mit überproportionalen Anteilen der östlichen Bundesländer bestimmend. Neben der fremdenfeindlichen und rechten Gewalt hat sich, sozialwissenschaftlich kaum beachtet, die erbitterte und *gewaltsame Bekämpfung des ebenfalls gewaltgeneigten politischen Gegners* zu einem Aktionsfeld mit bemerkenswerten Kontinuitäten und Intensitäten entwickelt. Wichtige Akteure sind hier zum einen die Szene militanter autonomer Gruppen mit ihren Antifaschismus (Antifa)-Kampagnen, zum anderen militante Rechtsextreme mit ihren Anti-Antifa-Aktivitäten.

In der Landschaft des deutschen Rechtsextremismus spielt seit nunmehr über zehn Jahren die radikalisierte *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)* mit ihrer Aggressivität der Agitation, der Nähe zu militanten Szenen und dem ambivalenten Verhältnis zur Gewalt eine herausragende Rolle. Dass die NPD mit ihren seit 2004 vor allem in Sachsen erfolgreichen Wahlkämpfen rechte Gewalt stimuliert, scheint plausibel und wird in Medien und Politik immer wieder behauptet, ist aber in der Forschung keinesfalls befriedigend geklärt. Es kursieren einander widersprechende Hypothesen, wonach rechtsextreme Parteien gewaltfördernd oder auch gewaltdämpfend auf militante Szenen wirken können. Zur Frage, welche Wirkungsrichtungen es zwischen rechtsmilitanten Mobilisierungen und linksmilitanten Gegenmobilisierungen gibt, liegen so gut wie keine Forschungserkenntnisse vor, obwohl sich ein nicht geringer Anteil des gesamten politisch motivierten Gewaltaufkommens aus solchen konfrontativen Ereignissen speist.

Untersuchungsgegenstand dieser Studie sind mögliche Wechselwirkungen zwischen NPD-Wahlmobilisierungen und dem Gewalthandeln rechts- sowie linksmilitanter Szenen. Hierzu werden als Fallstudien die Länder Sachsen und Nordrhein-Westfalen herangezogen. Der Gesamtuntersuchungszeitraum 2003 bis 2006 erfasst ein zwölfmonatiges Zeitfenster vor und nach mehreren Wahlen (Europawahl Juni 2004, Landtagswahl Sachsen September 2004, Landtagswahl Nordrhein-Westfalen Mai 2005, Bundestagswahl September 2005).

Die Arbeit bereitet den fachbehördlichen sowie politik- und sozialwissenschaftlichen Kenntnisstand zu den Untersuchungsfragen auf, diskutiert die methodischen Probleme der sich aus sicherheitsbehördlichen Quellen speisenden Da-

tenbasis und weist die eingesetzten empirischen Methoden aus. Der quantitative Teil stellt Ausmaß, Verlauf und Merkmale der erhobenen Gewaltdelikte mit einem besonderen Augenmerk auf die Tatschwere dar, ermittelt mit wahl- und kriminalgeographischen Zugängen Wahlhochburgen sowie Räume gehäufter Gewalttätigkeit und prüft diese korrelations- und zeitreihenanalytisch auf Zusammenhänge. Der qualitative Teil vertieft die Betrachtung schwerer Gewaltdelikte mit einer Gerichtsaktenanalyse, überprüft je zwei der nach Häufigkeitszahl mit Gewaltdelikten am höchsten belasteten Räume auf Besonderheiten der Akteursgruppen, betrachtet anhand von Szenepublikationen wechselseitige Perzeptionen der Akteursgruppen und schließt mit Interviews von sicherheitsbehördlichen Experten.

Die Durchführung der Studie wäre ohne die Unterstützung von Behörden des Bundes und der Länder sowie einiger Privatpersonen nicht möglich gewesen. Die Verfasser bedanken sich nachdrücklich bei der Gruppe ST 1 des BKA (den Herren Voß, Depping, Barbian sowie deren Kolleginnen und Kollegen), die die umfangreiche Erhebung der Polizeidaten in Meckenheim ermöglicht und Lageberichte zur Verfügung gestellt hat; bei der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus/KI 11 des BKA (Herrn Dr. Kemmesies, Frau Kock sowie deren Kolleginnen und Kollegen), die das Projekt mit auf den Weg gebracht und gemanagt hat; bei der Abt. 2 des BfV (den Herren Hencken, Steffens) für die umfangreiche Zulieferung von Primärliteratur und die Hilfestellung bei der Regelung des zwischenbehördlichen Verkehrs; beim LfV Sachsen (den Herren Boos, Dr. Vahrenhold sowie deren Kolleginnen und Kollegen) für die umfangreiche Zulieferung von Primärliteratur, der Aufbereitung von Kontextdaten und das Interview; beim LKA Sachsen (den Herren Pählich, Schulz) für die Lageberichte und das Interview; bei der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums NRW (den Herren Dr. Möller, Freier und Nendza) für die Primärliteratur, das Interview und die vielen hilfreichen inhaltlichen Anregungen; beim LKA NRW (den Herren Gatzke, Lilgert sowie deren Kolleginnen und Kollegen) für die Lageberichte und Kontextdaten; bei der Generalstaatsanwaltschaft des Freistaates Sachsen (Frau Staatsanwältin Kohlschmidt) und beim Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Frau Steven) für die wohlwollende Unterstützung bei der Gerichtsaktenbeschaffung; bei der Staatsanwaltschaft Dresden (Herrn Oberstaatsanwalt Schär und Frau Fritsche), der Staatsanwaltschaft Bautzen (Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Heinrich und Frau von End), der Staatsanwaltschaft Essen (Herrn Justizoberinspektor Klaus) für die umfangreiche Akteneinsicht im Hause und Herrn Schär für das Interview; bei den Staatsanwaltschaften Bielefeld, Chemnitz, Dortmund, Düsseldorf, Mönchengladbach, Münster und Wuppertal für die umfangreiche Zulieferung von Gerichtsakten; bei allen anderen Staatsanwaltschaften für ihre Dokumentenzulieferungen; bei Dr. Joachim Reuhl für seine rechtsmedizinische Beratung und schließlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hannah-Arendt-Instituts: Frau Brock, Frau Georgi und Herrn Diplomingenieur Walter Heidenreich für ihre administrative und tech-

nische Unterstützung, Frau Kegel und Frau Schmidt für die Literaturbeschaffung, Frau Kretschmer für die Bearbeitung der Grafiken sowie Herrn Class und Frau Richter für die Textbearbeitung.

2 Problemaufriss, Forschungsfragen und Forschungsziele

2.1 Grundannahmen und Schlüsselbegriffe

In der bekanntermaßen zerklüfteten Extremismus-, Terrorismus- und Gewaltforschungslandschaft ist die Klärung zentraler Begriffe im Sinne von Arbeitsdefinitionen unverzichtbar. Es wird davon ausgegangen, dass die innerhalb dieses Untersuchungsrahmens agierenden gewaltgeneigten Szenen und Gruppen sich neben bestimmten sozialen vor allem durch *mentale und denkstrukturelle Merkmale besonderer Qualität* auszeichnen.

Von *politischem Extremismus* wird in dieser Studie dann gesprochen, wenn die in gewaltgeneigten Szenen vorzufindenden Einstellungen und Orientierungsmuster mit Basisnormen konstitutionell-demokratisch verfasster pluralistischer Gesellschaften kollidieren. Hierzu zählen das in der Menschenrechtsidee zum Ausdruck kommende Axiom menschlicher Fundamentalgleichheit, die Legitimität einer Vielfalt konkurrierender Meinungen, Anschauungen und Interessen und die Verfahrensregeln eines gewaltenkontrollierenden Institutionengefüges. Die implizite oder explizite Negation dieser Basisnormen beruht auf *mentalen und denkstrukturellen* Besonderheiten wie der Verabsolutierung der eigenen manichäischen Weltsicht (Monismus), der Neigung zu verschwörungstheoretischen Spekulationen oder der Entwicklung aggressiver Freund-Feind-Stereotype (Backes 1989, 2006). Die Richtungsbegriffe *rechts* und *links* markieren das jeweilige Verhältnis zum Egalitätsprinzip (Bobbio 1994). Bei den zu untersuchenden militanten Szenen kontrastiert der rabiate Antiegalitarismus ethnozentrischer und rassistischer Orientierungen mit dem extremen Egalitarismus anarcho-kommunistischer Ideologeme. Aus Gründen sprachlicher Gefälligkeit wird „extremistisch" oft durch „extrem" ersetzt.

Zur Definition *politisch motivierter* Kriminalität/Gewalt werden die Kategorien des 2001 eingeführten polizeilichen Erfassungssystems Politisch motivierte Kriminalität (PMK) übernommen. Die für den Fokus dieser Arbeit relevanten Definitionsbestandteile politischer Motivation lauten:

„Der Politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten, [. . .]
- gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet" (BKA 2007c: 5).

Der erste Bestandteil ähnelt vom Sinngehalt dem im 1989 erstellten Endgutachten der unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission) festgelegten Begriff politisch motivierter Ge-

walt: Darunter wurde diejenige Gewalt verstanden, die „von Bürgern für die Erzwingung oder Verhinderung von Entscheidungen, die für die Gesellschaft oder Teilbereiche von ihr verbindlich getroffen werden, eingesetzt wird oder mittels der gegen Zustände und Entwicklungen protestiert wird, die solchen Entscheidungen angelastet werden“ (Schwind/Baumann et al. 1990, Bd. I: 52). Der zweite Bestandteil bündelt die Zielrichtungen (Themenfelder) politisch motivierter Kriminalität und Gewalt. Relevant für den Fokus dieser Untersuchung sind für den Phänomenbereich „rechts“ die in der PMK-Erfassung unter „Hasskriminalität“ subsumierten Zielrichtungen „fremdenfeindlich“, „rassistisch“, „antisemitisch“ und sonstige gegen „Religion“, „Behinderung“ oder „gesellschaftlichen Status“ gerichtete Heterophobie und „Konfrontation/Politische Einstellung gegen links“ oder „gegen sonstige politische Gegner“ und für den Phänomenbereich „links“ ebenfalls „Konfrontation/Politische Einstellung gegen rechts“ und „gegen sonstige politische Gegner“ sowie „Antifaschismus“. Die PMK-Definition enthält weitere Bestandteile, mit der herkömmliche Bereiche der Staatsschutzkriminalität erfasst werden sollen.[1] Erfassungs- und Abgrenzungsprobleme werden im Abschnitt 4.1.1 Datenbasis und Probleme der polizeilichen Ersterfassung und auch an Einzelfällen diskutiert. Zur sprachlichen Vereinfachung wird statt „Politisch motivierte Gewaltkriminalität – rechts“ („-links“) der Terminus *„rechte (linke) Gewalt“* verwendet.

Aus Gründen begrifflicher Handhabbarkeit wird hier in Anlehnung an das 1989 erstellte Endgutachten der unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission) ein *enger Gewalt-*

1 Die vollständige Definition in ihrer Fassung vom Februar 2007 lautet: „Der Politisch motivierten Kriminalität werden *Straftaten* zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie
   – den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
   – sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
   – durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
   – gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.

   Darüber hinaus werden Tatbestände gem. §§ 80–83, 84–86a, 87–91, 94–100a, 102–104a, 105–108e, 109–109h, 129a, 129b, 234 a oder 241 a StGB erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann.

   Erläuterung:

   Die Bezeichnung *Politisch motivierte Kriminalität* wurde gewählt, obwohl die darunter aufgeführten Delikte in Einzelfällen auch ohne explizite politische Motivation verwirklicht werden können“ (BKA 2007c: 5).

begriff im Sinne der zielgerichteten, direkten physischen Schädigung von Menschen durch Menschen zugrunde gelegt. Es geht um *absichtsvoll herbeigeführte körperliche Beeinträchtigungen* anderer Menschen (Schwind/Baumann et al. 1990, Bd. I: 52). Hierzu ergänzend wird auf der Einstellungsebene unter *Gewaltbereitschaft* (in diesem Text gleichbedeutend mit *Militanz*) ebenfalls in Anlehnung an die Gewaltkommission die „Neigung von Personen, unter jeweils näher zu beschreibenden Umständen für die Erreichung ihrer Ziele Gewalt einzusetzen", verstanden (ebd.: 46).

Der Begriff *„schwere Gewalt"* wird für diese Untersuchung folgendermaßen präzisiert: Im Lauf der Untersuchung hat sich herausgestellt, dass Rechtsnormzuordnung und Angabe des Tatmittels bei der polizeilichen Erfassung – von selbstevidenten Tötungsdelikten und schweren Körperverletzungen abgesehen – die Schwere eines Gewaltdelikts nur unzureichend abzubilden vermögen. Der Großteil der PMK-Gewaltdelikte, nämlich einfache und gefährliche Körperverletzungen, hätte dann hinsichtlich der Tatschwere keine Aussagekraft, da die Einstufungen vom lapidaren Geplänkel bis zur brutalst begangenen Gewalttat mit schweren Verletzungen reichen. Daher wurden dem Fallmaterial alle herausragend brutalen Tateinwirkungen entnommen und diese einer rechtsmedizinischen Einordnung zur Wahrscheinlichkeit tödlicher und schwer(st)er Verletzungen unterzogen. So ist ein vierstufiger Tatschwere-Index entstanden. „Schwere Gewalt" bezieht sich in diesem Text auf die mit „Tatschwere" (I: mit lebensbedrohlichen, II: mit seltener lebensbedrohlichen, III: mit kaum lebensbedrohlichen, aber schmerzhaften Einwirkungen) belegten Gewaltdelikte und darüber hinaus auf mit Verletzungs- oder Tötungsabsicht verübte Brand-/Sprengstoffanschläge.

Der in diesem Text oft verwendete Begriff *Szene* ist erläuterungsbedürftig. Szenen sind relativ neue, dynamische, nicht so klar wie Organisationen abgrenzbare, soziale Phänomene und Gegenstand (jugend-)kultursoziologischer und bewegungstheoretischer Forschungsrichtungen. Es handelt sich um netzwerkartige Formen der sozialen Verknüpfung mit einem *breiten, fluiden Milieuangebot*. Szenen zeichnen sich durch einen *bestimmten Habitus* aus; sie profilieren sich durch alltagsästhetische Stilisierung (inbes. Musik, Kleidung, Konsumverhalten, Symbolsprache). Szenen können darüber hinaus Sicherheiten auf der Ebene von Kognition und Handeln in unübersichtlichen Situationen anbieten (vgl. Bergmann/Erb 1994: 8–14). Ein nützlicher Definitionsversuch:

„Eine Szene ist eine soziale Verdichtung, die sich durch gemeinsame Orte, durch ein lokales Stammpublikum und durch die Ähnlichkeiten von Inhalten auszeichnet. Der Zutritt erfolgt nicht über formale Aufnahmeverfahren oder eine bereits ausgeprägte ideologische Voreinstellung, sondern neue Mitglieder werden rasch durch Anwesenheit und Teilnahme an der szenetypischen Kommunikation sozialisiert" (Bergmann/Erb 1994: 8).

An die Terminologie der PMK-Erfassung anknüpfend, ist nachfolgend sprachlich vereinfachend dann von „rechter Szene" oder „linker Szene" die Rede, wenn aus diesen Formationen heraus in den jeweiligen Ereigniskontexten politisch motivierte Straftaten begangen werden. Sofern genauere Angaben vorhanden sind,

wird weiter differenziert nach „NS-affinen“ oder „neonationalsozialistischen“ Gruppen/Szenen – auf den oft polemisch verwendeten Begriff „Neonazi“ wird verzichtet– „Skinhead“- oder „Rechtsrock“-Szene sowie linksmilitanten autonomen Gruppen und „Autonomen Nationalisten“.

Schließlich soll im Rückgriff auf Eckert/Willems u. a. (2002: 1459) unter *Eskalation* die gewollte oder ungewollte Steigerung einer gewaltsamen Konfrontation hinsichtlich des Ausmaßes und der Art der eingesetzten Mittel verstanden werden. Ungebremste Eskalationen sind häufig durch sich selbst verstärkende, schwer steuer- und prognostizierbare Aktions-Reaktions-Spiralen gekennzeichnet und können Aktionsformen, Strategien, gegenseitige Wahrnehmungen und Hemmschwellen der Akteure maßgeblich verändern. Unter einem *Schlüsselereignis* soll ein Ereignis verstanden werden, das einen deutlichen Anstieg von Gewalttaten (Resonanzwelle) oder einen drastischen Abfall nach sich zieht (vgl. Ohlemacher 1999: 62).

2.2 Forschungsfragen und Untersuchungsdesign

Unter Anwendung des Gelegenheitsstrukturansatzes hat vor allem die Bewegungsforschung (u. a. Koopmans, Minkenberg) immer wieder auf folgenden, im internationalen Vergleich auffälligen Zusammenhang hingewiesen: Das Niveau rechter Gewalttaten sei besonders in jenen Ländern hoch, in denen rechtsextreme Parteien eher schwach sind (z. B. Deutschland, Großbritannien). Dagegen wiesen Länder mit effektiven, einflussreichen Rechtsaußenparteien (z. B. Frankreich, Österreich) ein geringes Gewaltniveau auf. Die Erklärung aus der Bewegungsforschung lautet, fremdenfeindliche, rechtsextreme Gewalt und fremdenfeindliche, rechtsextreme Parteien seien „die beiden wichtigsten Mobilisierungskanäle dieser Szene“ und würden „von deren Akteuren und Anhängern als strategische Alternativen genutzt“ (Esser et al. 2002: 213). Daneben findet sich aber auch die entgegengesetzte These, „dass ein rechter Wahlerfolg die Legitimationsbasis für Übergriffe gegen Ausländer bilden könnte“ (Ohlemacher 1999: 61).

Detaillierte empirische Untersuchungen zu dieser Frage gibt es bislang nicht. Immerhin haben Berliner Analysen rechter Gewalt von 1998–2006 eine deutliche Korrelation zwischen hohen NPD-Wahlergebnissen und Räumen gehäufter rechter Gewalttätigkeit im Osten der Stadt festgestellt (SenInn Berlin 2007: 23, 31). Und Tim Spier kommt in einer Aggregatdatenanalyse zu den Ursachen des NPD-Wahlerfolges bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 zu dem Ergebnis, die NPD-Hochburgen befänden sich überwiegend dort, wo ein überdurchschnittlicher Anteil an fremdenfeindlich/rechtsextrem motivierten Propaganda- und Gewaltdelikten auf erhöhte Aktivitäten militanter rechter Szenen hindeute (Spier 2007: 75–102). Diese Befunde und zum Teil widersprüchlichen Hypothesen weisen auf ein Forschungsdesiderat hin.

Die Untersuchung ist daher *theorie- und hypothesenprüfend* angelegt. Die quantitative Analyse will Aussagen über die mögliche Entwicklungstendenz „Wahlmobilisierung stimuliert Gewalt“ gewinnen und geht folgenden Hypothesen korrelations- und zeitreihenanalytisch nach:

– Hypothese 1: Mobilisierungserfolge der NPD bei Wahlen stimulieren das rechte Gewaltpotential (Anstieg von Gewalttaten).

– Hypothese 2: Mobilisierungserfolge der NPD bei Wahlen verringern das rechte Gewaltpotential (Abnahme von Gewalttaten).

– Hypothese 3: Mobilisierungserfolge der NPD bei Wahlen haben keinerlei Auswirkungen auf das rechte Gewaltaufkommen.

Ließe sich Hypothese 1 oder 2 bestätigen, könnten auf dieser Grundlage Trendaussagen zur Entwicklung des rechten Gewaltpotentials getroffen werden.[2]

Die Beschränkung auf zwei Länder hat forschungspragmatische Gründe. Für die Auswahl von Sachsen und Nordrhein-Westfalen sprechen die Möglichkeit des Ost-West-Vergleichs, die strukturellen Ähnlichkeiten der industriell geprägten Flächenstaaten mit hoher Bevölkerungsdichte und der *Kontrast* von erfolgreicher und relativ erfolgloser NPD-Wahlmobilisierung bei einer *in beiden Ländern verschieden ausgeprägten rechten Gewaltszene*. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man den Bevölkerungsanteil militanter Rechtsextremisten ermittelt: Ende 2006 lag der Prozentanteil von NS-affiner Szene und gewaltbereiten Rechtsextremisten in NRW bei 0,1 Prozent, in Sachsen bei 0,48 Prozent. Den höchsten Anteil der westlichen Länder wies Schleswig-Holstein (0,25 Prozent), den höchsten der östlichen Mecklenburg-Vorpommern (0,5 Prozent) auf. Die Auswahl Sachsens und Nordrhein-Westfalens ermöglicht somit einen in mehrerer Hinsicht *kontrastiven* Vergleich.

Im ersten Arbeitsschritt werden die mit dem *Instrument polizeilicher Ersterfassung* – der *„Kriminaltaktischen Anfrage zu Fällen politisch motivierter Kriminalität (KTA-PMK)“* – erhobenen Daten untersucht. Phänomenologisch ist zu klären, wie sich rechte Gewaltdelikte nach Themenfeld, Tatschwere/Tatspezifik und geographischen Schwerpunkten verteilen. Es werden Räume mit Gewalttatenhäufungen identifiziert, wobei auch die Bedeutung von Wiederholungstätern berücksichtigt wird.

Im zweiten Schritt werden *gemeinsame Verdichtungsräume* bestimmt. Hier sind die elektoralen Hochburgen der NPD zu lokalisieren und mit den Räumen gehäufter rechter Gewalttätigkeit auf Kreisebene abzugleichen. In einer Korrelations-

2 Die Geltung einer der beiden Hypothesen setzt allerdings voraus, dass die NPD von Teilen der militanten Szenen als Interessenagentur wahrgenommen wird. Dieser speziell von Seiten der Verfassungsschutzbehörden für die NPD ab 1996 immer wieder konstatierte Sachverhalt erfordert eine genauere Untersuchung für den Zeitraum ab 2003, insbesondere für die ausgewählten Schwerpunktregionen. Dies ist Gegenstand der qualitativen Analysen.

und Zeitreihenanalyse – mit jeweils zwölfmonatigem Zeitfenster vor und nach der Wahl – werden die genannten Hypothesen auf den Zusammenhang von rechtsextremer Wahlmobilisierung und Gewalt getestet. Dabei werden weitere Einflussfaktoren wie linksmilitante Gegenmobilisierung, mediale Erregungswellen und sozial-ökonomische Faktoren berücksichtigt.

Eine Gerichtsaktenauswertung zu Fällen schwerer rechter Gewalt vertieft die quantitative Analyse (83 Fälle in Sachsen, 87 in NRW). Dabei ist zu prüfen, ob und inwieweit sich politische Motivationen und möglicherweise eine durch Wahlkämpfe beeinflusste politische Stimmungslage in den Tatmotiven der Verurteilten widerspiegeln. Diese qualitativen Betrachtungen werden durch Schwerpunktanalysen der vier mit Gewalttaten höchstbelasteten Räume – in Sachsen Sächsische Schweiz und Mittweida, in NRW Bochum und Gelsenkirchen – sowie durch eine Untersuchung der Gewaltdiskurse und wechselseitigen Perzeptionsmuster ergänzt. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob und wie sich Wahlmobilisierungen auf das Gewaltniveau und die Interaktionsdynamik der militanten Szenen auswirken.

Vor dem Hintergrund des Anstiegs *linker und rechter Konfrontationsgewalt* (siehe Kapitel 3.1. Bundesweite Trends rechter und linker Gewalt) wird dem Wechselverhältnis zwischen militanter Antifa-Mobilisierung und rechtem Gewaltpotential im Kontext von NPD-Wahlkämpfen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Untersucht werden Ausmaß und Wirkungsrichtung von Antifa- und Anti-Antifa-Gewalt: Schiebt linke Gewalt rechte Gewalt an, oder verhält es sich umgekehrt? Gibt es Unterschiede zwischen rechter und linker Gewalt? Hierzu werden im quantitativen Teil erste Aussagen gemacht, die im qualitativen Teil durch die Analyse schwerer Gewaltdelikte und deren herausragenden Handlungsmustern vertieft werden. Eine qualitative Untersuchung der wechselseitigen Gewaltdiskurse ergänzt die Betrachtung. Auch hier steht die Frage nach der Bedeutung von veränderten politischen Stimmungslagen und Selbstrechtfertigungen der Gewaltszenen im Mittelpunkt.

Zur weiteren Validierung der Ereignisabfolgen, Interaktionen und Hintergründe, die sich aus den vorangegangenen Analyseebenen konturieren, waren Interviews mit sicherheitsbehördlichen Experten aus den Landesbehörden für Verfassungsschutz, den Abteilungen Staatsschutz der Landeskriminalämter und den Staatsanwaltschaften vorgesehen, die über langjährige Kenntnisse und Erfahrungen in den Gewaltverdichtungsräumen und Wahlhochburgen verfügen.

3 Forschungsstand

Zunächst ist das zu untersuchende Aufkommen rechts und links motivierter Gewalt in den Kontext länger andauernder Trends zu stellen. Aus dieser Perspektive werden politikwissenschaftliche, soziologische, kriminologische und fachbehördliche Untersuchungen, die sich mit der *Ebene des Gewalthandelns* beschäftigen, zu den Untersuchungsfragen herangezogen.

3.1 Bundesweite Trends rechter und linker Gewalt

Systematische Arbeiten zur Phänomenologie und Langzeitentwicklung politisch motivierter Gewalt in Deutschland liegen bislang nicht vor. Trotz einer Fülle von Literatur der siebziger/achtziger Jahre zu links und ab den neunziger Jahren zu rechts motivierter Gewalt bilanzieren Spezialisten mit langjähriger Forschungskontinuität für den Bereich gewaltsam ausgetragener politischer Konflikte *seit geraumer Zeit große Defizite.* Die meisten Arbeiten befassen sich mit Erklärungsversuchen oder untersuchen die Ebene der Einstellungen auf der Basis von Umfragedaten. „Genuine Gewaltanalysen" sind Mangelware. Dies hängt wohl zum einen mit der Heterogenität und Diskontinuität der Forschungslandschaft, mit ihrer Vielzahl konkurrierender und sich widersprechender Begriffe und Ansätze, mit erheblichen Problemen der Datenerfassung, zum anderen aber auch mit den Besonderheiten der zu untersuchenden Akteure und Prozesse zusammen. Es agieren Gruppen oder Szenen, die sich überwiegend herkömmlichen Erhebungsmethoden verweigern. Außerdem hat man es mit Prozessen des Gewalthandelns zu tun, deren interaktiv-dynamischer Charakter mit Standard-Forschungsdesigns nicht zu bewältigen ist.[3] Vor dem Hintergrund dieser Problematik versteht sich diese Arbeit als Beitrag zur Phänomenologie politisch motivierter Gewalt.

Zuverlässige *Langzeitbetrachtungen* wären aufgrund mehrerer schwerwiegender Verzerrungsprobleme – darunter vereinigungsbedingte Umwälzungen und mehrfach veränderte behördliche Erfassungsmodalitäten – nur mit dem großen Aufwand der Nachbereinigung riesiger Datenbestände nach einheitlichen Kriterien möglich und sind bisher weder wissenschaftlich noch fachbehördlich erbracht worden. Daher sind die folgenden Aussagen und Schaubilder nur als äußerst grobe Trendangabe zu verstehen.

Zum *Langzeitverlauf rechter Gewalt* lässt sich festhalten: In den sechziger bis zu den achtziger Jahren blieb – trotz einer Reihe gravierender rechtsterroristischer Aktionen mit etwa 40 Todesopfern von Ende der siebziger bis Anfang der neun-

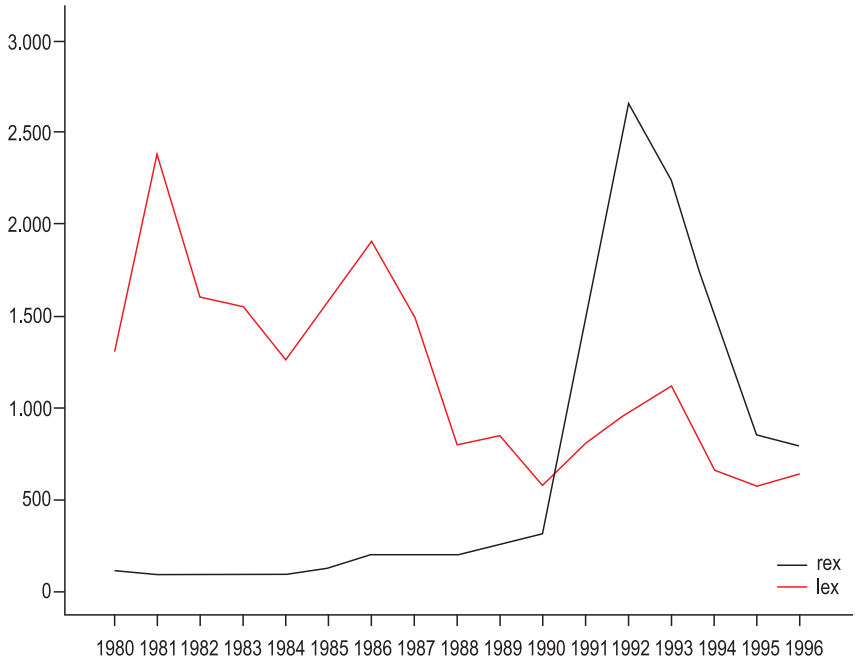
3 Hierzu etwa Kaase (1995: 23–26), Willems (1997: 485), von Trotha (1997: 9–25), Neubacher (1998: 123), Wahl et al. (2003: 11).

ziger Jahre – rechte Gewalt eher im Schatten links motivierter Gewaltphänomene (APO, RAF, militante Autonome).[4] Umso mehr ragt die in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einzigartige, überwiegend fremdenfeindlich motivierte Gewalteruption 1991–93 heraus, die sich vor dem Hintergrund gravierender Transformationsprobleme und unverarbeiteter Einwanderungsschübe entwickelte. Nach dem Abflachen dieser Mobilisierungsspitzen bewegte sich das Aufkommen in einem im Vergleich zu den achtziger Jahren relativ hohen und engen Korridor.

Zum *Langzeitverlauf linker Gewalt* lässt sich festhalten, dass das Ausmaß des Gewalthandelns militanter autonomer Gruppen in den neunziger Jahren im Vergleich zur vorangegangenen Dekade wohl stark zurückgegangen ist (vgl. Rucht 1999: 366–68). Die Spitzen der achtziger Jahre speisten sich wesentlich aus den Bewegungshochphasen militanter autonomer Gruppen mit den damals zugkräftigen Mobilisierungsthemen. Auffällig ist der eruptive Verlauf der ersten Welle 1980/81 und der bisherige, durch Orientierungskrisen mitverursachte Tiefpunkt im Jahr der Wiedervereinigung 1990. Während sich über die achtziger Jahre hinweg kaum Interaktionstendenzen mit rechter Gewalt feststellen lassen, kam es 1992/93 in Reaktion auf die fremdenfeindliche Gewaltwelle zu einem vorübergehenden Anstieg linker Gewalt.

4 Hierbei ragen das Oktoberfestattentat am 26.09.1980 in München mit 13 Todesopfern, der Mordanschlag des WSG-Hoffmann-Aktivisten Behrendt auf den jüdischen Verleger Lewin und dessen Lebensgefährtin im Dezember 1980 sowie die Brand- und Sprengstoffanschläge der „Deutschen Aktionsgruppen“ mit zwei Todesopfern heraus. Siehe genauer Fricke et al. (1995: 61–62).

Schaubild 1: Trendlinien politisch motivierter Gewalt 1980–1996[5]



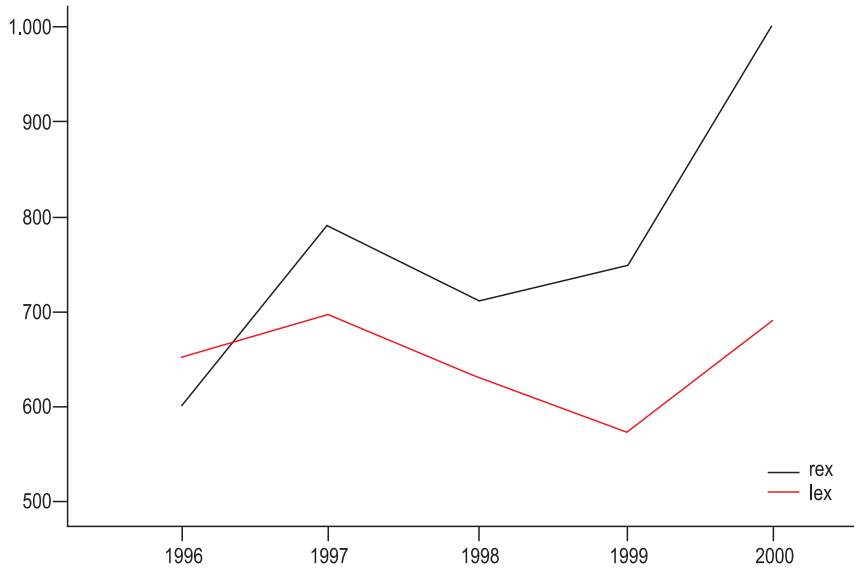
Datenquelle: BfV 1997: 14, BfV 1998: 8, BfV 1993 und Jahresberichte 1992-1996

Lex: Linksextremistisch motiviert, Großteil entstammt autonomen Gruppen. Rex: mit „erwiesenem und zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund", Großteil ab 1991 fremdenfeindlich motiviert. Bis 1990 engere Erfassung: Nur Gewalttaten „mit erwiesener oder wahrscheinlicher rechtsextremistischer Motivation", außerdem bis 1990 nur alte Bundesländer.

5 Datenquelle bei allen folgenden Schaubildern ist der kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK). Sofern – wie beispielsweise bei Schaubild Nr. 1 – andere Datenquellen vorliegen, werden diese angegeben.

Der Trend beider Aufkommen 1996–2000 (ab 1996 Veränderung der polizeilichen Erfassungsmodalitäten) stellt sich folgendermaßen dar:

Schaubild 2: Trendlinien politisch motivierter Gewalt 1996–2000



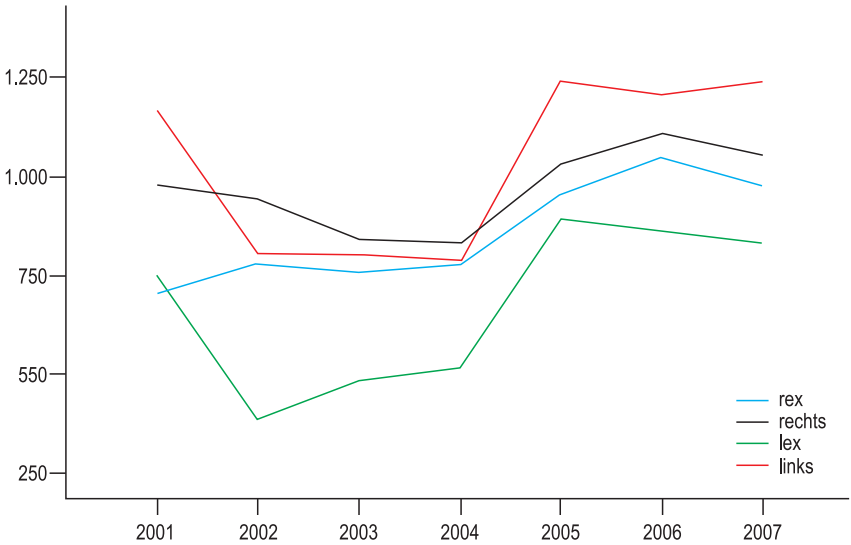
Datenquelle: KPMD-S

Das Ausmaß linker und rechter Gewalttaten hat sich angenähert und bewegt sich ohne eruptive Ausreißer in einem *relativ engen Korridor*, wobei das linke Aufkommen zunächst knapp unter dem rechten lag. Um das eskalationsträchtige Jahr 2000 haben sich beide Aufkommen wieder nach oben bewegt, wobei der rechte Anstieg deutlich höher als der linke ausfiel.[6]

Auch seit 2001 (Beginn des neuen polizeilichen Erfassungssystems Politisch motivierte Kriminalität, PMK) hat es bei dem Gesamtaufkommen „rechts“ und der Teilmenge „rechtsextremistisch“ *keine mit den neunziger Jahren vergleichbaren dramatischen Ausschläge mehr* gegeben. Gleiches trifft für links und linksextremistisch zu. Allerdings waren ab 2005 wieder deutliche Anstiege zu verzeichnen. In den Jahren 2005–2007 lag das linke Aufkommen über dem rechten.

6 Den Hintergrund bildete die Ereignissequenz Dessau (fremdenfeindlicher Mord an einem Afrikaner am 11. Juni), Ahlbeck (heterophober Mord an einem Obdachlosen am 24. Juli), Düsseldorf (Sprengstoffanschlag ungeklärten Hintergrunds auf jüdische Migranten am 27. Juli), der Beginn der NPD-Verbotsdiskussion Anfang August, der Ausruf des „Aufstands der Anständigen“ nach einem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge am 4. Oktober und Sebnitz (mediale Deutungen des ungeklärten Todes eines 6-jährigen Jungen als „rassistischer“ Mord ab Ende November). Siehe hierzu genauer Esser et al. (2002: 96–142).

Schaubild 3: Trendlinien politisch motivierter Gewalt 2001–2007



Seit über zehn Jahren prägt also ein relativ stabiler Gewaltsockel die Konturen des Verlaufs beider Aufkommen, die – im deutlichen Unterschied zu den achtziger und frühen neunziger Jahren – nicht mehr signifikant voneinander abweichen. Die gemeinsamen Anstiege 2000 und 2005–2006 deuten auf Interaktionseffekte zwischen rechter und linker Gewalt hin. Die Anstiege von 2005–2006 gehören zum Untersuchungsgegenstand und werden bei den Länderbetrachtungen weiter differenziert.[7]

Die *wellenförmige, interaktiv-dynamische* Charakteristik der rechten Gewalt der ersten Hälfte der neunziger Jahre hat einige Autoren beschäftigt. Angesichts der eruptiven Phänomene gerieten die sozialstrukturellen oder sozialpsychologischen Theorien verpflichteten Forschungsrichtungen in Erklärungsnöte. Dagegen ging die Gruppe um Eckert/Willems vor dem Hintergrund unverarbeiteter Einwanderungsschübe von einem *mehrstufigen Eskalationsmodell* aus, in dem u. a. kommunalpolitische Überforderungen und Versäumnisse im Umgang mit Asylbewerbern, mediale und bundespolitische Dramatisierungen des Asylstreits, asylpolitische Blockade, gewaltsame Übergriffe mit Rückendeckung des lokalen Umfelds (Hoyerswerda, Rostock), schwache und verunsicherte Polizeipräsenz,

7 Bei den Werten für 2001 und 2002 sind mögliche Auswirkungen der Erfassungsumstellung zu bedenken. Auffällig und klärungsbedürftig ist die teilweise große Diskrepanz zwischen den als „links“ und „linksextremistisch“ erfassten Delikten. Da linke Militanz sehr viel mehr als rechte zu transparentem und bekennendem Handeln neigt (Mletzko 1999: 84–92; 2001: 546–48), wäre eigentlich die umgekehrte Tendenz – höhere Diskrepanz zwischen „rechts“ und „rechtsextremistisch“ – zu erwarten. Dies verweist auf die Problematik des „Extremismus“-Labels bei der PMK-Erfassung (siehe auch 4.1.1 Datenbasis und Probleme der polizeilichen Ersterfassung und 5.2 Motivische Qualitäten schwerer Gewaltdelikte).

weiteres mediales Aufheizen und Intervention rechtsextremer Gruppen zusammenwirkten (Eckert/Willems/Würtz 1996: 164).

Die Gruppe um Brosius/Esser/Scheufele (2002) hat im Zusammenhang mit solchen konfliktverschärfenden Rahmenbedingungen die Wirkung von *Suggestions- und Anstiftungseffekten der Medienberichterstattung* und *Resonanzeffekten von Schlüsselereignissen* auf verhaltensbereite fremdenfeindliche Personen näher untersucht. Dabei wurde zunächst zwischen Krisenphase (1990–1993) und Normalphase (abklingende asylpolitische Dramatik 1993–1996) unterschieden. Anstiftungseffekte wurden nur bei der speziellen Konstellation der Krisenphase (vermehrte Zuwanderung, diesbezüglich besorgte Bevölkerung und vermehrte Berichterstattung, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft) und dem Zusammenfall mit Schlüsselereignissen festgestellt: Nährboden und Schlüsselereignis müssen zusammenkommen (Esser et al. 2002: 92–93).

Eine Betrachtung des an die Normalphase anschließenden ereignisgesättigten Jahres 2000 erbrachte ein komplexeres Bild: Auf Anstiftung und Nachahmung beruhende Resonanzeffekte wurden unspezifischer und schwerer nachweisbar. Allerdings bestätigte sich erneut die Bedeutung von Schlüsselereignissen: Es zeigten sich Zusammenhänge zwischen dem Düsseldorfer Anschlag und dem Gewaltverlauf; Kausalnachweise konnten aber nicht erbracht werden. Die Eskalationsprozesse 2000 wurden „zwischen" der Krisenphase 1991–93 und der Normalphase verortet (Esser et al. 2002: 131–132, 330–331). Auch der erste Arbeitsbericht der BKA-Projektgruppe Früherkennung (PG-F) verweist anlässlich der Ereignishäufungen im Gefolge des versuchten fremdenfeindlichen Tötungsdelikts an dem Deutsch-Äthiopier Ermyas M. am 16. April 2006 auf solche Zusammenhänge (BKA 2007a: 37–40). Angesichts dieser eher unschlüssigen Befundlage beziehen die Verfasser Medienberichterstattung als Kontrollvariable in die Untersuchung ein (siehe 4.5 Mediale Erregungswellen und PMK-Gewalt).

Dagegen ergaben die aus Polizei- und Gerichtsakten sowie Befragungen gewonnenen Erkenntnisse der Tat- und Täterforschung der neunziger (insbes. Eckert/Willems et al., Neubacher) und frühen 2000er Jahre (Wahl et al., Frindte/Neumann) über Einflüsse rechtsextremistischer Szenen, Gruppen und Parteien auf die fremdenfeindlichen Gewalttäter einen mittlerweile unstrittigen Befund: *Explizit ideologische oder politische Motive* finden sich nur bei einer kleinen Minderheit der Gewalttäter.[8]

Wegen des geringen Anteils an politisch und ideologisch gefestigten Gewalttätern und der durch Spontaneität, Alkohol und Gruppendynamik gekennzeichneten Genese der Gewalttaten rückt Kohlstruck (2005: 5–7) beim Zustandekommen

8 Kompakte Überblicke finden sich bei Esser et al. (2002: 14–15), Kohlstruck/Münch (2006: 302–304). Auch die Berliner Analyse rechter Gewalt auf Basis der PMK-Gewaltdaten hat einen Anteil von nur 11 Prozent ideologisch gefestigten Tatverdächtigen ergeben (SenInn Berlin 2008a: 55).

rechter Gewalt die *Selbstdarstellung einer Gruppenkultur forcierter Maskulinität* ins Zentrum. Diese zeichnet sich typischerweise durch Territorialverhalten, allgemeine Fremdenfeindlichkeit, dezidierte Feindseligkeit gegen das „Unmännliche" – also überwiegend expressives und kaum instrumentelles Gewalthandeln – aus. Die rechtsextreme Jugendkultur wird als eine besondere Ausprägung (hyper-)maskuliner Jugendkultur in einem *Misch- und Übergangsfeld von szenekulturellem Eigensinn und politischem Protest* gesehen. Aus der Expressivität ergibt sich die besondere Gefahr: „Mit ihrer Ungeplantheit, also auch Unvorhersehbarkeit und mit ihrer Ziellosigkeit, also ihrer Maßlosigkeit und Brutalität gehen von ihnen (den gewalthabitualisiert-expressiv handelnden Milieus, d. V.) derzeit ungleich größere Gefahren für Leib und Leben potentieller Opfergruppen aus, als dies bei der politisch motivierten Gewalt (im Sinne des instrumentellen Einsatzes, d. V.) der Fall ist" (ebd.: 10, ähnlich Frindte/Neumann 2002: 113).

Aus diesem Ansatz resultieren *wichtige Fragen für weitere Forschungsanstrengungen*:

- Unter welchen Voraussetzungen werden politische Zielvorstellungen gewalttätig durchgesetzt (wird instrumentell gehandelt, d. V.)?
- Unter welchen Voraussetzungen entwickeln sich gewaltpraktizierende Cliquen in Richtung einer Ideologisierung (erfolgt der Übergang von expressivem zu instrumentellem Handeln? d. V.) (ebd.: 10).

Dieser Blickwinkel überschneidet die Fragen dieser Untersuchung nach *Interaktionen zwischen gewaltgeneigten Szenen und rechtsextremen Gruppen und Parteien und zwischen rechts- und linksorientierten Szenen.* Hier ist der Kenntnisstand eher unbefriedigend: Es gibt aus den schon zuvor genannten Gründen der Explorationsverweigerung kaum tiefer gehende Studien. Bei vergleichenden Szenestudien haben Eckert et al. (2000: 289-310) eine Skinheadgruppe über den Zeitraum 1995–99 genauer untersucht und Radikalisierungsprozesse, intensivere politische Betätigung und eine gewisse Fokussierung auf den Feind „Antifa" und andere Linke festgestellt. Ältere Gruppenmitglieder waren ideologisch geschult und argumentationsfähig. Die Art der politischen Beeinflussung konnte nicht näher benannt werden. Bei der Täteruntersuchung von Frindte/Neumann (2002: 107–108) heißt es, politisch-ideologische Inhalte und Aktivitäten hätten durchaus ihren Platz im Cliquenleben, dominierten es aber nicht.

Auch Wahl et al. (2003: 174–197) gehen bei ihren biographischen Untersuchungen auf Überlappungen der Gewalttäter mit Gruppen, Szenen und Parteien ein. Wegen der fließenden Übergänge der von diffusen Cliquen bis zu organisierten Neonazis reichenden Spektren und Mehrfachzugehörigkeiten der Szeneangehörigen gab es *Zuordnungsprobleme*: „Viele der Täter sind nicht eindeutig einer rechten Gruppierung zuzuschreiben. Sie waren z. B. Hooligans, Mitglieder einer Skinheadgruppe, unterhielten Kontakte zur NPD, aber auch zu unpolitischen Jugendcliquen – manchmal zu mehreren zugleich oder in zeitlicher Abfolge." Nur

einige waren Parteimitglieder oder unterhielten mehr oder weniger intensive Kontakte zu einer rechtsextremistischen Partei. Am deutlichsten erschien ideologische Prägung durch „Rechtsrock“: Etwa die Hälfte der Täter gaben nämlich an, durch rechtsextreme Musik mehr oder weniger in ihren Ansichten beeinflusst zu sein (ebd. 183, 191).[9] Auch die neueren fachbehördlichen Aussagen zu Beziehungen von Gewalttätern und rechtsextremen Szenen und Parteien blieben eher vage. Oft heißt es, die Aggressivität der Agitation fördere zumindest ein (Hass-)Klima, in dem Straf- und Gewalttaten gediehen (LKA NRW 2007: 13). Laut Berliner Gewaltstudie spielen Personenzusammenhänge des Rechtsextremismus für rechte Gewalttaten eine untergeordnete Rolle (SenInn Berlin 2007: 56).

Etwas klarer sind die Erkenntnisse zum Verhältnis zwischen rechts- und linksmilitanten Szenen: Die gegenseitig ausgeübte *Konfrontationsgewalt hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen* (SennInn Berlin 2007: 62, BKA 2007a: 31–32, Backes 2007: 36–41). Beide Lager haben sich in dieser Hinsicht deutlich angenähert. Im Phänomenbereich der rechten Gewalt hat teilweise sogar eine Themenfeldumkehr stattgefunden: Zu manchen Zeiten und in manchen Regionen übertrifft die Konfrontationsgewalt gegen „links“ den bisherigen Spitzenreiter fremdenfeindlich und rassistisch motivierter Hassgewalt. Damit prägt die Konfrontationsgewalt zu nicht unbeträchtlichem Grad das Gesamtbild rechter und linker Gewalt mit.

Zu den stabilen Befunden gehört auch das bei der räumlichen Verteilung rechter Gewalttaten auffällige Übergewicht der östlichen Bundesländer. Bei der Betrachtung nach Häufigkeitszahlen (Gewalttaten pro 100.000 Einwohner) sind die *östlichen Länder mehr als doppelt, zeitweise sogar dreimal so hoch belastet.* Auch die Personenpotentiale der militanten Szenen sind ungleich verteilt. Einige Untersuchungen sind der naheliegenden Vermutung nachgegangen, diese Schräglage sei durch die jähen politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Transformationsprozesse mitbedingt.[10] So verwiesen Frieder Dünkel, Bernd Geng und Angela Kunkat auf das Zusammenwirken von Transformationsfolgen (wie hohe Jugendarbeitslosigkeit) mit einer nach jahrzehntelanger Diktatur schwach entwickelten demokratischen Kultur (Dünkel/Geng/Kunkat 2001: 47). Die daraus resultierenden besonderen Belastungen träfen Kinder und Jugendliche in besonderer Weise und trügen generell zu einem erhöhten Niveau abweichenden Verhaltens bei. Überforderung und Desorientierung der Erwachsenen, unsichere Zu-

9 Hier besteht eine dringend aufzufüllende Forschungslücke. In einer Reihe von Fällen taucht zwar immer wieder der Input von Hassmusik im Tatvorlauf auf. Es gibt aber bislang keine Arbeit, die den gewaltstimulierenden Effekten von Hate Music oder Cyberhate systematisch nachgegangen ist und sie quantifizieren könnte.

10 Siehe Backes (2007: 32–34), Pfahl-Traughber (2003: 204), Wahl et al. (2003: 240), Verfassungsschutzberichte des Bundes 2003–2006. Die Berichte enthalten nur die als „extremistisch“ eingestuften Gewaltdelikte, hier ergibt sich für das Jahr 2004 eine dreimal so hohe Belastung der östlichen Bundesländer.

kunftsaussichten, neue, ungewohnte Lebensumstände, Arbeitslosigkeit usw. schufen den Humus, auf dem eine militant-fremdenfeindliche jugendliche Subkultur gedeihen konnte. Auf einen weiteren Erklärungsfaktor hat Jürgen R. Winkler hingewiesen: Zuwanderer werden besonders von jüngeren Deutschen mit ungesicherter beruflicher Perspektive als ungebetene Konkurrenz empfunden. Dies dürfte zum erhöhten Verbreitungsgrad xenophober Einstellungen in diesem Bevölkerungssegment beitragen (Winkler 2000: 452). Hinzu kommt die mangelnde Einübung im Umgang mit Fremden und die unvorbereitete, unter schwierigen Rahmenbedingungen erfolgende Konfrontation mit den Problemen der Immigration (BMI/BMJ 2001: 292 ff.).

Ohne an dieser Stelle die angerissenen Bedingungsfaktoren rechter Gewalt gewichten zu können, spricht aber einiges dafür, dass die spezielle Melange maskuliner Szenekulturen mit politisch-extremistischen Gruppierungen sowie die auf den lebensstilistischen und politischen Gegenpol fokussierte Aggressivität nicht unwesentlich zu dem seit Mitte der neunziger Jahre stabil gebliebenen Gewaltsockel beigetragen haben. Der Kenntnisstand wird im nachfolgenden Abschnitt Extremistische Akteure und Gewalt aufbereitet.

3.2 Extremistische Akteure und Gewalt

3.2.1 Besonderheiten des Akteurs NPD

Die älteste der in Deutschland aktiven Rechtsaußenparteien (Gründung 1964) war nach ihrer Wahlerfolgsserie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bald darauf in völliger politischer Bedeutungslosigkeit versunken, konnte im neuen Millennium jedoch unverhofft wahlpolitische Mobilisationskraft zurückgewinnen (Backes/Steglich 2007; Brandstetter 2006; Hoffmann 1999). Dies ist ihr trotz einiger Besonderheiten gelungen, die die NPD deutlich von anderen in europäischen Ländern bei Wahlen erfolgreichen Parteien unterscheiden. Die Partei hatte, gestützt auf einen Kern überzeugungstreuer Aktivisten, trotz ihres politischen Schattendaseins über die Jahrzehnte einen Parteiapparat aufrechterhalten, der extreme finanzielle Dürreperioden überstand und in vielen Bundesländern einigermaßen funktionierte.

Unter dem Parteivorsitzenden Udo Voigt (geb. 1952, Bundesvorsitzender seit 1996), einem ehemaligen Berufssoldaten, der nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr in München ein Diplom in Politikwissenschaft erwarb, öffnete sie sich gegenüber militanten Szenen. Zwar hielt sie an ihrem legalistischen Kurs fest, setzte aber verstärkt auf provokative öffentliche Auftritte und propagierte eine Mischung aus Ethnonationalismus und Antikapitalismus. Die Akzentuierung der „Straßenpolitik“ und das Bemühen um die Integration jugendlicher Subkulturen zeitigten vor allem in den östlichen deutschen Ländern Erfolge. Hier stellte sie soziale Themen in den Vordergrund, gebärdete sich aggressiv-antikapitalistisch, warb um „ehemalige Hoheitsträger und Führungskräfte der

DDR“. Auf einer Wahlkampfreise beteuerte der NPD-Vorsitzende Voigt, seine Partei habe „mehr mit der PDS zu tun als mit rechten Parteien“ (zitiert nach LfV Sachsen 1999: 28). Die Mobilisierungsbemühungen im Osten blieben nicht erfolglos. Die NPD wies bald einen höheren Anteil östlicher Mitglieder auf als alle in den Parlamenten vertretenen Parteien, die PDS ausgenommen (Mai 2006: CDU/CSU: 8,56 Prozent; SPD: 6,89 Prozent; FDP: 19,59 Prozent; Grüne: 14,46 Prozent; Die Linke/PDS: 89,88 Prozent; NPD: 37,46 Prozent; Schroeder 2006: 481). In Sachsen hatte die NPD bald ihren stärksten Landesverband (1998 bereits 1.400 Mitglieder). Bei der Landtagswahl 1999 erreichte sie hier mit 1,4 Prozent ihr seit langer Zeit bestes Ergebnis. Auf der Wahlliste hatte ein ehemaliger Professor für „dialektischen und historischen Materialismus“ kandidiert, der gegenüber Journalisten bekundete, nur zwei Parteien könnten in Deutschland die Katastrophe abwenden: „die PDS in Teilen und gänzlich die NPD“ (Kehr 1999).

Besonders die Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) bemühte sich um die Anhänger NS-affiner „Kameradschaften“, die sich infolge der zahlreichen Vereinigungsverbote der neunziger Jahre lose gruppierten und nach organisatorischem Rückhalt suchten. Auch Teile der militanten „Skinhead“-Szene galten als potentielles Rekrutierungsreservoir. Der Erfolg dieser Integrationsbemühungen zeigte sich u. a. in einer steigenden Frequenz und Teilnehmerzahl der von der NPD organisierten Aufmärsche und Demonstrationen (Virchow 2006). Diese Bemühungen wurden zwar durch das 2001 eingeleitete NPD-Verbotsverfahren zeitweilig unterbrochen; für Irritationen sorgten das taktische Lavieren der NPD-Führung zwischen heuchlerischer Verfassungstreue und ostentativer Verfassungsfeindschaft ebenso wie die Enthüllungen zur massiven Präsenz von V-Leuten des Verfassungsschutzes in hohen Parteirängen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht aber im März 2003 „in Folge mangelnder Staatsfreiheit der Antragsgegnerin auf der Führungsebene sowie mangelnder Staatsfreiheit des zur Antragsbegründung ausgebreiteten Bildes der Partei“[11] die Einstellung des Verfahrens verkündet hatte, fand die nun im Rampenlicht der Medienöffentlichkeit stehende NPD bald den Weg aus der Krise.

Im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl vom September 2004 konzentrierte die Partei ihre Kräfte auf den stärksten Landesverband. Erfahrenes Personal wurde nach Dresden entsandt. Schon zuvor hatte man die Zentralen des Theorieorgans *Deutsche Stimme* und der JN nach Sachsen verlegt. Um Konkurrenz bei Wahlen zu verhindern, bemühte man sich um Einvernehmen mit den REP, deren sächsischer Landesverband sich teilweise auflöste, nachdem die Führung auf Konfrontation mit dem Bundesvorstand gegangen war und die Landtagswahl-Kandidatur hintertrieben hatte (LfV Sachsen 2005: 71). Ein ähnlicher Konflikt zwischen Landes- und Bundesführung wurde zwei Jahre später in Sachsen-Anhalt ausgetragen.

11 BVerfG: 2 BvB 1/01 vom 18. März 2003, Abs. 62. Siehe zum NPD-Verbotsverfahren vor allem: Flemming 2005; Jesse 2003; Leggewie/Meier 2002; van Ooyen 2006.

Das Festhalten des Bundesvorsitzenden Schlierer am Abgrenzungskurs gegenüber „der NPD und Neonazis“ wirkte sich in den östlichen Ländern ohnehin weniger nachteilig aus als im Westen.[12] Wichtiger war das Einvernehmen mit der hier erfolgreicheren DVU. Bereits 2004 hatte sich die NPD mit der Münchener Zentrale auf ein koordiniertes Vorgehen bei Wahlen verständigt. Angesichts der „zunehmenden Überfremdung und der sozialen Verarmung der Deutschen“ wurde der Beschluss gefasst, „sich bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern“.[13] Das erfolgreiche Abschneiden in beiden Ländern ermutigte zur Fortsetzung. Im Januar 2005 unterzeichneten die Parteivorsitzenden Voigt und Frey auf dem DVU-Bundesparteitag in München den „Deutschland-Pakt“, der die Zusammenarbeit bis ins Jahr 2009 regelte. Die bei der Bundestagswahl kandidierende NPD nahm DVU-Kandidaten in ihre Landeslisten auf.

Im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl intensivierte die NPD auch ihre Beziehungen mit NS-affinen „Kameradschaften“. So ließen sich szenebekannte „Freie Nationalisten“ zu einer NPD-Mitgliedschaft bewegen. In einer „Erklärung zum Eintritt in die NPD“ riefen Thomas Wulff, der frühere Gründer der Hamburger *Nationalen Liste* (NL), Thorsten Heise und Ralph Tegethoff, beide ehemals führende Aktivisten der neonationalsozialistischen, 1995 verbotenen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP), zur Bildung einer „Volksfront von Rechts“ auf.[14] Heise wurde wenig später in den NPD-Bundesvorstand (2004) gewählt. Er und seine beiden Mitunterzeichner kandidierten bei der Bundestagswahl 2005 auf Landeslistenplätzen. Damit wurde die Kooperation der NPD mit der „Kameradschaftsszene“ gleichsam institutionalisiert. Dies stärkte die Kampagnenfähigkeit der Partei, die in ihren Wahlkämpfen „massiv von Neonazis unterstützt“ (BfV 2006: 5) wurde. Auch so erklärt sich das vergleichsweise geringe Durchschnittsalter der NPD-Wahlbewerber. Bei der Bundestagswahl 2005 lag es mit 44 Jahren deutlich unter dem der REP, der *Linkspartei* und der beiden Volksparteien SPD und CDU/CSU (Bundeswahlleiter 2005: 52). Auch wenn viele der meist jugendlichen Anhänger militant-rechtsextremer „Szenen“ parteipolitisches Engagement scheuten, fungierten diese doch in zunehmendem Maße als Rekrutierungsreservoir der NPD.

12 Vgl. nur die Grundsatzerklärung des Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer: Keine braune Volksfront! Oktober 2004. Schlierer wurde auf dem Bundesparteitag im Dezember 2006 im mittelfränkischen Höchstadt mit 135 von 206 Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt. Sein Gegenkandidat Björn Clemens, der sich für die Mitarbeit im „Deutschlandpakt“ ausgesprochen hatte, erhielt 71 Stimmen. Vgl. REP-Pressemitteilung Nr. 46 vom 10. Dezember 2006.

13 „Taten statt Worte. Gemeinsame Erklärung der Parteivorstände von DVU und NPD.“ http://www.npd.de/npd_info/meldungen/2004/m0604–18.html [18.05.2005].

14 Wulff, Thorsten/Heise, Thorsten/Tegethoff, Ralph: Erklärung zum Eintritt in die NPD, 17. September 2004. http://www.eine-bewegung-werden.de/eintritt.htm [14.05.2005].

3.2.2 Besonderheiten des Akteurs rechte militante Szene

Weder die 2007 auf 4.400 Personen geschätzte, überwiegend in lokalen und regionalen „Kameradschaften“ organisierte NS-affine Szene noch die aufgrund zahlreicher Vereinigungsverbote zu deren Auffangbecken gewordene, ideologisch und strategisch radikalisierte NPD waren die Hauptträger rechtsextremer Gewalt. Das Gros der von den Verfassungsschutzbehörden geschätzten 10.000 (BMI 2008: 47) als gewaltbereit eingestuften Rechtsextremisten entfiel auf die Jugendsubkultur der „Skinheads“.

Die in Großbritannien entstandene, seit Beginn der achtziger Jahre im westlichen wie östlichen Deutschland heimisch gewordene Subkultur weist – im Unterschied zu NPD und Neonationalsozialisten – keine elaborierte rechtsextreme Ideologie und Programmatik, sondern eher diffuse rechtsextreme Tendenzen (Männlichkeitskult, Recht des Stärkeren, radikale Abgrenzung gegen Andersartige) auf. Sie besteht aus in der Regel nur lokal agierenden Cliquen Jugendlicher, die sich spontan zum Musik- und Alkoholkonsum zusammenfinden und kaum Ansätze organisierten, planerischen Handelns zeigen (Menhorn 2001; SenInn Berlin 2003). Insgesamt ist die Szene durch hohe Fluktuation mit ständigem Nebeneinander von Einstiegs- und Ausstiegsprozessen gekennzeichnet (Möller/Schuhmacher 2007). Nur *wenige Gruppierungen weisen festere Organisationsstrukturen* auf. Dazu zählen fortwirkende Strukturen der am 03.04.2001 verbotenen Gruppe „Skinheads Sächsische Schweiz (SSS)“ und die am 26.04.2007 verbotene sächsische Gruppe „Sturm 34“. Beide gehören zum Gegenstand der qualitativen Untersuchungen dieser Arbeit.

Darüber hinaus unterhalten Mitglieder der im Jahr 2000 verbotenen Vereinigung *Blood & Honour* auf regionaler Ebene Kontakte. Die internationale Vereinigung der *Hammerskins* mit rund 100 Mitgliedern tritt lediglich bei von ihr organisierten Skinhead-Konzerten in Erscheinung. Die Zahl der (oft unter konspirativen Bedingungen organisierten) Musikveranstaltungen ist in den letzten Jahren weiter gestiegen, 2007 aber wieder etwas gesunken. Wegen der integrativen Wirkung des gemeinsamen Musikkonsums kommt ihnen unverändert hohe Bedeutung für den Szene-Zusammenhalt zu (Dornbusch/Raabe 2002, Archiv der Jugendkulturen 2001).

Die von männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominierten Szenen der Neonationalsozialisten und Skinheads waren beide aus dem „Westen“ oder aufgrund westlicher Vorbilder in die (Noch-)DDR gekommen, hatten dort aber einen besonders fruchtbaren Boden vorgefunden. In den östlichen Ländern entwickelten sich zudem weit über den Kreis der als „Skinheads“ äußerlich Erkennbaren hinausreichende Jugendmilieus mit diffus rechtsextremen/fremdenfeindlichen Einstellungen und hoher Gewaltneigung.

Das Personenpotential der von den Verfassungsschutzbehörden erfassten Aktivisten militanter rechtsextremer Szenen lag Ende 2007 bei ca. 14.400. Davon entfie-

len ca. 4.400 Personen auf 107 Gruppierungen der NS-affinen Szene, rund 10.000 Personen auf das Reservoir der „gewaltbereiten Rechtsextremisten“. Das Potential militanter Rechtsextremisten war im Jahr 2006 pro Kopf der Bevölkerung im östlichen Deutschland mehr als dreimal so groß wie im westlichen. Den Spitzenwert erreichte Mecklenburg-Vorpommern mit 50 Aktiven pro 100.000 Einwohner, gefolgt von Sachsen (48), Sachsen-Anhalt (43), Berlin (37), Brandenburg (32) und Thüringen (31). Den höchsten Anteil im westlichen Deutschland wies – mit einigem Abstand – Schleswig-Holstein (26) auf (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Anhänger militant-rechtsextremer Szenen im westlichen und östlichen Deutschland 2006

Westliches Deutschland				Östliches Deutschland			
	„Neonazis“	„Gewaltbereite“	Bevölkerungsanteil		„Neonazis“	„Gewaltbereite“	Bevölkerungsanteil
S-H	90	660	26	M-V	250	600	50
NS	350	925	16	Ber	750	500	37
Bre	15	35	8	Bran	270	550	32
Ham	85	150	13	S-A	250	800	43
NRW	460	1.350	10	Sa	550	1.500	48
Hess	250	750	16	Thü	200	530	31
Rh-Pf	75	100	4				
Saar	30	170	19				
Ba-Wü	320	900	11				
Bay	190	750	8				
Summe	1.860	5.790	12	Summe	1.910	4.480	38

Quelle: Verfassungsschutzbehörden der Länder; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bevölkerungsanteil pro 100.000 Einwohner (gerundet). Die Kategorien „Neonazis“ und „Gewaltbereite“ werden in den Ländern nicht einheitlich definiert. Bei den „Gewaltbereiten“ handelt es sich überwiegend um „Skinheads“.

Sowohl die NS-affine als auch die „Skinhead“-Szene haben sich in den letzten Jahren nach stilistischen Merkmalen weiter differenziert. In den neueren Bewertungen ist von einem *deutlichen Wandel der Musikstile, Kleidungscodes und szeneimmanenten Selbstbilder* die Rede. Stilelemente anderer Jugendsubkulturen sind in die rechten Szenen eingeflossen und haben zu Mischphänomenen geführt. Eines davon ist die Übernahme des ursprünglich aus der New Yorker „Hardcore“-Szene stammenden „Hatecore“-Stils, der seit Ende der neunziger Jahre von der rechten Szene aufgegriffen und mit hassgetrieben-eliminatorischen, rassistischen und heterophoben Texten aufgeladen wurde. Auch der alte Kleidungshabitus (Glatze, Springerstiefel und Bomberjacke) taugt nicht mehr als Abgrenzungs-

kriterium: Der martialische Stil ist in den letzten Jahren zu beträchtlichem Grade neueren modischen Outfits gewichen (vgl. Menhorn 2007a: 293–299). Besondere Beachtung verdient die seit 2002 in Erscheinung getretene und mittlerweile auf bundesweit etwa 400 Personen geschätzte Strömung der *„Autonomen Nationalisten (AN)“,* die sich von der restlichen NS-affinen Szene durch *offensiv vorgetragene Gewaltbereitschaft,* die Neigung zu Angriffen auf den politisch-weltanschaulichen Gegner und besondere Stilmerkmale – nämlich die unverblümte Übernahme von Sprach- und Dresscodes des linksmilitanten Gegenübers – unterscheidet (vgl. SenInn Berlin 2008, Menhorn 2007b).

Angesichts dieser stilistischen Differenzierungen steht die Erfassung der Gruppen- und Szenezugehörigkeiten von Gewalttätern vor erheblichen Problemen. Dies wird sowohl bei der Polizeidatenuntersuchung als auch bei der Gerichtsaktenanalyse deutlich werden.

3.2.3 Wechselseitige Perzeptionsmuster rechter und linker militanter Szenen

Sofern ein (loser) organisatorischer Verbund erkennbar ist, geht ein Großteil politischer Gewalttaten in Deutschland seit mehr als zwei Jahrzehnten von den jugendlich-subkulturellen Szenen der „Autonomen“ und der (rechtsextremen) „Skinheads“ aus. Beide Gruppen grenzen sich in Verhaltens- und Umgangsformen, Symbolen und Kleidung provokativ von ihrer sozialen Umgebung ab. Beide betonen das Recht des Egos auf totales Ausleben der eigenen Wünsche und Ansprüche. Beide verfügen über keine annähernd geschlossenen Weltbilder, allenfalls über einen schmalen Konsens mit Blick auf wenige konkrete politische Forderungen. Vielfach verbindet die jeweilige Szene nur das schiere Sich-Auflehnen gegen alles Bestehende, die trotzige Negation, die pure Verachtung gegenüber sozialen Normen und/oder den Verfahrensregeln und Institutionen des Staates. Vor allem bei „Skinheads“ ist die aggressive Abgrenzung nach außen mehr Folge persönlicher Identitätsprobleme und Frustrationen als tief internalisierter politischer Überzeugungen (Erb 2003). In ihrem Inneren sind die militant-extremistischen Jugendgruppen durch parallele Prozesse der Homogenisierung von Selbstdefinitionen, Feind- und Weltbildern bestimmt (Wetzstein/Reis/Eckert 1999). Die Tendenz zum Manichäismus findet sich nicht nur in ethnozentrischen, sondern auch in anarchistisch und kommunistisch inspirierten Gruppenkulturen. Nur sind diese bislang nur sehr unzureichend erforscht.

Im Gewaltverlauf schlagen sich Mobilisationswellen nieder, die nur in der Wechselwirkung der Szenen angemessen zu interpretieren sind. So löste die fremdenfeindliche Gewaltwelle zu Beginn der neunziger Jahre einen militanten „Kampf gegen rechts“ aus, der seinerseits durch die Bildung einer Anti-Antifa konterkariert wurde. Die Anti-Antifa kopierte dabei z. T. die Organisations- und Verhaltensmuster der militanten Antifa, bis hin zur Bildung eines „nationalen Schwarzen Blocks“ mit bislang szeneuntypischem, „autonomem“ Erscheinungs-

bild, wie es sich erstmals auf der 1.-Mai-Demonstration der NPD in Berlin (2004) darbot (BfV 2007). Die in den Jahren ab 2001 erkennbaren Parallelitäten in der Gewaltentwicklung beider Sektoren dürften z. T. auf derartige Interaktionen zurückzuführen sein.

Ungeachtet ihrer strukturellen Gemeinsamkeiten formen militante „Antifa" und „Anti-Antifa" ihr Selbstbild nicht zuletzt durch die wechselseitige Konfrontation. Der „Kampf gegen Nazis" und die Verachtung der „linken Zecken" sind fester Bestandteil der jeweiligen Identität. Über ihre ideologisch-programmatische Gegensätzlichkeit hinaus rekurrieren sie auch auf unterschiedliche Mentalitätsbestände: Autonome lassen sich mit ihrer Ablehnung von Autorität und gesellschaftlichen Konventionen als das ins Extreme gesteigerte Spiegelbild der „postmateriellen" Generation deuten, die sich antiautoritär gebärdete und das Ideal der Befreiung von allen gesellschaftlichen Zwängen propagierte. Dagegen kultivieren NS-affine Szenen und Skinheads mit der Betonung militärischer Tugenden wie Ordnung, Disziplin und Sauberkeit unbewusst einen Affekt gegen die „postmateriellen" Werte der „68er"-Revolte und ihrer Ausläufer (Backes 2007). Eine detaillierte Untersuchung der wechselseitigen Perzeptionsmuster der militanten Szenen auf der Grundlage von Selbstzeugnissen findet sich im Kapitel 7 des qualitativen Teils.

3.2.4 Handlungsfeld Konfrontation mit dem politischen Feind

Die militante Bekämpfung des politisch-weltanschaulichen rechts- bzw. linksextremen Todfeindes gehört seit den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu den strukturellen Besonderheiten politisch extremistischer Strömungen.[15] Genauere Erkenntnisse zu Ausmaß und Qualitäten gegenseitiger Konfrontationsgewalt gibt es erst seit Beginn der neunziger Jahre. Für die sechziger bis achtziger Jahre liegen kaum zuverlässige Angaben vor.

Ursprünge *rechter* Konfrontationsgewalt finden sich in den späten sechziger Jahren. Im Zuge der ersten Radikalisierung der NPD nach ihrer Wahlniederlage 1969, die sich durch militantes Gebaren der „Aktion Widerstand" und des NPD-Ordnerdienstes niederschlug, kam es zu gewaltsamen Übergriffen auf linke Gegner (Backes/Jesse 1996: 95–97). In den siebziger und achtziger Jahren gab es noch keine gesonderten behördlichen Erfassungen rechter Konfrontationsgewalt.

Den wenigen Angaben zufolge war das Aufkommen aus der NS-affinen Szene Anfang der achtziger Jahre noch gering und stieg bis Ende der achtziger Jahre auf 56 Übergriffe (Uhrlau 1994: 2–3, Rannacher 1993: 15). Das Bild verschärft sich etwas, wenn man die Auseinandersetzungen zwischen subkulturell verfeindeten Randszenen einbezieht: Zwischen Skinheads und Punks bzw. linken Auto-

15 Hierzu ausführlich das Kapitel Politische Gewalt und die Konfrontation der Extremismen bei Wirsching (1999: 528–610).

nomen kam es schon in den achtziger Jahren zu einer Reihe von Massenschlägereien im Ruhrgebiet, Norddeutschland und Berlin. Auch die Ostberliner Zionskirche wurde im Oktober 1987 zum Schauplatz eines brutalen Überfalls von Skins auf Punks (Menhorn 2001: 139–158). Anfang der neunziger Jahre blieb rechte Konfrontationsgewalt hinter der dominanten fremdenfeindlichen Gewaltwelle noch randständig – trotz Bemühungen militanter Rechtsextremisten (insbes. Worch), seit Sommer 1992 unter dem Slogan *„Anti-Antifa" eine gruppen- und organisationsübergreifende Kampagne* zur gezielten Bekämpfung des linksmilitanten Gegners voranzubringen.

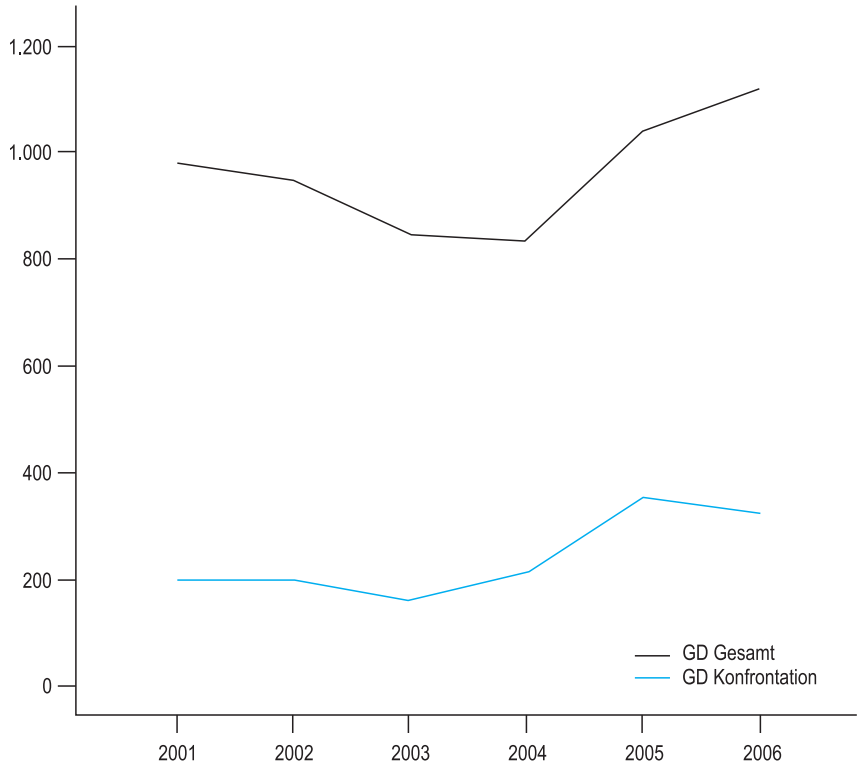
Obwohl es über die neunziger Jahre auf Agitationsebene im Geflecht von NPD/JN, Skinhead- und NS-affiner Szene an markig klingenden „Anti-Antifa"-Absichtsbekundungen nicht gefehlt hat, wurden sie in der Praxis kaum umgesetzt. Im Themenhaushalt rechter Gewalt blieben die erfassten *Konfrontationsdelikte im Schatten xeno- und heterophober Hassgewalt*. Hier könnten möglicherweise Untererfassungstendenzen – Abneigung linksmilitanter Opfer zur Anzeigeerstattung, entpolitisierende Einstufungen bei subkulturellen Randszenen – mit eine Rolle gespielt haben (Mletzko 2001: 642). Genauere Aussagen darüber, auf welche Akteure – NPD/JN-Aktivisten, NS-affine Szene, Skinheads oder lose Cliquen – sich die erfassten Rechts-Links-Gewaltdelikte verteilt haben, liegen bislang nicht vor. Lediglich herausragende Ereignisse sind dokumentiert.[16]

Im Laufe der 2000er Jahre hat sich diese Gewichtung zugunsten der Konfrontationsgewalt etwas verschoben. Es sind Anstiege zu verzeichnen – insbesondere von 2003–2005. Dennoch liegen die *Anteile am Gesamtaufkommen nur zwischen 18,7 Prozent (2003) und 33,9 Prozent (2005)*. Das Bild differenziert sich allerdings deutlich auf Länderebene.[17]

16 Hierzu zählen etwa: Eine Serie von Skinhead-Angriffen auf Punker in Magdeburg, der in Berlin am 19.02.1997 mit einer Pump Action-Flinte durchgeführte Mordversuch des militanten Rechtsextremisten Diesner an einen 62-jährigen PDS-Angehörigen, der gewalttätige Angriff einer 15-köpfigen Gruppe – darunter fünf NPD-Mitglieder – auf eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal der KZ-Gedenkstätte Kemna am 15.07.2000, ein Anschlag mit zwei Brandsätzen am 29.08.2000 auf ein alternatives Jugendzentrum in Cottbus, in dem sich zum Zeitpunkt des Anschlags Personen aufhielten.

17 Vgl. hierzu die nachfolgenden Abschnitte zur Konfrontationsgewalt.

Schaubild 4: Gewaltdelikte rechts und Rechts-Links-Konfrontationsgewalt 2001–2006

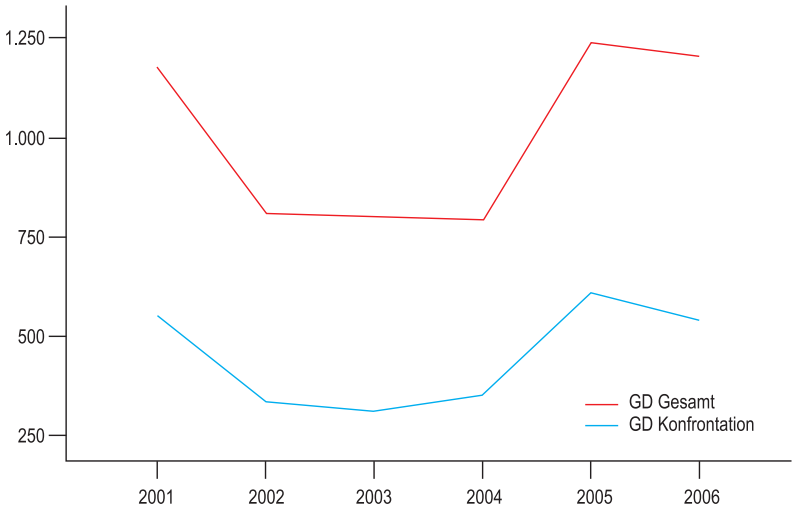


Die Genese *linker Konfrontationsgewalt* in ihrer heutigen Gestalt deckt sich mit der Entstehungsgeschichte der militanten autonomen Szene. Davon zu unterscheiden ist der nicht notwendigerweise militante orthodox-kommunistische „Antifaschismus“ (Backes 2002: 31–39). Über die achtziger Jahre blieb das Aktionsthema „Antifa“ nur ein Thema unter den anderen zugkräftigeren Leitthemen linker Militanz. Im Kontext der fremdenfeindlichen Gewaltwelle 1991–93 entwickelte sich ein *deutlicher Schub militanter Antifa-Aktionen, der mit Radikalisierungs- und Brutalisierungstendenzen* einherging. Über die neunziger Jahre hinweg stieg das Aufkommen linker Konfrontationsgewalt stetig an.[18]

In den 2000er Jahren sind – wie auch bei der rechten Konfrontationsgewalt – nach einem Tiefpunkt 2003 wieder Anstiege festzustellen. Die Anteile am Gesamtaufkommen reichen von 37,8 Prozent (2003) bis 48,5 Prozent (2005) und liegen damit deutlich höher als im rechten Lager.

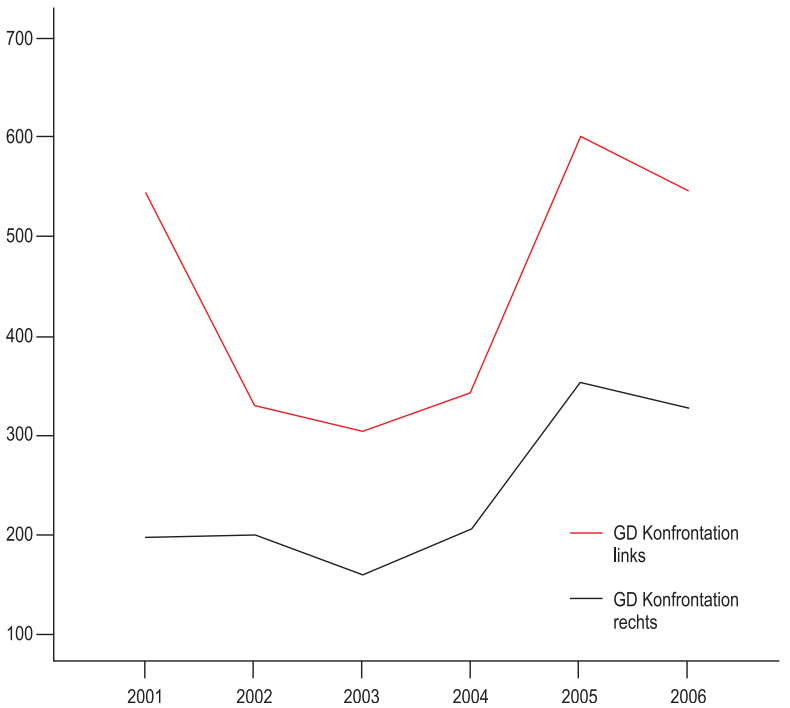
18 Hierzu genauer: LfV Baden Württemberg 2000 3–5, BKA 2000: 18–21.

Schaubild 5: Gewaltdelikte links und Links-Rechts-Konfrontationsgewalt 2001–2006



Der Rechts-Links-Vergleich verweist auf der quantitativen Betrachtungsebene auf ein durchgängiges Übergewicht linker Konfrontationsgewalt.

Schaubild 6: Gewaltdelikte Konfrontation rechts/links und links/rechts



Zur Tendenz des gemeinsamen Anstiegs der Konfrontationsgewalt können auf der Länderebene für Sachsen und Nordrhein-Westfalen erste differenzierende Aussagen gemacht werden.

4 Rechte Gewalt und linke Konfrontationsgewalt in Sachsen und Nordrhein-Westfalen

4.1 Daten und Methoden

Dieser Abschnitt diskutiert zunächst die in den quantitativen Analysen angewandten Methoden und damit zusammenhängende Erfassungsprobleme. Die qualitativen Zugänge werden gesondert in den Kapiteln 5–8 erörtert.

4.1.1 Datenbasis und Probleme der polizeilichen Ersterfassung

Aussagen zum Gewalthandeln werden auf der Basis polizeilich erhobener Daten getroffen. Die bekannten Einschränkungen und Probleme der polizeilichen Erfassung von Gewalttaten – davon die wichtigsten: Hell-/Dunkelfeldproblematik, problematisches Aussage- und Anzeigeverhalten, zwischenbehördliche Divergenzen, Zuordnungsschwierigkeiten, fehlende Opferstatistik – sind an anderer Stelle ausführlich diskutiert worden (BMI/BMJ 2001: 264–274, Wahl et al. 2003: 25, 250–258, BMI/BMJ 2006: 135–137).

Trotzdem bleibt die polizeiliche Erfassung grundsätzlich als Quelle für Trendaussagen unverzichtbar – nicht zuletzt weil die Erkenntnisse oft noch in unmittelbarer Nähe zum Tatgeschehen gewonnen werden (Kreuzer 2002: 53, 68). Hinzu kommt, dass seit Herbst 2000 anlässlich markanter Unterschiede zwischen medial und behördlich präsentierten Opferlisten die zwischen- und innerbehördliche Diskussion um Selektivitäts- und Validitätsprobleme in Gang gekommen ist und ihren Niederschlag in dem seit 2001 eingeführten neuen Erfassungssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) gefunden hat.

Wesentliche Elemente des PMK-Erfassungssystems sind (vgl. Singer 2004):

- Abkehr von dem auf Systemüberwindungsabsicht abzielenden „Extremismus“-Konzept des kriminalpolizeilichen Meldedienstes Staatsschutz (KPMD-S) wegen Problemen einengender Sichtweise und uneinheitlicher Erfassung. Ausweitung des Gegenstandsbereiches auf „politisch motivierte“ Taten.
- Als politisch motiviert gelten Straftaten, bei denen *nach Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten.*
- Durch diese Ausweitung sollen „nicht-extremistische“ Teilmengen wie Hasskriminalität oder Straftaten im Zusammenhang mit neuen sozialen Bewegungen zuverlässiger erfasst werden.
- Die neue Erfassungssystematik soll mehrdimensionale Analysemöglichkeiten von Tat und Täter erschließen, insbesondere durch differenziertere *thematische*

Zuordnung der Tat (PMK-Themenfeldkatalog) und sonstiger Tathintergründe (Phänomenbereiche rechts, links, Ausländerkriminalität; extremistisch/nicht-extremistisch, internationale Bezüge).

– Weiter gefasster Katalog der Gewaltdelikte als bei der Allgemeinkriminalität (engere Definition der Gewaltkriminalität in der polizeilichen Kriminalstatistik PKS).

Eine Evaluation des PMK-Systems hat bisher nur polizeiintern stattgefunden und wurde überwiegend positiv beurteilt (BMI/BMJ 2006: 136). In der Öffentlichkeit gab es allerdings plausible Kritik wegen mangelnder Korrektur- und Neubewertungsmöglichkeiten der Fälle (Kleffner/Holzberger 2004). Überzeugende Alternativen für eine bundesweit und kontinuierlich betriebene Erfassung mit einheitlichen Kriterien wurden aber nach wie vor nicht – auch nicht von dem Netzwerk der Opferberatungsstellen – vorgestellt. Kohlstruck/Münch (2006: 327–336) fordern bei der Heranziehung polizeilicher Daten für wissenschaftliche Zwecke eine *intensivere Quellenkritik*. Seitens der Polizei wird diesem Anliegen durch Anstrengungen zur fortlaufenden Verbesserungen im Bereich des Meldedienstes KPMD-PMK Rechnung getragen. So wurde bereits im Jahr 2001 eine aus Bund- und Ländervertretern bestehende (Dauer-)Arbeitsgruppe „Qualitätskontrolle PMK“ mit dem Auftrag der ständigen Optimierung etabliert.

Erfassungseinheit dieser Untersuchung ist die „Kriminaltaktische Anfrage in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KTA-PMK)“. Hiermit werden die für einen Sachverhalt zur Verfügung stehenden Informationen seitens der sachbearbeitenden Dienststelle erfasst und über das zuständige LKA dem BKA mitgeteilt. Damit ein bundeseinheitlicher Erfassungsstandard gesichert wird, sind die notwendigen Modalitäten bei der Informationsanlieferung in verschiedenen Unterlagen (Ausfüllanleitungen) definiert worden. Diese Meldungen werden in einer polizeilichen Eingangsstatistik erfasst und für Auswertungszwecke verfügbar gehalten. Hierdurch besteht die Möglichkeit der Erstellung von aktuellen Abbildern der Kriminalitätslage. Abweichungen können sich jedoch dann ergeben, wenn Sachverhalte zu einem späteren Zeitpunkt in Folge von veränderten Erkenntnisständen im Verlauf der polizeilichen Ermittlungen oder des Gerichtsverfahrens neu bewertet werden.[19]

Erhoben wurden für die vorliegende Untersuchung alle KTA’s für den Zeitraum 2003–2006 aus den Ländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen mit allen rechten Gewaltdelikten und dem Anteil der Konfrontationsgewalt aus dem Phänomenbereich links. Die Untersuchung beschränkt sich auf die Datensätze der KTA’s mit Tatzeit, Tatort, Rechtsnormverletzung, Tatmittel/Tatschwere, Themenfeld, Zusammenhang mit Demonstrationen, Tatverdächtige, Tatverdächtigenwohnorte und Mehrfachtäter, da diese Felder regelmäßig die solidesten Informationen enthalten.

19 Auf solche Dissonanzen wird weiter unten in der Gerichtsaktenanalyse eingegangen.

Die *Themenfeldangaben* wurden für diese Untersuchung aus pragmatischen Gründen – bessere Übersicht durch Gleichklang mit der Fallzahl und Prozentuierungsmöglichkeit mit Trenddarstellung – auf das dominante Themenfeld beschränkt und insofern abweichend von der PMK-Systematik eindimensional dargestellt.[20] Konkurrierende Bezeichnungen wurden bereinigt – „Antifaschismus" wurde als „Konfrontation/politische Einstellung gegen rechts" gezählt, „Konfrontation gegen Ausländer" als „fremdenfeindlich". Nicht auf inhaltliche Plausibilität geprüft werden konnte der Anteil „Konfrontation/Politische Einstellung – gegen sonstige politische Gegner", wenn keinerlei Angaben zu Tatkontext oder Opfereigenschaften vorlagen. Hier könnte bei genauerer Überprüfung vermutlich noch ein gewisser Teil dem Aufkommen „gegen links" zugeschlagen werden.

Zur Bestimmung der *Tatschwere* wurden zunächst alle Tatausführungen mit herausragender Brutalität – insgesamt 40 – aus dem Fallmaterial induktiv herausgezogen. Für die fachgerechte Gewichtung dieser Items wurde das Institut für Rechtsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Reuhl) konsultiert. Daraus ergaben sich vier Kategorien von Einwirkungsintensitäten, mit denen die Wahrscheinlichkeit der Entstehung bedrohlicher Verletzungen bzw. von Dauerschäden, wie etwa Lähmungen oder Hirnschäden nach Schädel-Hirn-Trauma, ausgedrückt werden sollen. Die Abstufung läuft von I „mit hoher Wahrscheinlichkeit akut lebensbedrohlich oder dauerhaft schädigend" über II „seltener lebensbedrohlich oder dauerhaft schädigend" bis zu III „kaum lebensbedrohlich" und IV „Bagatellverletzung". Die Taten der Kategorie I-III (darin sind Tötungsdelikte und schwere Körperverletzungen enthalten) bilden zusammen mit personenbezogenen Brandanschlägen (der Personenbezug wurde im Einzelfall überprüft) in dieser Untersuchung die Teilmenge „schwere Gewalt". Gezählt wurden vollendete und versuchte Taten. Eine Auswertung der minderen Tatschwere IV „Bagatellverletzung" konnte in dieser Untersuchung nicht vorgenommen werden und bleibt nachfolgenden Arbeiten vorbehalten.

Klar muss bei dieser Art von Kategorisierung sein, dass gewisse situative und individuelle Unsicherheiten grundsätzlich nicht ausgeräumt werden können. So können scheinbar weniger gewalttätige Einwirkungen, z. B. ein (von einer trainierten Person durchgeführter) Schlag gegen den Kopf ohne Werkzeug durchaus ebenfalls schwerwiegende und evtl. tödliche Folgen haben. Für diese Untersuchung wurden daher auch alle Fälle einbezogen, die zunächst nicht mit dem Tatschwereindex belegt waren, aber trotzdem zu schweren Verletzungen geführt

20 Für den Musterfall „Der unbekannte Täter warf die Flasche in Richtung der Polizeibeamten und der Rechten" wurde in dieser Untersuchung das Themenfeld nur dem dominanten Feld „Konfrontation/Politische Einstellung – gegen rechts" zugeordnet und auf weitere Zuordnungsmöglichkeiten wie „Konfrontation/Politische Einstellung – gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole" oder „Innen- und Sicherheitspolitik – Sicherheitsbehörden" verzichtet. Dieses Vorgehen ist auf den Fokus der Untersuchung abgestimmt und keinesfalls so zu verstehen, dass damit das fruchtbare Prinzip der mehrdimensionalen Abbildung von Themenfeldern in der PMK-Erfassungssystematik in Frage gestellt werden soll.

haben, so etwa mehrere Faustschläge gegen den Kopf. Weitere Verfeinerungen dieses Erfassungsinstruments sind innerhalb eines Nachfolgeprojektes mit bundesweiter Erhebung vorgesehen.

4.1.2 Datenaufbereitung und Aggregatdaten

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2006. Daten aus Zeiträumen davor und danach wurden nicht in die Analyse einbezogen, so dass keine Aussagen über nachfolgende Entwicklungen gemacht werden können. Die Bundesländer wurden getrennt betrachtet, weil Gewalt wie Stärke der NPD in Sachsen auf einem höheren Grundniveau liegen. Die dafür teilweise verantwortlichen strukturellen Ost-West-Unterschiede können in getrennten Analysen besser herausgearbeitet werden. Jeder Kreis innerhalb eines Bundeslandes wurde als ein Fall betrachtet, so dass für Sachsen 29 und für NRW 54 Fälle vorlagen. Die 29 Fälle für Sachsen sind für eine Regressionsanalyse wenig, aber immer noch ausreichend. Die Aussagekraft ist jedoch bei dieser geringen Fallzahl eingeschränkt. Wahlkreise konnten nicht betrachtet werden, weil diese bei jeder Wahl anders zugeschnitten sind und einige Daten nicht auf Wahlkreisebene vorliegen. Die Aufteilung nach polizeilichen Strukturen, wie etwa den Polizeidirektionen in Sachsen oder den Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen, hätte die Vergleichbarkeit zwischen den beiden Ländern weiter eingeschränkt. Außerdem liegen für diese Einheiten weder Wahl- noch sonstige Daten vor. Eine größere Fallzahl wäre auf Gemeindeebene erreichbar, aber das Aufkommen an Gewaltdelikten ist dafür in den meisten Gemeinden zu gering. Nachteilig bei dem hier angewandten Prinzip ist, dass die starke regionale Varianz insbesondere bei den Gewaltdelikten innerhalb der Kreise nicht berücksichtigt wird.

Die Aggregatdaten der Wahlergebnisse und sozial-ökonomischen Faktoren wurden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder (2007) bezogen. Für die Bevölkerungszahl der Landkreise lagen nur die Jahresdurchschnitte 2003–2005 vor. Deshalb wurde für alle vier Jahre des Untersuchungszeitraums der Durchschnitt dieser drei Jahre zu Grunde gelegt. Da die Schwankungen innerhalb so kurzer Zeiträume gering sind, bleiben die Abweichungen auf einem sehr niedrigen Niveau. Bei den Gewaltbelastungen nach Häufigkeitszahl (Delikte je 100.000 Einwohner) liegt die maximale Abweichung gegenüber einer Berechnung mit der Bevölkerung im jeweiligen Jahresschnitt (nur möglich für 2003, 2004 und 2005) bei 0,04 bei einem Wert von 2,23. Das heißt, der Fehler liegt unter zwei Prozent. Für die Berechnung der durchschnittlichen Gesamtbelastung nach Häufigkeitszahlen wurden die absoluten Zahlen der Gewaltdelikte im Untersuchungszeitraum durch vier geteilt und je 100.000 Einwohner berechnet.[21] Die

21 $x = (y_{2003}+y_{2004}+y_{2005}+y_{2006})/4/(z_{2003}+z_{2004}+z_{2005})/3x100000$; y = Gewaltdelikte, z = Bevölkerungszahl.

Arbeitsmarktdaten entstammen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2007). Die Daten zur Kriminalstatistik wurden von den Landeskriminalämtern Sachsens und Nordrhein-Westfalens geliefert.[22]

4.1.3 Regressionsanalysen

Um bivariate und multivariate Zusammenhänge zwischen der Zahl der Gewaltdelikte, NPD-Wahlergebnissen und sozial-ökonomischen Faktoren zu ermitteln, wurde die lineare Regression angewandt. Hierbei wird eine Gerade durch die Punktwolke gelegt – mit der Prämisse, zu jedem Punkt den kleinsten möglichen Abstand zu haben. Steigt die Gerade an, ist der Einfluss von x auf y positiv, fällt die Gerade, dann ist er negativ. Je steiler der Anstieg, desto stärker der Einfluss. Verläuft sie parallel, dann gibt es keinen Einfluss. Je näher und gleichmäßiger die Punkte einer Wolke an ihrer Geraden liegen, desto genauer kann mit der unabhängigen Variable (x) der Wert für die abhängige Variable (y) vorhergesagt werden. Gegenüber der einfachen Korrelationsanalyse hat diese Methode zwei wesentliche Vorteile: Zum einen kann die Richtung des Zusammenhangs zwischen abhängiger und unabhängiger Variable ermittelt werden, und zum anderen kann in multivariaten Modellen die Stärke des Einflusses der unabhängigen Variablen verglichen werden. Da es sich um Vollerhebungen handelt, bei denen Grundgesamtheit und Stichprobe identisch sind, ist die Angabe und Beachtung von Signifikanzen nicht notwendig.[23] In die multivariaten Modelle wurden jeweils nur unabhängige Variablen aufgenommen, welche mindestens 5 Prozent der Varianz der abhängigen Variablen ($r^2 >= 0{,}05$) erklären können. Alle Modelle wurden auf einflussreiche Fälle, Ausreißer und Kollinearität geprüft.[24]

4.1.4 Zeitreihenanalysen

Der Einfluss der Wahlen auf die politisch motivierte Gewalt und die vermuteten Wechselwirkungen zwischen rechter und linker Gewalt wurden mit Hilfe der Zeitreihenanalyse untersucht. Kontrolliert wurde ebenfalls der Medieneinfluss. Dafür waren Zeitreihen auf Monats- und Tagesbasis zu erstellen. Um systematische Bestandteile der Reihen zu beherrschen, wurde nach dem ARIMA-Verfahren gearbeitet. Bei dieser Methode nach Box und Jenkins (1976) wird zuerst jede Reihe auf saisonale Einflüsse, Trends, autoregressive Prozesse und Gleit-

22 Die NRW-Daten wurden jedoch nicht einbezogen, weil die Kreispolizeibezirke von den Landkreisen bzw. Kreisfreien Städten abweichen und somit nicht auf gleicher Grundlage wie alle anderen Daten erhoben wurden.

23 Zu den Bedingungen, wann Signifikanztests bei Vollerhebungen sinnvoll sind, siehe: Behnke (2005).

24 Kollinearität liegt vor, wenn zwei unabhängige Variablen in einem Modell so stark miteinander korrelieren ($r>0{,}8$), dass sie nicht mehr als voneinander unabhängig betrachtet werden können. Das führt zu systematischen Fehlern.

mittelprozesse untersucht. Trend bedeutet in diesem Kontext: Die Durchschnittswerte oder die Varianz steigen oder fallen im Zeitablauf beständig. Saisonale Effekte sind periodisch auftretende Veränderungen in der Reihe. Ein autoregressiver Prozess liegt vor, wenn der Wert (z) zum Zeitpunkt (t) aus dem bereits zurückliegenden Verhalten der Zeitreihe vorausgesagt werden kann, weil (z) mit diesen vorausgegangenen Werten von (z) an den Zeitpunkten t-1, t-2 usw. zusammenhängt. Ein Gleitmittelprozess liegt vor, wenn (z) nicht nur von zufälligen Ereignissen zum Zeitpunkt (t) bestimmt wird, sondern auch von zufälligen Ereignissen in der Vergangenheit (Mariak/Renn 1982: 168). Bei der Anwendung der ARIMA-Methode werden diese systematischen Bestandteile identifiziert. Dazu werden der Autokorrelationskoeffizient (ACF) und der partielle Autokorrelationskoeffizient (PACF) berechnet. Autokorrelationen sind Korrelationen von Daten in der Zeitreihe, die unterschiedlich weit voneinander entfernt sind. Der ACF gibt also an, wie stark eine Zeitreihe mit sich selbst korreliert, wenn die Messwerte *x* zum Zeitpunkt *t* um *k* Zeiteinheiten auf *x-k* verschoben werden. Für die Verschiebung wird der Operator *lag* benutzt. Ein *lag* ist dabei eine Verschiebung um eine Zeiteinheit *k.* Der partielle Autokorrelationskoeffizient gibt an, welche zusätzliche (partielle) Autokorrelation durch Hinzunahme eines weiteren *lags* erfasst wird, wenn die Einflüsse der zeitlich dazwischenliegenden Variablen x_{t-1}, x_{t-2} usw. bereits berücksichtigt sind. Die mit diesem Verfahren identifizierten systematischen Bestandteile werden in sogenannten ARIMA-Modellen (ARIMA: Auto-Regressive Integrated Moving Average) berücksichtig. Die entsprechenden Parameter p, d und q des Modells werden in Klammern angegeben: ARIMA(p,d,q), wobei der Parameter p die Ordnung des autoregressiven Teils, der Parameter q die Ordnung des gleitenden Durchschnittes und d die Zahl der Differenzierungsschritte zur Trendbereinigung beschreibt. Wenn die Zeitreihe saisonale Bestandteile hat, wird ein erweitertes Modell, das sogenannte SARIMA-Modell (s,p,d,q) angewendet, das über einen zusätzlichen Parameter für periodische Einflüsse verfügt (Scheuffele1999: 91 ff.).

Um den Einfluss einer Zeitreihe auf die andere zu ermitteln, wurden Kreuzkorrelationen (CCF) berechnet, das heißt, die Korrelation von Werten *y* der einen Zeitreihe mit Werten *z* der anderen zu unterschiedlichen Zeitpunkten *t*.

Nachteilig bei den hier erstellten Zeitreihen auf Tagesbasis ist die große Zahl an Tagen, an denen kein Gewaltdelikt gezählt wurde (z = 0). Problematisch an der Monatszeitreihe, die den Medieneinfluss kontrollieren soll, ist die Ungenauigkeit solch langer Zeitabstände und die relativ geringe Zahl der Messpunkte (48).

4.1.5 Korrelationsanalysen

Der Zusammenhang zwischen rechtsextremen Strukturen und Gewaltdelikten wurde für Sachsen mit Korrelationsanalysen untersucht.[25] Wie bei den Regressionsanalysen wurde jeder Kreis als ein Fall betrachtet. Die Daten zu NPD-Mitgliedern und militanten Extremisten sind lediglich ordinalskaliert. Das heißt, die Abstände zwischen den einzelnen Kategorien sind nicht gleich groß. Zum Beispiel: In Kategorie 1 beträgt die Anzahl der NPD-Mitglieder null, in der Kategorie 2 jedoch eins bis neunundvierzig. Wenn also ein Fall eine höhere Kategorie als ein anderer aufweist, enthält diese Aussage lediglich die Information, dass es dort *mehr* NPD-Mitglieder gibt. Eine Angleichung der Abstände wäre nur durch eine Vergröberung der Kategorien zu erreichen gewesen, welche jedoch zu Informationsverlust geführt hätte. Regressionsanalysen sind deshalb nicht sinnvoll, weil die Bildung von Dummy-Variablen hier nicht möglich ist. Das N/V-Verhältnis (Fälle zu Variablen) bei nur 29 Fällen wäre zu niedrig. Deshalb wurde die Analyse mit dem Rangkorrelationskoeffizienten Kendalls Tau durchgeführt.[26] Dieser ist ein parameterfreies Maß für Korrelationen, der weder die Annahme über einen linearen Zusammenhang noch Daten auf Intervallskalenniveau voraussetzt. Er gilt als konservativ und robust gegenüber Ausreißern. Er gibt lediglich an, wie stark ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen ist, sagt jedoch nichts über die Richtung aus.

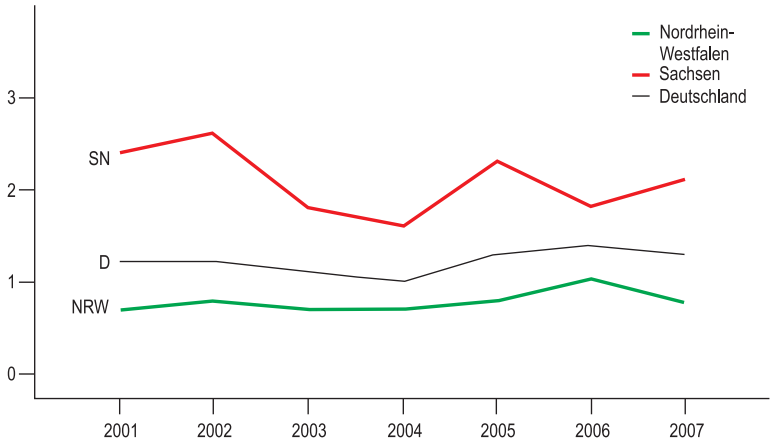
4.2 Entwicklungen und Trends politisch motivierter Gewalt 2003–2006

Eine detaillierte kriminalgeographische Aufbereitung der Daten zu politisch motivierter Gewalt liegt bisher nur für Berlin, nicht aber für die hier untersuchten beiden Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Sachsen oder für andere Länder vor. Im bundesweiten Vergleich liegt Sachsen während des Untersuchungszeitraumes deutlich über dem Bundesdurchschnitt und deutlich unter den höchstbelasteten östlichen Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Nordrhein-Westfalen liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und unter den höchstbelasteten westlichen Ländern.

25 Für NRW standen leider keine vergleichbaren Daten zur Verfügung.

26 Kendalls Tau basiert rein auf ordinaler Information, während der verbreitetere Rangkorrelationskoeffizient Spearmans Rho von gleichen Abständen (=Äquidistanz) der Skalenwerte/Ränge ausgeht.

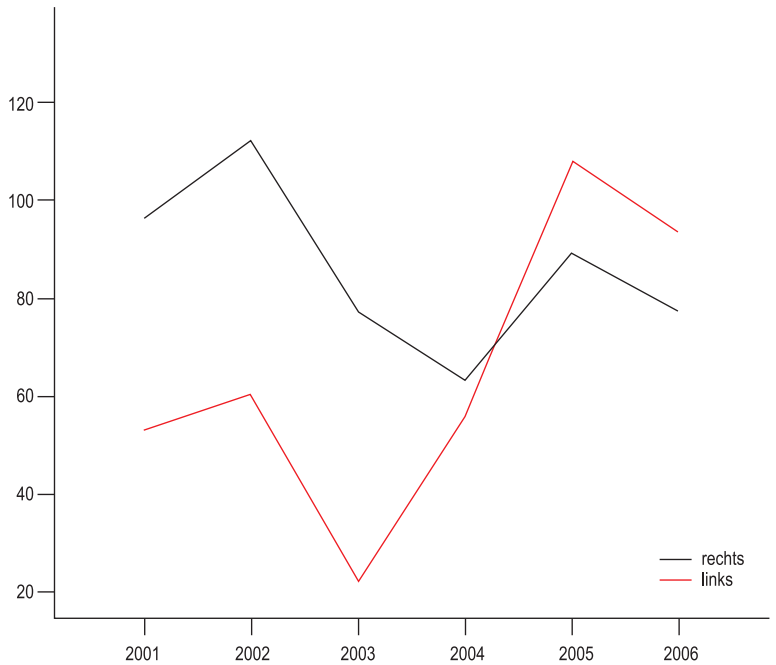
Schaubild 7: Politisch motivierte Gewaltdelikte „rechts“ je 100.000 EW Deutschland 2001–2007



4.2.1 Sachsen

Nach den bisher veröffentlichten PMK-Daten stellt sich der Verlauf rechter und linker Gewalt in Sachsen folgendermaßen dar:

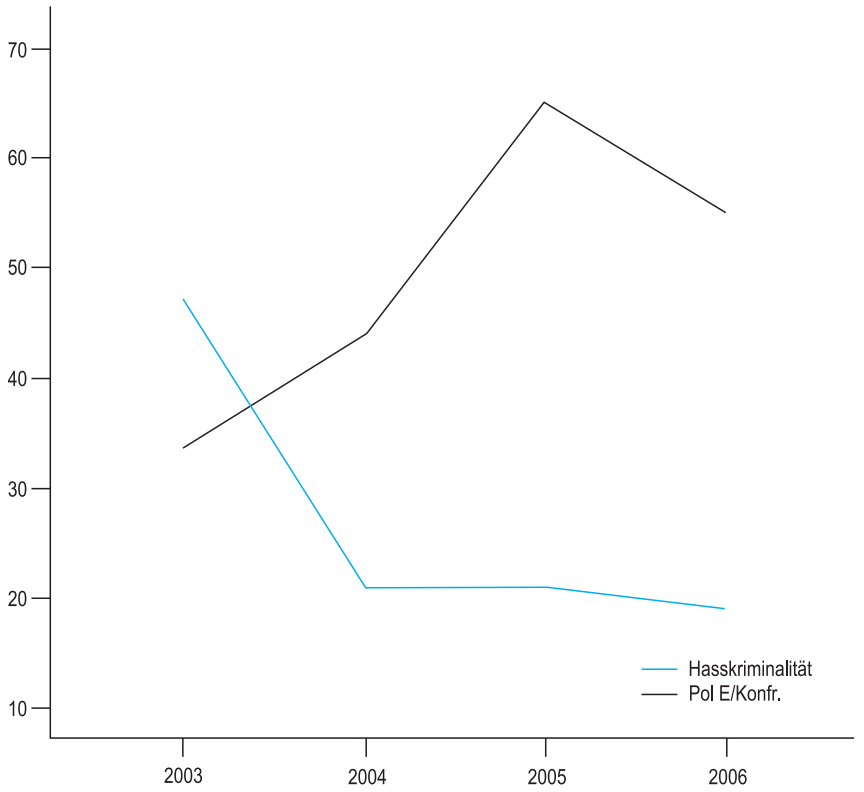
Schaubild 8: Verlauf politisch motivierter Gewaltdelikte links und rechts Sachsen 2001–2006



Der Verlauf *rechts* zeigt nach einem Höhepunkt 2002 eine abfallende Tendenz bis 2004, einen Anstieg 2005 und einen leichten Abfall 2006. Beim Verlauf *links* gibt es 2003 einen auffälligen Tiefpunkt und 2005 einen Höhepunkt. Da sich im Bundestrend kein solch markanter Absacker findet, könnte dies auf Besonderheiten der sächsischen linksmilitanten Szene hindeuten. Bei der weiteren Differenzierung wird der *Anstieg rechts 2005 und der sehr deutliche Anstieg links 2003–2005 zu klären* sein: Links hat sich von 2003–2005 vervierfacht und von 2004–2005 immer noch verdoppelt. Während 2001–2004 das linke Aufkommen teilweise deutlich (2003) unter dem rechten Aufkommen lag, hat sich 2005–2006 das Verhältnis umgekehrt.

Die Betrachtung der Themenfeldnennungen bestätigt den bundesweit festgestellten *Drift in Richtung Konfrontationsgewalt*. Im rechten Phänomenbereich tritt die Bedeutungsumkehr von Hass- und Konfrontationsgewalt besonders deutlich zutage.

Schaubild 9: Themenhaushalt Gewaltdelikte Sachsen rechts 2003–2006



Im Untersuchungszeitraum 2003–2006 gab es einige herausragende Ereignisse rechts: 2003 war Sachsen bundesweit führend mit sieben Brandanschlägen (2002: 0), bei mindestens zweien davon waren Personen betroffen bzw. bedroht (siehe auch 4.9.1.2 sowie 5.1.2).

4.2.2 Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen stellt sich nach den bisher veröffentlichten PMK-Daten der Verlauf stetiger als in Sachsen dar. Bis 2004 verändern sich beide Aufkommen nicht nennenswert. Links liegt deutlich unter rechts. Ab 2004 steigt der Pegel in beiden Lagern an, links aber deutlicher als rechts: Von 2004–2006 hat sich *links mehr als verdoppelt.* Während das rechte Aufkommen von 2001–2004 etwa doppelt so hoch wie das linke liegt, hat 2005–2006 links kräftig nachgezogen und liegt mit rechts fast auf gleichem Niveau. Die polizeilichen Bewertungen sehen hier einen starken Zusammenhang mit dem militanten demonstrativen Geschehen gegen rechts. Der Anstieg links entspricht sowohl dem Bundes- wie auch dem Sachsentrend.

Schaubild 10: Verlauf politisch motivierter Gewaltdelikte rechts und links NRW 2001–2006

4.3 NPD-Wahlmobilisierungen und politisch motivierte Gewalt

Den Leitfragen wird zunächst mit Zeitreihenanalysen nach dem oben beschriebenen ARIMA-Verfahren nachgegangen. Für beide Bundesländer werden dafür Zeitreihen der politisch motivierten Gewalt *links* und *rechts* erstellt und auf Interventionseffekte der Wahlen getestet. Um die Wechselbeziehungen zwischen rechter und linker Gewalt zu untersuchen, werden die Kreuzkorrelationen zwischen den Zeitreihen berechnet. Danach wird mit linearer Regression analysiert, ob es einen Zusammenhang zwischen dem NPD-Wahlergebnis und rechter Gewalt in den Landkreisen gibt.

4.3.1 Sachsen

Hat es nach den Wahlerfolgen der NPD in Sachsen einen Anstieg der politisch motivierten Gewaltdelikte gegeben? Diese Kernfrage der Studie wurde mit Hilfe einer Zeitreihenanalyse untersucht. Drei Wahlen fanden im Untersuchungszeitraum statt: Die Europawahl am 13. Juni 2004 (NPD: 3,3 Prozent der Zweitstimmen)[27] die Landtagswahl am 19. September 2004 (9,2 Prozent, zweithöchster Wert bei Landtagswahlen überhaupt) und die Bundestagswahl am 18. September 2005 (4,8 Prozent, höchster Wert bundesweit bei dieser Wahl).

Jede Wahl lässt sich als Intervention betrachten, die einen Effekt auf die Zeitreihe der jeweiligen Delikte haben kann oder auch nicht. Drei Monatszeitreihen sind dafür erstellt worden: *PMK-GDre* (alle rechten Gewaltdelikte), *PMK-GDre-Konf* (rechte Gewaltdelikte mit dem Themenfeld „Konfrontationsgewalt“) und *PMK-GDliKonf* (linke Gewaltdelikte mit dem Themenfeld „Konfrontationsgewalt“). Zeitreihen können systematische Bestandteile enthalten, wodurch die Ergebnisse verfälscht werden. Diese sogenannten seriellen Abhängigkeiten lassen sich unterscheiden nach saisonalen Einflüssen, Trends, autoregressiven Prozessen und gleitenden Mittelwertprozessen.[28] Um serielle Abhängigkeiten zu identifizieren, mussten die Autokorrelationen für jede Zeitreihe berechnet werden.[29] Grundlage war jeweils der längere Zeitraum entweder vor oder nach der Intervention – unter der Annahme,[30] dass sich die serielle Abhängigkeit vor und nach der Intervention nicht unterscheidet (Mariak/Renn 1982: 212). Danach erfolgte eine Berechnung des Interventionseffektes mit Hilfe der einfachen Regression. Jede Wahl wurde als Dummy-Variable kodiert.[31]

27 Am selben Tag wurden auch Stadträte und Kreistage gewählt.

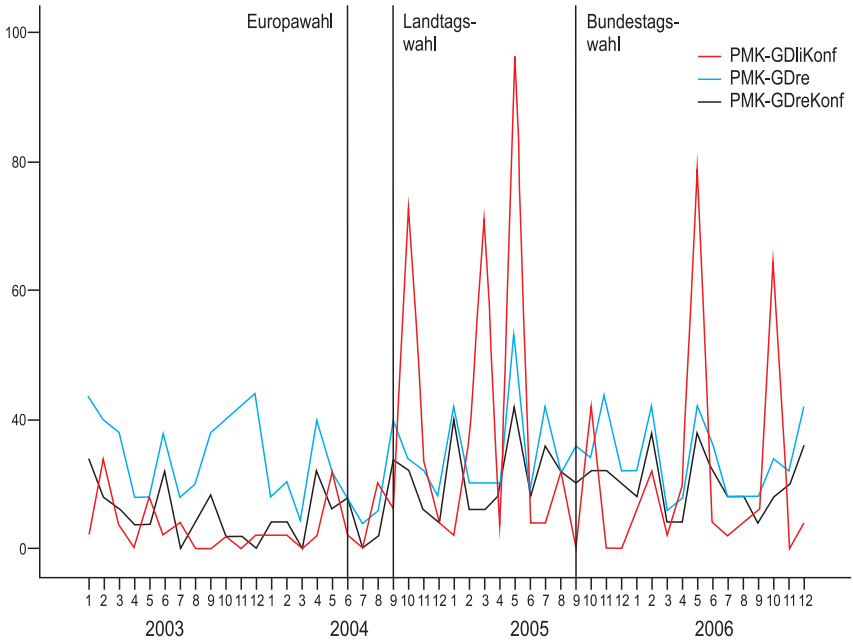
28 Genauer in diesem Kapitel, Abschnitt 1.4.

29 Genauer oben in diesem Kapitel, Abschnitt 4.1.4.

30 Für die Europawahl und Landtagswahl nach dem Wahltag, für die Bundestagswahl vor dem Wahltag.

31 Dummy variable (engl.): Stellvertretervariable mit den Ausprägungen 0 (das Merkmal liegt nicht vor) und 1 (das Merkmal liegt vor). Das heißt: Die Monate bis einschließlich der Wahl haben die Ausprägung 0 und die Monate nach der Wahl die Ausprägung 1.

Schaubild 11: Zeitreihen politisch motivierter Gewalt Sachsen



Die drei Wahlen haben keinen intervenierenden Einfluss auf die Zeitreihe *PMK-GDre* (alle rechten Gewaltdelikte).[32] Damit ist ein direkter Effekt des NPD-Wahlergebnisses auf die Entwicklung der rechten Gesamtgewalt in Sachsen nicht nachweisbar. Weder ist die Gewalt angestiegen noch zurückgegangen. Werden jedoch nur die Konfrontationsdelikte betrachtet, ändert sich das Bild.

Für die Variable Landtagswahl zeigt sich der stärkste Effekt[33] auf die Zeitreihe der Konfrontationsgewalt *PMK-GDreKonf* (rechte Gewaltdelikte mit dem Themenfeld „Konfrontationsgewalt“).[34] Jedoch sind die Werte auch für die Europawahl relativ hoch und für die Bundestagswahl noch sichtbar. Die Interventionseffekte der drei Wahlen wurden für die Zeitreihe *PMK-GDreKonf* deshalb in einem multiplen Modell verglichen.

Es zeigt sich nur für die Dummyvariable „Landtagswahl“ ein starker Effekt[35] auf die Zeitreihe. Die Variablen „Europawahl“ und „Bundestagswahl“ haben in dem Modell keinen nachweisbaren Einfluss mehr auf die abhängige Zeitreihe. Die

32 Die Zeitreihe zeigt keine signifikanten Autokorrelationen (ACF und PACF). Somit ist keine ARIMA-Spezifizierung notwendig.
33 Varianzaufklärung $R^2 = 0{,}21$.
34 Die Zeitreihe zeigt keine signifikanten Autokorrelationen (ACF und PACF). Somit ist keine ARIMA-Spezifizierung notwendig.
35 Standardisierter Betakoeffizient = 0,5.

rechte Konfrontationsgewalt ist also nach der Landtagswahl 2004 messbar angestiegen. Der Interventionseffekt kann 21 Prozent der Varianz erklären.

Für die Zeitreihe *PMK-GDliKonf* (linke Gewaltdelikte mit dem Themenfeld „Konfrontationsgewalt“)[36] sind die Werte der Varianzaufklärung der Variablen Landtagswahl und Europawahl fast gleich,[37] dagegen kann für die Bundestagswahl ein Interventionseffekt ausgeschlossen werden. Die Interventionseffekte der zwei erstgenannten Wahlen wurden für die Zeitreihe *PMK-GDliKonf* deshalb in einem multiplen Modell verglichen.

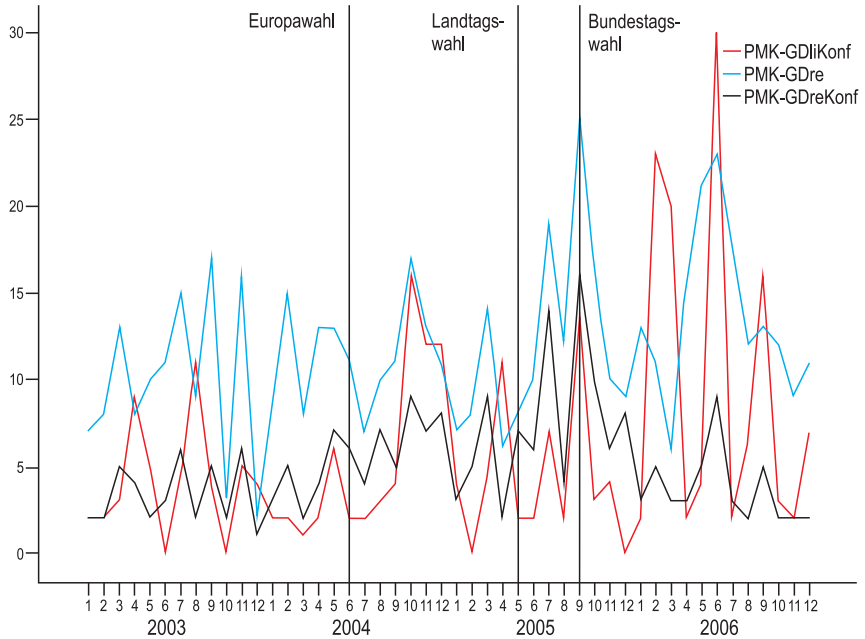
Im Modell erweist sich nur der Interventionseffekt der Landtagswahl als einflussreich.[38] Die *linke Konfrontationsgewalt ist also in Sachsen nach der Landtagswahl ebenfalls messbar angestiegen. Jedoch kann der Interventionseffekt nur 12 Prozent der Varianz erklären*.

4.3.2 Nordrhein-Westfalen

Hat es nach den Wahlen in NRW einen Anstieg der politisch motivierten Gewaltdelikte gegeben? Die Frage wurde wie für Sachsen mit Hilfe einer Zeitreihenanalyse untersucht. Die drei Wahlen im Untersuchungszeitraum werden als Interventionen betrachtet, welche einen Effekt auf die Reihe der jeweiligen Delikte haben können oder auch nicht. Drei Monatszeitreihen sind dafür erstellt worden: *PMK-GDre* (alle rechten Gewaltdelikte), *PMK-GDreKonf* (rechte Gewaltdelikte mit dem Themenfeld „Konfrontationsgewalt“) und *PMK-GDliKonf* (linke Gewaltdelikte mit dem Themenfeld „Konfrontationsgewalt“).[39] Die NPD erreichte mit 0,6 (Europawahl 2004), 0,9 (Landtagswahl 2005) und 0,8 (Bundestagswahl 2005) Prozent der Zweitstimmen deutlich schlechtere Ergebnisse als in Sachsen.

36 Die Zeitreihe zeigt keine signifikanten Autokorrelationen (ACF und PACF). Somit ist keine ARIMA-Spezifizierung notwendig.
37 Varianzaufklärung $R^2 = 0{,}1$ bzw. 0,12.
38 Standardisierter Betakoeffizient = 0,29.
39 Das weitere Vorgehen wie im Abschnitt für Sachsen.

Schaubild 12: Zeitreihen politisch motivierter Gewalt NRW



Die Zeitreihe *PMK-GDre* (alle rechten Gewaltdelikte) zeigt signifikante Autokorrelationen (ACF und PACF). Somit ist eine ARIMA-Spezifizierung notwendig. Im Vergleich konnte ein ARIMA(1,0,0)-Modell identifiziert werden.[40] Die Zeitreihe hat autoregressive Bestandteile erster Ordnung. Das heißt, die Zahl der Gewaltdelikte ist nicht unabhängig von der Zahl der Gewaltdelikte im Vormonat. Dieser systematische Bestandteil wurde für die folgende Analyse mit der Setzung des ARIMA-Parameter q = 1 eliminiert.[41]

Im Vergleich der drei als Variablen angenommenen Wahlen hat in NRW *nur die Landtagswahl 2005* einen intervenierenden Einfluss auf die Zeitreihe.[42] Das heißt, nach der Landtagswahl sind die rechten Gewaltdelikte in NRW insgesamt angestiegen. Die Varianzaufklärung ist mit 11 Prozent jedoch gering.

Die Zeitreihe *PMK-GDreKonf* der rechten Konfrontationsdelikte besitzt keine systematischen Bestandteile. Deshalb ist keine ARIMA-Spezifizierung notwendig. Nur die Variable Europawahl zeigt im Vergleich einen Einfluss auf die Zeitreihe. Die Varianzaufklärung ist mit 11 Prozent jedoch ebenfalls gering. Die *Landtags- bzw. Bundestagswahl hat keinen nachweisbaren Einfluss auf die Zeitreihe*.

40 Vgl. Abschnitt 4.1.4. in diesem Kapitel.
41 Vgl. ebd.
42 Varianzaufklärung $R^2 = 0{,}11$.

Die Zeitreihe *PMK-GDliKonf* der linken Konfrontationsdelikte besitzt ebenfalls keine systematischen Bestandteile. Deshalb ist auch hier keine ARIMA-Spezifizierung notwendig. Die Europawahl kann im Vergleich mit acht Prozent die größte Varianz aufklären. Aber der Unterschied zu den beiden anderen Wahlen (6 Prozent) ist gering. Deshalb wurde im multivariaten Modell getestet, welche der Wahlen den stärksten Einfluss hat. Im Modell hat die Variable *Europawahl* den höchsten Einfluss,[43] dass heißt, seit der Europawahl im Juni 2004 gab es den stärksten Anstieg der linken Konfrontationsgewalt. Die Bundestagswahl hat einen geringeren und die Landtagswahl gar keinen Einfluss im Regressionsmodell. Das bedeutet, die linke Konfrontationsgewalt ist nach zwei Wahlen leicht angestiegen. Aber der Anteil des Varianz, der durch die Wahlen erklärt werden kann, ist mit acht bzw. sechs Prozent sehr gering.

4.3.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Im Vergleich der drei Zeitreihen ist in Sachsen der Interventionseffekt der Landtagswahl 2004 auf die *rechte Konfrontationsgewalt* am stärksten. Eine Varianzaufklärung von nur 21 Prozent heißt aber auch, dass fast 80 Prozent der Varianz nicht mit der Wahl erklärt werden können. Ein wenn auch schwächerer Effekt dieser Wahl lässt sich auch auf die Zeitreihe der *linken Konfrontationsgewalt feststellen.* Dagegen ist die rechte Gewalt insgesamt nach keiner Wahl im Untersuchungszeitraum messbar gestiegen oder gesunken. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Untersuchungszeitraum 27 Monate nach der Landtagswahl endet. Langfristigere Auswirkungen auf die Szene, etwa durch eine erfolgreichere Nachwuchsrekrutierung in Folge des Ressourcenzuwachses, lassen sich somit noch nicht überprüfen. Dazu müssten längere Zeiträume von ca. fünf Jahren nach der Wahl untersucht werden.

In NRW hat es dagegen bereits nach der Europawahl im Juni 2004 einen Anstieg sowohl der linken als auch der rechten Konfrontationsgewalt gegeben. Der Interventionseffekt ist aber schwächer als der für die sächsische Landtagswahl gemessene. Die NPD hat mit 0,6 Prozent bei dieser Wahl in NRW sehr schlecht abgeschnitten. Von einem Wahlerfolg, der eine mobilisierende Wirkung auf Gewalttäter haben könnte, kann also im Gegensatz zu Sachsen nicht gesprochen werden. Außerdem spielte die Europawahl weder in der linksextremen noch in der rechtsextremen Szene eine große Rolle. Die rechte Gewalt insgesamt ist dagegen erst nach der ebenfalls erfolglosen Landtagswahl im September 2005 angestiegen. Weil die Varianzaufklärung mit elf Prozent jedoch gering ist, kann dieser Befund nur mit Vorsicht als Ausgangspunkt für weitere Analysen dienen.

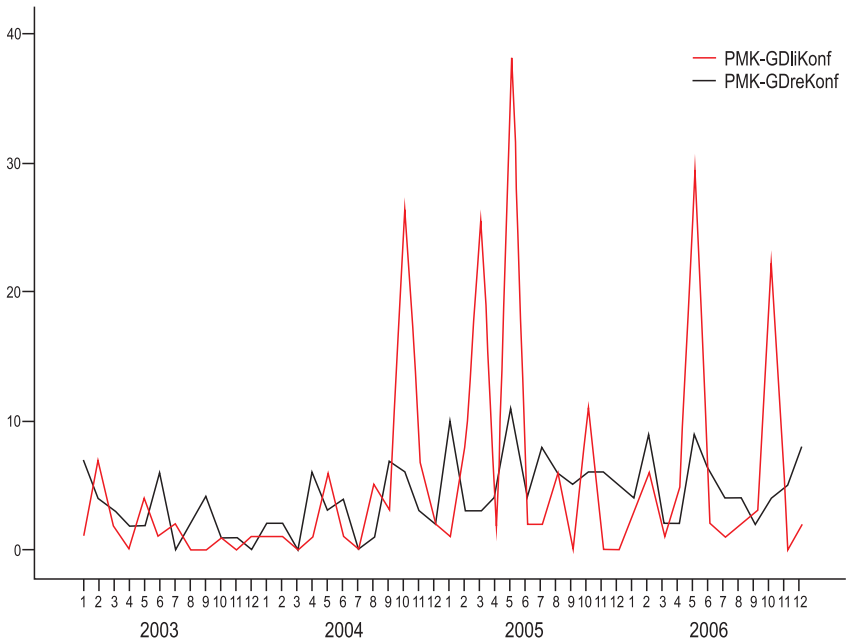
43 Standardisierter Betakoeffizient Europawahl = 0,21, Bundestagswahl = 0,15.

4.4 Wechselseitige Konfrontation

4.4.1 Sachsen

Welche Wechselwirkungen gibt es zwischen linker und rechter Gewalt? Wer reagiert auf wen? Im Schaubild 13 ist deutlich zu erkennen, dass Anstiege beider Zeitreihen der Konfrontationsgewalt häufig in denselben Monaten erfolgen.

Schaubild 13: Zeitreihen rechte und linke Konfrontationsgewalt Sachsen 2003–2006



Dieser optische Eindruck wird durch die Berechnung der Kreuzkorrelationen zwischen den beiden Zeitreihen bestätigt. Der Kreuzkorrelationskoeffizient (CCF) ist zwischen *PMK-GDliKonf* und *PMK-GDreKonf* für den gleichen Monat (lag = 0) am höchsten (CCF = 0,392).[44] Die lag-Nummer gibt den Messpunkt, also in diesem Fall den Monat an, an welchem die Kreuzkorrelation auftritt.

Um zu überprüfen, ob die linke Konfrontationsgewalt als Reaktion auf einen Anstieg rechter Gewalttaten insgesamt erfolgt, wurden auch die Kreuzkorrelationen zwischen *PMK-GDre* und *PMK-GDliKonf* berechnet.[45] Hier ist die Kreuzkorrelation wiederum für den gleichen Monat (lag = 0) höher als für die folgenden. Der Korrelationskoeffizient ist mit CCF = 0,297 jedoch niedriger als zwischen den

44 Vgl. Schaubild 51: *PMK-GDliKonf* über *PMK-GDreKonf* im Anhang. Der Kreuzkorrelationskoeffizient CCF (in den Schaubildern als Balken dargestellt) gilt als signifikant, wenn die in der Abbildung als Linie dargestellten Grenzen des Konfidenzintervalles überschritten werden.

45 Vgl. Schaubild 52: *PMK-GDre* über *PMK-GDliKonf* im Anhang.

Konfrontationszeitreihen. Das heißt, die *Zunahme rechter Gewaltdelikte führt nicht zu einem Anstieg linker Konfrontationsgewalt in den darauf folgenden Monaten; vielmehr gibt es eine Wechselwirkung zwischen linker und rechter Konfrontationsgewalt innerhalb eines Monats*. Für die weitere Analyse wurden deshalb drei Zeitreihen auf Tagesbasis erstellt: *PMK-GDliKonfTag, PMK-GDreTag* und *PMK-GDreKonfTag.*

Zum Einfluss der Zeitreihe *PMK-GDliKonfTag* auf *PMK-GDreKonfTag* lassen sich folgende Aussagen treffen: Die Kreuzkorrelationen zwischen den Zeitreihen der Konfrontationsgewalt sind sowohl am gleichen Tag (lag = 0) als auch am vierten Tag danach deutlich signifikant.[46] Die Kreuzkorrelationskoeffizienten liegen mit 0,269 (lag = 0) und 0,196 (lag = 4) zwar nicht sehr hoch; dennoch kann von einem Zusammenhang gesprochen werden. Das heißt, die Zeitreihe der linken Konfrontationsgewalt (*PMK-GDliKonfTag*) kann den Verlauf der Zeitreihe zur rechten Konfrontationsgewalt (*PMK-GDreKonfTag*) vier Tage später prognostizieren. Ein Anstieg linker Konfrontationsgewalt durch einen ein oder mehrere Tage vorausgehenden Anstieg rechter Konfrontationsgewalt kann jedoch für Sachsen nicht bestätigt werden.

Hat die Zeitreihe alle rechten Gewaltdelikte (*PMK-GDreTag*) auch Einfluss auf den Verlauf der linken Konfrontationsgewalt (*PMK-GDliKonfTag*)? Signifikante Kreuzkorrelationen der Zeitreihen *PMK-GDreTag* und *PMK-GDliKonfTag* sind bei lag 15 (CCF = 0,084), lag = 0 (CCF = 0,242), lag = –4 (CCF = 0,180) und lag = –5 (CCF = 0,085) festzustellen. Das deutet einen *Feedback-Effekt* an, also einen wechselseitigen Einfluss. Jedoch sind die Kreuzkorrelationskoeffizienten für denselben Tag (lag = 0) und vier Tage in der Vergangenheit höher als der schwache Wert am 15. Tag in der Zukunft. Weil die Reihe der gesamten rechten Gewaltdelikte (PMK-GDreTag) die Werte für die Konfrontationsdelikte einschließt, der Korrelationskoeffizient im Vergleich aber niedriger ist, handelt es sich hier um denselben Effekt wie oben für PMK-GDliKonfTag auf PMK-GDreKonfTag. Das heißt, mit der Zeitreihe *PMK-GDreTag* eine Prognose für einen Anstieg der linken Konfrontationsgewalt abzugeben ist mit diesen Korrelationen nicht möglich. Der *Anstieg linker Konfrontationsgewalt ist nicht mit einem unmittelbar vorangegangenen Anstieg rechter Gewaltdelikte* zu erklären.

4.4.2 Nordrhein-Westfalen

Hat die linke Konfrontationsgewalt in NRW einen ebenso messbaren Einfluss auf die rechte Konfrontationsgewalt wie in Sachsen? Die Kreuzkorrelationen auf Monatsbasis zeigen einen signifikanten Zusammenhang zwischen den Werten beider Zeitreihen (*PMK-GDliKonf* und *PMK-GDreKonf)* im gleichen Monat (CCF = 0,295 bei lag 0).[47] Dagegen hat die um ihre systematischen Bestandteile

46 Vgl. Schaubild 53: *PMK-GDliKonfTag* über *PMK-GDreKonfTag* im Anhang.
47 Vgl. Schaubild 54: *PMK-GDliKonf* über *PMK-GDreKonf* im Anhang.

bereinigte Zeitreihe aller rechten Gewaltdelikte *PMK-GDre* sowohl im gleichen wie auch im folgenden Monat vergleichbar hohe Kreuzkorrelationen (CCF = 0,268 bei lag = 0 und CCF = 0240 bei lag = 1) mit *PMK-GDliKonf*, die jedoch nicht signifikant sind.[48]

Um ein genaueres Bild zu erhalten, wurden Tageszeitreihen erstellt: *PMK-GDreTag, PMK-GDliKonfTag,* und *PMK-GDreKonfTag.* Die Überprüfung auf systematische Bestandteile ergab für *PMK-GDreTag* und *PMK-GDreKonfTag* sowohl saisonale als auch autoregressive Anteile.[49] Das ARIMA (1,0,0)x(2,0,0)-Modell erwies sich als angemessen.[50] *PMK-GDliKonfTag* hat dagegen nur saisonale Anteile, welche im SARIMA (1,0,0)-Modell angemessen abgebildet werden.[51] Die Berechnung der Kreuzkorrelationen wird nach dem „Prewhitening-Verfahren" durchgeführt. Dabei werden statt der Zeitreihen ihre Residuen verwendet (Scheuffele 1999: 176 ff.). Diese sind das Ergebnis der spezifizierten ARIMA- bzw. SARIMA-Modelle.

Einfluss der Zeitreihe *PMK-GDliKonfTag* auf *PMK-GDreKonfTag:* Es zeigen sich signifikante Kreuzkorrelationen bei lag 0 und lag 7. Das heißt: Die rechte und linke Konfrontationsgewalt korreliert am jeweiligen Tag (CCF = 0,316). Eine Veränderung der linken Gewalt führt sieben Tage später zu einer Änderung der rechten Konfrontationsgewalt (CCF = 0,1), jedoch ist die Korrelation nicht sehr hoch. Der signifikante, aber ebenfalls niedrige Wert (CCF = 0,116 bei lag = –14) zeigt auch einen umgekehrten Einfluss der Zeitreihe *PMK-GDreKonfTag* auf *PMK-GDliKonfTag.*[52] Ein Anstieg rechter Konfrontationsgewalt hat 14 Tage später auch einen Anstieg der linken Konfrontationsgewalt zur Folge. Alles zusammen deutet auf eine *stärkere Wechselwirkung zwischen linken und rechten Gewalttätern als in Sachsen* hin.

Einfluss der Zeitreihe *PMK-GDreTag* auf *PMK-GDliKonfTag:* Hier zeigen sich signifikante Kreuzkorrelationen bei lag = 0 (CCF = 0,229), lag = 7 (CCF = 0,092), lag = 14 (CCF = 0,105) und lag = –7 (CCF = 0,091).[53] Das heißt, rechte Gewalt und linke Konfrontationsgewalt korrelieren am gleichen Tag. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass die Zeitreihe *PMK-GDreTag* die oben untersuchte Reihe der Konfrontationsdelikte beinhaltet, deren Kreuzkorrelation zu allen drei Zeitpunkten höher liegt. Also dürfte es sich im Wesentlichen um den schon

48 Vgl. Schaubild 55: Fehler für *PMK-GDre* von ARIMA, MOD_3, CON über *PMK-GDliKonf* im Anhang.

49 Das heißt, in periodischen Abständen sind die Autokorrelationen signifikant. In diesem Fall korrelieren die Werte alle sieben Tage, also im Wochenabstand. Der Verlauf der Zeitreihe ist also nicht unabhängig von saisonalen Einflüssen. Autoregressiv bedeutet, die Zahl der Gewalttaten wird von der Zahl der Gewalttaten des Vortages mitbestimmt.

50 Angemessen bedeutet, dass die Residuenreihe des Modells „White Noise" entspricht.

51 SARIMA ist eine Erweiterung des ARIMA-Verfahrens um eine saisonale Komponente (Scheuffele 1999: 91 ff.).

52 Vgl. Schaubild 56: Fehler für *PMK-GDliKonfTag* über Fehler für *PMK-GDreKonfTag* im Anhang.

53 Vgl. Schaubild 57: Fehler für *PMK-GDreTag* über Fehler für *PMK-GDliKonfTag* im Anhang.

beobachteten Zusammenhang der Konfrontationsgewalt zwischen rechts und links handeln. Wie die Eskalation genau abläuft und in welcher Reihenfolge, wird sich nur durch weitergehende qualitative Analysen feststellen lassen.

4.4.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In beiden Bundesländern *korreliert die linke Konfrontationsgewalt am selben Tag* mit der *rechten Konfrontationsgewalt.* Das deutet auf *Wechselwirkungen* zwischen den politischen Gegnern hin. Hier kann jedoch nicht bestimmt werden, welches Ereignis dem anderen voraus geht. Dafür sind weitere qualitative Analysen einzelner Ereignisse und ihrer Abläufe nötig.

Für Sachsen gibt es zudem einen weiteren interessanten Befund: Wenn die *linke Konfrontationsgewalt ansteigt, zeigt sich vier Tage später ein Anstieg der rechten Konfrontationsgewalt.* Die Demonstrationen, in deren Umfeld vier von fünf linken Konfrontationsdelikten begangen werden, sind zu diesem Zeitpunkt längst abgeschlossen und die Teilnehmer kaum noch direkt angreifbar. Das deutet auf eine verspätete Reaktion gegenüber zufällig angetroffenen und von den Tätern als „links" eingestuften Personen hin. In Nordrhein-Westfalen zeigt sich dieser Effekt jedoch deutlich schwächer und in beide Richtungen, mit ein bzw. zwei Wochen Verzögerung. Diese Befunde sind jedoch ohne Analyse einzelner Ereignisse nur vorsichtig zu interpretieren.

Ein Anstieg linker Konfrontationsgewalt als Reaktion auf einen Anstieg der rechten Delikte insgesamt konnte nicht festgestellt werden.

4.5 Mediale Erregungswellen und politisch motivierte Gewalt

Während für die frühen 90er Jahre ein Zusammenhang zwischen Medienberichterstattung und fremdenfeindlichen Nachahmungstaten nachgewiesen wurde, sind die neueren Befunde nicht eindeutig (Brosius/Esser/Scheufele 2002). Deshalb stellt sich hier die Frage, ob die Medien einen Einfluss auf politisch motivierte Gewalttaten in Sachsen haben. Um diese Frage zu beantworten, wurde die Zeitreihe *Medien* erstellt. Als Indikator für die Präsenz des Themas „Rechtsextremismus" in den Medien dienen die Agenturmeldungen im Untersuchungszeitraum. Gezählt wurden monatsweise alle Tickermeldungen, bei denen der Begriff „Rechtsextremismus" in Text oder Überschrift auftauchte.[54]

Die Zeitreihe *Medien* weist signifikante serielle Abhängigkeiten auf. In der Analyse konnte ein ARIMA (0,0,1)-Modell als angemessen identifiziert werden.[55]

---

54 Quelle: BKA/Bundespresseamt.

55 Die Charakteristik der ACF und PACF deutete sowohl auf AR (1)- als auch auf MA(1)- Bestandteile hin (ACF bei lag 1= 0,554, vgl. Anhang). Im Vergleich der Parameter zwischen ARIMA(1,0,0), ARIMA(1,0,1) und ARIMA(0,0,1) schnitt letzteres am besten ab. Die Residuen dieses Modells folgen *White Noise*, wodurch die Angemessenheit bestätigt wurde.

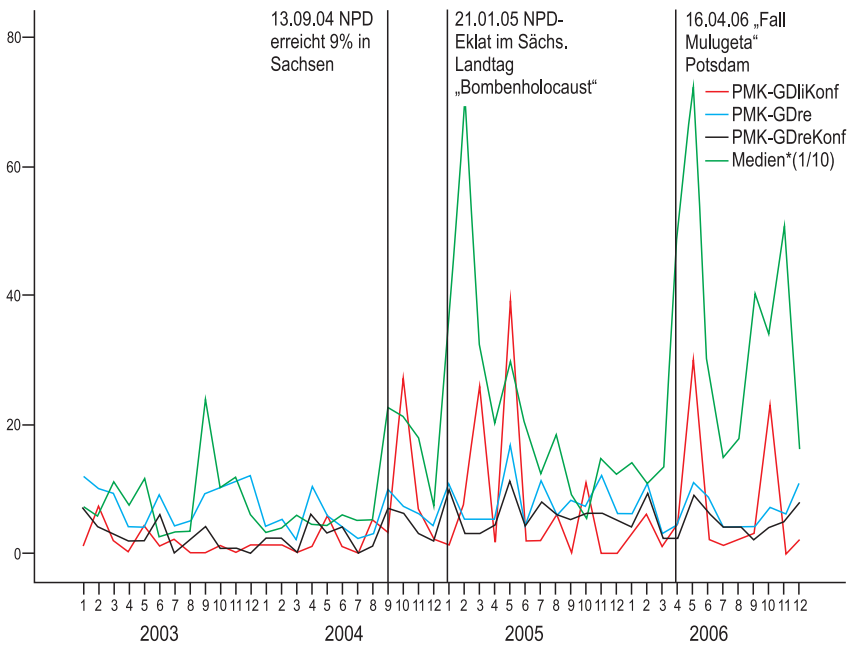
Das heißt, die monatliche Anzahl der Agenturmeldungen zum Thema „Rechtsextremismus“ wird zwar von Zufallsereignissen bestimmt, aber diese Zufallsereignisse wirken auch im darauf folgenden Monat nach. Dieser systematische Bestandteil wird als *gleitender Durchschnitt* bezeichnet. Bei der weiteren Analyse wurde dieser systematische Bestandteil entfernt. Um zu prüfen, ob ein Zusammenhang mit den drei oben eingeführten Zeitreihen der PMK-Gewalt besteht, wurden die jeweiligen Kreuzkorrelationen (CCF) mit der Zeitreihe *Medien* berechnet.

4.5.1 Sachsen

Der Einfluss der Zeitreihe *Medien* auf die Zeitreihe aller rechten Gewaltdelikte (*PMK-GDre)* wurde nach dem „Prewhitening-Verfahren“ berechnet. Dabei wird statt der Reihe *Medien* die Residuenreihe des ARIMA (0,0,1)-Modells verwendet (Scheuffele 1999, S. 176 ff.).

Es gibt keine signifikanten Kreuzkorrelationen (CCF) zwischen den beiden Zeitreihen.[56] Das heißt, die *Zahl der monatlichen rechten Gewaltdelikte in Sachsen ist unabhängig von der gesamtdeutschen Häufigkeit der Berichterstattung über das Thema Rechtsextremismus.*

Schaubild 14: Zeitreihe *Medien* und politisch motivierte Gewalt in Sachsen



56 Vgl. Schaubild 60: Fehler für Medien von ARIMA, MOD_1, CON über *PMK-GDre* im Anhang.

Die Kreuzkorrelationen der Zeitreihe *Medien* mit der Zeitreihe der rechten Konfrontationsdelikte (*PMK-GDreKonf)* zeigen bei lag = 3 (CCF = 0,295) und lag = –3 (CCF = 0,279) deutliche,[57] aber nicht signifikante Spitzen. Das heißt, die Zahl rechter Konfrontationsgewalt korreliert zwar drei Monate vor und drei Monate nach Berichterstattung mit der Anzahl der Agenturmeldungen. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht signifikant, kann also zufällig sein. Ein Anstieg rechter Konfrontationsgewalt drei Monate nach einer Zunahme der Berichterstattung ist auch nicht plausibel zu erklären.

Dagegen zeigt sich ein deutlicher Einfluss der Zeitreihe *Medien* auf *PMK-GDliKon,* die Zeitreihe der linken Konfrontationsdelikte. Hier liegt sich eine signifikante Kreuzkorrelation (CF = 0,488) bei lag 1 vor.[58] Das heißt: Wenn die Agenturmeldungen zum Thema „Rechtsextremismus“ ansteigen, gibt es einen Monat später einen deutlichen Anstieg linker Gewalttaten. 80 Prozent dieser Delikte im Untersuchungszeitraum wurden im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen. Das lässt *auf eine verstärkte Mobilisierung linker Gewalttäter durch eine hohe Medienpräsenz des Themas „Rechtsextremismus“ schließen*.

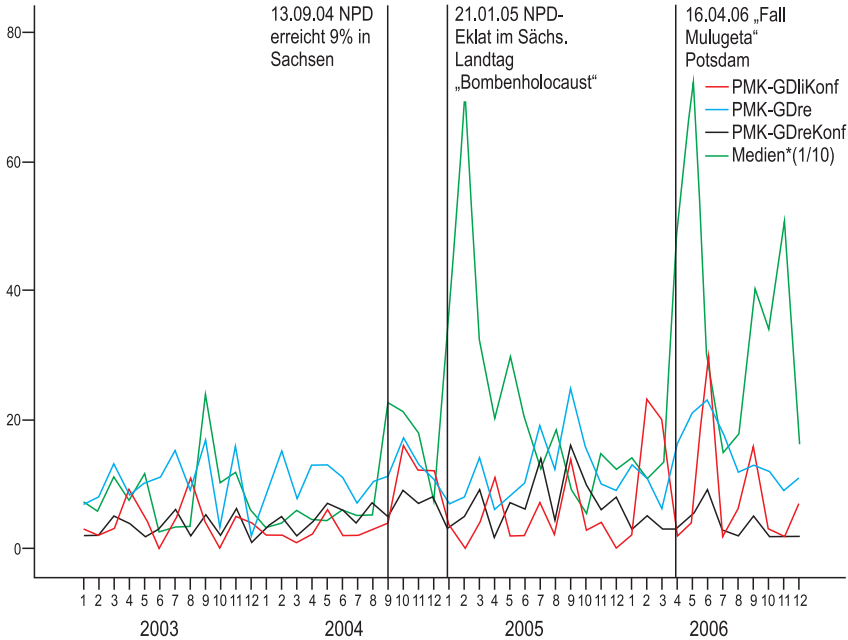
4.5.2 Nordrhein-Westfalen

Haben die Medien in NRW einen messbaren Einfluss auf die linke Konfrontationsgewalt wie in Sachsen? Oder sind hier Zusammenhänge mit den beiden anderen Zeitreihen feststellbar? Die Antwort wurde mit den im Abschnitt für Sachsen geschilderten Methoden gesucht.

57 Vgl Schaubild 58: Fehler für Medien von ARIMA, MOD_1, CON über *PMK-GDreKonf* im Anhang.

58 Vgl: Schaubild 59: Fehler für Medien von ARIMA, MOD_1, CON über *PMK-GDliKonf* im Anhang.

Schaubild 15: Zeitreihen *Medien* und politisch motivierte Gewalt NRW



Die Berechnung der Kreuzkorrelationen der Zeitreihe *Medien* mit der Zeitreihe *PMK-GDre* (alle rechten Gewaltdelikte) wurde nach dem bereits dargestellten „Prewhitening-Verfahren“ durchgeführt. Es gibt keinen signifikanten Einfluss der Reihe *Medien* auf die Reihe *PMK-GDre*.[59] Das bedeutet, die *Anzahl rechter Gewaltdelikte in NRW ist unabhängig von der Anzahl der Agenturmeldungen*. Ein wellengleiches Auftreten von Nachahmungstaten lässt sich also nicht nachweisen.

Es gibt gleichfalls keinen signifikanten Einfluss der Reihe *Medien* auf die Reihe der rechten Konfrontationsdelikte (*PMK-GDrekonf*).[60] Das bedeutet, die *Anzahl rechten Konfrontationsdelikte in NRW ist ebenfalls unabhängig von der Anzahl der Agenturmeldungen*.

Für Nordrhein-Westfalen lässt sich der Einfluss der Reihe *Medien* auf die Zeitreihe der linken Konfrontationsgewalt (*PMK-GDliKonf*) nicht bestätigen. Die Kreuzkorrelationen für den Zeitraum der folgenden zwei Monate (CCF = 0,189 bei lag = 1 und CCF = 0,266) sind wesentlich niedriger als in Sachsen (CCF = 0,455 bei lag = 1) und auch nicht signifikant.[61] Aber es sind signifikante Kreuz-

59 Vgl. Schaubild 60: Fehler für *Medien* über Fehler für *PMK-GDre* im Anhang.
60 Vgl. Schaubild 61: Fehler für *Medien* über *PMK-GDreKonf* im Anhang.
61 Vgl. Schaubild 62: Fehler für *Medien* über *PMK-GDliKonf* im Anhang.

korrelationen in umgekehrter Richtung aufgetreten (CCF = 0.455 bei lag = –2, CCF = 0,312 bei lag = –3). Das heißt, einem Anstieg der Agenturmeldungen geht ein Anstieg linker Konfrontationsdelikte in den letzten drei Monaten voraus. Für diesen scheinbaren Zusammenhang gibt es jedoch keine schlüssige Erklärung.

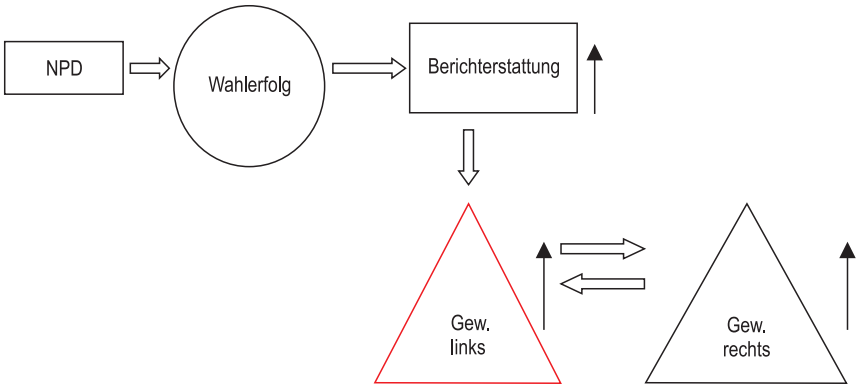
4.5.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Landtagswahl 2004 in Sachsen und der damit verbundene Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag ist in Sachsen ein erklärender Faktor für den Anstieg der Konfrontationsgewalt zwischen links und rechts.[62] Das Thema „Rechtsextremismus" hat mit der Tatsache einer NPD-Landtagsfraktion in der Öffentlichkeit und auch außerhalb der linksextremen Szene erheblich an Stellenwert gewonnen. Damit geht ein erhöhtes Mobilisierungspotential einher, das sich unmittelbar auf das Demonstrationsgeschehen auswirkt. Dabei spielt die Präsenz des Themas „Rechtsextremismus" in den Medien eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung linksextremer Gewalttäter. Eine verstärkte Berichterstattung führt einen Monat später zu einem Anstieg linker Konfrontationsdelikte, die hauptsächlich im Umfeld von Demonstrationen und rechten Veranstaltungen begangen werden. Die Analyse zeigt, dass solch ein Anstieg wiederum eine unmittelbare Zunahme rechter Konfrontationsgewalt zur Folge hat. In NRW, wo die NPD keine Erfolge erringen konnte, ist der Einfluss der Berichterstattung auf die Konfrontationsgewalt entsprechend geringer. Der Unterschied kann aber zum Teil auch darauf zurückzuführen sein, dass von den drei medial sehr stark reflektierten Ereignissen zwei (NPD-Einzug in den Landtag, „Bombenholocaust"-Rede[63]) in Sachsen stattfanden. Gemeinsam ist beiden Bundesländern, dass die *Zahl der gesamten rechten Gewaltdelikte unabhängig von der Häufigkeit der Berichterstattung ist*. Nachahmungstaten, so sie denn auftreten, sind im Verhältnis zum Gesamtaufkommen Einzelfälle und machen sich statistisch nicht bemerkbar.

62 Vgl. 4.4 in diesem Kapitel.

63 Am 21.01.2005 wartete der NPD-Abgeordnete Gansel vor dem sächsischen Landtag mit der revisionistischen Provokation auf, dass der „Bomben-Holocaust von Dresden" weder mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933 in ursächlichem Zusammenhang stehe, sondern zu länger angelegten Plänen „zur Vernichtung des Deutschen Reiches" gehöre. Seine Fraktion werde „mächtige Schneisen in das Dickicht antideutscher Geschichtslügen schlagen" und den politischen Kampf „gegen die Schuldknechtschaft des deutschen Volkes und für die historische Wahrhaftigkeit" aufnehmen (siehe BMI 2006: 84).

Schaubild 16: Einfluss des NPD-Wahlerfolges auf die wechselseitige Konfrontationsgewalt



4.6 NPD-Wahlmobilisierungen und rechte Gewalt in den Kreisen

Konnte die NPD in Regionen mit hohem Gewaltaufkommen mehr Wähler mobilisieren? Oder stieg in Regionen, wo die NPD bei den Wahlen erfolgreicher war, auch das Gewaltaufkommen stärker an? Mit der einfachen Regressionsanalyse wurden diese Zusammenhänge für alle drei Wahlen untersucht.

Die Analyse wurde in drei Schritten für jede Wahl durchgeführt:

– Hat die Zahl der rechten Gewaltdelikte im Wahljahr einen Einfluss auf das Abschneiden bei der Wahl?

– Hat das Wahlergebnis einen Einfluss auf die Zahl der rechten Gewaltdelikte im darauf folgenden Jahr?

– Hat das Gewaltaufkommen im Durchschnitt der vier Jahre einen Einfluss auf das Wahlergebnis?

4.6.1 Sachsen

Die Ergebnisse in Tabelle 2 zeigen, dass nur in drei Fällen ein nennenswerter Anteil der Varianz erklärt werden kann.[64] Sie beziehen sich alle auf die Zahl der Gewaltdelikte im Jahr 2005. So schien es einen Einfluss rechter Gewaltdelikte auf das NPD-Ergebnis bei der Bundestagswahl zu geben. Ebenso schienen die Ergebnisse der Europawahl und der Landtagswahl im Vorjahr einen Einfluss auf die Gewaltdelikte zu haben.

64 Fettgedruckte Werte.

Tabelle 2: Zusammenhänge NPD-Wahlergebnisse und rechte Gewalt in Sachsen

	Europawahl		Landtagswahl		Bundestagswahl	
Einfluss von	Stan. Beta	*Var.auf.* r^2	Stan. Beta	*Var.auf.* r^2	Stan. Beta	*Var.auf.* r^2
Gewalt auf NPD-Ergebnis im Wahljahr	0,235	0,055	0,209	0,044	0,401	**0,161**
NPD-Ergebnis auf Gewalt im Jahr danach	0,374	**0,140**	0,351	**0,123**	0,054	0,003
Gewaltschnitt 2003–2006 auf NPD-Ergebnis	0,243	0,059	0,212	0,045	0,290	0,084
						N=29

Die Regressionsgerade wird jedoch im *Wesentlichen durch einen einzigen Fall* bestimmt. Das ist der *Landkreis Sächsische Schweiz* mit seinem stark überdurchschnittlichen Gewaltaufkommen und hohem NPD-Wähleranteil.[65] Hier wird eine Grundprämisse der Regressionsanalyse, die Unabhängigkeit von Einzelfällen,[66] nicht erfüllt. Deshalb lassen die fettgedruckten Werte in der Tabelle 2 keine generalisierbare Aussage zu. Zwischen NPD-Ergebnissen bei den drei Wahlen und rechten Gewalttaten ist *auf Kreisebene kein Zusammenhang* nachweisbar. Den in *einigen Regionen vorhandenen Verflechtungen zwischen NPD und Gewaltszene wurde in den Betrachtungen der Räume mit Gewalttatenhäufungen* nachgegangen (siehe 6.1 und 6.2).

4.6.2 Nordrhein-Westfalen

Die Analyse wurde wie für Sachsen in drei Schritten für jede Wahl durchgeführt. Bei allen drei Wahlen besteht ein statistischer Zusammenhang zwischen den Gewaltdelikten im Wahljahr und dem NPD-Erfolg. Dabei nimmt jedoch die erklärte Varianz von Wahl zu Wahl ab. Das gleiche gilt, wenn statt der Gewalt im Wahljahr der Durchschnitt 2003–2006 zu Grunde gelegt wird. Hier sind die Werte für die beiden Wahlen im Jahr 2005 jedoch sehr niedrig. Einen Zusammenhang zwischen Wahlerfolg und Gewaltdelikten im darauf folgenden Jahr gibt es nur für die Europa- bzw. Landtagswahl.

Insgesamt ist der Zusammenhang bei der Europawahl, bei der die NPD mit 0,6 Prozent das schlechteste Ergebnis im Untersuchungszeitraum erreichte, am stärksten. Die Regressionsgerade wird hierbei optisch von dem „Fall Bochum" bestimmt,[67] wo 2004 die Zahl der Gewaltdelikte mit 21 oder 5,4 je 100.000 Ein-

65 Wird ohne diesen Fall gerechnet, dann wechselt das entweder das Vorzeichen oder die erklärte Varianz geht gegen Null.

66 Die ungewöhnlich hohen dfBeta- (dfB0 = –,30097, dfB1 = ,41117) Werte für diesen Fall bestätigen die grafische Analyse.

67 Vgl. Schaubild 63: Europawahl 2004 in NRW und rechte Gewalt auf Kreisebene im Anhang.

wohnern ungewöhnlich hoch war.[68] Aber der Zusammenhang wird ohne diesen Fall zwar schwächer, bleibt jedoch bestehen. Jedoch wird die Europawahl von den militanten Szenen nicht besonders ernst genommen. Deshalb ist hier eher nicht von einer übermäßigen Mobilisierung durch den Wahlkampf auszugehen. Für NRW kann aber insgesamt gesagt werden: *Je höher das rechte Gewaltaufkommen in einem Kreis ist, desto besser schneidet die NPD ab*. Die Varianzaufklärung ist jedoch mit 10 bis 24 Prozent nicht sehr hoch. Generell ist zu beachten, dass die NPD in NRW im Vergleich zu Sachsen sehr schwach ist und in keinem Landkreis bei einer Wahl zwei Prozent erreichte.

Tabelle 3: Zusammenhänge NPD-Wahlergebnisse und rechte Gewalt in NRW

	Europawahl		Landtagswahl		Bundestagswahl	
Einfluss von	Stan. Beta	*Var.auf.* r^2	Stan. Beta	*Var.auf.* r^2	Stan. Beta	*Var.auf.* r^2
Gewalt auf NPD-Ergebnis im Wahljahr	0,239	0,239	0,446	0,199	0,315	0,099
NPD-Ergebnis auf Gewalt im Jahr danach	0,356	0,127	0,424	0,180	0,091	0,008
Gewaltschnitt 2003–2006 auf NPD-Ergebnis	0,490	0,240	0,243	0,059	0,205	0,042
						N=54

4.6.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Im Vergleich wird deutlich, dass die guten Wahlergebnisse der NPD in Sachsen unabhängig vom Ausmaß der rechten Gewalt in den jeweiligen Regionen zustande kommen. Der Wahlerfolg hat also weder einen „beruhigenden" Einfluss auf die Gewaltszene, noch führte er generell zu einem Anstieg der Gewalt in den Wahlhochburgen. Den in *einigen Regionen vorhandenen Verflechtungen zwischen NPD und Gewaltszene wird in den Fallstudien* nachgegangen (siehe 6.1 und 6.2). Fruchtbar wären sicher auch Vergleiche mit NPD-Hochburgen wie Annaberg und Riesa-Großenhain, die ein sehr niedriges Gewaltaufkommen aufweisen. In Nordrhein-Westfalen konnte die NPD dagegen in Regionen, die stärker von rechter Gewalt betroffen sind, auf niedrigem Niveau etwas besser abschneiden als in anderen Regionen. Das deutet auf Faktoren hin, die sowohl die Gewalt als auch das Wahlverhalten beeinflussen können, denn einen die Szene anstachelnden oder beruhigenden Wahlerfolg hat es hier in keiner Region gegeben.

68 Der Fall wird nach der üblichen Definition weder als Ausreißer (standardisierte Residuen <=3) noch als einflussreicher Fall (die dfBeta-Werte zeigen keine Auffälligkeiten) bezeichnet.

4.7 Kontexte rechter Gewalt in Sachsen

4.7.1 Zeitliche Zusammenhänge

Mit Hilfe der vom LfV Sachsen gelieferten Daten konnten für den Untersuchungszeitraum weitere Zeitreihen auf Tagesbasis erstellt werden. Mit dem oben (Abschnitt 4.1.4) erläuterten Verfahren wurde untersucht, ob es Zusammenhänge zwischen den Zeitreihen von szenerelevanten Ereignissen und den Zeitreihen politisch motivierter Gewalt gibt.

4.7.1.1 Skinheadkonzerte

Die Zeitreihe *Skinkon* beinhaltet alle Konzerte und Parties der Skinhead- und Rechtsrockszene.[69] Die Befunde der Gerichtsaktenanalyse enthalten Hinweise auf die stimulierende Wirkung dieser hassgeladenen Musikrichtung (vgl. Abschnitt 5.2). Deshalb wurde untersucht, ob es einen Einfluss der Reihe *Skinkonzerte* auf die Zeitreihen *PMK-GDreTag* (alle rechten Gewaltdelikte) und *PMK-GDreKonfTag* (nur rechte Konfrontationsgewalt) gibt. Dabei wurde nach dem „Prewhitening-Verfahren" vorgegangen,[70] weil die Zeitreihe *Skinkon* systematische saisonale Bestandteile hat.

Die Kreuzkorrelation ist für den Tag des Konzertes (lag = 0) signifikant,[71] aber mit CCF = 0,075 (*PMK-GDreTag)* bzw. 0,071 (*PMK-GDreKonfTag)* sehr gering. Dieser schwache Zusammenhang ist *kein Beleg* dafür, dass *Skinkonzerte kausal zu rechten Gewaltdelikten* führen. Es scheinen *weitere Faktoren notwendig* zu sein, damit es im Umfeld dieser Veranstaltungen zu Gewalt kommt.

Ein großer Teil dieser Veranstaltungen fand in kleineren Städten und Gemeinden statt, so dass ein Zusammentreffen mit potentiellen Opfern in den späten Abend- und Nachtstunden relativ unwahrscheinlich ist. Zudem werden solche Veranstaltungen meist konspirativ vorbereitet und durchgeführt. Potentiell eskalierend wirkende Protestveranstaltungen insbesondere von linksautonomen Gruppen können daher kaum stattfinden.

4.7.1.2 NPD-Veranstaltungen

In der Zeitreihe *NPD-V* sind alle Veranstaltungen von NPD, JN und Nationalem Bündnis Dresden (NB) enthalten.[72] Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Pressefeste, Parteitage und Wahlkampfveranstaltungen. Weil es sich um öffentliche Veranstaltungen handelt, die regelmäßig von Protesten begeleitet werden,

69 Konzerte mit Liedermachern u. ä. wurden nicht mit einbezogen.
70 Dabei wird statt der Reihe *Skinkon* die Residuenreihe des SARIMA (2,0,0)-Modells verwendet.
71 Vgl. Schaubild 64: Zeitreihe Skinheadkonzerte *(Skinkon)* im Anhang.
72 Das Nationale Bündnis Dresden (NB) setzt sich aus ehemaligen Republikanern, der DVU, „freien Kräften" und der NPD zusammen, von welcher es dominiert wird (Braune/Demuth/Hanisch u. a.: 2007: 182).

wurde der Einfluss sowohl auf die Zeitreihen *PMK-GDreTag* (alle rechten Gewaltdelikte) und *PMK-GDreKonfTag* (nur rechte Konfrontationsgewalt) als auch auf die Zeitreihe aller linken Konfrontationsdelikte (*PMK-GDliKonfTag)* untersucht. Auch hier wurde nach dem „Prewhitening-Verfahren" vorgegangen, weil die Zeitreihe systematische Bestandteile die Zeitreihe *NPD-V* autoregressive und saisonale Bestandteile hat.

Es zeigen sich jedoch weder für rechte noch für linke Gewalt statistische Zusammenhänge.[73] Die Kreuzkorrelationen sind weder am Tag der Veranstaltung noch am Vortag oder am nächsten Tag signifikant. Lediglich zwei und sieben Tage *vor* der Veranstaltung (lag = –2 bzw. lag = –7) sind die niedrigen Werte (CCF = 0,06–0,07) in Bezug auf die beiden Zeitreihen der rechten Gewaltdelikte signifikant. Eine vorfristige Wirkung mit diesem Zeitabstand erscheint jedoch nicht plausibel. Zusammengenommen heißt das: NPD-Veranstaltungen führen nicht generell *direkt* zu Gewaltdelikten. Die langfristige Wirkung der dort verbreiteten Ideologie lässt sich jedoch mit dieser Analyse nicht beurteilen.

Zusätzlich wurde untersucht, ob es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen NPD-Veranstaltungen und Skinkonzerten gibt. Dafür wurden die Kreuzkorrelationen zwischen den beiden Zeitreihen *NPD-V* und *Skinkon* berechnet. Es zeigt sich ein interessanter, aber schwacher Zusammenhang mit CCF = 0,116 (bei lag = 0), denn NPD-Veranstaltungen und Skinkonzerte finden gelegentlich am selben Tag und in unmittelbarer Nähe statt. Die JN tritt hin und wieder auch selbst als Veranstalter auf.

4.7.1.3 Demonstrationen

Rechte Gewaltdelikte werden wesentlich seltener direkt bei Demonstrationen begangen als linke (vgl. Abschnitt 4.9.1.2). Jedoch kann es auch bei An- und Abreise zu Auseinandersetzungen insbesondere zwischen linken und rechten Demonstranten kommen. Deshalb wurde der Einfluss der Zeitreihe *Demo-re* (rechte Demonstrationen) auf die drei Zeitreihen *PMK-GDreTag* (alle rechten Gewaltdelikte), *PMK-GDreKonfTag* (nur rechte Konfrontationsgewalt), *PMK-GDliKonfTag* (Zeitreihe aller linken Konfrontationsdelikte) untersucht. Auch hier wurde nach dem „Prewhitening"-Verfahren vorgegangen, weil die Zeitreihe *Demo-re* systematische Bestandteile aufweist.

Für die beiden Zeitreihen rechter Gewalt zeigen sich am selben Tag (bei lag = 0) signifikante Kreuzkorrelationen mit CCF = 0,156 (*PMK-GDreKonfTag*) bzw. CCF = 0,143 (*PMK-GDreTag*).[74] Hierbei ist zu beachten, dass die Zeitreihe der rechten Gesamtgewalt *PMK-GDreTag* auch die Konfrontationsdelikte (*PMK-GDreKonfTag)* beinhaltet. Das heißt: Es gibt einen, wenn auch nicht sehr aus-

73 Vgl. Schaubild 65: Zeitreihe NPD-Veranstaltungen *(NPD-V)* im Anhang.
74 Vgl. Schaubild 66: Zeitreihe Demonstrationen rechts (*DemoRechts*) im Anhang.

geprägten, Zusammenhang zwischen rechten Demonstrationen und rechten Gewaltdelikten. In Bezug auf die Zeitreihe *GDliKonfTag* zeigt sich der erwartete stärkere Zusammenhang (bei lag = 0 CCF = 0,385),[75] weil sich Gewaltdelikte der linken Szene häufig bei Gegendemonstrationen, die am selben Tag stattfinden, ereignen. *Rechte Demonstrationen haben also einen deutlichen Einfluss auf das Gewaltverhalten der linksautonomen Szene*.

4.7.2 Räumliche Zusammenhänge

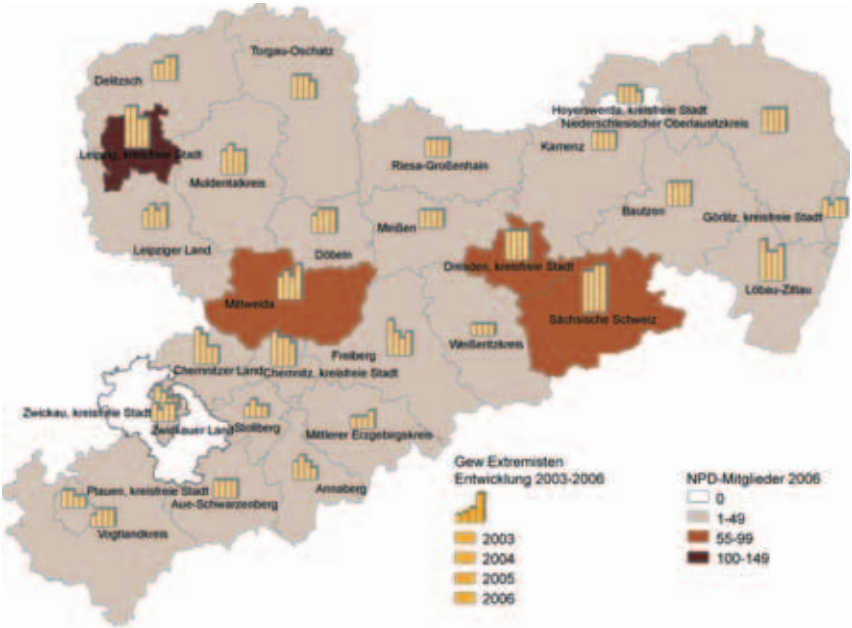
Die Strukturen der rechten Szene sind innerhalb Sachsens unterschiedlich ausgeprägt. Die Entwicklung der Häufigkeitszahlen in den einzelnen Landkreisen verläuft ebenfalls heterogen. Die Daten zu NPD-Mitgliedern und militanten Extremisten sind lediglich ordinalskaliert. Regressionsanalysen sind deshalb nicht möglich.[76] Deshalb wurden die Daten mit Korrelationsanalysen in Beziehung gesetzt.[77] Damit sind zwar keine Kausalaussagen möglich, aber die genauere Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes liefert dennoch wertvolle Hinweise für die weiterführende qualitative Betrachtung.

4.7.2.1 Rechtsextreme Strukturen und Belastung mit rechter Gewalt

In den ersten beiden Jahren des Untersuchungszeitraumes lässt sich kein Zusammenhang zwischen der Gewaltbelastung und der NPD-Mitgliederzahl in den Kreisen feststellen. Erst ab dem Jahr 2005 gibt es eine signifikante Korrelation,[78] die im Jahr 2006 noch ansteigt. Hier stellt sich die Frage, ob diese Mitglieder direkt an den Gewalttaten beteiligt waren, oder ob die NPD in Regionen mit höherer Gewaltbelastung nach der Landtagswahl 2004 ein besonders günstiges Umfeld vorfand. Auf der Grundlage der vorliegenden Datenbasis kann darauf keine befriedigende Antwort gegeben werden. Hier wäre eine Untersuchung der Mitgliederzusammensetzung und – rekrutierung notwendig. Erhellend könnten auch vergleichende Lebensverlaufsanalysen von Aktivisten und einfachen Mitgliedern sein. Festhalten lässt sich aber: *NPD und gewaltbereite Szene sind häufig in den gleichen Regionen zu Hause* (Schaubild 17).

75 Vgl. Schaubild 67: Zeitreihe Demonstrationen rechte und linke Konfrontationsgewalt im Anhang.
76 Die Bildung von Dummy-Variablen ist hier nicht sinnvoll, weil das N/V-Verhältnis bei nur 29 Fällen zu niedrig wäre.
77 Datenquelle: LfV Sachsen.
78 Kendall-Tau-b für 2005 = 0,32 und für 2006 = 0,51.

Schaubild 17: NPD-Mitglieder und gewaltbereite Szene



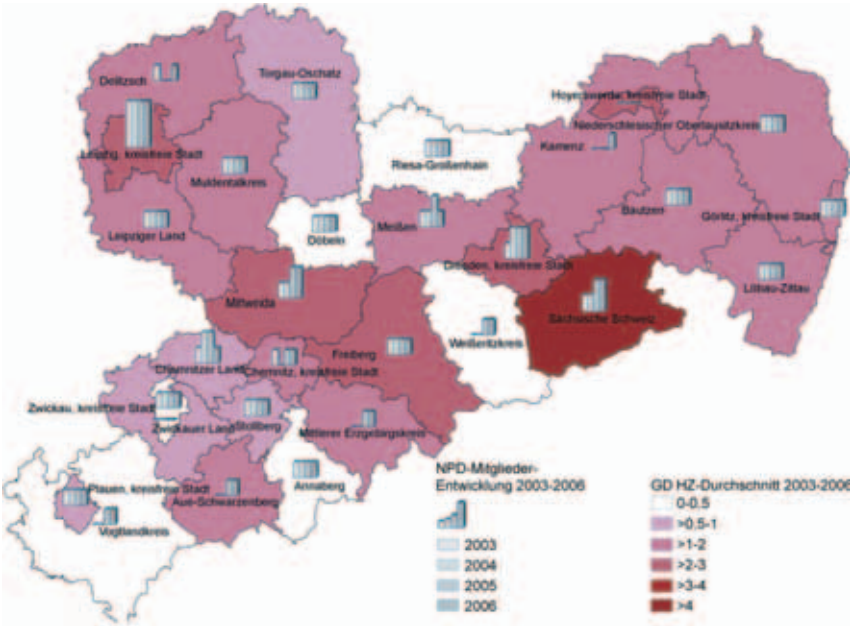
Verwaltungsgrenzen (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008, Daten: LfV Sachsen

In Schaubild 18 zeigt sich, dass in den *meisten Kreisen mit überdurchschnittlich hoher Gewaltbelastung die Zahl der NPD-Mitglieder zwischen 2003 und 2006 angestiegen* ist (Sächsische Schweiz/Mittweida/Dresden) bzw. auf einem sehr hohen Niveau (Leipzig) stagniert.[79] Dieser Befund entspricht den Ergebnissen von Spier (2007: 99). Lediglich in Freiberg stagnierte die Mitgliederzahl auf niedrigem Niveau.

Die Freie Kreisstadt Hoyerswerda hatte keine eigene Parteistruktur, sondern bekam erst im Jahr 2006 einen gemeinsamen Kreisverband mit Kamenz. Hier ist die Gewaltbelastung beständig zurückgegangen.

79 Hierbei ist jedoch die grobe Kategorisierung zu beachten: 1–49; 50–99; 100–149.

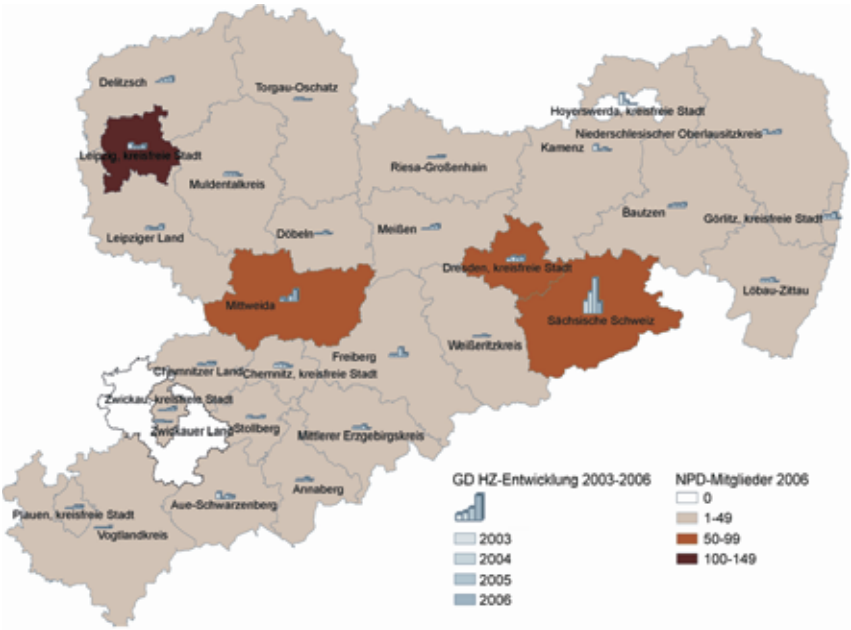
Schaubild 18: Entwicklung der NPD-Mitglieder und Gewaltbelastung



Verwaltungsgrenzen (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008, Daten zur NPD: LfV Sachsen

Die *Entwicklung der Gewaltbelastung im Zeitverlauf (Schaubild 19) ist jedoch widersprüchlich*. Bei höchster NPD-Mitglieder-Zahl (Leipzig) ist das Gewaltniveau nicht gestiegen. In den Landkreisen mit der zweithöchsten NPD-Mitglieder-Dichte (Sächsische Schweiz, Mittweida) erfolgte ein scharfer Anstieg bis 2005 und ein deutlicher Abfall 2006 (Sächs. Schweiz) bzw. ein ständiger Anstieg bis 2006 (Mittweida).

Schaubild 19: Entwicklung der Gewalttaten und NPD-Mitglieder



Verwaltungsgrenzen (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008, Daten zur NPD: LfV Sachsen

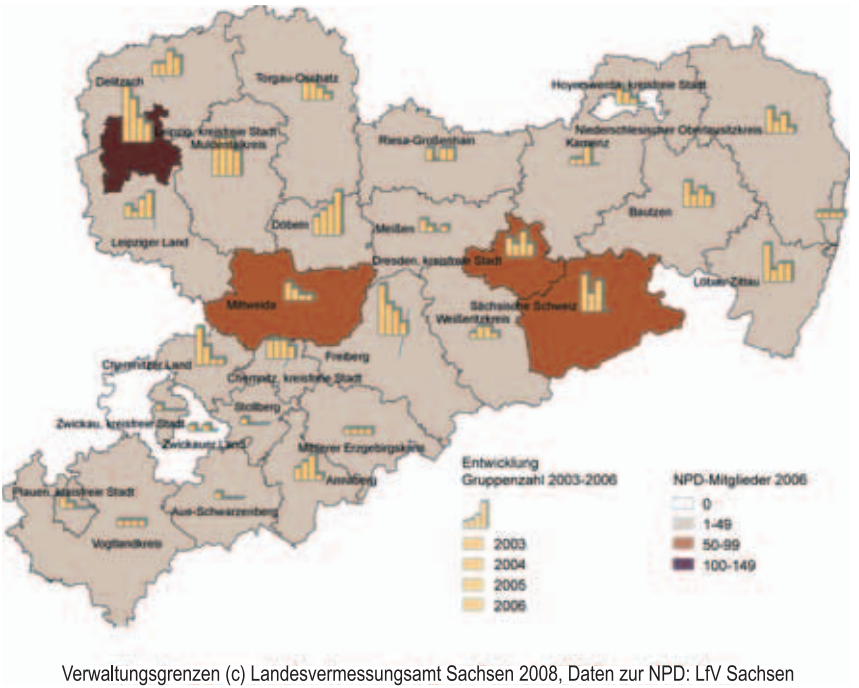
Dagegen korreliert schon ab 2003 die NPD-Mitgliederzahl mit der Zahl der militanten Extremisten.[80] Das heißt: Die *NPD konnte in Regionen mit gewaltbereiter Szene wahrscheinlich mehr Mitglieder rekrutieren* als anderswo (Schaubild 17).

Betrachtet man nun in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Gesamtzahl militanter Rechtsextremisten (Schaubild 17), dann zeigt sich in der Sächsischen Schweiz und in Mittweida wiederum ein Anstieg, in Dresden hingegen Stagnation auf hohem Niveau. In Leipzig, Freiberg und Hoyerswerda gab es dagegen einen Rückgang. Insgesamt *korreliert in allen Jahren die Gewaltbelastung mit der Anzahl der Militanten*.[81] Das Anwachsen der militanten Szene in anderen Landkreisen (Döbeln, Vogtland, zwischenzeitlich auch Annaberg) hat bis 2006 jedoch noch nicht zu einem Anstieg der Gewaltdelikte geführt (Schaubild 20). Hier ergibt sich die Frage, *welche zusätzlichen Faktoren für eine Dynamisierung des Gewaltgeschehens* notwendig sind. Das *alleinige Vorhandensein einer zahlenmäßig starken Szene* (Löbau-Zittau) scheint ebenfalls *nicht hinreichend* für einen starken Anstieg der Gewaltbelastung zu sein.

80 Kendall-Tau-b 0,27–0,56.
81 Kendall-Tau-b 0,30–0,41.

Die *Anzahl der Gruppen militanter Rechtsextremisten* hat sich von 2003–2006 in Sachsen insgesamt von 88 auf 44 *halbiert*.[82] Dieser starke Rückgang gilt *insbesondere für die Schwerpunktregionen* (Schaubild 20). In Hoyerswerda und der Sächsischen Schweiz gab es 2006 überhaupt keine Gruppen mehr. Hat die NPD diese Gruppen integriert? Angesichts des Trends in der Szene weg von fest organisierten Kleingruppen hin zu loseren aktionsorientierten Formen ist diese Frage schwer zu beantworten.[83] Einerseits hat die NPD durchaus Zuwachs aus den Kameradschaften bekommen. Das gilt vor allem für die ehemals größte sächsische Kameradschaft SSS und ihr Umfeld.[84] Andererseits stieg die Zahl der so genannten Freien Kräfte, die sich bewusst keiner Partei- oder Gruppenstruktur zurechnen, stetig an.

Schaubild 20: Entwicklung militanter Gruppen und NPD-Mitglieder



Verwaltungsgrenzen (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008, Daten zur NPD: LfV Sachsen

82 Nach Angaben des LfV Sachsen. Abweichend von der Konvention des LfV Sachsen, die neonationalsozialistische Gruppen nicht dem gewaltbereiten Spektrum zurechnet, werden hier der übersichtlichen Darstellung zuliebe „neonationalsozialistische Bestrebungen", „rechtsextremistische Skinheads, gewaltbereite Rechtsextremisten und Kameradschaftsangehörige" zu einer Gruppe der „Militanten" zusammengefasst.

83 Zu den teilweise sehr losen Organisationsstrukturen vgl. Thein (2007: 221–223).

84 Ehemalige, wegen Gewaltdelikten verurteilte SSS-Mitglieder traten 2008 für die NPD bei den Kommunalwahlen an (siehe genauer Abschnitt 6.1.2).

4.7.2.2 Propagandadelikte und Belastung mit rechter Gewalt

Die Zahl der Propagandadelikte je 100.000 Einwohner (HZ) hat sich in Sachsen von 23 im Jahr 2003 auf 46 im Jahr 2005 verdoppelt und ist 2006 nur leicht auf 42 gesunken. Auch hier gibt es starke regionale Unterschiede. Zwischen 13 (Freiberg) und 110 (Görlitz) liegt die Bandbreite für 2006. Die Korrelation zwischen Gewaltdelikten und Propagandadelikten nahm im Untersuchungszeitraum kontinuierlich ab. Während für 2003 noch ein deutlicher Zusammenhang (Korrelationskoeffizient = 0,65) festzustellen ist, kann für 2006 nur noch von einem schwachen Zusammenhang (0,26) gesprochen werden. Als „Frühwarnindikator" taugt die Jahresbelastung mit Propagandadelikten kaum, denn lediglich für das Jahr 2004 korreliert sie leicht höher mit der Gewaltbelastung im Folgejahr (Korrelationskoeffizient = 0,52) als im gleichen Jahr (Korrelationskoeffizient = 0,51). Um kürzere zeitliche Zusammenhänge zu testen, wäre eine Zeitreihenanalyse notwendig. Das würde jedoch entsprechende Daten auf Monats- oder Wochenbasis erfordern.[85]

4.7.3 Regionale Trends

Regional lassen sich trotz des heterogenen Bildes in den sechs am stärksten belasteten Kreisen zwei interessante Entwicklungen beobachten: Auf der einen Seite steht die kreisfreie Stadt Hoyerswerda mit einer zerfallenden rechtsextremen Szene und einer stark gesunkenen Gewaltbelastung. Auf der anderen Seite befinden sich die Landkreise Sächsische Schweiz und Mittweida mit einem *personellen Zuwachs an militanten Rechtsextremen und NPD- Mitgliedern.* Der Vergleich der beiden am stärksten belasteten Landkreise (Sächsische Schweiz, Mittweida) mit den beiden am schwächsten belasteten Regionen (Vogtlandkreis, Weißeritzkreis) zeigt zwei wesentliche Unterschiede: In den *stark belasteten Regionen ist sowohl die Zahl der NPD-Mitglieder als auch die Zahl der militanten Rechtsextremisten sehr hoch*, während sie in den beiden niedrig belasteten Regionen gering ist. Die Zahl der Gruppen war dagegen 2006 annähernd gleich niedrig und damit nicht mehr aussagekräftig.

85 Dem Projekt standen nur Daten auf Jahresbasis zur Verfügung.

Tabelle 4: Entwicklungen in stark belasteten Kreisen

Trend 2003–2006	Sächsische Schweiz	Mittweida	Freiberg	Dresden	Hoyerswerda	Leipzig
Gewaltdelikte (HZ)	uneinheitlich	stark steigend	uneinheitlich	leicht steigend	stark fallend	leicht fallend
NPD-Mitglieder	steigend	steigend	stagnierend, niedriges Niveau	steigend	keine	stagnierend, hohes Niveau
Militante Rechtsextremisten	steigend	steigend	fallend	stagnierend	fallend	fallend
Gruppen	fallend	fallend	fallend	fallend	fallend	fallend

Tabelle 5: Vergleich zwischen stark und schwach belasteten Kreisen

	Vogtlandkreis	Weißeritzkreis	Sächsische Schweiz	Mittweida
Gewaltdelikte (HZ-Durchschnitt 2003–2006)	0,13	0,2	12,15	3
NPD-Mitglieder 2006	<50	<50	50–100	50–100
Militante Rechtsextremisten 2006	20–50	10–20	250–300	150–200
Zahl der Gruppen 2006	1	1	0	1

4.7.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Zeitreihenanalysen liefern *keinen Beleg* dafür, dass *Skinkonzerte oder NPD-Veranstaltungen kausal zu rechten Gewaltdelikten* führen. Dagegen gibt es einen Zusammenhang von rechten Demonstrationen mit *linken* Gewaltdelikten und einen schwachen Zusammenhang mit *rechten* Gewaltdelikten.[86] Die Propagandadelikte korrelieren auf Kreisebene immer weniger mit den Gewaltdelikten und sind deshalb als Indikator für Gewalttaten kaum geeignet. In den stark belasteten Regionen ist sowohl die Zahl der NPD-Mitglieder als auch die der militanten Rechtsextremisten sehr hoch, während sie in den beiden niedrig belasteten Regionen gering ist. Das heißt: *NPD und gewaltbereite Szene sind häufig in den gleichen Regionen zu Hause.* Die Zahl der militanten Gruppen hat indes kontinuierlich abgenommen.

86 Vgl. Tabelle 28: Kreuzkorrelationen der Zeitreihen sächsischer Kontextdaten mit Zeitreihen der PMK-Gewalt im Anhang.

4.8 Exkurs: Sozial-ökonomische Faktoren

4.8.1 Sozial-ökonomische Faktoren und NPD-Wahlergebnisse

Auf der Grundlage der wahlökologischen Analyse der sächsischen Landtagswahl 2004 von Spier (2007) wurde der Einfluss sozial-ökonomischer Faktoren auf das NPD-Wahlergebnis untersucht. Neben den dort als wesentlich identifizierten Variablen „Arbeiteranteil an den Beschäftigten", „Beschäftigte unter 35" und „Anteil der Schulabgänger mit Abitur" wurden zusätzlich die Arbeitslosenquote, Jugendarbeitslosigkeit, Allgemeinkriminalität),[87] Ausländeranteil[88] und die Männer/Frauen-Ratio bei 18- bis 25-Jährigen einbezogen.[89]

4.8.1.1 Sachsen

Für die drei untersuchten Wahlen zeigen sich bei der einfachen Regression keine wesentlichen Unterschiede.[90] Die Männer/Frauen-Ratio hat bei den 18- bis 25-Jährigen einen positiven Einfluss auf das NPD-Ergebnis und jeweils für sich genommen die höchste Varianzaufklärung. Das heißt, *je ungünstiger das Männer/Frauen-Verhältnis in einem Landkreis ist, desto mehr wird NPD gewählt*. Dieser Zusammenhang wird von Wahl zu Wahl stärker. Bei der Bundestagswahl lässt sich damit 55 Prozent der Varianz erklären. In Kreisen mit *hohem Arbeiteranteil* konnte die NPD insbesondere bei der Landtagswahl 2004 gut abschneiden. Für alle drei Wahlen gilt: Je *höher der Anteil der Abiturienten unter den Schulabgängern, desto schlechter* schneidet die NPD ab. Der Zusammenhang zwischen der Zahl der Straftaten und dem NPD-Ergebnis ist negativ. *Je geringer die Kriminalitätsbelastung eines Landkreises ist, desto besser* schneiden die Rechtsextremen ab.

Eine hohe Beschäftigungsquote von unter 35-Jährigen wirkt sich negativ aus, kann jedoch nur maximal 10 Prozent der Varianz aufklären. Die Höhe der Arbeitslosigkeit und auch die Jugendarbeitslosigkeit sind dagegen ohne Einfluss auf das Wahlergebnis. Die Arbeitslosenquote liegt jedoch in Sachsen generell auf einem hohen Niveau.[91]

Die Variablen mit Erklärungskraft (mindestens fünf Prozent erklärte Varianz bei einer Wahl) wurden in das multivariate Modell[92] aufgenommen. Dieses Modell kann für die letzten beiden Wahlen etwa 50 Prozent der Varianz aufklären. Im Mo-

87 Für NRW waren keine Daten auf Kreisebene verfügbar.
88 Nur für NRW. Spier (2007) fand für Sachsen keinen Einfluss im Regressionsmodell.
89 Je mehr Männer es bezogen auf eine Frau gibt, desto höher ist der Wert.
90 Vgl. Tabelle 29: Einfache Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in Sachsen im Anhang.
91 Erwerbspersonen: 15,0–24,6 Prozent in den Kreisen, Jugendarbeitslosigkeit (Alter: 18–25): 9,4–12,0 Prozent in den Kreisen, Jahresdurchschnitt 2005.
92 Vgl. Tabelle 30: Multivariate Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in Sachsen im Anhang.

dell hat sowohl bei der Landtagswahl als auch bei der Bundestagswahl die Männer/Frauen-Ratio mit Abstand (beta = 0,58 bzw. 0,78) den stärksten Einfluss. Ein hoher Abiturientenanteil wirkt sich auch im Modell negativ aus, während sich bei den jungen Beschäftigten das Vorzeichen umkehrt.[93] Der Arbeiteranteil verliert dagegen sowohl bei der Landtags- als auch bei der Bundestagswahl seinen Einfluss völlig.[94] Die Variable Allgemeinkriminalität ist bei allen drei Wahlen ohne Bedeutung. Bei der Europawahl 2004 ist dagegen das ganze Modell ohne Aussagekraft. Hier fanden am gleichen Tag die sächsischen Kommunalwahlen statt. Im Modell nicht berücksichtigte Faktoren auf Gemeindeebene, wie etwa die kommunale Verankerung von NPD-Kandidaten, könnten deshalb bei dieser Wahl eine stärkere Rolle gespielt haben.

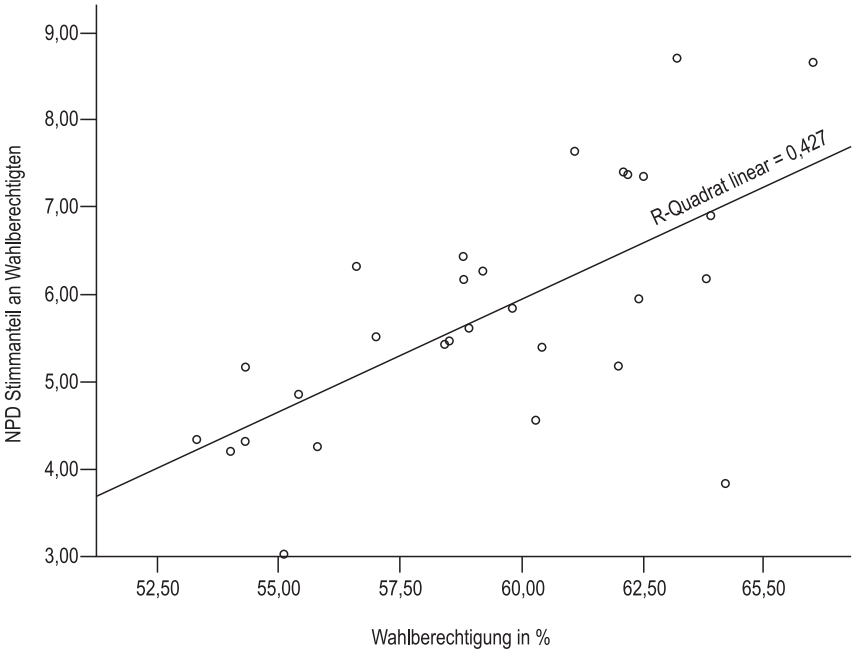
Weil die NPD im ländlichen Raum besser abschneidet und die Abwanderung junger Frauen meist von dort in die Städte erfolgt, wurde in einem zusätzlichen Modell der Stadt-Land-Gegensatz kontrolliert. Dafür wurde der einflusslose Faktor Allgemeinkriminalität entfernt und ein Dummy für kreisfreie Städte eingeführt. Das Ergebnis ändert sich kaum. Im Modell bleiben bei den letzten beiden Wahlen die Faktoren Männer/Frauen-Ratio und Abiturientenanteil bestimmend, unabhängig davon, ob es sich um eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis handelt. Die erklärte Varianz erhöht sich ebenfalls nicht oder nur unwesentlich. Das heißt, ein ökologischer Fehlschluss kann hier ausgeschlossen werden.

Betrachtet man das Abschneiden der NPD und die Wahlbeteiligung, so wird deutlich, dass die NPD von *hoher Wahlbeteiligung profitiert*. Am stärksten ist dieser positive Zusammenhang bei der Landtagswahl 2004. Das deutet auf eine *starke Nichtwählermobilisierung* hin. Dies gelang der Partei *besonders in strukturschwachen Gebieten* mit einer *hohen Abwanderungsquote junger Frauen* und einem *geringen Anteil von Abiturienten*. Das deckt sich mit den Befunden von Wahlanalysen (Infratest 2005: 16 ff.), wonach die NPD überdurchschnittlich von jungen Männern mit niedrigem Bildungsgrad gewählt wird.

93 Dieser Effekt findet sich auch bei Spier (2007: 101).

94 Bei der Europawahl beträgt der stand. Betakoeffizient 0,42, jedoch liegt die erklärte Varianz des gesamten Modells nur bei 6 Prozent.

Schaubild 21: Wahlbeteiligung und NPD-Stimmen in den Kreisen Landtagswahl 2004 in Sachsen



4.8.1.2 Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen kann die Arbeitslosenquote zwischen 33 und 44 Prozent der Varianz erklären.[95] *Je höher die Arbeitslosigkeit in einem Kreis ist, desto besser schneidet die NPD* ab. Der Faktor Jugendarbeitslosigkeit ist nicht so stabil, aber ebenfalls mit stark positivem Einfluss bei zwei Wahlen. Die Beschäftigungsstrukturvariablen Arbeiteranteil und Anteil der jungen Beschäftigten können vor allem bei der Bundestagswahl Varianz erklären.[96] Dort zeigt sich auch der Abiturientenanteil einflussreich. Die Männer/Frauen-Ratio hat im Gegensatz zu Sachsen kaum Einfluss, was zum Teil mit der wesentlich geringeren Varianz der Werte zwischen den Kreisen zu erklären ist. Eine flächendeckende Abwanderung junger Frauen ist hier auch in den strukturschwächeren Regionen nicht zu beobachten. Die für NRW zusätzlich getestete Variable Ausländeranteil kann bis zu sieben Prozent der Varianz (Europawahl) aufklären und zeigt einen positiven Einfluss.[97]

95 Die Variable Kriminalität konnte nicht getestet werden. Daten liegen nur für Polizeikreise vor, die zum Teil nicht mit den Landkreisen deckungsgleich sind.

96 Vgl. Tabelle 31: Einfache Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in NRW im Anhang.

97 Auf Grund des im Vergleich wesentlich größeren Ausländeranteils in NRW. Für Sachsen hat Spier (2007) eine negative Korrelation Ausländeranteil/NPD-Ergebnis festgestellt.

Das multivariate Modell[98] für NRW kann für alle drei Wahlgänge zwischen 46 und 66 Prozent der Varianz erklären.[99] Einflussreichster Faktor ist die Arbeitslosigkeit,[100] während die Jugendarbeitslosigkeit im Modell kaum noch wirksam ist. Der Arbeiteranteil wird von Wahl zu Wahl einflussreicher. Negativ wirkt sich ein hoher Anteil an Beschäftigten unter 35 Jahren aus. Bei der Bundestagswahl ist der Einfluss dieser beiden Variablen[101] ähnlich stark wie die Arbeitslosenquote. Der Ausländeranteil und die Abiturquote haben nur einen sehr geringen Einfluss.

Werden Stadt-Land kontrolliert und die einflusslosen Variablen entfernt, dann ändert sich fast nichts. Nur bei der Bundestagswahl erhöht sich die erklärte Varianz um vier Prozent. Der Dummy „Kreisfreie Stadt" wirkt hier negativ. Insgesamt ist in NRW die *Variable Arbeitslosigkeit der erklärungskräftigste Faktor.* Ein hoher Arbeiteranteil und ein niedriger Anteil von jungen Beschäftigten haben sich für die NPD ebenfalls günstig ausgewirkt. Die NPD punktet also vor allem in Regionen, die vom Strukturwandel in NRW besonders betroffen sind. Bei der Bundestagswahl hat der Stadt-Land-Unterschied einen kleinen Einfluss, das heißt die NPD schneidet in kreisfreien Städten schlechter ab als in Landkreisen. Bei der Bundestagswahl hat sie in Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung mehr Stimmen erhalten,[102] konnte also potenzielle Nichtwähler nicht so erfolgreich mobilisieren wie in Sachsen.

4.8.2 Sozial-ökonomische Faktoren und rechte Gewalt

Die in der Analyse der Wahlergebnisse verwendeten sozial-ökonomischen Faktoren wurden mit einfacher Regression getestet (Arbeiteranteil an den Beschäftigten, Beschäftigte unter 35, Anteil der Schulabgänger mit Abitur, Arbeitslosenquote, Jugendarbeitslosigkeit, Allgemeinkriminalität und die Männer/Frauen-Ratio bei 18- bis 25-Jährigen). Zusätzlich einbezogen wurden zwei Variablen zum Qualifikationsniveau der Bevölkerung. Zum einen der *Anteil gering qualifizierter Beschäftigter* und zum anderen der *Anteil der Schulabbrecher.* Außerdem wurde überprüft, ob es einen *Zusammenhang mit der allgemeinen Gewaltkriminalität* gibt.

4.8.2.1 Sachsen

Bei *keiner der getesteten Variablen kann auf der Makroebene ein Zusammenhang* bestätigt werden. Die regionale Varianz politisch motivierter rechter Gewalt in

98 Vgl. Tabelle 33: Einfache Regression, abhängige Variable: Gewaltdelikte rechts je 100.000 EW Sachsen 2003–2006.

99 Aufgenommen wurden Variablen mit $r^2 > 0{,}05$ für mind. ein Wahljahr.

100 Standardisierter Beta-Koeffizient = 0,4–0,65.

101 „Beschäftigte Arbeiter" stand. Beta = 0,47, „Beschäftigte unter 35" stand. Beta = –0,42.

102 Vgl. Schaubild 68: Wahlbeteiligung und NPD-Stimmen Bundestagswahl 2005, NRW im Anhang.

Sachsen ist mit Aggregatdaten nicht zu erklären. Das schließt Zusammenhänge auf der Individualebene keineswegs aus. Im Gegenteil: Die bisherigen Täterstudien (u. a. Wahl et al., Eckert/Willems et al., Frindte/Neumann) belegen, dass ein beträchtlicher Teil der Täter mit Arbeitslosigkeit, geringem Bildungsgrad und Allgemeinkriminalität belastet ist. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass ganz Sachsen durch den Transformationsprozess seit Beginn der neunziger Jahre mit einem Bündel sozialer Probleme konfrontiert ist. Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und die Abwanderung junger, gebildeter Menschen sind nicht auf einige Regionen beschränkt, sondern ein nahezu flächendeckendes Phänomen.

4.8.2.2 Nordrhein-Westfalen

Die sozial-ökonomischen Faktoren zeigen für Nordrhein-Westfalen ein wesentlich deutlicheres Bild als in Sachsen. Fünf der acht hier untersuchten Variablen können mindestens 5 Prozent der Varianz erklären.

Je *höher die Arbeitslosigkeit und je mehr Schulabgänger ohne Abschluss, desto mehr rechte Gewaltdelikte* wurden im Untersuchungszeitraum begangen. Die Arbeitslosigkeit kann als einzelne Variable immerhin 32 Prozent der Varianz aufklären, während die Jugendarbeitslosigkeit[103] und der Anteil der Beschäftigten unter 35[104] kaum bzw. keinen Einfluss auf das Gewaltaufkommen haben. Aber je höher der Anteil der Geringqualifizierten unter den Beschäftigten und der Anteil der Männer unter den 18- bis 25-Jährigen, desto weniger Gewaltdelikte gab es. Auf den ersten Blick wenig plausibel ist der positive Zusammenhang mit der Abiturquote, wobei hier die erklärte Varianz mit fünf Prozent auch nicht sehr hoch ist. Im Gegensatz zu Sachsen wirkt sich ein höherer Anteil von Arbeitern an den Beschäftigten ebenfalls schwach negativ aus.[105]

Im multivariaten Modell, das 44 Prozent der Varianz erklären kann, behalten nur die beiden Arbeitsmarktfaktoren ihren Einfluss. Die *Arbeitslosenquote*[106] *hat zusammen mit dem Arbeitsplatzangebot für Geringqualifizierte*[107] *den stärksten Einfluss im Regressionsmodell.* Dass ein höherer Männeranteil unter den 18- bis 25-Jährigen schwach negativ wirkt, lässt sich plausibel erklären: Junge Männer sind vom Niedergang der traditionellen Kohle- und Stahlindustrie weit stärker betroffen als Frauen. Insbesondere für niedrig qualifizierte junge Männer ist die Abwanderung in andere Regionen häufig eine Alternative. Ein etwas höherer Männeranteil ist also in NRW, wo die Streuung dieser Variable gering ist, anders

103 Erklärte Varianz R^2= 0,032. Vgl. Tabelle 34: Einfache Regression, abhängige Variable: Gewaltdelikte rechts je 100.000 EW NRW 2003–2006 im Anhang.
104 Erklärte Varianz R^2= 0,000. Vgl. ebd.
105 Erklärte Varianz R^2= 0,046. Vgl. ebd.
106 Standardisierter Beta-Koeffizient = 0,52.
107 Standardisierter Beta-Koeffizient = –0,36.

als in Sachsen kein Indikator für fehlende Zukunftsperspektiven. Die beiden Bildungsvariablen *Schulabgänger ohne Abschluss* und Anteil der Schulabgänger mit Abitur haben im Modell keinen Einfluss mehr. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf einen Zusammenhang zwischen Strukturwandel und politisch motivierter Gewalt hin.

4.8.2 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Je mehr Männer im Alter von 18–25 auf eine Frau im gleichen Alter in einem Kreis kommen, desto besser hat die NPD in Sachsen abgeschnitten. Wenn also junge Frauen aus bestimmten Regionen auf Grund schlechter Zukunftsaussichten abwandern, ist die NPD bei den zurückgebliebenen Wählern besonders erfolgreich. Je höher der Anteil von Abiturienten unter den Schulabgängern ist, desto schlechter schneidet die NPD in Sachsen ab. Wahlanalysen (Infratest 2005: 16 ff.) zeigen, dass die NPD überdurchschnittlich von jungen Männern mit niedrigem Bildungsgrad gewählt wird. In Nordrhein-Westfalen korreliert dagegen die Arbeitslosenquote sowohl mit dem NPD-Ergebnis als auch mit der Häufigkeit rechter Gewaltdelikte. In Sachsen konnte dagegen keiner der einbezogenen sozialökonomischen Faktoren als einflussreicher Prädiktor für das Auftreten rechter Gewalt identifiziert werden. Diese widersprüchlichen Ergebnisse können den „Modernisierungsopfer"-Ansatz (Kailitz 2004) von Heitmeyer (1993) weder bestätigen noch widerlegen. Nach Gurr (1970) ist nicht der objektiv vorhandene Mangel an Gütern die Ursache politischer Gewalt, sondern die individuelle Wahrnehmung der eigenen Position als benachteiligt im Vergleich mit anderen (relative Deprivation). Diese individuellen Lebenslagen und Sichtweisen sind jedoch in den hier verwendeten Aggregatdaten nicht enthalten. Die hier festgestellten statistischen Zusammenhänge sind schon aus diesem Grund nicht als deterministisch anzusehen.[108]

Aber nach bisher vorliegenden Täteranalysen sind rechte Gewalttäter überproportional von Arbeitslosigkeit und einem schwierigem sozialen Umfeld betroffen.[109] Bei der Landtagswahl 2004 haben in Sachsen 16 Prozent der Arbeitslosen die NPD gewählt. Wahlanalysen zur NPD-Wählerschaft in Nordrhein-Westfalen liegen bisher leider nicht vor.

Aus dem vorliegenden Vergleich zwischen Sachsen und Nordrhein-Westfalen lässt sich dennoch eine wertvolle Erkenntnis gewinnen: Sozial-ökonomisch ungünstige Faktoren wie eine hohe Arbeitslosigkeit scheinen eine *notwendige* Bedingung sowohl für den Wahlerfolg der NPD als auch eine hohe Belastung mit

108 Determinismus ist bei Aussagen über soziale Zusammenhänge grundsätzlich nicht möglich. Die hier angewandten statistischen Verfahren beruhen außerdem auf der Wahrscheinlichkeitstheorie, die von ihren Grundannahmen her keine deterministischen Aussagen erlaubt.

109 Wahl et al., Eckert/Willems et al., Frindte/Neumann.

rechter Gewalt zu sein. *Hinreichend sind diese Faktoren jedoch keineswegs*. Denn obwohl die Arbeitslosenzahlen im Ruhrgebiet auf einem fast ähnlich hohen Niveau sind wie in Sachsen, konnte die NPD zwar etwas besser als im Rest von NRW abschneiden, aber die Ergebnisse liegen mit 1–1,5 Prozent weit unter den sächsischen. Und obwohl alle sächsischen Kreise durch den nicht abgeschlossenen Transformationsprozess wie das Ruhrgebiet mit hoher Arbeitslosigkeit und einem geringen Arbeitsplatzangebot für Geringqualifizierte belastet sind, weist nur ein Teil von ihnen eine hohe Zahl von rechten Gewaltdelikten auf. Die regionalen sozial-ökonomischen Unterschiede innerhalb Sachsens können das unterschiedliche Gewaltaufkommen nicht erklären. Deshalb ist es notwendig, die Taten wie die Täter näher zu betrachten.

4.9 Qualitäten der Gewaltdelikte

4.9.1 Sachsen

Für den Untersuchungszeitraum wurden für Sachsen aus dem KTA-Bestand des BKA 314 rechte Gewaltdelikte erhoben. Das LKA Sachsen hat 311 Delikte gezählt. Die Abweichung ergibt sich aufgrund von Nachmeldungen und die Bereinigung von Doppelerfassungen bei gleichem Sachverhalt sowie ungültiger Fälle (etwa versehentliche Zuordnungen von PMK-links zu PMK-rechts u. ä.).

An linker Konfrontationsgewalt wurden aus dem Gesamtaufkommen linker Gewaltdelikte – 284 dem BKA vorliegenden KTA's – 247 Fälle erhoben.

4.9.1.1 Themenfelder

Die Betrachtung der Themenfeldgewichtung bestätigt für Sachsen den bereits beobachteten *Wandel der Zielrichtung rechter Gewalt*.[110] Der Anteil hassgetriebener Gewalt belief sich für den Untersuchungszeitraum auf ein knappes Drittel (32,5 Prozent). In den zwei Jahren vor dem Untersuchungszeitraum lag dieser Anteil noch deutlich höher. Der Großteil der Hassgewalt war fremdenfeindlich (und rassistisch) motiviert. Antisemitische und heterophobe Taten (Hass gegen Behinderte, Obdachlose) blieben randständig.

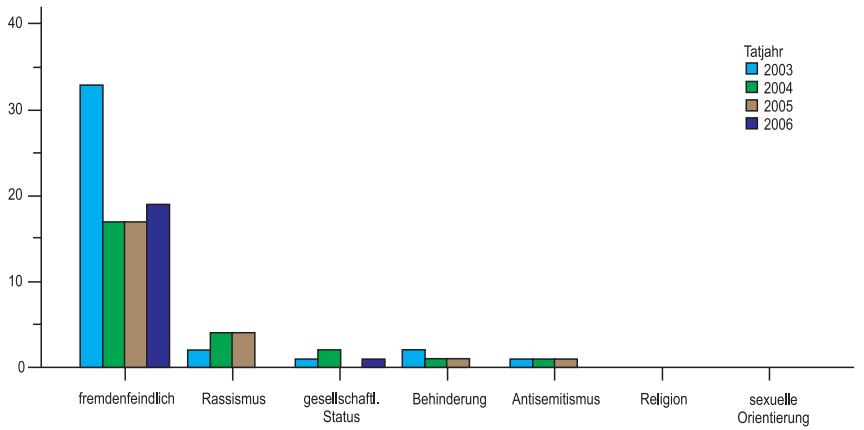
110 Die Themenfelder werden abweichend von der PMK-Systematik eindimensional dargestellt, d. h. nur das dominante Themenfeld zählt (siehe in diesem Kapitel Abschnitt 4.1.1 Datenbasis: Probleme der polizeilichen Ersterfassung).

Tabelle 6: Verteilung der Hasskriminalität-Themenfelder bei rechter Gewalt Sachsen 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Antisemitismus	3	1,0	1,0	1,0
	Behinderung	4	1,3	1,3	2,2
	fremdenfeindlich	81	25,8	25,8	28,0
	gesellschaftlicher Status	4	1,3	1,3	29,3
	Rassismus	10	3,2	3,2	32,5
	anderes Themenfeld	212	67,5	67,5	100,0
	Gesamt	314	100,0	100,0	

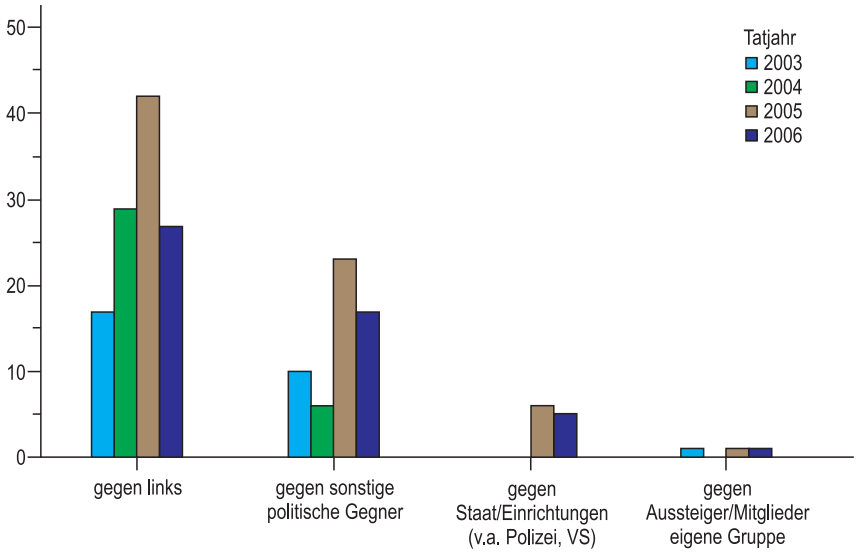
Der zeitliche Verlauf verweist ab 2004 auf einen deutlichen Themenwandel: Das Niveau fremdenfeindlich motivierter Gewalt ist etwa auf die Hälfte des Jahres 2003 abgesackt und auch auf diesem niedrigen Stand verblieben.

Schaubild 22: Verlauf der Hasskriminalität-Themenfelder bei rechter Gewalt Sachsen 2003–2006



Die Erklärung liegt im spiegelbildlich umgekehrten Verlauf der rechten Konfrontationsgewalt. Die explizit gegen links gerichtete Konfrontationsgewalt hat sich von 2003–2005 mehr als verdoppelt, ist 2006 wieder abgesackt, aber auf höherem Niveau als 2003 verblieben. Aussagen zum nicht ganz unwichtigen Anteil „gegen sonstige politische Gegner“ (17,8 Prozent) sind auf der Ebene der KTA-Erfassung mangels genauerer Zuordnungsmöglichkeiten der Opfer leider nicht möglich.

Schaubild 23: Verlauf der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei rechter Gewalt Sachsen 2003–2006



Im Untersuchungszeitraum bestreitet die gegen „feindlich" orientierte Gruppen, Szenen, Parteien, Polizeikräfte oder Einzelpersonen vorgetragene Gewalt den stattlichen Anteil von 58,9 Prozent des rechten Aufkommens – fast doppelt so viel wie die Hassgewalt – und prägt somit das Gesamtbild rechter Gewalt in Sachsen.

Tabelle 7: Verteilung der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei rechter Gewalt Sachsen 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	gegen links	115	36,6	36,6	36,6
	gegen sonstige politische Gegner	56	17,8	17,8	54,5
	gegen Aussteiger/ Mitglieder eigene Gruppe	3	1,0	1,0	55,4
	gegen Staat/Einrichtungen (v. a. Polizei, VS)	11	3,5	3,5	58,9
	anderes Themenfeld	129	41,1	41,1	100,0
Gesamt		314	100,0	100,0	

Linke Konfrontationsgewalt gegen rechts orientierte Gruppen, Szenen, Parteien, Einzelpersonen und gegen Polizeikräfte im Kontext linksmilitanter Mobilisierung gegen rechts prägt schon seit längerer Zeit die bundesweit beobachteten

Konturen des gesamten linken Gewalthandelns. Dieses Themenfeld wiegt im linken Lager immer noch schwerer als beim rechten Antipoden. In Sachsen beträgt der Anteil der Konfrontationsgewalt etwa 87 Prozent. Die Gesamtfallzahl links beläuft sich auf 284 (LKA Sachsen: 280, bedingt durch Nachmeldungen). Die Fallzahl Konfrontation beträgt 247. Das Aufkommen der direkten Konfrontation mit dem politischen Feind liegt etwas höher als das Aufkommen der Konfrontation mit den als Helfershelfer gedeuteten Polizeikräften („Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“).

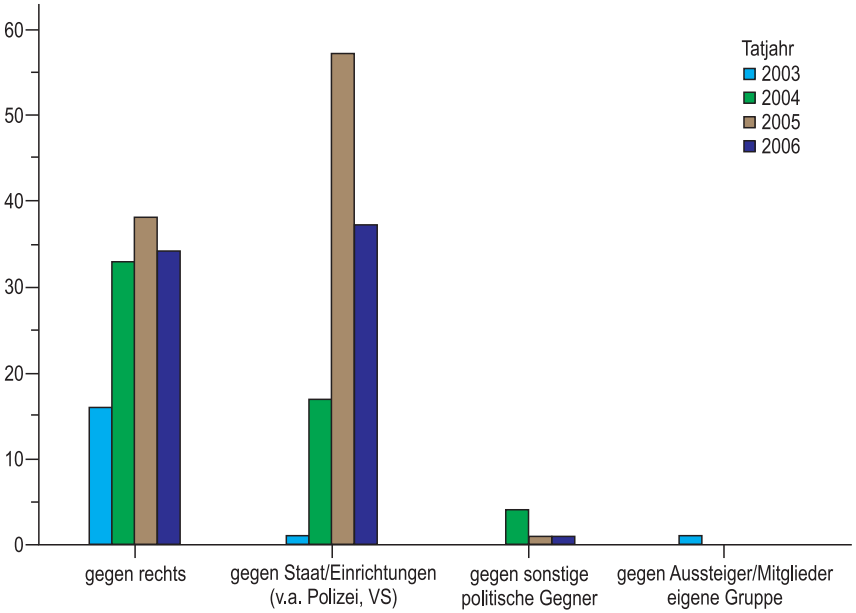
Die Restkategorien „gegen sonstige politische Gegner“ und „gegen Aussteiger/Mitglieder der eigenen Gruppe“ bleiben randständig.

Tabelle 8: Verteilung der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei linker Gewalt Sachsen 2003–2006

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	gegen rechts	121	49,0	50,4	50,4
	gegen sonstige politische Gegner	6	2,4	2,5	52,9
	gegen Aussteiger/ Mitglieder eigene Gruppe	1	0,4	0,4	53,3
	gegen Staat/Einrichtungen (v. a. Polizei, VS)	112	45,3	46,7	100,0
	Gesamt	240	97,2	100,0	
Fehlend		7	2,8		
Gesamt		247	100,0		

Bei der Verlaufsbetrachtung ragen das Jahr 2005 mit den meisten Konfrontationen gegen Polizeikräfte und starke Anstiege 2004 und 2005 nach dem absoluten Tiefpunkt 2003 heraus. Wie bei der rechten Konfrontationsgewalt ist 2006 ein Rückgang zu verzeichnen.

Schaubild 24: Verlauf der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei linker Gewalt Sachsen 2003–2006



Linke Konfrontationsgewalt speist sich nicht nur *fast zur Hälfte aus dem Zusammenprall mit Polizeikräften*, sie findet auch *überwiegend im Kontext von Demonstrationen* statt (siehe nächster Abschnitt Tatspezifik).

4.9.1.2 Tatspezifik und Tatschwere

Alle vorangegangenen Tatanalysen haben den Befund erbracht, dass sich rechte Gewalt *überwiegend im öffentlichen Raum* abspielt (vgl. zuletzt SenInn Berlin 2007: 18–20).[111] Die Betrachtung der Tatspezifik bestätigt diese Beobachtungen erneut: Rechte Gewalttaten in Sachsen wurden zu 70 Prozent auf der Straße begangen. Im Tatortaufkommen fanden sich Hinweise auf gelegenheitsstrukturelle Muster: Bestimmte Örtlichkeiten – darunter Supermärkte, Tankstellen, Haltestellen oder auch Gaststätten und Volksfeste – wurden offenbar in der Erwartung angelaufen, dort mit gewisser Wahrscheinlichkeit auf Migranten oder Linke zu treffen.[112] Auch das Muster der Tatzeiten entspricht den Beobachtungen bisheriger

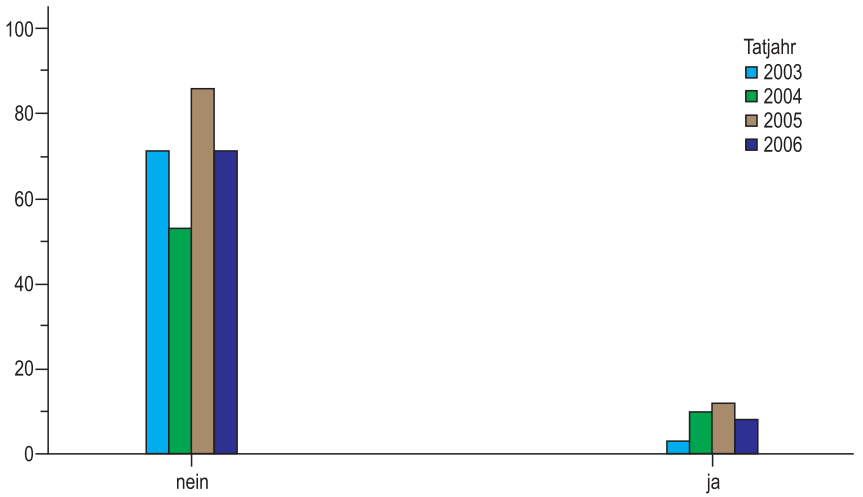
111 Umfassende Tatanalysen gehören nicht zum Untersuchungsgegenstand. Die folgenden Betrachtungen zur Tatspezifik und Tatschwere beschränken sich auf einige Kernaussagen, die zur Erhellung der politischen Motivation und zu einem Rechts/-Links-Vergleich beitragen.

112 Siehe hierzu auch im folgenden Abschnitt 4.10.1 den Unterabschnitt 4.10.1.2 Schwerpunkte und Wiederholungstäter sowie Kapitel 5.3 Markant herausragende Handlungsmuster.

Analysen: Rechte Gewalt hat einen *deutlichen Hang zu Wochenenden* und zu *abendlichen bis nächtlichen* Uhrzeiten, was auf einen Zusammenhang zwischen Gewalttaten und Freizeitverhalten hindeutet (ebd.: 36–37).

Weitere Tatmerkmale rechter Gewalt in Sachsen sind *niedrige Anteile von Brandanschlägen* (4 Prozent), *Landfriedensbruchdelikten* (5,3 Prozent) und *geplanten Taten* (bei 11,8 Prozent der Fälle wurden Opfer gezielt aufgesucht, bei 5,8 Prozent fand vor der Tat ein Cliquentreff statt und bei 17,2 Prozent der Fälle wurden mögliche Zielgruppentrefforte aufgesucht). Der niedrige Anteil der auf KTA-Basis erfassten geplanten Taten sollte allerdings nicht zur vorschnellen Aussage verleiten, es handele sich überwiegend um „Spontantaten". Da auf dieser Analyseebene nur wenige Angaben zur Vorlaufphase zu gewinnen sind, kann sich in den hier als nicht geplant erfassten Taten ein beträchtlicher Anteil mit „Vorglühphase" (Cliquentreff, Alkohol-/Musikkonsum, Aufbruch mit Tatvorsatz), siehe „Getroffen – gesoffen – gedroschen" bei Frindte/Neumann (2002: 91–92), verbergen. Deutlich ausgeprägt ist weiterhin ein *durchgängig niedriger Zusammenhang mit Demonstrationsereignissen* (10,5 Prozent).

Schaubild 25: Zusammenhang rechte Gewalt/Demonstrationen Sachsen 2003–2006



Ein weiteres Merkmal rechter Gewalt ist der *niedrige Anteil größerer Gruppen* bei der Tatbegehung (9,9 Prozent). Die *häufigste Täterkonstellation ist die 3–10-köpfige Gruppe* (35 Prozent).

Die wichtigste Qualität einer Gewalttat ist die *Tatschwere*. Diese Untersuchung legt daher besonderen Wert auf die Betrachtung schwerer – *gegen Leib und Leben* gerichteter – Gewalt; nicht zuletzt deshalb, weil diesbezüglich in der einschlägigen Forschung und auch in der fachbehördlichen Berichterstattung eine auffällige

Leere herrscht.[113] Wie bereits erörtert, bildet die *Betrachtung nach Rechtsnorm* die Realitäten des Gewalthandelns nur äußerst unbefriedigend ab. Aussagekraft haben hier streng genommen nur Tötungsdelikte, schwere Körperverletzungen sowie besonders schwere Landfriedensbrüche und besonders schwere Brandstiftungen (schwere Brandstiftung setzt noch keinen Personenbezug voraus). Die Anteile dieser schwersten Delikte sind minimal (2,6 Prozent). Der *Großteil* entfällt auf *Körperverletzungen und gefährliche Körperverletzungen* (80,2 Prozent). Dies entspricht dem schon länger beobachtbaren bundesweiten Trend (Backes 2007: 39).

In diesem Deliktsbereich gibt es aber – wie sich bei der Durchsicht der KTA-Meldungen gezeigt hat – bei der polizeilichen Ersterfassung große Bewertungsspielräume, so dass hieraus kaum zuverlässige Aussagen zur Brutalität der Taten abgeleitet werden können.[114]

113 Die Studien lassen sich an einer Hand abzählen: Eine der ganz wenigen umfassenden Untersuchungen stammt von Neubacher (1998) und befasst sich mit fremdenfeindlichen Brandanschlägen. Wahl hat aus den biographischen Studien seiner Forschungsgruppe Entwicklungspfade von fremdenfeindlichen Tötungsdelinquenten extrahiert (Wahl 2002). Kohlstruck/Münch (2006) haben eine Fallstudie zu der Exzesstat von Potzlow vorgelegt. Ein von der Bundesregierung im Oktober 2001 in Aussicht gestellter Abschlussbericht über rechte Tötungsdelikte ab 1989 wurde nie vorgelegt (Kleffner/Holzberger 2004: 60). Graser/Fittkau (2008) haben 16 Tötungsdelikte mit 45 Delinquenten im nördlichen Brandenburg (1992–2001) auf politische Motivationskomponenten hin untersucht. Die polizeilichen Jahreslageberichte enthalten Aufstellungen der Tötungsdelikte und Aufstellungen über Brand- und Sprengstoffanschläge, wobei letzteren schon nicht mehr die Anteile der Aktionen mit Personenbezug zu entnehmen sind. Gelegentliche Sonderauswertungen differenzieren noch nach einfachen, gefährlichen und schweren Körperverletzungen (SenInn Berlin 2007). Die Verfassungsschutzberichte – das wesentliche Medium, mit dem der Öffentlichkeit politisch motivierte Gewaltdelikte präsentiert werden – belassen es bei gestrafften Aufzählungen (Tötungsdelikte, Körperverletzungen und die Restmenge der Gewaltdelikte nach PMK-Schlüssel).

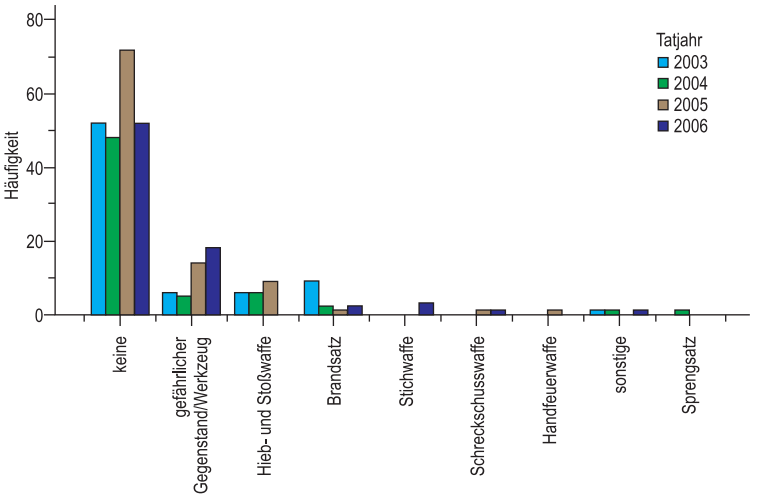
114 Die Einstufungsbreite reicht bei der Körperverletzung nach § 223 StGB vom Anspucken bis zur schweren Kopfverletzung und setzt bei der gefährlichen Körperverletzung nach § 224 StGB schon bei dem gemeinschaftlich heruntergerissenen Parka mit dem Ruf „Wir kriegen Euch alle!“ oder Schneeballwurf ein.

Tabelle 9: Gewaltdelikte rechts Sachsen 2003–2006
Verletzte Rechtsnorm nach §§ StGB

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	224 gefährl. Körperverletzung	181	57,6	59,7	59,7
	223 Körperverletzung	71	22,6	23,4	83,2
	125 Landfriedensbruch	13	4,1	4,3	87,5
	306 Brandstiftung	10	3,2	3,3	90,8
	113 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	9	2,9	3,0	93,7
	249 Raub	4	1,3	1,3	95,0
	226 schwere Körperverletzung	3	1,0	1,0	96,0
	125 a bes. schw. Landfriedensbruch	3	1,0	1,0	97,0
	306 a schw. Brandstiftung	2	,6	,7	97,7
	315 b gefährl. Eingriff in Straßenverkehr	2	,6	,7	98,3
	211 Mord	1	,3	,3	98,7
	234 Menschenraub	1	,3	,3	99,0
	253 Erpressung	1	,3	,3	99,3
	255 räuberische Erpressung	1	,3	,3	99,7
	212 Totschlag	1	,3	,3	100,0
	Gesamt	303	96,5	100,0	
Fehlend	System	11	3,5		
Gesamt		314	100,0		

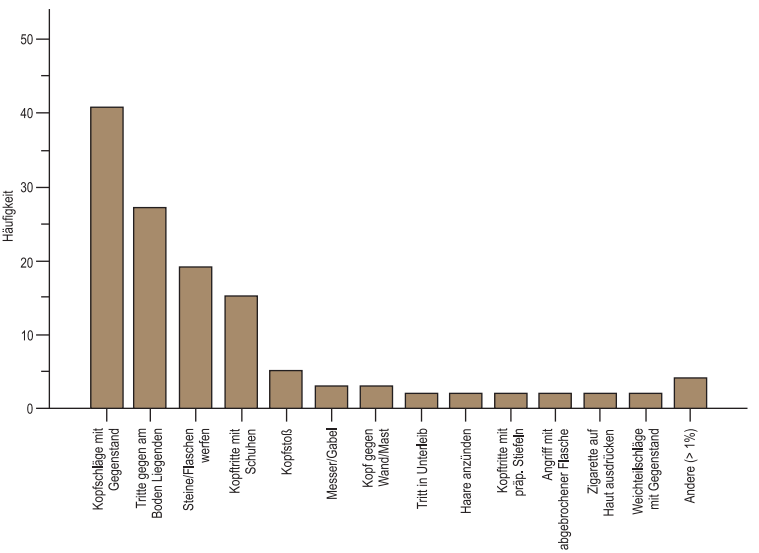
Der Überblick eingesetzter Tatmittel liefert etwas härtere Daten zur Tatschwere: 28,7 Prozent der Taten wurden mit gefährlichen Gegenständen, Hieb- und Stoßwaffen, Brandsätzen und sonstigen Mitteln begangen. Das restliche Aufkommen von 71,3 Prozent bleibt aber ohne weitere Präzisierung.

Schaubild 26: Tatmittel Gewaltdelikte rechts Sachsen 2003–2006 (n=314)



Daher wurden aus dem gesamten Fallmaterial dieser Untersuchung (874 rechts und 661 Konfrontationsgewalt links) insgesamt 40 herausragend brutale Tatausführungen gesammelt (siehe Anhang: Fallsammlungen Tatschwere). Hieraus wurden aus dem Gesamtaufkommen Sachsen rechts (314) 129 Fälle (41 Prozent) und aus dem Aufkommen Konfrontationsgewalt links (247) 115 Fälle (46,6 Prozent) gezählt. Damit deckt der nun vorgestellte Tatschwere-Index im Bereich rechter Gewalt über zwei Fünftel der Fälle ab.

Schaubild 27: Fallsammlung Tatschwere I-III rechts Sachsen 2003–2006 (n=129)



Weiterhin wurden diese Fälle nach den folgenden Schwerekategorien gewichtet:[115]

I: Einwirkungen, die mit *hoher Wahrscheinlichkeit akut lebensbedrohlich* sein oder bleibende Schäden hinterlassen können.

II: Einwirkungen, die *seltener lebensbedrohlich oder dauerhaft schädigend* sind, aber dennoch starke Schmerzen, stationäre Behandlungsbedürftigkeit oder längere Arbeitsunfähigkeit bedingen können, evtl. auch Funktionsausfälle, wie z. B. nach Sehnendurchtrennungen.

III: Einwirkungen, die *kaum lebensbedrohlich*, aber dennoch schmerzhaft sein, aber ohne stationäre Krankenhausbehandlung therapiert werden können; beispielsweise großflächige Blutergüsse, größere Schürfwunden bzw. nicht allzu stark blutende Wunden.

IV: Bagatellverletzungen, die ambulant, bzw. in Selbsthilfe behandelt werden können und keine Folgeschäden hinterlassen. Diese Stufe minder schwerer Tateinwirkungen konnte in dieser Studie nicht ausgewertet werden.

Die Auswertung ergibt für Sachsen folgende Gewichtung:

Tabelle 10: Tatschwere I-III rechts Sachsen 2003–2006 (n=127)[116]

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	**keine Einstufung**	187	**59,6**	59,6	59,6
	I	66	21,0	21,0	80,6
	I-II	58	18,5	18,5	99,0
	III	2	,6	,6	99,7
	II	1	,3	,3	100,0
	Gesamt	314	100,0	100,0	

Somit wurden *21 Prozent aller rechten Gewalttaten mit hochwahrscheinlich akut lebensbedrohlichen und 18,5 Prozent mit gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohlichen Einwirkungen* begangen. Die *häufigsten herausragend brutalen, lebensbedrohlichen Vorgehensweisen* rechter Gewalttäter in Sachsen waren:

115 Einstufung von Joachim Reuhl, Institut für Rechtsmedizin, Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

116 Zwei Fälle aus der Sammlung „Malträtieren über längeren Zeitraum" entziehen sich der Schwere-Einstufung und wurden herausgenommen. Daher wird die Fallzahl geringfügig niedriger.

1) Kopfschläge mit Gegenstand (I).

2) Tritte auf am Boden liegende Person (I).

3) Wurf mit Stein, Flasche (I-II).

4) Kopftritte mit „normalen“ Schuhen (I).

Die Zwischenstufe I-II soll dabei den bekannten situativen Unwägbarkeiten der Gewalthandlung Rechnung tragen. So gilt beispielsweise für die Vorgehensweise Stein-/Flaschenwurf zunächst grundsätzlich, dass der Werfer von Schottersteinen oder Flaschen das Risiko von Kopftreffern und damit lebensbedrohlicher Verletzungen in Kauf nimmt. Insofern ist die Einstufung in den Schweregrad I gerechtfertigt. Dennoch bestehen hinsichtlich Täterdisposition und Trefferwahrscheinlichkeit offensichtliche Unterschiede zu dem Angreifer, der im direkten Angesicht des Opfers auf den Kopf tritt oder schlägt. Dazu kommen Bewertungsunsicherheiten der polizeilichen Erfassung. In einer Reihe von Fällen war beispielsweise nicht klar, ob es sich um Glas- oder PET-Flaschen handelt. Weitere Fälle dieser Zwischenstufe sind etwa der Kopfstoß (gekonnt ausgeführt tödlich), Weichteiltritte mit präparierten Stiefeln oder Weichteilschläge mit Gegenstand (siehe Anhang: Fallsammlungen Tatschwere).

Beim folgenden *Rechts-Links-Vergleich der Tatspezifik und Tatschwere* wird das Gesamtaufkommen rechter Gewalt mit dem Teilbereich linke Konfrontationsgewalt verglichen. Angebracht wäre natürlich der Vergleich beider Gesamtaufkommen. Das Gesamtaufkommen links zählt nicht zum Untersuchungsgegenstand und würde eine Nacherhebung erfordern. Linke Konfrontationsgewalt stellt aber einen beträchtlichen Teil des linken Gesamtaufkommens (Sachsen etwa 87 Prozent) dar, so dass der Vergleich doch starke Aussagekraft hat.

Hinsichtlich der *Tatspezifik und Tatschwere unterscheidet sich linke Konfrontationsgewalt in Sachsen deutlich von rechter Gewalt*. Während sich der öffentliche Raum als Tatortpräferenz noch nicht von der rechten Gewalt unterscheidet, zeigen die Tatzeiten bereits deutliche Unterschiede: Es gibt einen Hang zur *Tageszeit und zum Samstag* – dem bevorzugten Zeitraum für rechtsextremistische Demonstrationen, Kundgebungen oder Infotische. Die linke Konfrontationsgewalt weist außerdem *deutlich mehr Elemente planenden und aufsuchenden Handelns* auf: Zielgruppentrefforte werden zu 68,8 Prozent aufgesucht (rechts 17,2 Prozent). Die Fälle, in denen Opfer gezielt aufgesucht wurden, liegen bei 10,1 Prozent und entsprechen fast genau dem rechten Gebaren (rechts 11,8 Prozent).

Die Betrachtung nach Rechtsnorm zeigt *höhere Anteile an Landfriedensbruchs* – (24,1 Prozent, rechts 5,1 Prozent) und *Widerstandsdelikten* (18,2 Prozent, rechts 2,9 Prozent). Körperverletzungsdelikte stellen über die Hälfte (54,2 Prozent) und liegen noch deutlich unter dem entsprechenden Anteil bei der rechten Gewalt.

Tabelle 11: Konfrontationsgewalt links Sachsen 2003–2006
Verletzte Rechtsnorm nach §§ StGB

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	224 gefährl. Körperverletzung	109	44,1	45,2	45,2
	113 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	45	18,2	18,7	63,9
	125 Landfriedensbruch	37	15,0	15,4	79,3
	223 Körperverletzung	21	8,5	8,7	88,0
	315 b gefährl. Eingriff in den Straßenverkehr	16	6,5	6,6	94,6
	306 Brandstiftung	4	1,6	1,7	96,3
	125 a bes. schw. Landfriedensbruch	3	1,2	1,2	97,5
	249 Raub	3	1,2	1,2	98,8
	315 gefährl. Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr	2	,8	,8	99,6
	239 Freiheitsberaubung	1	,4	,4	100,0
	Gesamt	241	97,6	100,0	
Fehlend	System	6	2,4		
Gesamt		247	100,0		

Der Zusammenhang mit Demonstrationen stellt gegenüber der rechten Gewalt sich fast spiegelbildlich dar: *Rechte Gewalt hängt nur wenig, linke Konfrontationsgewalt überwiegend mit Demonstrationsereignissen zusammen* (Schaubilder 28 und 29).

Schaubild 28: Zusammenhang Demonstrationen/Konfrontationsgewalt links Sachsen 2003–2006 (n=247)

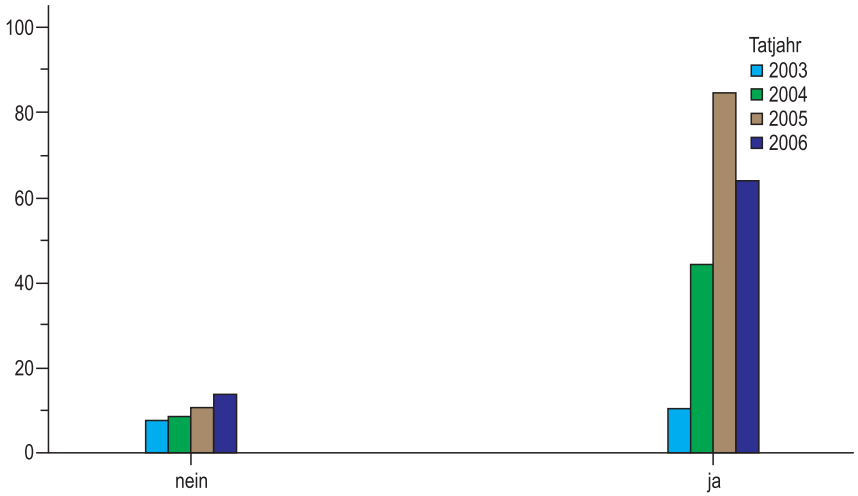
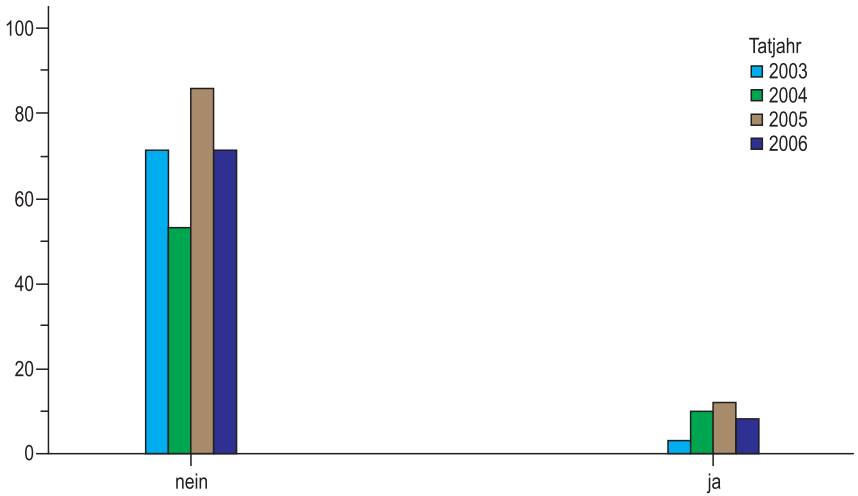
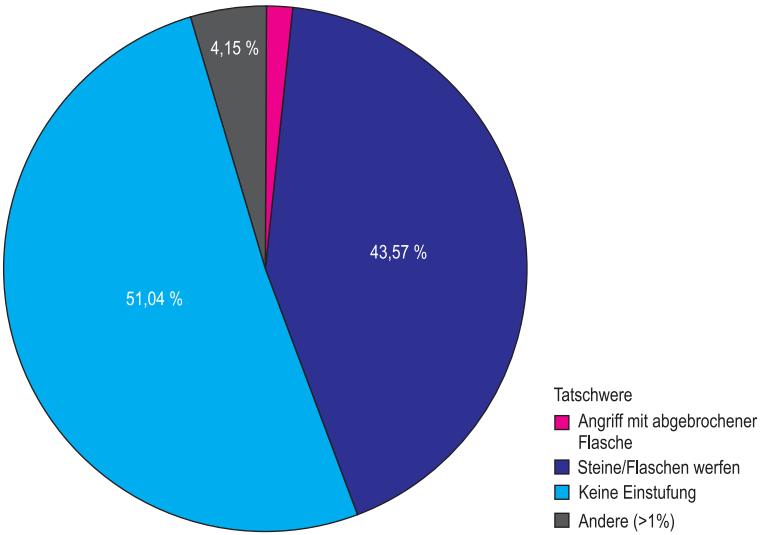


Schaubild 29: Zusammenhang Demonstrationen/Gewaltdelikte rechts Sachsen 2003–2006 (n=314)



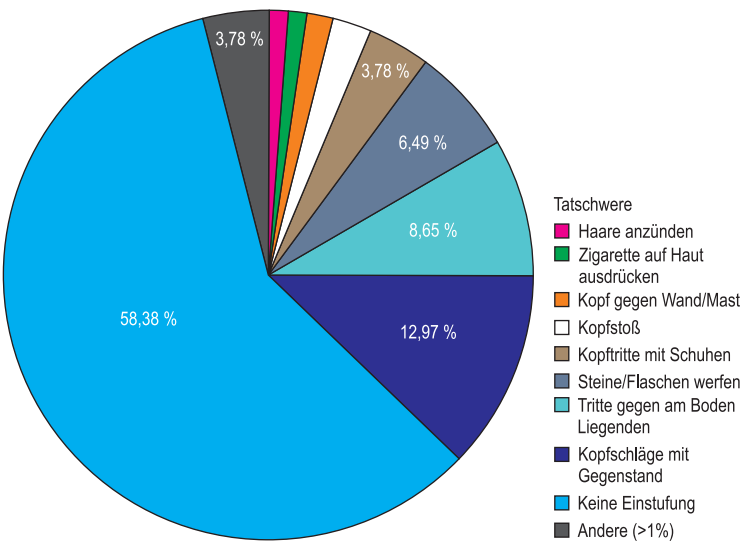
Bei der Tatmittel-Betrachtung zeigen sich deutlich höhere Anteile (43,1 Prozent gefährliche Gegenstände/Werkzeuge, 10,9 Prozent Sonstiges), die wesentlich der Tatcharakteristik „Stein-/Flaschenwurf" geschuldet sind. Dem entsprechen die Tatschwere-Einstufungen: Schwere *linke Konfrontationsgewalt* zeichnet sich *fast ausschließlich durch die Vorgehensweise „Stein-/Flaschenwurf"* aus.

Schaubild 30: Fallsammlung Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links Sachsen (n=115)



Der Rechts-Links-Tatschwerevergleich ist für Sachsen aufschlussreich: *Schwere rechte Gewalt tendiert deutlich mehr zur direkten persönlichen Konfrontation* mit den lebensbedrohlichen Vorgehensweisen „Kopfschläge mit Gegenstand", „Tritte auf am Boden liegende Person" und „Kopftritte mit ‚normalen' Schuhen", während die linke Klientel ganz überwiegend den Stein-/Flaschenwurf aus der Distanz bevorzugt.

Schaubild 31: Fallsammlung Tatschwere I-III rechts Sachsen (n=127)



Die Einstufung nach Schwerekategorien ergibt folgende Gewichtung:

Tabelle 12: Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links Sachsen 2003–2006 (n=115)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	**keine Einstufung**	132	**53,4**	53,4	53,4
	I-II	107	43,3	43,3	96,8
	I	6	2,4	2,4	99,2
	II	2	,8	,8	100,0
	Gesamt	247	100,0	100,0	

Die von autonomen Gruppen bevorzugte Vorgehensweise Stein-/Flaschenwurf aus der Distanz spiegelt *typische Ambivalenzen linksmilitanten Gebarens* wider: Einerseits gilt die Prämisse der Legitimität von Gewalt, andererseits gibt es Tendenzen zur Gewaltdosierung (siehe Abschnitte 7.2.3 und 7.3.3).

Das erste Resümee für Sachsen auf der Ebene der Polizeidaten stellt sich folgendermaßen dar: Rechte Gewalt findet überwiegend an Wochenenden und in Abend- und Nachtstunden statt. *Planvolles Handeln* in Gestalt von Brandanschlägen, Landfriedensbrüchen, geplanten Taten mit Vorlauf oder gezieltem Aufsuchen des Opfers und Gewaltaktionen im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen ist auf der quantitativen Analyseebene nur zu einem eher geringen Teil zu erkennen. Die linke Konfrontationsgewalt ist dagegen stark an Demonstrationen gekoppelt und hat damit zielgerichteten und politisch unterfütterten Charakter.

Rechte Gewalt wird im Sinne direkter körperlicher Konfrontation mit dem Opfer *deutlich brutaler und lebensbedrohlicher als linke Konfrontationsgewalt* ausgeführt: Rechts ist in 66 Fällen, links in sechs Fällen mit der Schwerekategorie I (akut lebensbedrohliche Handlungsweise) belegt.

4.9.2 Nordrhein-Westfalen

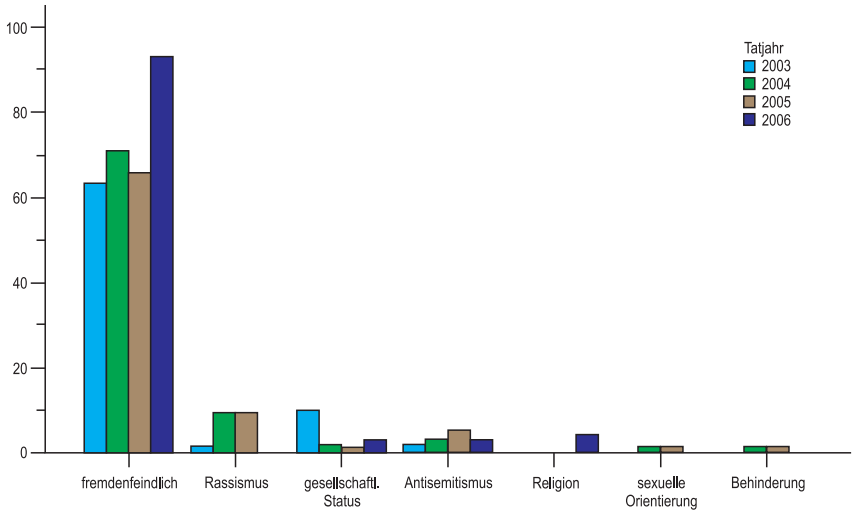
Für den Untersuchungszeitraum wurden für Nordrhein-Westfalen aus dem KTA-Bestand des BKA 555 rechte Gewaltdelikte erhoben. Die vom LKA Nordrhein-Westfalen erfassten Delikte belaufen sich auf 563. Die Abweichung ergibt sich durch die Bereinigung von Doppelerfassungen bei gleichem Sachverhalt und ungültigen Fällen (etwa versehentliche Zuordnungen von PMK-links zu PMK-rechts u. ä.).

An linker Konfrontationsgewalt wurden aus dem Gesamtaufkommen linker Gewaltdelikte – 411 dem BKA vorliegenden KTA's – 303 Fälle erhoben.

4.9.2.1 Themenfelder

Die Themenfeldentwicklung der rechten Gewaltdelikte in Nordrhein-Westfalen weist gegenüber Sachsen deutliche Unterschiede auf. Die Gewichtung der Zielrichtungsanteile ist genau umgekehrt. Hier färbt nicht nur die *fremdenfeindliche (und rassistische) Gewalt* mit einem Anteil von 62,9 Prozent das Gesamtbild, sie ist im vierjährigen Verlauf auch angestiegen.

Schaubild 32: Verlauf der Hasskriminalität-Themenfelder bei rechter Gewalt NRW 2003–2006



Die restlichen Teilbereiche antisemitisch und heterophob motivierter Gewalt blieben – wie in Sachsen auch – randständig.

Tabelle 13: Verteilung der Hasskriminalität-Themenfelder bei rechter Gewalt NRW 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	andere Themenfelder	206	37,1	37,1	37,1
	Antisemitismus	13	2,3	2,3	39,5
	Behinderung	2	,4	,4	39,8
	fremdenfeindlich	293	52,8	52,8	92,6
	gesellschaftlicher Status	16	2,9	2,9	95,5
	Rassismus	19	3,4	3,4	98,9
	Religion	4	,7	,7	99,6
	sexuelle Orientierung	2	,4	,4	100,0
	Gesamt	555	100,0	100,0	

Die *rechte Konfrontationsgewalt* ist zwar auch in Nordrhein-Westfalen angestiegen und hat sich von 2003–2006 mehr als verdoppelt. Sie blieb aber mit einem Anteil von einem knappen Drittel (31,5 Prozent) am Gesamtaufkommen rechter Gewalt im Vergleich zu Sachsen auf deutlich niedrigerem Niveau.

Schaubild 33: Verlauf der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei rechter Gewalt NRW 2003–2006

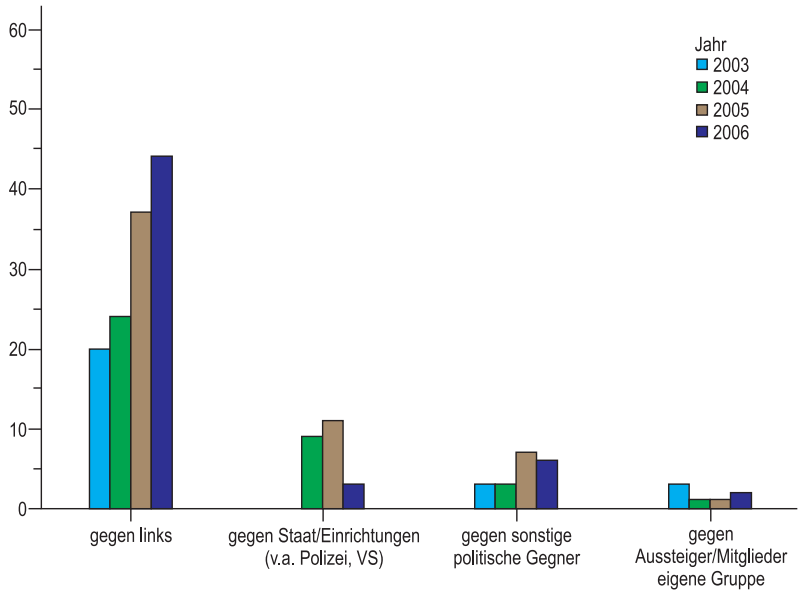


Tabelle 14: Verteilung der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei rechter Gewalt NRW 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	anderes Themenfeld	380	68,5	68,5	68,5
	gegen links	126	22,7	22,7	91,2
	gegen sonstige politische Gegner	19	3,4	3,4	94,6
	gegen Aussteiger/ Mitglieder eigene Gruppe	7	1,3	1,3	95,9
	gegen Staat/Einrichtungen (v. a. Polizei, VS)	23	4,1	4,1	100,0
	Gesamt	555	100,0	100,0	

Damit ergibt sich aus dem Ländervergleich eine genau umgekehrte Gewichtung der Zielrichtungen rechter Gewalt: *In Sachsen dominiert Konfrontationsgewalt, in Nordrhein-Westfalen fremdenfeindliche Gewalt*.[117]

Wie in Sachsen auch *ist in Nordrhein-Westfalen die linke Konfrontationsgewalt angestiegen*. Der Anteil am linken Gesamtaufkommen beläuft sich hier auf 74 Prozent. Die Fallzahl linker Gewalt insgesamt beträgt 411 (LKA NRW: 381, Differenz durch Nachmeldungen). Davon wurden 303 Fälle linker Konfrontationsgewalt gezählt. In NRW ist die gegen Polizeikräfte gerichtete Gewalt deutlich höher als die direkt gegen den rechten Feind gerichtete Konfrontation. In Sachsen ist das Verhältnis umgekehrt, dort ist die direkte Konfrontation gegen den rechten Feind etwas stärker vertreten.

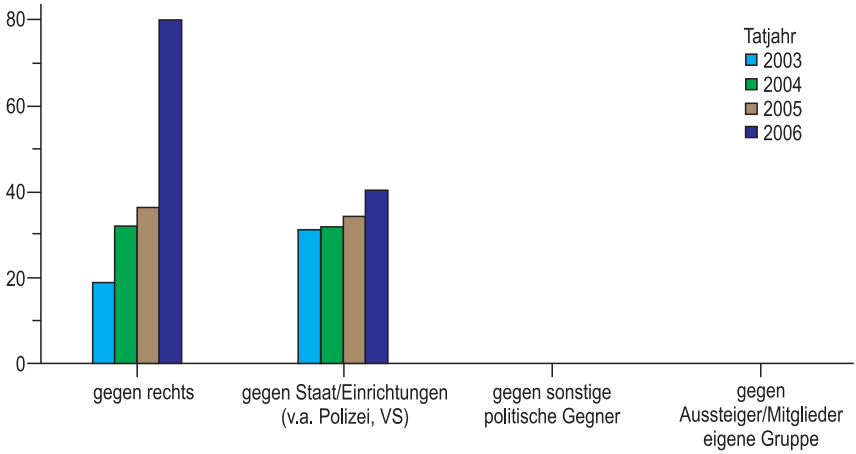
Tabelle 15: Verteilung der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei linker Gewalt NRW 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	gegen rechts	137	45,2	45,2	45,2
	gegen Staat/Einrichtungen (v. a. Polizei, VS)	166	54,8	54,8	100,0
	Gesamt	303	100,0	100,0	

Auch bei der Verlaufsbetrachtung linker Konfrontationsgewalt zeigen sich Unterschiede, die vermutlich mit dem Aufkommen von Demonstrationen und Kundgebungen der rechten Szene zusammenhängen: In NRW ragen im Jahr 2006 die Zusammenstöße mit der Polizei heraus, in Sachsen im Jahr 2005. In NRW steigen beide Teilmengen 2003–2006, in Sachsen fallen beide nach einem Anstieg 2006 wieder ab.

117 Das nordrhein-westfälische Innenministerium verweist darauf, dass in nachfolgenden Jahren der Trend ebenfalls in Richtung Themenfeldumkehr verläuft und die Konfrontationsgewalt in den Vordergrund rückt: 2006–2007 überwog noch fremdenfeindliche Gewalt, 2008 lagen beide Aufkommen fast auf gleicher Höhe.

Schaubild 34: Verlauf der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei linker Gewalt NRW 2003–2006



4.9.2.2 Tatspezifik und Tatschwere

Wie in Sachsen dominiert auch in Nordrhein-Westfalen bei den Tatorten rechter Gewalt der *öffentliche Raum* (64 Prozent), und die Tatzeiten haben einen Hang zu *Wochenenden* (60 Prozent) *und Abend- und Nachtstunden* (70,3 Prozent).

Der Anteil an Taten mit *Hinweisen auf Planung ist niedriger als in Sachsen* (Opfer gezielt aufgesucht: NRW 9,9 Prozent, SN 11,8 Prozent; Zielgruppentreffort aufgesucht: NRW 9,5 Prozent, SN 17,2 Prozent). Brandanschläge und Landfriedensbruchsereignisse sind randständig geblieben. Auch der Zusammenhang mit Demonstrationsereignissen ist mit 8,8 Prozent niedriger als in Sachsen (10,5 Prozent). Während in *Sachsen die kleine Gruppe am häufigsten* (35 Prozent) in Erscheinung tritt, dominieren in *Nordrhein-Westfalen die Einzeltäter* (41,3 Prozent). Die qualitativen Analysen haben diese unterschiedlichen Handlungsmuster bestätigt (siehe Abschnitte 5.3.1 sowie 6.3 und 6.4).

Die Betrachtung nach Rechtsnormverletzung ergibt wie in Sachsen *niedrige Anteile von Brandstiftungen, Landfriedensbrüchen und Widerstandsdelikten.* Körperverletzungen und gefährliche Körperverletzungen stellen den Großteil (89,9 Prozent) dar.

Tabelle 16: Gewaltdelikte rechts NRW 2003–2006
Verl. Rechtsnorm nach §§ StGB

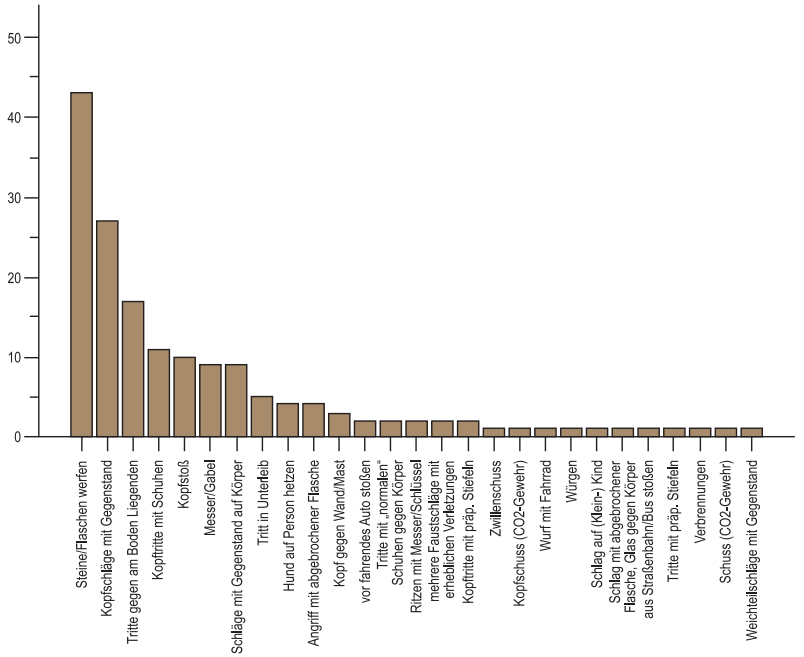
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	224 gefährl. Körperverletzung	277	49,9	49,9	49,9
	223 Körperverletzung	222	40,0	40,0	89,9
	113 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	23	4,1	4,1	94,0
	125 Landfriedensbruch	12	2,2	2,2	96,2
	kein Eintrag in KTA	4	,7	,7	96,9
	306 Brandstiftung	3	,5	,5	97,4
	306 a schw. Brandstiftung	3	,5	,5	97,9
	226 schwere Körperverletzung	2	,4	,4	98,3
	315 b gefährl. Eingriff in Straßenverkehr	2	,4	,4	98,7
	249 Raub	2	,4	,4	99,1
	252 räuber. Diebstahl	2	,4	,4	99,5
	308 Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	,2	,2	99,7
	250 schwerer Raub	1	,2	,2	99,9
	253 Erpressung	1	,2	,2	100,1
	Gesamt	555	100,1	100,1	

100,1-Werte infolge von Rundungen

Die Tatmittelbetrachtung ergibt ähnliche Ergebnisse wie in Sachsen: 75,5 Prozent der Taten wurden ohne, 25,5 Prozent mit gefährlichen Gegenständen, Hieb- und Stoßwaffen und sonstigen Mitteln ausgeführt. Die Einstufungen nach Tatschwere zeigen aber einen Unterschied: In *Nordrhein-Westfalen ist nur ein knappes Drittel* (30,5 Prozent = 163 Fälle) *der Taten schwere Gewalt*. In *Sachsen wurden dagegen zwei Fünftel* (40,4 Prozent = 129 Fälle) des rechten Aufkommens als schwere Gewalt eingestuft.

Die herausragend brutalen Vorgehensweisen – in NRW wurden 163 von 555 Gewaltdelikten von den Verfassern als schwer eingestuft – verteilen sich mehr als in Sachsen. Dort ragen die lebensbedrohlichen Varianten „Kopfschläge mit Gegenstand“ und „Tritte auf am Boden liegende Person“ viel weiter heraus als in Nordrhein-Westfalen, wo die vergleichsweise „weichere“ Tatdurchführung „Stein-/Flaschenwurf“ an erster Stelle steht.

Schaubild 35: Fallsammlung Tatschwere I-III rechts NRW 2003–2006 (n=163)



Die Einstufung nach Schwerekategorien stellt sich folgendermaßen dar:

Tabelle 17: Tatschwere I-III rechts NRW (n=163)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	**keine Einstufung**	392	**70,6**	70,6	70,6
	I-II	85	15,3	15,3	85,9
	I	62	11,2	11,2	97,1
	II	9	1,6	1,6	98,7
	II-III	5	,9	,9	99,6
	III	2	,4	,4	100,0
	Gesamt	555	100,0	100,0	

Die *häufigsten herausragend brutalen Vorgehensweisen* rechter Gewalttäter in Nordrhein-Westfalen waren:

1) Wurf mit Stein, Flasche (I-II).

2) Kopfschläge mit Gegenstand (I).

3) Tritte auf am Boden liegende Person (I).

4) Kopftritte mit „normalen“ Schuhen (I).

11,2 Prozent aller rechten Gewalttaten wurden *mit hochwahrscheinlich akut lebensbedrohlichen* (I) und 15,3 Prozent *mit gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohlichen Einwirkungen (I-II)* begangen. In Sachsen liegen diese Anteile deutlich höher: 21 Prozent (I) und 18,5 Prozent (I-II).

Auch für Nordrhein-Westfalen wird beim Rechts-Links-Vergleich der Tatspezifik und Tatschwere das Gesamtaufkommen rechts mit dem Teilbereich linke Konfrontationsgewalt (74 Prozent des Gesamtaufkommens links) in Beziehung gesetzt. Wie in Sachsen *unterscheidet sich linke Konfrontationsgewalt deutlich von rechter Gewalt*. Tatorte und Tatzeiten richten sich *überwiegend nach dem Aufkommen rechter Demonstrationen* und sonstiger öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten, sie findet fast ausschließlich im öffentlichen Raum (64,8 Prozent), ÖPNV (8,8 Prozent) und auf Bahnhöfen (7,3 Prozent) statt. Tatzeit ist zu drei Vierteln (75,6 Prozent) Samstag und die Tageszeit (76,9 Prozent) – das gängige Zeitfenster für demonstrative Veranstaltungen. Dem entsprechen die Angaben zum Zusammenhang mit Demonstrationen (77,6 Prozent) und zum aufgesuchten Zielgruppentreffort (75,2 Prozent). Opfer wurden wie auch bei der rechten Gewalt nur in geringem Umfang (9,2 Prozent, rechts 9,9 Prozent) gezielt aufgesucht.

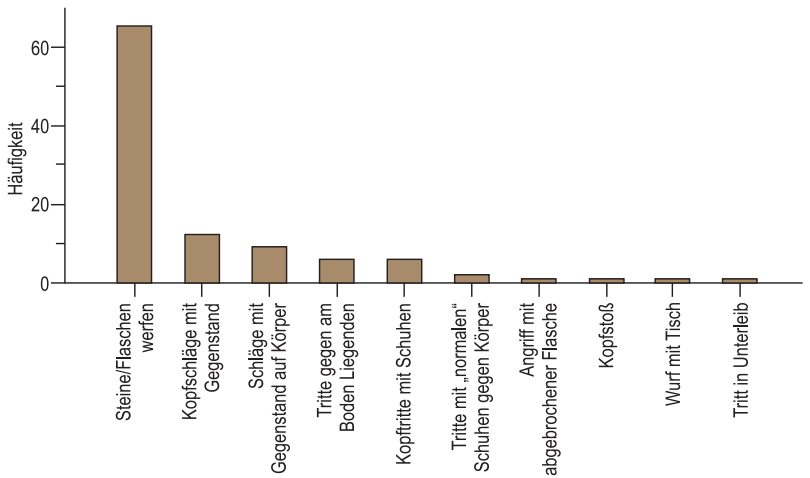
Die Betrachtung nach Rechtsnorm weist die gleichen Rechts-Links-Unterschiede auf wie in Sachsen: Die Anteile an Landfriedensbruchs- (24,1 Prozent) und Widerstandsdelikten (18,2 Prozent) sind deutlich höher als bei rechter Gewalt. Körperverletzungsdelikte machen über die Hälfte (54,5 Prozent) aus, reichen aber bei weitem noch nicht an den hohen Anteil bei der rechten Gewalt (89,3 Prozent) heran.

Tabelle 18: Konfrontationsgewalt links NRW 2003–2006
Verletzte Rechtsnormen nach §§ StGB

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	224 gefährl. Körperverletzung	122	40,3	40,3	40,3
	125 Landfriedensbruch	71	23,4	23,4	63,7
	113 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	55	18,2	18,2	81,8
	223 Körperverletzung	42	13,9	13,9	95,7
	249 Raub	6	2,0	2,0	97,7
	125 a bes. schw. Landfriedensbruch	2	,7	,7	98,3
	315 gefährl. Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr	2	,7	,7	99,0
	226 schwere Körperverletzung	1	,3	,3	99,3
	306 Brandstiftung	1	,3	,3	99,7
	255 Räuberische Erpressung	1	,3	,3	100,0
	Gesamt	303	100,0	100,0	

Die Tatschwerezählung – 104 von 303 Gewaltdelikten wurden von den Verfassern als schwer eingestuft – ergibt ein ähnliches Bild wie in Sachsen: Die *häufigste Vorgehensweise linker Konfrontationsgewalt ist der Stein- und Flaschenwurf.*

Schaubild 36: Fallsammlung Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links NRW 2003–2006 (n=104)



Die Einstufung nach Tatschwerekategorien stellt sich folgendermaßen dar:

Tabelle 19: Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links NRW (n=104)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	**keine Einstufung**	199	**65,7**	65,7	65,7
	I-II	74	24,4	24,4	90,1
	I	19	6,3	6,3	96,4
	II	9	3,0	3,0	99,3
	II-III	2	,7	,7	100,0
	Gesamt	303	100,0	100,0	

Wie auch in Sachsen unterscheidet sich die *linke Konfrontationsgewalt deutlich von der rechten Gewalt*: Rechts hat 62, links 19 Fälle der Kategorie I aufzuweisen. Während sich die Charakteristik linker Konfrontationsgewalt in Sachsen und Nordrhein-Westfalen mit ihrem Fokus auf rechte Demonstrationen und der Präferenz des Agierens aus der Distanz ähnelt, gibt es bei der rechten Gewalt zwischen den beiden Ländern merkliche Unterschiede: Die *Anteil der mit lebensbedrohlicher Brutalität durchgeführten Angriffe ist in Sachsen höher*, obwohl die Gesamtfallzahl dort deutlich niedriger als in Nordrhein-Westfalen liegt (SN: 314, NRW: 555).

4.9.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Rechte Gewalt in Sachsen hat einen *deutlichen Hang zur Konfrontation mit feindlich wahrgenommenen politischen Szenen und Lebensstilen*. In *Nordrhein-Westfalen* dominiert im Untersuchungszeitraum die *fremdenfeindliche Zielrichtung*. Die Tatschwere rechter Gewalt ist in den beiden Ländern verschieden ausgeprägt. In *Sachsen wird weit häufiger zu lebensbedrohlichen Methoden* gegriffen. *Rechte Gewalt ist in beiden Ländern brutaler und lebensbedrohlicher als linke Konfrontationsgewalt*. Die auf der Ebene der Polizeidatenanalyse möglichen Hinweise auf planendes Gewalthandeln deuten darauf hin, dass rechte Gewalt eher expressiven, linke Konfrontationsgewalt eher instrumentellen Charakter hat.

4.10 Räumliche Zusammenhänge und Einflussfaktoren

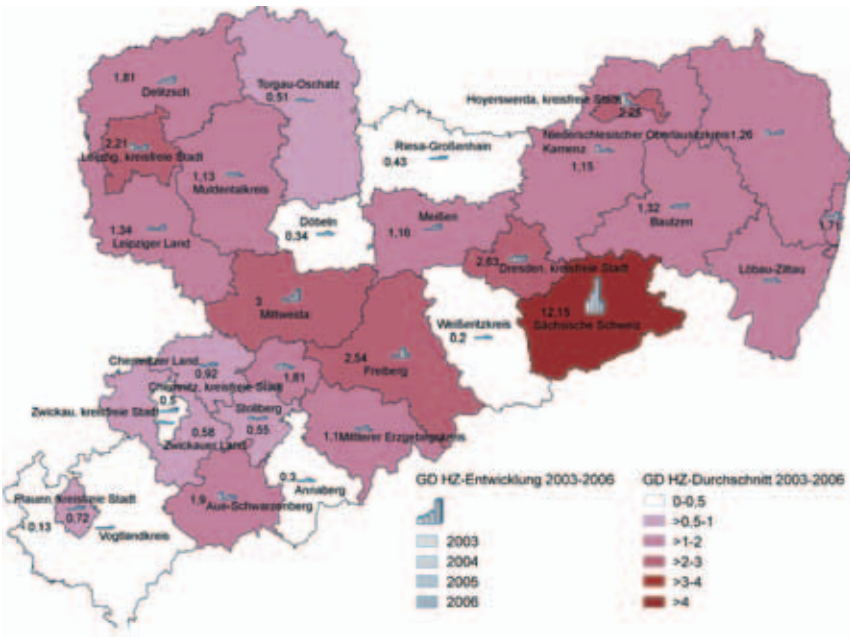
4.10.1 Sachsen

4.10.1.1 Regionale Verteilungen und Verläufe rechter und linker Gewalt

Das Gewaltaufkommen ist in Sachsen *zeitlich und räumlich ungleich verteilt*. Der Landkreis mit der *höchsten Zahl* von 12,25 Gewaltdelikten pro Jahr je 100.000 Einwohner ist mit Abstand die *Sächsische Schweiz*. Dort wurden mit 69 von

314 im Untersuchungszeitraum auch absolut die meisten Delikte begangen. Es folgen *Mittweida* (3 pro Jahr je 100.000) und *Freiberg* (2,6). Die kreisfreien Großstädte Dresden (2,6), Leipzig (2,2) und Chemnitz (1,8) sind ebenfalls Schwerpunktregionen rechter Gewalt. Am wenigsten sind die Landkreise Vogtland (0,13), Weißeritzkreis (0,2), Annaberg (0,3), Döbeln (0,3) und Riesa-Großenhain (0,4) belastet.

Schaubild 37: Gewaltdelikte rechts je 100.000 Einwohner Sachsen 2003–2006

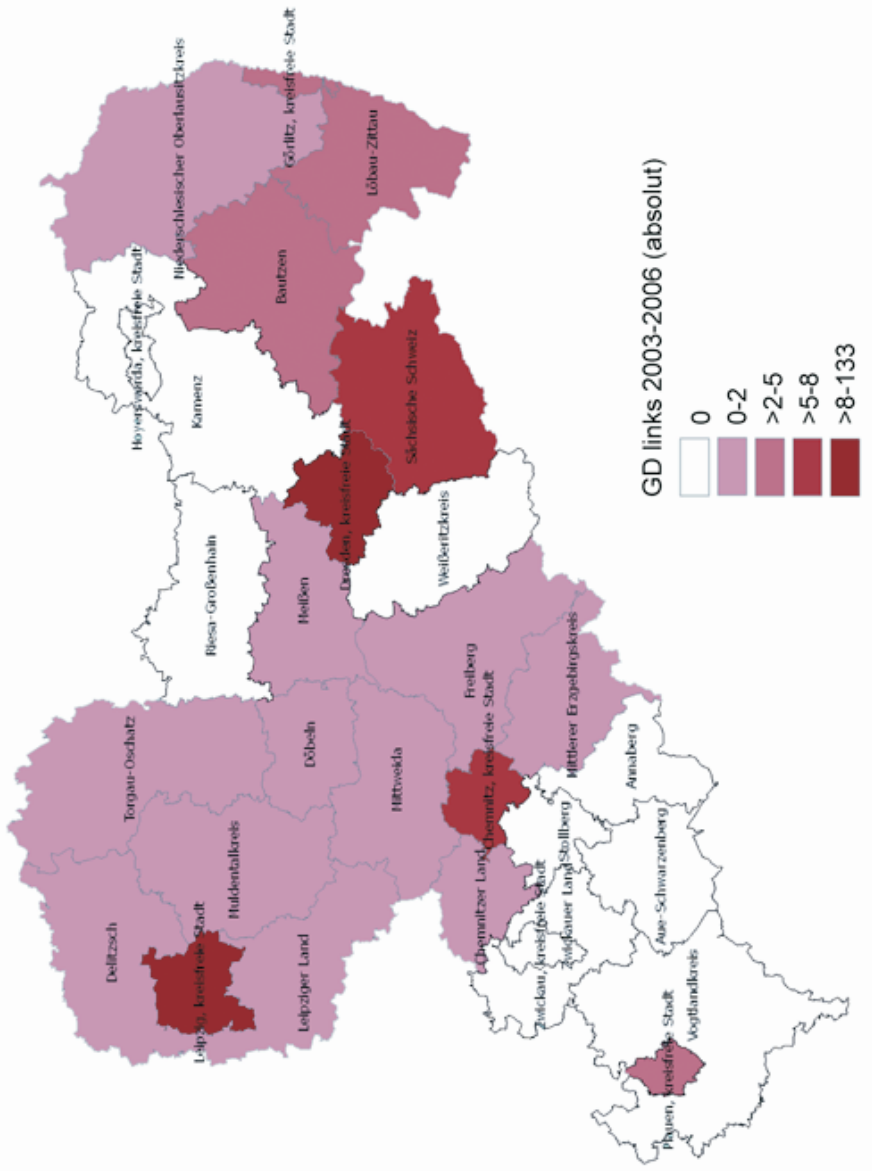


Verwaltungsgrenzen (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008

Über den Zeitraum der hier untersuchten Jahre 2003–2006 verliefen die *regionalen Trends sehr unterschiedlich und teilweise gegenläufig*. So hat sich in den Landkreisen Sächsische Schweiz und Freiberg die Zahl der Delikte von 2003–2006 verdreifacht. Im Jahr 2005 fiel sie jedoch wieder auf das Niveau von 2003 zurück. In Mittweida blieb der Anstieg dagegen ungebremst. Eine beständige Zunahme ist in Bautzen, Meißen und Delitzsch zu beobachten. Stark rückläufig ist die Tendenz in Chemnitz (seit 2004), Hoyerswerda und Kamenz.

Die linke Konfrontationsgewalt unterscheidet sich in ihrer *räumlichen Verteilung erheblich von der rechten Gewalt*. Sie ist im Wesentlichen auf die Großstädte konzentriert. 210 von 247 gezählten Delikten wurden in Leipzig (133), Dresden (69) und Chemnitz (8) begangen. In sieben Landkreisen und zwei kreisfreien Städten kam es im Untersuchungszeitraum zu keinem einzigen Gewaltdelikt, darunter die

Schaubild 38: Linke Konfrontationsgewalt in den Regionen Sachsen 2003–2006



Verwaltungsgrenzen (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008

NPD-Hochburgen Riesa-Großenhain und Annaberg. Auch in den Räumen gehäufter rechter Gewalt, in Freiberg und Mittweida, ist jeweils nur eine Tat gezählt worden. Lediglich in den Landkreisen Sächsische Schweiz (8), Bautzen (5) und Löbau-Zittau (3) kam es zu mehr als zwei Taten in den untersuchten vier Jahren. Das lässt sich damit erklären, dass etwa 80 Prozent der Delikte im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen wurden. Diese fanden wiederum hauptsächlich in Dresden und Leipzig statt. Die Mobilisierung linker Gewalttäter ist also räumlich keineswegs auf die Zentren rechter Gewalt oder NPD-Hochburgen fokussiert. Linke Gewalt in Kleinstädten und auf ländlichen Volksfesten ist die Ausnahme. Eher sind es *außeralltägliche Demonstrationen und Kundgebungen bekannter Rechtsextremisten*,[118] die zum Anziehungspunkt der linken Gewaltszene werden.

4.10.1.2 Schwerpunkte und Wiederholungstäter

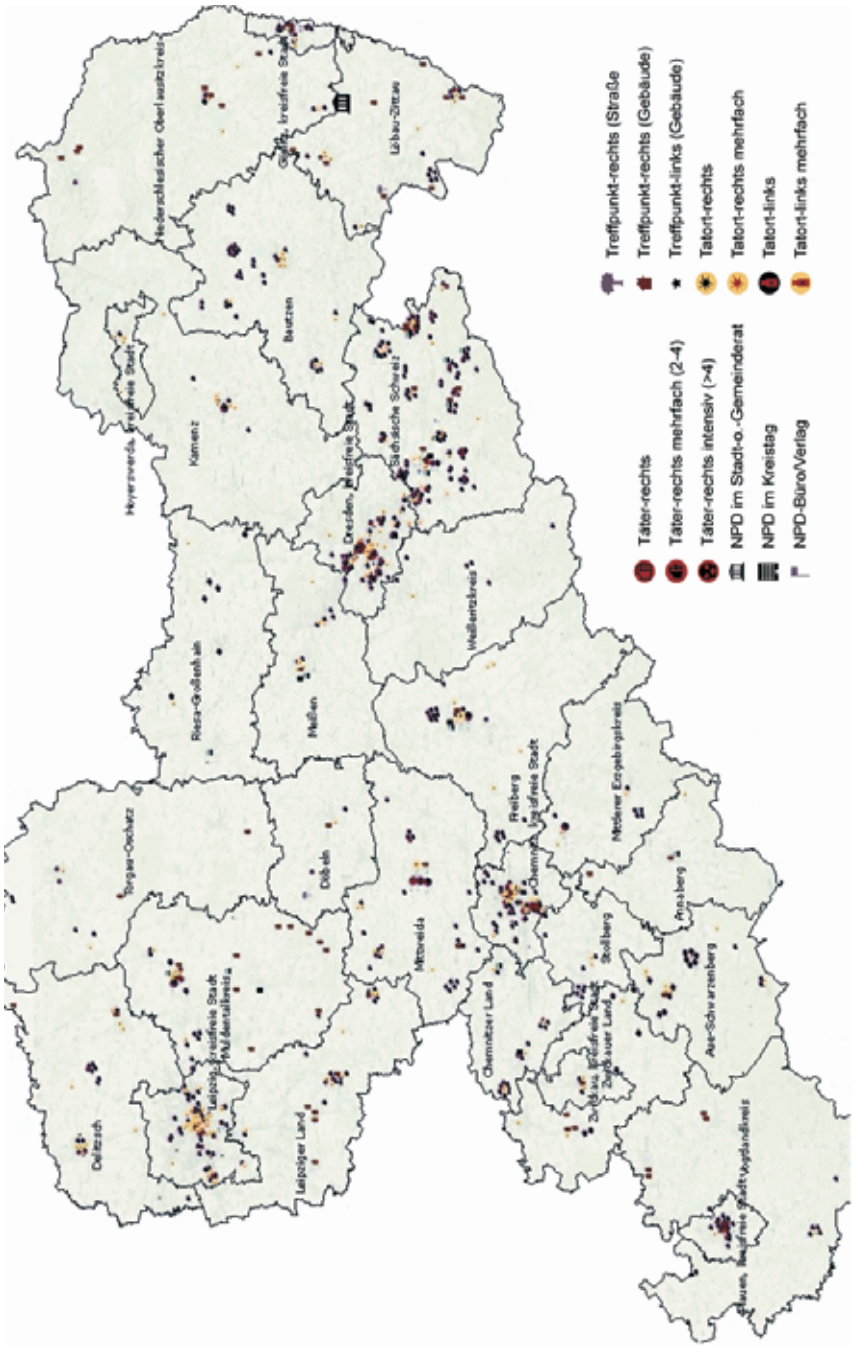
In *keinem Landkreis tritt rechte Gewalt flächendeckend* auf; sie konzentriert sich im Wesentlichen *auf Schwerpunktregionen*. Die *Tatortverteilung in kreisfreien Städten und Landkreisen unterscheidet sich*. Insbesondere in den Großstädten liegen Tatorte sowohl im Stadtzentrum als auch in Stadtteilen, welche gleichzeitig Täterwohnorte sind. Die Innenstädte sind zum einen besonders von Gewalt im Zusammenhang mit Demonstrationen und Kundgebungen betroffen, zum anderen befinden sich dort Diskotheken, Kneipen, Parks und andere potentielle Punkte, an denen Opfer und Täter aufeinandertreffen können. Stadtteile, in denen überdurchschnittlich viele Täter wohnen, bieten aufgrund ihrer Sozialstruktur ebenfalls Tatgelegenheiten. Potentielle Opfer (z. B. Ausländer, Behinderte und Punks) wohnen häufig in einem ähnlichen Umfeld wie Täter aus der rechten Szene.

In den *Landkreisen* konzentrieren sich die Tatorte in den *regionalen Zentren*. Kleinstädte mit Bahnhöfen, Lokalen, Tankstellen und Stadtfesten bieten ähnliche Gelegenheitsstrukturen wie die Zentren der Großstädte. Sie sind insbesondere an Wochenenden ein Anziehungspunkt auch für die Täter aus dem ländlichen Umland. Kleine Gemeinden werden nur selten zum Tatort, selbst wenn die Täterkonzentration hoch ist. So wurden etwa im Landkreis Sächsische Schweiz 77 Prozent der Taten in den Städten Pirna, Sebnitz, Neustadt und Heidenau begangen, obwohl dort nur 63 Prozent der Täter wohnen.

Die als NPD-Hochburg deutschlandweit bekannt gewordene Gemeinde Rheinhardtsdorf-Schöna war im Untersuchungszeitraum Wohnort von fünf Tätern, darunter drei Mehrfachtäter, aber es gab in den vier Jahren kein einziges Gewaltdelikt. Das bedeutet, die Täter waren mobil und suchten Orte auf, an denen sich potentielle Opfer befanden. Dass dies zumindest teilweise gezielt geschah, wird durch die qualitative Analyse bestätigt.

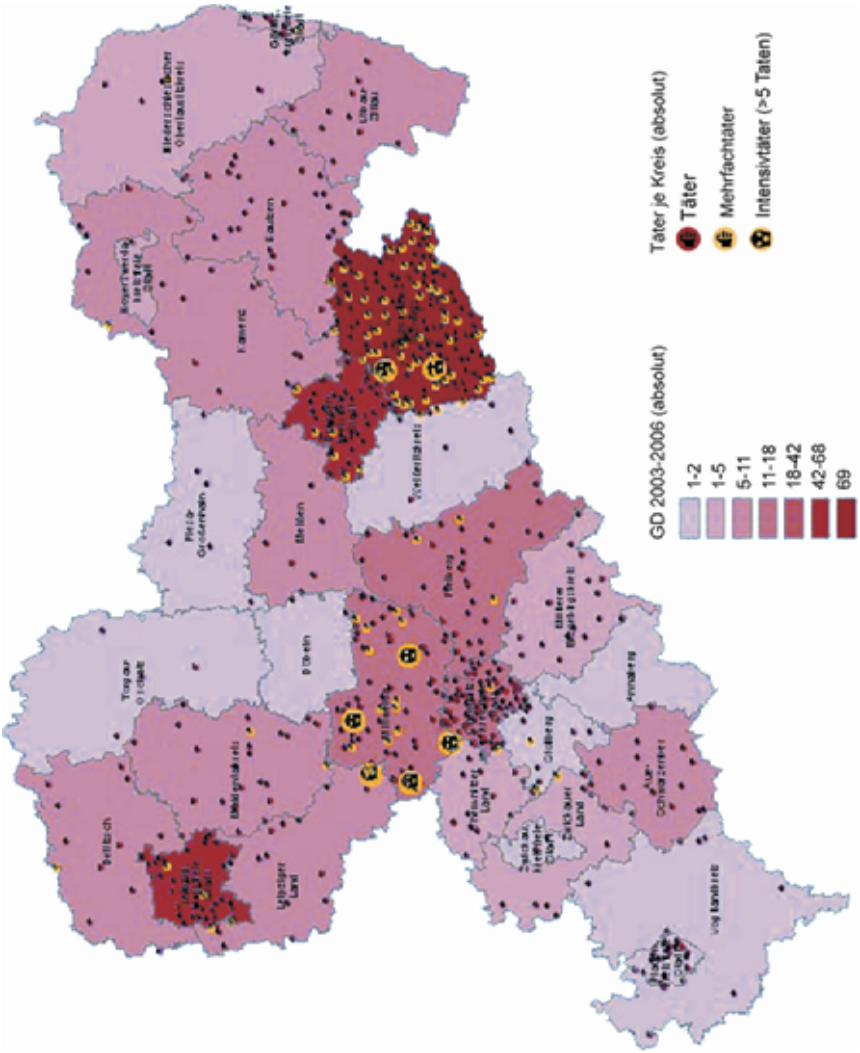
118 Z. B. Worch in Leipzig.

Schaubild 39: Rechte Gewalt und linke Konfrontationsgewalt Sachsen 2003–2006
Tatorte und Wohnorte von Tatverdächtigen (rechts)



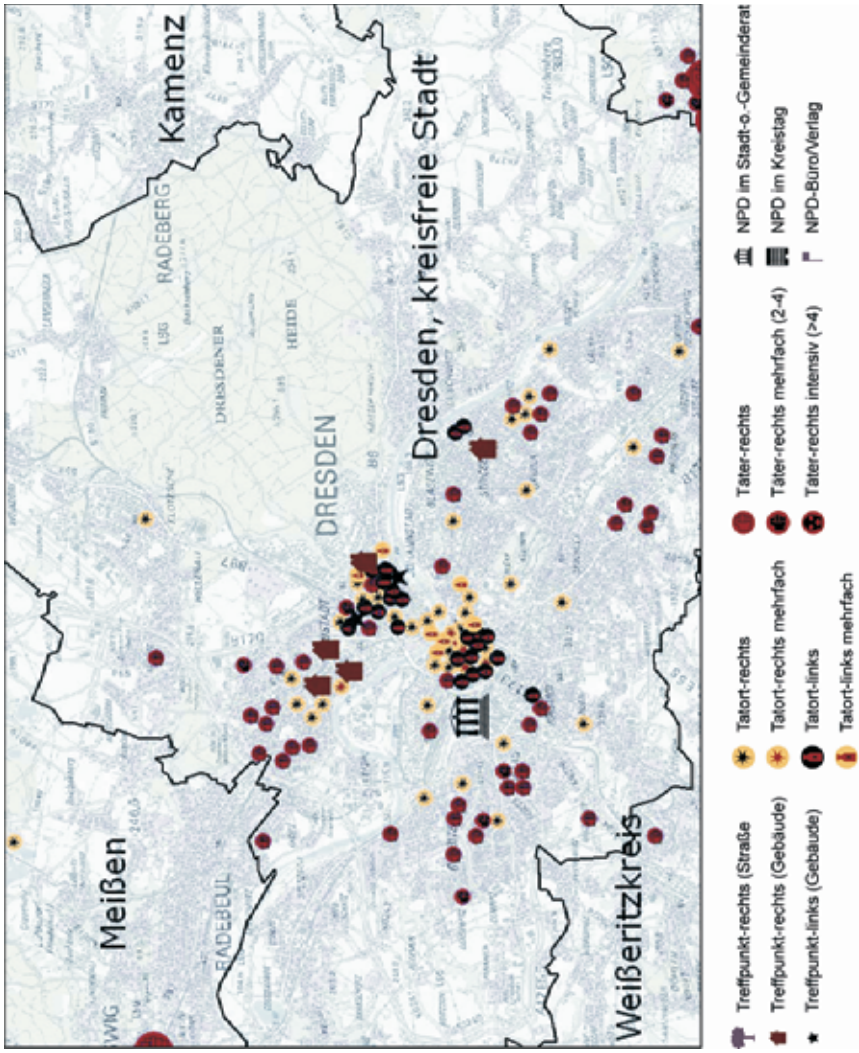
Karte DTK 100 V (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008, Daten zu NPD u. Treffpunkten: LfV Sachsen

Schaubild 40: Täter und Taten rechts in den Kreisen Sachsen 2003–2006



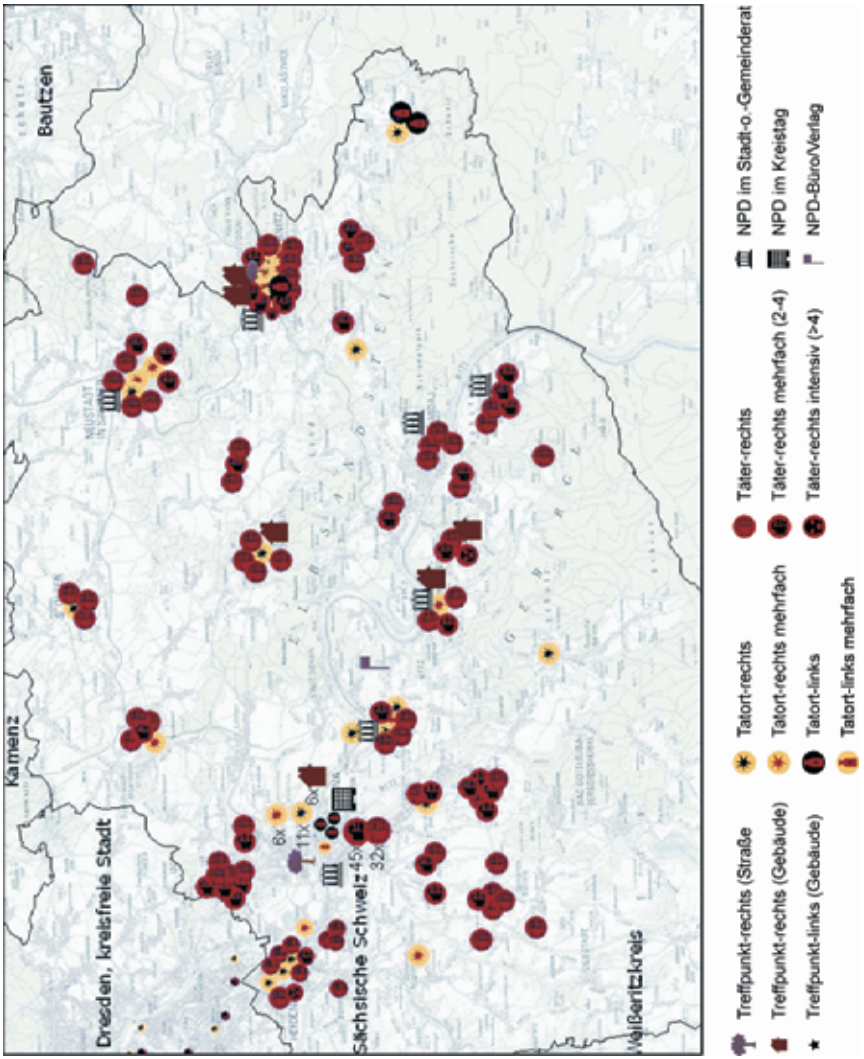
Verwaltungsgrenzen (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008

Schaubild 41: Städtische Räume mit Gewalttatenhäufungen in Dresden 2003–2006



Karte (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008, Daten zu NPD u. Treffpunkten : LfV Sachsen

Schaubild 42: Ländliche Räume mit Gewalttatenhäufungen im Landkreis Sächsische Schweiz 2003–2006



Karte (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008, Daten zu NPD u. Treffpunkten : LfV Sachsen

Insgesamt wurden im Untersuchungszeitraum 685 Tatverdächtige ermittelt. 104 traten mindestens zweimal in Erscheinung. In *allen Landkreisen mit einer überdurchschnittlich hohen Zahl an Gewaltdelikten wohnen Mehrfachtäter*, während umgekehrt in Regionen mit niedriger Deliktzahl keine Mehrfachtäter zu finden sind. *Intensivtäter*, welche fünf- bis zehnmal als Tatverdächtige ermittelt wurden, gab es nur in den *Schwerpunktlandkreisen Mittweida (5) und Sächsische Schweiz (2)*. Im ersten Fall handelt es sich um Mitglieder der Kameradschaft „Sturm 34", deren Führungsfigur von 2004–2006 zehnmal in der Statistik auftaucht und damit an mehr als 50 Prozent der Delikte im Landkreis Mittweida beteiligt war. *Einzelne Personen und Täterkerngruppen haben also einen erheblichen Einfluss auf die Gewaltdynamik einer Region*.[119] Hier ergibt sich ein Ansatzpunkt für Polizeistrategien und weitere Forschungsanstrengungen.

4.10.2 Nordrhein-Westfalen

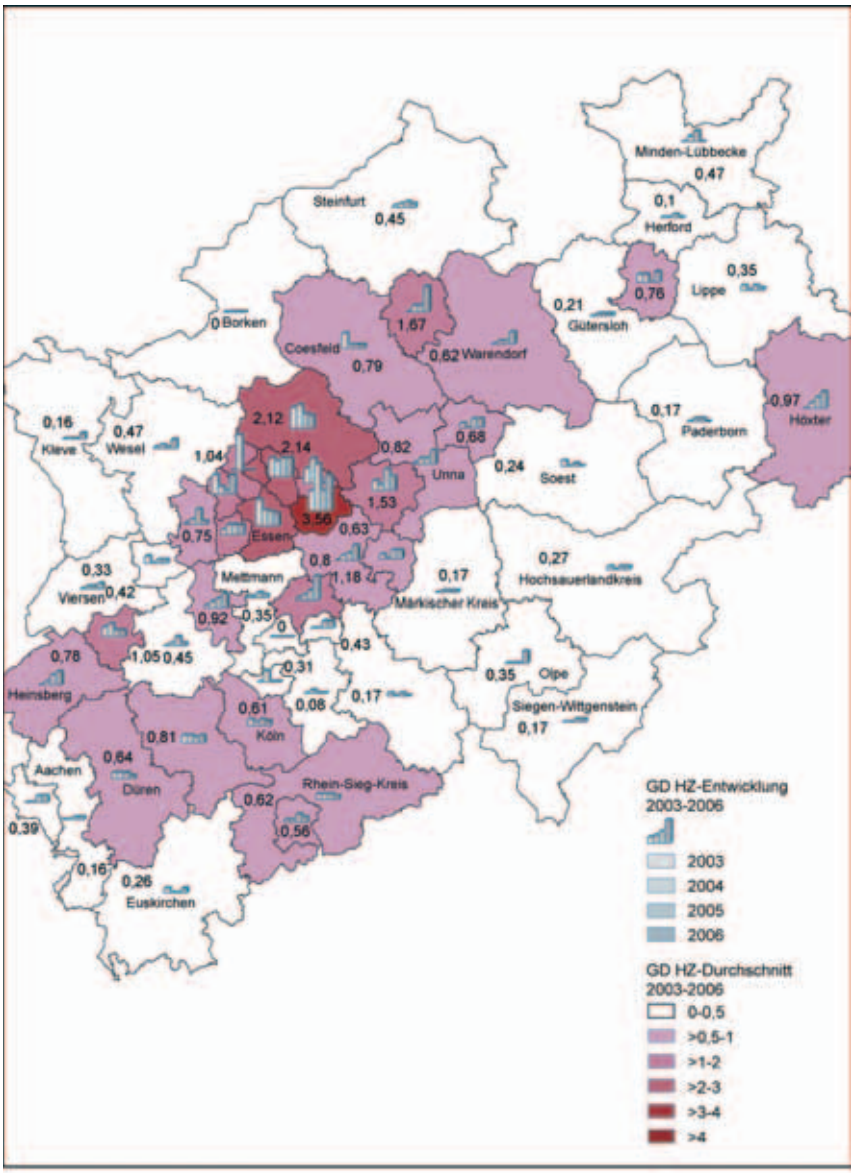
4.10.2.1 Regionale Verteilungen und Verläufe rechter und linker Gewalt

Die Verteilungen der rechten Gewaltdelikte ergeben einige Räume mit Gewalttatenhäufungen: Nach absoluten Zahlen stehen an erster Stelle Recklinghausen und Bochum (55), gefolgt von Essen (48), Dortmund (36), Köln (24) und Gelsenkirchen (23). Wird die Häufigkeitszahl (HZ) zu Grunde gelegt (Schaubild 43), so kristallisiert sich innerhalb Nordrhein-Westfalens das *Ruhrgebiet als Region heraus, wo rechte Gewalt* am häufigsten auftritt. An der Spitze liegt auch hier Bochum (3,56) vor Gelsenkirchen (2,14), Recklinghausen (2,12) und Essen (2,05). Im ländlichen Raum liegen die Zahlen dagegen in weiten Teilen sehr viel niedriger. In der kreisfreien Stadt Solingen und im Landkreis Borken gab es im Untersuchungszeitraum keine einzige Tat.

Die *Entwicklung verlief in den Regionen sehr heterogen*. Während die Gewaltbelastung in Bochum in den Jahren 2004 und 2006 sehr stark anstieg, stagnierte sie in Gelsenkirchen, sank aber in Recklinghausen und Essen relativ kontinuierlich ab. Rückgänge um mehr als 50 Prozent sind in Mönchengladbach (ab 2005) und im Landkreis Coesfeld (ab 2004) zu beobachten. Auffällig ist das starke Ansteigen in den Kreisen Münster, Höxter (bei geringen absoluten Zahlen) und Wuppertal, die im Jahre 2006 ein ähnlich hohes Niveau wie die Schwerpunktkreise im Ruhrgebiet aufwiesen.

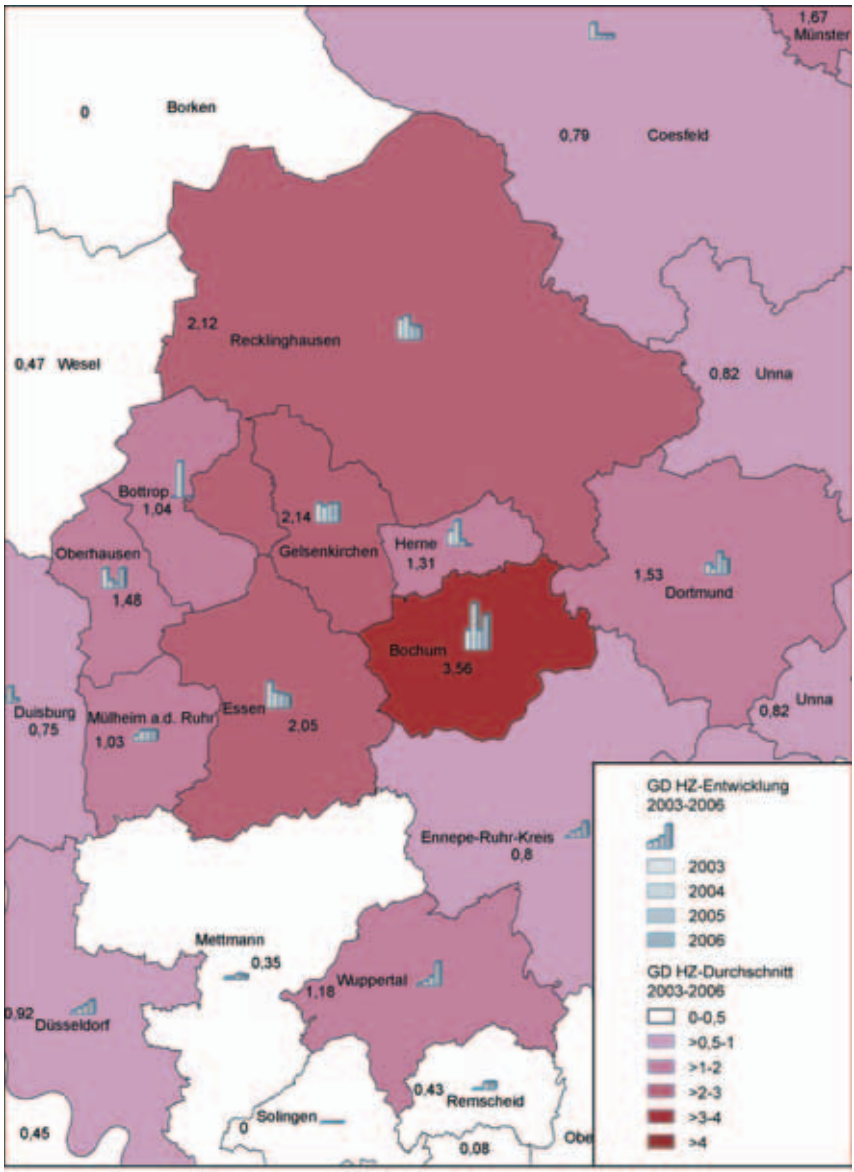
119 Hierzu genauer die Betrachtungen der Räume Sächsische Schweiz und Mittweida im 6. Kapitel.

Schaubild 43: Verteilungen, Häufungen und Verläufe rechter Gewaltdelikte NRW 2003–2006



Verwaltungsgrenzen (c) Landesvermessungsamt NRW 2008

Schaubild 44: Verteilungen, Häufungen und Verläufe rechter Gewaltdelikte Ruhrgebiet 2003–2006



Verwaltungsgrenzen (c) Landesvermessungsamt NRW 2008

4.10.2.2 Schwerpunkte und Wiederholungstäter

Die rechte Gewalt konzentriert sich in NRW auf Schwerpunktregionen. Im *urbanen Ruhrgebiet liegen die meisten Tatorte*.[120] Überproportional betroffen sind, wie in Sachsen, die Stadtzentren. Die Wohnorte der Tatverdächtigen sind jedoch auf große Teile der Stadtgebiete verteilt. In räumlicher Nähe zu den Wohnorten befinden sich sehr häufig auch einzelne Tatorte. In den *Landkreisen* außerhalb des Ruhrgebietes und der Großstädte am Rhein gibt es im Unterschied zu Sachsen kaum Tatortkonzentrationen. Jedoch sind auch hier Kreisstädte und Mittelstädte häufiger betroffen als kleine Gemeinden. Ein weiterer Unterschied zu Sachsen ist in der Verteilung der Tatverdächtigen zu beobachten: Im ländlichen Raum lassen sich nur wenige Mittelstädte oder Kleinstädte (Bünde, Beckum, Greven, Korschenbroich, Lünen, Rüthen: 6–8) mit mehr als fünf Tatverdächtigen ausmachen.

Im Untersuchungszeitraum wurden insgesamt 805 Tatverdächtige ermittelt. Davon traten 80 mehrfach in Erscheinung. Lediglich zehn von ihnen wohnten außerhalb der Großstädte. Die vier *Intensivtäter,* die fünf- bis sechsmal als Verdächtige ermittelt wurden, lebten allesamt in Dortmund und Essen. Hier gab es mit 14 bzw. elf auch mit Abstand die meisten Mehrfachtäter (2–4 Taten), gefolgt von Recklinghausen und Wuppertal mit jeweils sieben Mehrfachtätern. In Bochum und Gelsenkirchen, den Kreisen mit der höchsten Gewaltbelastung (nach Häufigkeitszahl), gab es nur jeweils drei Mehrfachtäter.

Obwohl der Zusammenhang nicht so deutlich ist wie in Sachsen, lässt sich feststellen, dass in Regionen, in denen mehrere Mehrfachtäter wohnen, häufiger Gewaltdelikte begangen werden. Dort wo *Intensivtäter* wohnen, liegen sowohl die absoluten Zahlen als auch die Häufigkeitszahlen weit über dem Landesdurchschnitt.

4.10.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Rechte Gewalt ist in beiden Ländern *zeitlich und räumlich ungleich verteilt*. Nach absoluten Zahlen stehen in Sachsen die Sächsische Schweiz und die kreisfreien Großstädte Dresden und Leipzig, nach Häufigkeitszahlen (HZ) die Sächsische Schweiz, Mittweida und Freiberg an der Spitze. In NRW liegen die Häufungen im Ruhrgebiet: Recklinghausen und Bochum, Essen und Dortmund (absolut) und nach HZ Bochum, Gelsenkirchen und Recklinghausen. Auch die regionalen Trends sind in beiden Ländern sehr unterschiedlich und teilweise gegenläufig.

In Sachsen können *bestimmte Räume mit Gewalttatenhäufungen* in ländlichen Regionen identifiziert werden: In keinem Landkreis tritt rechte Gewalt flächendeckend auf; sie konzentriert sich stattdessen im Wesentlichen auf Schwerpunktregionen mit tatbegünstigenden Gelegenheitsstrukturen. Die Räume gehäufter Gewalttätigkeit sind auch *stark von Mehrfachtätern beeinflusst*: In allen Land-

120 Regionalverband Ruhr (RVR).

kreisen mit einer überdurchschnittlich hohen Zahl an Gewaltdelikten wohnen Mehrfachtäter, während umgekehrt in Regionen mit niedriger Deliktzahl keine Mehrfachtäter zu finden sind. Einzelne Personen und Täterkerngruppen haben einen erheblichen Einfluss auf die Gewaltdynamik einer Region. Die Schwerpunkte rechter Gewalt in NRW liegen im sozialstrukturell grundverschiedenen urbanen Ruhrgebiet.

4.11 Fazit der quantitativen Analysen

Eine der Kernfragen des Projekts, ob es *nach den Wahlerfolgen der NPD einen Anstieg* rechter oder linker Gewaltdelikte gegeben hat, wurde zeitreihenanalytisch untersucht: In Sachsen ist nicht die rechte Gewalt insgesamt, wohl aber die *rechte und auch die linke Konfrontationsgewalt nach der Landtagswahl signifikant angestiegen*. In Nordrhein-Westfalen konnten dagegen nach der *Landtagswahl 2005 Effekte auf einen Anstieg des Gesamtaufkommens rechter Gewalt* festgestellt werden, welche jedoch schwer mit Mobilisierung durch die NPD zu erklären sind. Die Auswirkungen der Wahlen auf die rechte und linke Konfrontationsgewalt fielen kaum ins Gewicht. Die Aussagen zu den Interaktionen können aber ohne genauere Kontextkenntnisse nur sehr vorsichtig interpretiert werden. Es sind weitere qualitative Analysen einzelner Ereignisse und ihrer Abläufe nötig.

Zur Kontrolle wurden mediale Erregungswellen in die Betrachtung einbezogen: Gemeinsam ist beiden Ländern, dass sich die *monatlich aufkommenden rechten Gewaltdelikte unabhängig von der Häufigkeit der Berichterstattung über das Thema Rechtsextremismus entwickeln*. In Sachsen war nach ansteigenden Agenturmeldungen zum Thema „Rechtsextremismus" ein Monat später ein deutlicher Anstieg linker Gewalttaten feststellbar. Das lässt auf eine verstärkte Mobilisierung linker Gewalttäter durch eine hohe Medienpräsenz des Themas „Rechtsextremismus" schließen. In Nordrhein-Westfalen war dieser Zusammenhang aber nicht erkennbar.

Danach wurden die Fragen: Kann die NPD in Regionen mit hohem Gewaltaufkommen mehr Wähler mobilisieren? Sind in Regionen, wo die NPD bei den Wahlen erfolgreicher war, auch Gewaltanstiege festzustellen? – regressionsanalytisch für alle drei Wahlen untersucht: In Sachsen ist *zwischen NPD-Ergebnissen und rechten Gewalttaten auf Kreisebene kein Zusammenhang* nachweisbar. Um die in *einigen Regionen vorhandenen Verflechtungen zwischen NPD und Gewaltgruppen zu erklären, sind die nachfolgenden Schwerpunktbetrachtungen zu Rate zu ziehen.* Dagegen war in Nordrhein-Westfalen unter dem Vorbehalt einer ungleich schwächeren NPD der Zusammenhang erkennbar: *Je höher das rechte Gewaltaufkommen in einem Kreis, desto besser schnitt die NPD dort ab.*

Für Sachsen konnte zusätzlich ein möglicher *Einfluss szenerelevanter Ereignisse* – Rechtsrockkonzerte, NPD-Veranstaltungen, Demonstrationen – auf rechte und linke Gewalt zeitreihenanalytisch geprüft werden: Der stärkste Zusammenhang

zeigte sich zwischen rechten Demonstrationen und linksmilitanten Gegenaktionen. Überprüft wurden auch Zusammenhänge zwischen rechter Gewalt und *rechtsextremistischen Szenestrukturen* anhand aufgerundeter Mitgliederzahlen der NPD und gewaltbereiter Szenen. Dabei zeigte sich, dass die *NPD und gewaltbereiten Szenen häufig in den gleichen Räumen zu Hause* sind und auch in *stark mit Gewalt belasteten Regionen sowohl NPD-Mitglieder als auch Gewaltbereite relativ stark vertreten* sind. Aufgrund unterschiedlicher Datenlagen sind Vergleiche mit NRW nicht möglich.

In einem Exkurs wurden schließlich verschiedene sozial-ökonomische Faktoren auf Zusammenhänge mit NPD-Wahlerfolgen und rechter Gewalt getestet: Dabei zeigte sich in Sachsen, dass die NPD vor allem bei der Landtagswahl 2004 *besonders in strukturschwachen Gebieten* mit einer *hohen Abwanderungsquote junger Frauen* und einem *geringen Anteil von Abiturienten* viele Nichtwähler mobilisieren konnte. In NRW hingegen war die *Variable Arbeitslosigkeit der erklärungskräftigste Faktor.* In Sachsen konnten keine Einflüsse *der getesteten sozial-ökonomischen Variablen auf die rechte Gewalt festgestellt werden.* Die regionale Varianz rechter Gewalt ist dort mit Aggregatdaten nicht zu erklären. Hingegen korreliert in Nordrhein-Westfalen die *Arbeitslosenquote zusammen mit dem Arbeitsplatzangebot für Geringqualifizierte mit dem Auftreten rechter Gewalttaten*.[121]

Rechte Gewalt in Sachsen hat einen deutlichen Hang zur Konfrontation mit feindlich wahrgenommenen politischen Szenen und Lebensstilen. In Nordrhein-Westfalen dominiert die fremdenfeindliche Zielrichtung. Die Tatschwere rechter Gewalt ist in den beiden Ländern verschieden ausgeprägt. In Sachsen wird weit häufiger zu lebensbedrohlichen Methoden gegriffen. Rechte Gewalt ist in beiden Ländern brutaler und lebensbedrohlicher als linke Konfrontationsgewalt. Die auf der Ebene der Polizeidatenanalyse generierbaren Hinweise auf planendes Gewalthandeln deuten auf einen eher expressiven Charakter rechter Gewalt und einen eher instrumentellen Charakter linker Konfrontationsgewalt hin.

Rechte Gewalt ist in beiden Ländern *zeitlich und räumlich ungleich verteilt*. Nach absoluten Zahlen stehen in Sachsen die Sächsische Schweiz und die kreisfreien Großstädte Dresden und Leipzig, nach Häufigkeitszahlen (HZ) die Sächsische Schweiz, Mittweida und Freiberg an der Spitze. In NRW liegen die Häufungen im Ruhrgebiet: Recklinghausen und Bochum, Essen und Dortmund (absolut) und nach HZ Bochum, Gelsenkirchen und Recklinghausen. Auch die regionalen Trends sind in beiden Ländern sehr unterschiedlich und teilweise gegenläufig.

In Sachsen können *bestimmte Räume mit Gewalttatenhäufungen* identifiziert werden: In keinem Landkreis tritt rechte Gewalt flächendeckend auf; sie konzentriert sich im Wesentlichen auf Schwerpunktregionen mit *tatbegünstigenden Gelegenheitsstrukturen*. Diese Räume gehäufter Gewalttätigkeit sind auch stark von

121 Bezieht sich auf den Anteil der gering qualifizierten Arbeitskräfte an den Beschäftigten.

Mehrfachtätern beeinflusst: In allen Landkreisen mit einer überdurchschnittlich hohen Zahl an Gewaltdelikten wohnen Mehrfachtäter, während umgekehrt in Regionen mit niedriger Deliktzahl keine Mehrfachtäter zu finden sind. Einzelne Personen und Täterkerngruppen haben einen erheblichen Einfluss auf die Gewaltdynamik einer Region. Die Schwerpunkte rechter Gewalt in NRW liegen im sozialstrukturell grundverschiedenen urbanen Ruhrgebiet.

5 Schwere rechte Gewalt – Gerichtsaktenanalyse

Der qualitative Teil dieser Untersuchung beginnt mit einer Gerichtsaktenanalyse der Teilmenge schwerer rechter Gewaltdelikte, die Aussagen zu motivischen Qualitäten, herausragenden Handlungsmustern und NPD-Bezügen generiert. Es folgt eine vertiefende Betrachtung von vier geografischen Räumen, die 2003–2006 nach Häufigkeitszahl die höchsten Werte für rechte Gewaltdelikte ergeben haben: Sächsische Schweiz, Mittweida, Bochum und Gelsenkirchen. Im Fokus der Betrachtung stehen Besonderheiten der in diesen Regionen handelnden Akteursgruppen: gewaltaffine Gruppen und die NPD. Zur Erhellung der Binnensicht der Akteursgruppen schließt sich eine auf Primärliteraturauswertung aufbauende Untersuchung der wechselseitigen Perzeptionen rechts- und linksmilitanter Szenen an. Der qualitative Teil schließt mit leitfadengestützten Experteninterviews aus den Fachbereichen Verfassungsschutz, polizeilichem Staatsschutz und Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Sachsen und einem Experteninterview aus dem Bereich Innenministerium/Abteilung Verfassungsschutz in NRW.

5.1 Methodische Anmerkungen

Gerichtsakten zählen grundsätzlich zu ergiebigen Quellen kriminologischer Forschung. Sie können dichte Beschreibungen von Gewalthandlungen und Kontexten enthalten, die vor allem dann zuverlässig sind, wenn die Wiedergabe von Beobachtungen nicht in klassifizierender oder interpretierender Weise erfolgt (Göppinger 1997: 74–78). Nachteile liegen darin, dass diese Dokumente nicht den gleichen methodischen Anforderungen wie kriminologische, politik- und sozialwissenschaftliche Ausarbeitungen unterliegen: Sie sind Resultat spezieller Selektionsprozesse, in denen unterschiedliche Interessen und Wahrnehmungen von Tatverdächtigen, Zeugen, Polizei, Staatsanwaltschaften, Gutachtern und Gerichten eine Rolle spielen.[122] In den Akten können sich auch Alltagstheorien, Routinen oder informelle Regeln (second codes) der Bearbeiter und Behörden spiegeln, die für Außenstehende nicht ohne weiteres durchschaubar sind. Solche Fragen können hier nicht geklärt werden – sie sind Gegenstand kriminologischer Justizforschung (Schumann 1993: 206–207).

Für den Fokus dieser Untersuchung ist aber eine Verzerrungstendenz erwähnenswert, die schon in früheren Aktenanalysen als problematisch empfunden wurde: die Nicht-Thematisierung politischer Motivationen und Kontexte (Willems et al. 1993: 156–57, 162; Neubacher 1998: 263–272, Wahl et al. 2001: 90–91, 96, 101). Auch im Aktenmaterial dieser Untersuchung sind solche Neigungen erkennbar: Bei den sächsischen Fällen wurden bei etwa zwei Fünfteln und in NRW bei einem knappen Viertel der Fälle politische Motivation und Kontexte überhaupt nicht er-

122 Dazu ausführlich Willems et al. (1993: 150–62), Wahl et al. (2001: 91–108).

wähnt. Hier wäre eine strafrechtswissenschaftliche Bewertung der Frage geboten, wo diese Tendenz im Spannungsfeld zwischen depolitisierender Enthaltsamkeit und alarmistischer Überpolitisierung anzusiedeln wäre. Auf jeden Fall *behindert diese Art der Abstinenz die Rückkopplung zwischen polizeilicher Ersterfassung und justitieller Endbewertung*: Die Antwort auf die Frage, ob die Gewalttat auch aus der Sicht des Gerichtes als politisch motiviert eingeschätzt wird oder nicht, bleibt so im Dunkeln.

In Anpassung an die zentralen Untersuchungsfragen wurde das Aktenmaterial folgendermaßen aufbereitet: Zunächst wurden Hinweise auf politische Motivation und Hinweise auf planendes, aufsuchendes Handeln codiert und quantifiziert. Dann wurden herausragende Handlungsmuster – Überfälle und Streifen, Verklammerungen mit linksmilitanten Gegenaktionen, Exzesstaten und vor allem Bezüge schwerer rechter Gewalt zur NPD – mit Einzelfallbetrachtungen analysiert. Hintergründe zu den Tätern in ihren sozialen Bezügen und Betrachtungen der Opferdimension wurden nicht erhoben und bleiben Gegenstand nachfolgender Arbeiten.

5.1.1 Auswahlverfahren, Rücklauf

Auswahlkriterium für die Ziehung der Gerichtsakten war der *Schweregrad I-III der Einwirkungsintensität* bei Gewaltdelikten der PMK rechts (siehe Abschnitte 4.1.1, 4.9.1 und 4.9.2). Hinzugenommen wurden *Brand- und Sprengstoffanschläge*, bei denen nach Aktenlage eine *konkrete Bedrohung von Personen* festgestellt werden konnte. Im Unterschied zu vorangegangenen Aktenanalysen (Willems et al., Wahl et al.) liegt hier eine klar umrissene Grundgesamtheit – schwere rechte Gewaltdelikte – vor.

Mit diesen Kriterien wurden in Sachsen 127 und in NRW 163 Fälle angefragt. In Sachsen lag der Rücklauf bei 76 Prozent (97 Eingänge von 127 Anfragen) und in NRW bei 66,2 Prozent (108 Eingänge von 163 Anfragen). Gründe für die Rücklauflücke waren noch laufende Verfahren, nicht auffindbare Vorgänge und Aktenzeichenzuordnungsprobleme. Hinsichtlich der Qualität der ausgewerteten Dokumente ist nach *vollständiger Akte* mit polizeilichen Ermittlungen samt Schlussbericht, Anklageschrift und Urteilschrift, *Ermittlungsakte* mit Anklageschrift und/oder Einstellungsbescheid, *nur Urteilsschrift*, *nur anonymisierte Urteilsschrift* und *sonstigen Aktenauszügen* zu unterscheiden. Tendenziell nimmt der Gehalt an relevanten Angaben in der Reihenfolge der Nennung ab – allgemeingültige Aussagen sind hier aber wegen ganz unterschiedlicher Bearbeitungsqualitäten und -gepflogenheiten nicht machbar.

Tabelle 20: Dokumentenqualität in Sachsen (n=83) und NRW (n=87)

Vollständige Akte	Ermittlungsakte	Nur Urteilsschrift	Nur anonymisierte Urteilsschrift	Sonstige
SN: 18 NRW: 27	SN: 20 NRW: 23	SN: 28 NRW: 25	SN: 17 NRW: 8	SN: 0 NRW: 4

Natürlich wären ein höherer Rücklauf und die vollständige Akte als durchgängige Datengrundlage wünschenswert gewesen, um Erkenntnislücken noch weiter zu verkleinern.[123] Dies war aber aus Zeit- und Personalgründen für diese Untersuchung nicht durchzuhalten und bleibt weiteren Arbeiten vorbehalten.

5.1.2 Fall- und Täterzahlen

In Sachsen ergab die Anfrage von 127 staatsanwaltlichen Aktenzeichen bzw. polizeilichen Tagebuchnummern einen Rücklauf von 97 Fällen, von dem zunächst acht ungültige Fälle (sechsmal minderer Schweregrad IV, einmal keine PMK, ein Irrläufer) abgezogen wurden. Von weiteren sieben Fällen mit Brandanschlägen wurden fünf Fälle abgezogen, da kein Personenbezug erkennbar war. Bei zwei Brandanschlägen waren Personen betroffen bzw. bedroht.[124] Ein zusätzlicher Fall (besonders schwerer Landfriedensbruch) wurde abgezogen, weil zwar versucht wurde, mit Schlagwerkzeugen bewaffnet in ein Haus einzudringen, es aber zu keinem Kontakt mit Personen kam. So wurden *der Auswertung in Sachsen 83 Fälle zugrunde gelegt*. Diese Fallzahl *erhellt etwas über ein Viertel (26,4%) des Gesamtaufkommens* der PMK-Gewaltdelikte rechts in Sachsen.

Unter den 83 Fällen fanden sich elf taugliche Versuche (Flaschenwürfe). Nach Tatschwere lag bei *einem Drittel Schweregrad I (27), bei über der Hälfte I-II (44)*, sowie eine Restmenge von II (9), II-III (1) und III (2) vor – das heißt *über vier Fünftel* (71) der Taten sind mit *hoher bis gewisser Wahrscheinlichkeit mit lebens-*

123 Eine Durchsicht der nicht eingegangenen Fälle auf Basis der Kurzsachverhalte der KTA-Meldungen hat ergeben, dass die Kernaussagen der Aktenanalyse nicht wesentlich tangiert werden dürften. Die jeweiligen Themenfeldtrends sind deutlich: In Sachsen dominiert Konfrontation gegen „links“, in NRW fremdenfeindliche Gewalt. Es gab auch auf dieser Datenbasis einige Hinweise auf Besonderheiten wie NPD-Bezüge oder Überfälle, die aber erst nach Aktendurchsicht quantifiziert werden können.

124 Bei einem Brandanschlag am 24.03.2003 auf ein Asylbewerberheim bei St. Egidien wurden zwei Molotowcocktails geworfen. Dabei zündete ein Brandsatz im Bereich der Toreinfahrt, gefährdete aber keine Personen. Der zweite traf die Wand eines hölzernen Wachhauses, das mit einem Wachmann besetzt war, prallte ab und zündete dann aber nicht. Am 29.07.2003 hielten sich auf einem Zeltplatz am Knappensee (Kreis Kamenz, Nähe Hoyerswerda) mehrere Gruppen auf. U. a. wurden Rechtsrock-Titel abgespielt und NS-Parolen gegrölt. Zwei Personen aus diesem Kreis versuchten einen in der Nähe abgestellten Imbisswagen eines Vietnamesen abzubrennen, der aber danach von Unbekannten gelöscht wurde. Etwa anderthalb Stunden später ging das Duo aus einer Gruppe heraus erneut gegen den Wagen vor und stieß ihn um. Dabei strömte Propangas aus. Wenig später detonierte der Wagen und verletzte drei Unbeteiligte, die versucht hatten, den Wagen wieder aufzustellen.

bedrohlichen Einwirkungen begangen worden. Bei über zwei Fünfteln der Fälle (38) wurden Mehrfachbegehungen erfasst, das heißt es gab zwei oder mehrere gravierende Tateinwirkungen zusammen oder kurz hintereinander.[125]

Die Anzahl der schuldig gesprochenen Täter betrug 119 (nur zwei davon weiblichen Geschlechts). Hiervon sind im Untersuchungszeitraum *zwölf mehrfach mit schweren rechten Gewaltdelikten aufgefallen* (neun mit zwei, zwei mit drei und einer mit fünf). Zusätzlich konnten aufgrund der durch die Aktenlage erschlossenen Vorahndungsgeschichte *neun Intensivtäter* identifiziert werden, von denen drei auch im Untersuchungszeitraum als Mehrfachtäter aufgetreten sind.[126] Damit zählt im Phänomenfeld schwerer rechter Gewalt in Sachsen ein knappes Sechstel (18) der Täterpopulation zu der *hochproblematischen Kerngruppe der Mehrfach- und Intensivtäter*. Nimmt man noch die als Tatverdächtige auffällig gewordenen Mehrfach- und Intensivtäter hinzu, erhöht sich der Anteil auf ein knappes Fünftel (22).[127]

In NRW ergab die Anfrage von 163 staatsanwaltlichen Aktenzeichen bzw. polizeilichen Tagebuchnummern einen Rücklauf von 108 Fällen. Dieser ergab abzüglich einiger ungültiger Fälle (zehnmal minderer Schweregrad IV, viermal keine PMK, fünf Irrläufer) 89 Fälle, darunter ein Brandanschlag ohne Personenbezug und ein Beinah-Zusammenstoß zweier bewaffneter Banden ohne Personenkontakt, die ebenfalls abgezogen wurden. Damit wurden *in NRW 87 Fälle ausgewertet*. Die Fallzahl *erhellt somit ein knappes Sechstel (15,6%) des Gesamtaufkommens* der PMK-Gewaltdelikte rechts in NRW.

Von den 87 Fällen waren 21 taugliche Versuche – überwiegend fehlgegangene Flaschenwürfe, aber auch Schläge mit Gegenstand, Tritte, ein Messerstich und Schüsse mit einem CO2-Gewehr. Die Tatschwere verteilte sich über ein Viertel auf den Schweregrad I (21) und über die Hälfte (44) auf den Schweregrad I-II: Damit sind in NRW *drei Viertel* (65) der Taten – geringfügig weniger als in Sachsen – mit *hoher bis gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohlichen Einwirkungen* begangen worden. Der Rest verteilt sich auf II (9) und II-III (8). Etwas über die Hälfte der Taten (48) entfiel auf Mehrfachbegehungen.

Die Anzahl der schuldig gesprochenen Täter betrug 74 (fünf davon weiblich). Hiervon haben im Untersuchungszeitraum sieben zweimal schwere Gewaltdelikte begangen. Als Intensivtäter wurden aufgrund ihrer Vorahndungen acht festgestellt, zwei davon sind im Untersuchungszeitraum zweimal aufgefallen. Damit war die Gruppe der *Mehrfach- und Intensivtäter* 13 Personen stark und stellt in NRW ein *knappes Fünftel* der mit schwerer Gewalt auffällig gewordenen

125 Häufiges Beispiel: Das Opfer wird mit Kopfschlägen zu Boden gebracht und dann am Boden liegend mit Springerstiefeln getreten.

126 Für diese Untersuchung gilt „Mehrfachtäter“ ab zwei PMK-Gewaltdelikten und „Intensivtäter“ ab fünf PMK-Gewaltdelikten (siehe Abschnitt 4.10.1).

127 Zur Untersuchung dieser Problemgruppe ist ein Forschungsprojekt „Rechte Mehrfach- und Intensivtäter“ in Vorbereitung.

Personen. Tatverdächtige Mehrfach- und Intensivtäter (17) hinzugenommen, erhöht sich der Anteil auf ein knappes Viertel.

Der Arbeitsbegriff der politischen Motivation im PMK-Definitionssystem hat sich von der polizeilichen Erstdefinition über die justitielle Bearbeitung hinweg bei dem hier betrachteten Fallaufkommen bewährt: Bei dem Gesamtrücklauf von 205 Fällen schwerer rechter Gewalt führten nur fünf nach Aktendurchsicht zum Ausschluss von PMK-Hintergründen. Auch der Tatschwere-Index hat sich als treffsicher erwiesen: Es gab für beide Länder 16 Ausfälle, bei denen nach Aktendurchsicht die ursprüngliche Einstufung von I-III auf den niedrigeren Schweregrad IV zurückgenommen werden musste. Im Übrigen wird mit dem Auswertungsergebnis von insgesamt vier Fünfteln (136) der Fälle mit *hoher bis gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohlicher Tateinwirkungen* der Erfassungssinn – die verbesserte Abbildung der Leib und Leben bedrohenden Tatspezifik – befriedigend eingelöst.

5.2 Motivische Qualitäten schwerer Gewaltdelikte

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit Motivqualitäten, Handlungsmustern und politischen Kontexten schwerer rechter Gewalt. Hintergründe zu den Tätern in ihren sozialen Bezügen und Betrachtungen der Opferdimension sind Gegenstand eines Nachfolgeprojekts.

5.2.1 Sachsen

Um Hinweise auf eine *politische Motivation* der Taten im Sinne des hier zugrunde gelegten weit gefassten PMK-Arbeitsbegriffs (siehe 2.1 Grundannahmen und Schlüsselbegriffe) zu testen, wurden aus dem Aktenmaterial sechs Indikatoren herausgezogen und quantifiziert:

- Themenfeld der Tat (nach PMK-Definition)
- Anzeichen für Extremismus (eindeutige Gruppenzugehörigkeit, Selbstbekenntnis, aussagekräftige Asservate)
- Hassparolen im Tatkontext (eliminatorisch, dehumanisierend, diskriminatorisch/xenophob)
- Gruppen/-Organisationszugehörigkeiten (Partei, NS-affine Szene, Skinhead/-Rechtsrockszene, diffus rechtsorientierte Gruppen)
- Einfluss von Hassmedien (Rechtsrock, Cyber-Hate)
- Anzeichen für Ideologisierung (Selbstbekenntnis, NS-Parolen/-Materialien)

Die Indikatoren schlugen sich im Fallmaterial in folgender Bündelung nieder:

Tabelle 21: Indikatoren für politische Motivation schwerer Gewalttaten Sachsen 2003–2006

Bewertungsqualität	PMK-Indikatoren (sechs)	Fallzahl (n=83)
Hoch	6	4
	5	15
	4	15
	3	12
	2	13
Niedrig	1	24

Ziel dieser Darstellung ist es, sich über die Qualität des Merkmals „politisch motiviert" im Fallaufkommen grob orientieren zu können. Auf eine Gewichtung der Indikatoren wurde verzichtet.[128] So kann bei etwa zwei Fünfteln der Fälle (34) bei vier bis sechs Treffern von deutlichen Hinweisen auf eine politische Motivation der Tat gesprochen werden. In diesem Segment finden sich die überwiegend aus der NS-affinen Szene heraus begangenen Gewalttaten. Bei über einem Viertel der Fälle (24) mit nur einem Treffer – meistens war dies das Themenfeld der Gewalttat – bewegt sich die Annahme der politischen Motivation mitunter auf relativ dünnem Eis. Dieser Anteil spiegelt einen kargen Gehalt der justitiellen und polizeilichen Dokumente. Er kann einer tatsächlich ungünstigen Erkenntnislage bei der Ersterfassung oder der erwähnten Tendenz zur Nicht-Thematisierung politischer Motivation und Kontexte geschuldet sein.

Nachfolgend werden die einzelnen Indikatoren erläutert: Die Verteilung schwerer rechter Gewaltdelikte auf die in der PMK-Erfassung festgelegten *Themenfelder*, stellt sich in Sachsen wie folgt dar:

128 Dies wäre Gegenstand einer gesonderten Arbeit. So kann sich etwa bei einem Fall mit nur einem Treffer „Themenfeld" durchaus eine deutlichere Ausprägung politischer Motivation verbergen, als bei einem Fall mit mehreren Treffern. Hier wäre auch die Frage zu klären, ob oder mit welchen Kriterien eine Bestimmung des Merkmals „extremistisch" sinnvoll ist.

Tabelle 22: Themenfelder schwerer rechter Gewalt Sachsen 2003–2006 (n=83)

Hasskriminalität	Häufigkeit	Konfrontations-gewalt	Häufigkeit	Sonstige	Häufigkeit
fremdenfeindlich	26 (26)	gegen links	27 (24)	„National-sozialismus“	1 (0)
rassistisch	3 (0)	gegen sonstige politische Gegner	12 (9)		
Behinderung	2 (2)	gegen Abtr., Aussteiger	0 (0)		
antisemitisch	1 (0)	gegen staatliche Einrichtungen	1 (0)		
sozialer Status	1 (1)				
Summe	33 (29)	Summe	40 (33)	Summe	1 (0)

In Klammern: Zweitbewertung nach Aktenlage; Fehlmengen waren nicht zuzuordnen.

In zwei Fällen lagen bei der polizeilichen Bewertung keine Angaben vor, und in 23 Fällen war aufgrund der schlechten Qualität des Dokuments keine eigenständige Bewertung möglich. In einigen Fällen wich die Themenfeldeinstufung nach Aktendurchsicht von der polizeilichen Ersteinstufung ab.

Mit diesen Ausfällen und Differenzen zwischen Erst- und Zweitbewertung kann mit gewisser Vorsicht festgestellt werden: Auch bei der Teilmenge schwerer rechter Gewalt spielt *in Sachsen das Themenfeld der Konfrontationsgewalt eine bedeutende Rolle* und liegt knapp vor der hassgetriebenen *fremdenfeindlichen Gewalt*. Dies entspricht dem in der quantitativen Auswertung festgestellten Trend der Themenfeldumkehr: Im Gesamtaufkommen rechter Gewaltdelikte hat der Anteil der Konfrontationsgewalt zugenommen (vgl. 4.9.1 Themenfelder).

Die Zweitbewertung des eng gefassten Qualitätsmerkmals *„extremistisch“* (im Sinne der PMK-Definition) nach Aktendurchsicht ergab einen Anteil von einem Drittel (28). Die Einstufung erfolgte bei eindeutiger Gruppenzugehörigkeit, Selbstbekenntnis oder aussagekräftigen Asservaten. Bei 47 Fällen war eine Einordnung nicht möglich, acht erschienen nicht-extremistisch. Die in der polizeilichen Ersterfassung niedergelegte Einstufung lag mit einem Anteil von deutlich über drei Fünfteln markant höher (51). Diese auffällige Diskrepanz verweist auf die bereits eingangs festgestellte Problematik des „Extremismus“-Labels bei der Erfassung politisch motivierter Gewaltdelikte (siehe 4.1.1 Datenbasis: Probleme der polizeilichen Ersterfassung), die weiterer Klärung bedarf.[129]

129 Aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen – Informationen zum polizeilichen Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität (PMK), Ausfüllanleitung KTA – wird hinsichtlich des eng am Verfassungsschutzverständnis angelehnten Begriffs extremistischer Kriminalität im PMK-Definitionssystem nur ansatzweise deutlich, wie „Extremismus“ in der polizeilichen Erfassungspraxis operationalisiert werden soll: So sollen fremdenfeindliche Delikte, die nicht ein-

Als ein wichtiger Indikator zur Bestimmung der politischen Motivation aus dem Aktenmaterial haben sich im *unmittelbaren Zusammenhang mit der Gewalttat gerufene Hassparolen* erwiesen.[130] Dabei schlug bei *knapp der Hälfte* der Fälle eliminatorische mit 16, dehumanisierende mit zehn, diskriminatorisch/xenophobe mit 27 und antisemitische Hetze mit sechs Treffern zu Buche. Meistens traten diese Varianten gebündelt auf. Bei 45 Fällen gab es hierzu keine Angaben. Einige Beispiele für eliminatorische Aussagen:

- „Linke Schweine" würden das „Volk verraten", das nächste mal habe man „eine 45er Kugel im Kopf."
- „Wir brennen Dir die Dönerbude ab, Scheiß-Ausländer."
- „Kifferschweine, Assis – Ihr gehört unter die Erde."
- „Du brennst als Fackel, Du brennst als Jude"
- „Du behindertes Schwein. Solche wie Dich hätte man früher bei Hitler in die Gaskammer geschickt. Wenn ich Dich noch mal erwische, breche ich Dir Deine Beine wieder" (gegenüber einem Zwergwüchsigen, der sich einer Bein-OP unterziehen musste, d. V.).
- „Schwarzes Schwein, verrecke!"
- Man werde die „Gaststätte unter Bomben" setzen und „zwei Islamisten totmachen".
- „Wir hauen alles klar, wir brennen alles nieder. Die Bude fackeln wir ab. Wir hacken euch die Hände ab. Wir zünden Euch das Auto an. Wir kriegen euch noch, Ihr Kanaken . . .!"

Dehumanisierende Aussagen:

- „Kakerlaken raus"
- „Zeckenschweine"
- „Islamische Schweine", „Türkenschweine"
- „Ihr Judenschweine, Antifa-ha-ha-ha, Zecke verrecke"

Diskriminatorisch/xenophobe Aussagen:

- „Kanaken raus aus Deutschland", „Ausländer raus"
- „Du Kanake, mal sehen wie lange Du lebst!"
- „Bimbo, mach Dich zurück in den Kongo!"

---

deutig als nicht-extremistisch zu bewerten sind, als extremistisch oder als Prüffall und antisemitische Delikte grundsätzlich als extremistisch ausgewiesen werden. Bei der Durchsicht der KTA-Dokumente sind diesbezüglich erhebliche Bewertungsschwankungen offenbar geworden. Daher erschien es den Verfassern sinnvoll, auf Gerichtsaktenbasis mit belegbaren Minimalkriterien – eindeutige Gruppenzugehörigkeit, Selbstbekenntnis oder aussagekräftige Asservate – die polizeiliche Ersteinstufung „Extremismus" zu testen.

130 Die letzte KfN-Studie (Baier et al. 2009: 118) hat mit dem Item „Einen der folgenden oder ähnliche Begriffe habe ich benutzt, um andere zu beschimpfen: Kanake, Scheiß Ausländer, Dönerfresser, Nigger, Polake" eine Dimension niedrigschwelligen rechtsextremen Verhaltens bei Schülern abgefragt, die 12,7 Prozent der Befragten mit oft bis sehr oft bejahten. Mit den hier erhobenen Ergebnissen können solche Einstellungsmerkmale schwerem Gewalthandeln zugeordnet und mit den verhaltensrelevanten Ausprägungen eliminatorischer und dehumanisierender Hetze weiter differenziert werden.

Das Fehlen der Angaben zu solchen Verbalisierungen in der zweiten Hälfte des Fallaufkommens kann mehrere Gründe haben. Zum einen könnten Erfassungsdefizite dann eine Rolle spielen, wenn solche Hinweise bei der Ersterfassung oder den Erstvernehmungen nicht berichtet oder als nicht wichtig erachtet werden und damit verloren gehen. Des öfteren werden sie erfasst, finden aber ihren Weg nicht mehr in die Anklage- oder Urteilsschrift. Bei einigen Fällen – so beispielsweise denjenigen mit dem modus operandi des organisierten Überfalls – gehört Wortlosigkeit zum Handlungsmuster.

Die Frage, woraus sich solche Mentalitäten speisen und welche Bedeutung hier die verschiedenen Varianten rechtsextremistischer Propaganda haben – vor allem diejenigen, die sich gezielt eliminatorischer und dehumanisierender Hetze bedienen – bedürfte vertiefender Einzelfallbetrachtungen.[131] Das Aktenmaterial liefert aber einige Hinweise auf solche Quellen.

Zunächst wurde *Hinweisen zu Szene- und Organisationszugehörigkeiten* und *Angaben zur Ideologisierung* bei den 83 sächsischen Fällen und 119 Tätern nachgegangen. Wie schon bei den Vorgängerstudien ist auch hier wieder deutlich geworden, dass sich den Akten solche Informationen nur teilweise entnehmen lassen. In einigen polizeilichen Schlussberichten und in Anklage- bzw. Urteilschriften werden solche Kontexte ausdrücklich erläutert, bei anderen bleibt es bei dem vagen Hinweis, der Täter gehöre zur „rechten Szene". Bei vielen erschließt sich die Zugehörigkeit nur indirekt – beispielsweise aus tatbegleitenden NS- oder Hassparolen – und bei nicht wenigen werden solche Zusammenhänge überhaupt nicht thematisiert. Bei kompletter Akte bieten Zeugen- und Beschuldigtenvernehmungen, Durchsuchungsprotokolle und Asservate Fingerzeige auf Szeneanbindungen.

Bei *zwei Fünfteln* der Fälle (34) und *über einem Drittel* (44) der sächsischen Täter konnte aufgrund solcher Hinweise *Zugehörigkeit zu fester strukturierten Gruppen der NS-affinen Szene vermutet* werden. U. a. bekannte sich ein Täter zur NPD-Mitgliedschaft, einer war als Aktivist des NB Dresden bekannt, zwei gehörten zur Führungsgruppe des Mittweidaer „Sturm 34", einer zur Chemnitzer Gruppe „Hoonara" (Selbstbezeichnung „Hooligans, Nazis, Rassisten"). Bei zehn Tätern trafen eher Skinhead-Szenezugehörigkeit und bei 16 weiteren diffuse rechte Cliquenzusammenhänge zu. Drei Täter zählten zur Hooliganszene. Bei dem Rest der Täter lagen keine Angaben vor (46). Bei über einem Drittel der Fälle lagen durch Selbstbekenntnisse (29) und durch NS-Parolen oder -Materialien (31) Hinweise auf eine Ideologisierung vor.

Ein aus Forschung und Ermittlungserfahrung hinlänglich bekannter Faktor ist die Beeinflussung von Gewalttätern und situativen Prozessen durch hassgeladene Rechtsrockmusik, insbesondere der mit eliminatorischen Texten operierenden

131 So etwa Kohlstruck/Münch 2006 zum Mordfall im brandenburgischen Potzlow. Hinweise in diese Richtung zuvor bei Mletzko 2001.

Stilrichtung.[132] Für Rechtsrockeinflüsse gab es im Fallmaterial lediglich elf Treffer. Einige herausragende Beispiele verdeutlichen jedoch die Präsenz dieses Mediums *im direkten Zusammenhang mit dem Tatgeschehen*:

- Am 02.03.2003 kam es in Dresden in einer Straßenbahn nachts gegen 1:00 Uhr zu einem brutalen Angriff einer rechten Clique auf einen Tunesier durch Kopfschlag mit voller Bierflasche. Nach der Tat wurde der eliminatorische Titel „Blut" (Tonstörung 1992) abgesungen. Zum Vorlauf der Clique gehört eine barbarische Exzesstat gegen einen ungarischen Obdachlosen (vers. Tötungsdelikt) am 02.11.2002 (siehe LG Dresden 205 Js 12966/03).
- Am 29.07.2003 hielten sich auf einem Zeltplatz am Knappensee (Kreis Kamenz, Nähe Hoyerswerda) mehrere Gruppen auf. U. a. wurden Rechtsrock-Titel abgespielt und NS-Parolen gegrölt. Zwei Personen aus diesem Kreis – einer trug ein T-Shirt mit dem Namen der Rechtsrockband „Landser" – versuchten, einen in der Nähe abgestellten Imbisswagen eines Vietnamesen abzubrennen, der aber danach von Unbekannten gelöscht wurde. Etwa anderthalb Stunden später ging das Duo aus einer Gruppe heraus erneut gegen den Wagen vor und stieß ihn um. Dabei strömte Propangas aus. Wenig später detonierte der Wagen und verletzte drei Unbeteiligte, die versucht hatten, den Wagen wieder aufzustellen (siehe AG Bautzen 170 Js 22078/03).
- Am 21.05.2006 fand in Stollberg eine Geburtstagsfeier der Mittweidaer „Sturm 34"-Gruppe zusammen mit „Stollberger Kameraden" in dem Jugendclub Kijuku in Stollberg-Niederwürschnitz statt, im Verlaufe derer u. a. zwecks Erzeugung von KKK-Stimmung ein Holzkreuz angezündet wurde, NS-Parolen und Hitlergruß entboten wurden und der hauseigene Musiker Marcel P. rassistische Lieder spielte. Danach begab sich eine 15–20 Mann starke Gruppe zu der Esso-Tankstelle in Stollberg um weitere Getränke zu kaufen, aber auch in der Erwartung, dort nicht-rechte Personen als potentielle „Gegner" anzutreffen. Einige Cliquenangehörige führten deshalb quarzsandgefüllte Handschuhe mit. Als sich die Gruppe zum Tankstellengelände begab, stimmte einer der Aktivisten den eliminatorischen Rechtsrockklassiker (Tonstörung 1992) „Wetzt die langen Messer (…)" an. An der Tankstelle weilende junge Leute wurden sofort angegriffen. Ein Opfer konnte nicht mehr flüchten und wurde durch Kopftritte und -schläge erheblich verletzt (siehe StA Dresden 201 Js 29405/06).

Die Bedeutung dieses Hass-Mediums wird schon dadurch unterstrichen, dass die beiden in Sachsen bekanntgewordenen Gewaltgruppen „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) und „Sturm 34" eigene Bands – „14 Nothelfer" und „Sturm 34" – mit entsprechender Liedproduktion unterhielten und auch politische Aktivisten mit NPD-Anbindung als Multiplikatoren solcher Musik auftraten (siehe genauer Abschnitte 6.1.1 und 6.2.1). Weiterhin spiegelt sich die Alltagspräsenz dieser Text- und Liedbestände in den bei Gewalttätern und Tatverdächtigen sichergestellten Asservaten in Gestalt von Downloads auf Handys oder PC-Festplatten wider – so beispielsweise bei einer ab Anfang Mai 2005 durch eine Serie von Gewaltdelikten auffällig gewordenen Pirnaer Gewaltclique.

Einflüsse des traditionellen Propagandamediums der Szeneliteratur sind im Rahmen der Aktenanalyse nur vereinzelt aufgetaucht (bei drei Fällen). Ebenso sind Bezüge zu Cyberhate-Materialien nur in drei Fällen erwähnt worden. Inwieweit diese niedrigen Trefferquoten mit Erfassungs- und Sensibilisierungsdefiziten zusammenhängen, muss offen bleiben.

132 Auch hier hat die KfN-Studie (Baier et al. 2009: 118) mit dem Item „Ich habe Musik mindestens einer der folgenden Gruppen gehört: Endstufe, Nordwind, Kraftschlag, Störkraft, Landser" Rechtsrockkonsum als Dimension niedrigschwelligen rechtsextremen Verhaltens abgefragt. Dies bejahten 6,9 Prozent der Befragten oft bis sehr oft.

5.2.2 Nordrhein-Westfalen

Bei den NRW-Fällen schlugen sich die oben genannten sechs Indikatoren für politische Motivation in folgender Bündelung nieder:

Tabelle 23: Indikatoren für politische Motivation schwerer Gewalttaten NRW 2003–2006

Bewertungsqualität	PMK-Indikatoren (sechs)	Fallzahl (n=87)
Hoch	6	2
	5	16
	4	22
	3	17
	2	23
Niedrig	1	7

Der Anteil der Fälle mit deutlichen Hinweisen auf politische Motivation (vier bis sechs Treffer) ist mit knapp der Hälfte (40) etwas höher als in Sachsen. Das andere Ende des Bewertungsbogens mit eher vagen Anzeichen (ein Treffer) kommt mit einem Zwölftel erheblich weniger vor als in Sachsen.

Die Themenfeldverteilung stellt sich in NRW wie folgt dar:

Tabelle 24: Themenfelder schwerer rechter Gewalt in NRW 2003–2006 (n=87)

Hasskriminalität	Häufigkeit	Konfrontations-gewalt	Häufigkeit	Sonstige	Häufigkeit
fremdenfeindlich	41 (47)	gegen links	22 (26)	„National-sozialismus“	7 (6)
rassistisch	6 (4)	gegen sonstige politische Gegner	2 (3)		
Behinderung	0 (3)	gegen Abtrünnige, Aussteiger	2 (3)		
antisemitisch	0 (0)	gegen staatliche Einrichtungen	0 (0)		
sozialer Status	2 (3)				
Summe	49 (57)	Summe	26 (32)	Summe	7 (6)

In Klammern Zweitbewertung nach Aktenlage, Fehlmengen waren nicht zuzuordnen.

In sechs Fällen lagen keine KTA-Angaben vor, und in fünf Fällen war aufgrund der schlechten Qualität des Dokuments keine eigene Bewertung möglich. Diese Ausfälle berühren aber zusammen mit den geringfügigen Abweichungen bei der Eigenbewertung nicht die Kernaussage: Wie schon beim Gesamtaufkommen der Gewaltdelikte dominiert auch bei der Teilmenge schwerer Delikte *in NRW*

deutlich hassgetriebene fremdenfeindliche Gewalt (siehe Abschnitt 4.9.2 Themenfelder).

Die Zweitbewertung des Merkmals *„extremistisch"* (im Sinne der PMK-Definition) nach Aktendurchsicht ergab einen Anteil von knapp einem Drittel (28). Bei 49 Fällen war eine Einordnung nicht möglich, zehn erschienen nicht-extremistisch. Die in der polizeilichen Ersterfassung niedergelegte Einstufung lag mit einem Anteil von über drei Fünfteln deutlich höher (57). Die Diskrepanz ist noch schärfer als bei den sächsischen Fällen. Dies mag als Hinweis genügen, dieser Bewertungsproblematik systematisch nachzugehen.

Das den Akten zu entnehmende Aufkommen an Hassparolen im Zusammenhang mit der Gewalttat lag in NRW deutlich höher als in Sachsen. Bei *knapp zwei Drittel* der Fälle (in 28 Fällen keine Angaben) verteilten sich die Hetzparolen thematisch über 17 eliminatorische, 19 dehumanisierende, vier antisemitische und 58 diskriminatorische/xenophobe Treffer.

Bei *über einem Viertel* der 87 Fälle (23) und einem Fünftel der 74 nordrhein-westfälischen Täter (15) war *Angehörigkeit in fester strukturierten Gruppen der NS-affinen Szene zu vermuten*. Darunter bekannte sich ein Täter zur NPD-Mitgliedschaft, und ein weiterer war Teilnehmer einer NPD-Demonstration. Bei zwölf Tätern traf eher Skinhead-Szenezugehörigkeit und bei elf weiteren diffus rechte Cliquenangehörigkeit zu. Ein Täter zählte zur Hooliganszene. Bei dem Rest lagen keine Angaben vor (35). Bei einem Fünftel der Fälle lagen durch Selbstbekenntnisse (18), bei zwei Fünfteln durch NS-Parolen oder -Materialien (37) Hinweise auf eine Ideologisierung vor.

Einflüsse von Rechtsrockmusik auf das Gewaltgeschehen waren nach Aktenlage auch in NRW nur schwach erkennbar – nur bei neun Fällen fanden sich diesbezüglich Hinweise. Davon zwei Beispiele:

- Am 01.06.2003 verübte in Essen ein rechter Intensivtäter ein herausragend brutales Gewaltdelikt. Unter den bei dem Täter zu Hause sichergestellten Gegenständen mit NS-Symbolik fanden sich u. a. auch Rechtsrock-CDs. In einer Beschuldigtenvernehmung gab der Täter an, er höre keine verbotene Musik, sei aber zweimal vor seiner Haftzeit in Österreich auf Skinhead-Konzerten gewesen (siehe StA Essen 29 Js 490/03).
- Ein Täter, der bereits am 24.06.2003 in Bochum mit einem schweren rechten Gewaltdelikt auffällig wurde, wurde später u. a. wegen Volksverhetzung verurteilt, weil er am 12.05.2005 mit vier Gleichgesinnten in einer Straßenbahn den in höchstem Maße eliminatorischen „Standarte"-Titel „Alibaba-Türke, was hast du getan" in voller Länge abgesungen hatte (siehe AG Bochum 33 Js 308/03).

Szeneliteratur ergab im NRW-Fallaufkommen gar keinen, *Cyberhate-Material* dagegen sechs Treffer mit einigen qualitativ herausragenden Beispielen:

In einem Fall wurde die *Gewalttat mit Handy aufgezeichnet*. Seitdem für diese Art der Präsentation ungeahnte Verbreitungsmöglichkeiten bereitstehen, dürfte Ausmaß, Bedeutung und Wirkungspotential dieses Hass-Mediums sprunghaft angestiegen sein. Die Bandbreite solchen über das Internet abrufbaren Materials reicht

dabei wie im folgenden Fall von Darstellungen eher alltäglicher Gewalttaten bis hin zur Aufzeichnung brutalst durchgeführter Tötungen.[133]

– Bei den Ermittlungen zu zwei in Essen am 17.03. und 17.04.2006 verübten schweren fremdenfeindlichen Gewaltdelikten stellte sich heraus, dass der mit allgemein kriminellen Delikten erheblich vorbelastete Haupttäter bei dem ersten Fall einem Mittäter sagte, er solle ihn „mal aufnehmen". Direkt danach griff der Haupttäter zwei Migranten mit Kopfstoß an (siehe StA Essen 29 Js 504/03).

Des Weiteren sind ein *Imitationsversuch des „Bordsteinkick-Modells"* und eine Drohung mit dieser seit Anfang der neunziger Jahre in gewaltaffinen Jugendkulturen bekannten Handlungsweise aufgefallen, die sich auch in dem Ablauf des bekannten Mordfalls von Potzlow niedergeschlagen hat:[134]

– Am 14.03.2005 trat in Bochum ein Täter, der in dem Opfer ein „Kommunistenschwein" sah, auf dem am Boden Liegenden ein. Danach versuchte er, das Opfer unter der Aufforderung „in den Bordstein zu beißen" zum Rinnstein zu zerren (siehe AG Bochum 33 Js 151/05–75/05).

– Bei einem jungen Täter, der wegen zwei am 05.06. und 08.06.2006 in Münster verübten schweren Gewaltdelikten verurteilt wurde, lag in einer Zeugenvernehmung ein Hinweis vor, dass er einem farbigen Mitschüler gegenüber angedroht habe: „Komm her Du Nigger, ich mach mit Dir das selbe wie in ‚American History X'. Ich lass Dich auch den Bordstein fressen" (siehe StA Münster 63 Js 2356/06).

5.3 Markant herausragende Handlungsmuster

Zuerst hat sich auch für die Teilmenge schwerer Delikte bestätigt, dass rechte Gewalt zum einen *überwiegend aus der Gruppe heraus* begangen wird (insbesondere in Sachsen mit nur zwölf Einzeltaten, in NRW 27) und *stark mit Alkoholisierung zusammenhängt*: Letzteres war bei fast der Hälfte der sächsischen Täter zur Tatzeit der Fall (57 von 119), wobei für 55 Täter hierzu keine Angaben vorlagen, womit der Anteil möglicherweise noch höher liegen dürfte. In NRW traf dies sogar für deutlich über die Hälfte der Täter zu (43 von 74 bei 28 fehlenden Angaben).

Es wäre allerdings vorschnell, aus der Alkoholisierung der Täter auf rein spontanes, planloses Handeln zu schließen. Daher wurden als Kontrast zu diesem Befund – soweit aus dem Aktenmaterial möglich – *Angaben zu planendem und aufsuchendem Handeln* zusammengetragen. Darunter fallen das Anlaufen bestimmter Orte (Jugendclubs, Kneipen, Plätze, Tankstellen), an denen aus Tätersicht mit der Anwesenheit von Zielpersonen oder -gruppen zu rechnen ist, Cliquentreffen vor der Tat („Vorglühphase"), das gezielte Aufsuchen von Opfern in der Wohnung oder an bekannten Orten, Überfälle, Streifenfahrten oder -gänge und das Aufsuchen von Demonstrationen eigener oder gegnerischer Kräfte.

133 So etwa der in der rassistischen Homepage podblanc.com einstellte Video-Clip „Russian Beheading".

134 Zur Geschichte und Bedeutung dieser speziellen Handlungsvariante siehe Kohlstruck/Münch (2006: 314–316).

Zunächst fällt auf, dass im *sächsischen Fallaufkommen alle diese Indikatoren häufiger treffen* als in NRW. Vor allem der Zielgruppentreffort wurde in Sachsen bei über zwei Fünfteln der Fälle gegenüber einem knappen Fünftel in NRW relativ häufig aufgesucht. Dagegen sind, wie bei der Gesamtmenge der rechten Gewaltdelikte auch, bei der schweren Gewalt die Zusammenhänge mit Demonstrationen schwach ausgeprägt: Bei weniger als einem Fünftel der sächsischen schweren Fälle war ein Zusammenhang gegeben, und in NRW lag dieser Anteil mit einem Elftel noch deutlich niedriger.

Tabelle 25: Planendes, aufsuchendes Handeln

	Sachsen (n=83)	NRW (n=87)
Zielgruppentreffort aufgesucht	35	16
Vorher Cliquentreff	17	15
Opfer gezielt aufgesucht	17	9
Streifenfahrt, Streifengang	14	8
Zusammenhang mit Demonstrationen	14	7
Überfälle	13	5

Mit Doppelnennungen.

5.3.1 Überfälle und Streifen

In dem Phänomenbereich des planenden und aufsuchenden Gewalthandelns ragen Überfälle und Streifenaktivitäten[135] heraus, weil sie – ähnlich wie auf etwas höherer Ebene die Begehung von Brand- und Sprengstoffanschlägen – *besondere Gewaltbereitschaften und ein gewisses Planungsniveau* der Tätergruppen indizieren. Daher lohnt sich eine genauere Betrachtung dieser Vorgehensweise.

In *Sachsen* lag dieser Anteil schwerer Gewalt mit 13 Überfällen und elf Streifen (abzüglich Doppelnennung) genau *zwischen einem Drittel und einem Viertel.* Die Überfälle – durchweg rechte Initialtaten – galten überwiegend Jugendclubs, ähnlichen Einrichtungen oder Treffen, bei denen die Angreifergruppe von links oder verwandt eingestellter Klientel ausging. Folgende herausragenden Fälle schärfen das Bild:

– Am 25.07.2003 überfiel in Hohburg eine mit Baseballschlägern und Knüppeln bewaffnete Tätergruppe – darunter ein der Wurzener Szene zugehöriger Intensivtäter – einen Jugendclub. Die Anwesenden wurden u. a. mit „rote Socke“ und „Zecke“ beschimpft. Die Täter gingen siebenmal mit

135 Unter Streife ist hier das Absuchen eines Raumes in der Erwartung, dort geeignete Opfer für Gewalttaten – Migranten, als „links“ oder anderweitig „undeutsch“ gedeutete Personen – anzutreffen, zu verstehen. Dabei kann eine vorangegangene tatbezogene Kommunikation – Einigkeit hinsichtlich der Zielpersonen und des gewaltsamen Vorgehens – in der in der Clique vorausgesetzt werden. Mit dem Aufbruch der Clique ist der Handlungsablauf „Gewalttat“ deutlich vorgezeichnet (vgl. Frindte/Neumann 2002: 95–97).

Springerstiefeltritten und Kopfschlägen vor, wodurch vier Opfer teilweise erheblich verletzt wurden (siehe AG Grimma 165 Js 91264/03).

– Ab Mai 2005 trat im Raum Pirna eine größere, überwiegend jugendliche Tätergruppe mit einer Gewalttatenserie, darunter drei schwere Delikte, in Erscheinung. Der modus operandi der Gewalttaten ähnelte dem Vorgehen der SSS (siehe genauer Abschnitte 6.1.1 und 6.1.2). Am 05.05.2005 überfiel eine ca. 30–40-köpfige Gruppe eine an einem Kiessee zeltende Gruppe von ca. 20 „Linken", die dort Männertag feierten. Die Angreifer zählten von zehn auf null herunter und riefen die Parole „Sieg Heil". Dann wurden Zelte eingetreten und mehrere Opfer getreten und geschlagen. Am 18. und 19.06.2005 überfielen am Pirnaer Bahnhof jeweils größere Gruppen des gleichen Täterkreises aus Dresden anreisende „Linke" und verletzten diese teilweise erheblich. Aktionsauslösend war eine in die Homepage der „Copitzfront" gestellte Nachricht, dass „500 Linke" aus dem Dresdener Stadtfest „Bunte Republik Neustadt" in Pirna einfallen würden (siehe StA Dresden 204 Js 40729/05 u. a.).

– Am 01.10.2005 überfiel eine teilweise vermummte, mindestens siebenköpfige Gruppe einen Jugendclub in Freital. Ein Opfer wurde am Boden liegend getreten und erheblich verletzt (siehe AG Dippoldiswalde 204 Js 6549/06).

– Am 25.12.05 überfielen in Plauen sechs Täter unter „Sieg Heil"-Rufen und mit Hitlergruß das alternative Kulturzentrum. Dem Sachverhalt waren neun mit lebensbedrohlichen Einwirkungen vorgetragene Angriffe zu entnehmen, durch die neun Opfer teilweise erheblich verletzt wurden (siehe AG Plauen 123 Js 33076/05).

– Am 16.02.06 überfiel in Mittweida die Gruppe um Tom W. („Sturm 34") auf der Straße drei 17-Jährige mit Flaschenkopfschlägen. Ein Opfer wurde erheblich, ein weiteres leicht verletzt. Die Gruppe rückte unter dem Kommando „Los zurück in die Autos! Der Auftrag ist erledigt" ab. Unter Begehung schwerer Gewalttaten folgten weitere Überfälle dieser Clique auf Gruppen Andersgesinnter am 12.05.2006 in der „Torfgrube" nahe Mittweida und am 03./04.06.2006 anlässlich eines Dorffestes in Breitenborn (siehe StA Chemnitz 473 Js 43815/07).

Dazu kommen Ereignisse wie ein Überfall auf ein alternatives Wohnprojekt am 26.11.2005 in Dresden, der vom Gericht als besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs eingestuft, in dieser Untersuchung aber mangels personenbezogener Tatschwere herausgelassen wurde: Aus der Sicht der sechsköpfigen Angreifergruppe wohnten dort Mitglieder einer ihnen verhassten Antifa-Gruppe. Die vermummte Gruppe versuchte, mit Holzlatten, Steinen und anderen Gegenständen bewaffnet, unter Rufen wie „Ihr Judenschweine, Antifa-ha-ha-ha, Zecke verrecke" in das Haus einzudringen, was jedoch misslang. Einem vor dem Haus abgestellten PKW wurden die Scheiben zertrümmert. Es kam dort bereits zuvor zu mehreren Zwischenfällen (siehe AG Dresden 211 Js 070397/05).

In NRW lag das Aufkommen dieser Handlungsmuster mit *einen Siebtel* – fünf Überfälle und acht Streifen – *deutlich niedriger als in Sachsen*. Die Überfälle galten, wie in Sachsen auch, als „links" wahrgenommenen Gruppen und wurden gleichermaßen entschlossen und brutal durchgeführt. In einem Fall war ein Szene-Aussteiger, in einem weiteren Fall waren Asylbewerber das Ziel:

– Am 18.09.2004 fand in Dortmund eine Demonstration des rechten Spektrums unter dem Motto „Nein zu Multi-Kulti" sowie eine Gegendemonstration des linken und bürgerlichen Spektrums statt. Danach wurde eine etwa 40-köpfige Punkergruppe, die sich in Bahnhofsnähe niedergelassen hatte und ein Transparent mit der Aufschrift „Faschisten angreifen" mit sich trug, urplötzlich von einer etwa zehnköpfigen Gruppe mit Pflaster- und Backsteinwürfen angegriffen. Mindestens eine Person wurde getroffen. Nach der Bekleidung der Angreifergruppe dürfte es sich um „Autonome Nationalisten" gehandelt haben (siehe StA Dortmund 155 Js 537/04).

– Am 12.03.2005 klingelte in Marl eine fünfköpfige Angreifergruppe an der Wohnungstür eines ehemaligen Angehörigen der rechten Szene. Als die Tür dann irrtümlich geöffnet wurde, drang die Gruppe in die Wohnung ein, wobei der bereits als Mehrfachtäter bekannte Hauptakteur sofort mit einer Flasche mehrfach auf den Kopf des Opfers einschlug bis sie zersplitterte und danach noch mit der abgebrochenen Flasche weiterschlug, was eine tiefe Schnittwunde an der Abwehrhand und eine Schnittwunde am Ohr zur Folge hatte. Laut Zeugen dauerte der Überfall etwa 30 Sekunden, und es wurde kein Wort gesprochen. In den Vernehmungen wurde dem Opfer zur Begründung von den sich in der NS-affinen Szene bewegenden Angreifern angekreidet, er nehme nun Drogen und höre „Negermusik" (siehe StA Essen 70 Js 53/05).

– Am 04.08.2005 betrat eine achtköpfige Gruppe in Wuppertal-Barmen die Gaststätte „Blue Moon" – früher einmal Treffpunkt linker Skinheads – und griff das Personal mit Schlägen und Tritten an. Ein Opfer erlitt einen Nabelbruch, der operiert werden musste. Die Ermittlungen ergaben, dass die Aktion einem linken Skinhead galt, der in der Bar vermutet wurde. Kontext war eine von dem NPD-Kontakte pflegenden Neonazi-Aktivisten Axel R. angemeldete rechtsextremistische Demonstration zwei Tage zuvor in Leverkusen, bei der es zu einer Gegendemonstration und anschließenden Konfrontationen kam. Nach der Tat wurden Drohungen im Internet verbreitetet: „Zecken verrecken", „Das war erst der Anfang" (siehe StA Wuppertal 70 Js 6135/05).

– Am 18.11.2005 trat in dem Neuss-Further Geschwister-Scholl-Haus ein Punkrock-Band auf. Laut Zeugenaussagen lief eine 20–30-köpfige, mit Messern, Schlagwerkzeugen und Teleskopstöcken bewaffnete Gruppe auf das Haus zu. Dabei wurde in offensichtlicher Anspielung auf ein im März zuvor in Dortmund an einem Punker begangenen Tötungsdelikt „Nur ein toter Punker ist ein guter Punker!" sowie „Wir bringen euch um, Ihr Scheiß-Kommunisten", „Tod den Kommunisten", „Heil Hitler" und „Zick Zack Zeckenpack" gerufen. Nach dem Flaschenwurf eines Punkers entnahm die Angreifergruppe eine größere Menge Flaschen aus einem Glascontainer vor dem Haus und warf diese zurück. Ein rechter Tatverdächtiger rief einem Jugendhaus-Mitarbeiter bei anschließenden Gesprächsversuchen „www.NPD.de" zu (siehe StA Düsseldorf 80 Js 13/06).

– Am 12.08.2006 ging in Lünen eine alkoholisierte fünfköpfige Angreifergruppe, die bereits zuvor grölend durch die Stadt gezogen war, gegen eine Zelt-Mahnwache iranischer Asylbewerber zum Thema menschenwürdige Unterbringung vor, riefen „Heil Hitler" und „Ausländer raus!", bewarfen die Zeltinsassen mit vollen Bierflaschen und urinierten an das Zelt. Ein Täter trug eine Gürtelschnalle mit Hakenkreuz und Schriftzug „Meine Ehre heißt Treue" (siehe StA Dortmund 155Js 391/06).

Auch in NRW wurden außerhalb der hier erfassten Tatschwere Trefforte linksautonomer Gruppen wiederholt angegriffen, so etwa das Wuppertaler Autonome Zentrum (siehe auch unten 5.3.2).

Das in *Sachsen deutlich höhere Aufkommen an Streifenfahrten und -gängen* hängt offenbar damit zusammen, dass dort gewaltbereite Gruppen diese Variante der Tatbegehung *ausdrücklich in ihr Handlungsrepertoire aufgenommen* haben. So gab beispielsweise die Gruppe um den Kamenzer Mehrfachtäter D., einem Neonazi- und Skinheadaktivisten, dieser Vorgehensweise in Anlehnung an den Jargon der Wehrmachtssoldaten im Zweiten Weltkrieg den Namen „Ortskontrollfahrt (OKF)". Die Gruppe brach an dem jeweiligen Tatabend auf, um nach Ausländern Ausschau zu halten, sie dann zu jagen und „aufzuklatschen" (StA Bautzen 170 Js 728/03: 924). Dies geschah dann im Fall der Kamenzer Gruppe unter exzessivem Gewalteinsatz, durch den die Opfer lebensgefährliche Verletzungen erlitten:

– Am 03.01.2003 durchstreifte in Kamenz eine fünfköpfige Gruppe um D. in zwei PKW auf der Suche nach Ausländern die Stadt. Nachdem der erste Anlauf fehlgeschlagen war, weil das potentielle Opfer entkommen konnte, trafen die Täter in der Nähe eines Kebab-Hauses auf zwei Türken, von denen einer zu Boden geschlagen wurde. Das Opfer erhielt sodann unter Inkaufnahme der Tötung einen

gezielten und wuchtigen Schlag mit einem Baseballschläger mitten ins Gesicht und wurde lebensgefährlich verletzt, dann aber noch weiter am Boden liegend mit Springerstiefeln getreten. Nur zwei Wochen zuvor beging D. zusammen mit zwei anderen Cliquenmitgliedern eine Tat mit fast identischem Ablauf, bei der das Opfer ebenfalls lebensgefährlich verletzt wurde (siehe StA Bautzen 170 Js 728/03).

Opfer solcher Streifengänge wurden auch „linke" Personen:

– Am 14.09.2003 drang in Kamenz der Mehrfachtäter und Neonazi D. in Begleitung von vier Kumpanen, einen außen angebrachten Zettel „Kein Zutritt für Nazis" zum Anlass nehmend, in den linksalternativen Jugendclub „Safe" ein (der Club war schon zuvor Ort von Übergriffen). Nach Provokationen mit dem Hitlergruß versuchten Stammgäste, vom Hausrecht Gebrauch zu machen. Dabei schlug D. eine Bierflasche am Kopf des Intervenierenden zu Bruch (siehe StA Bautzen 170 Js 728/03).

Auch bei der Mittweidaer Gewaltgruppe „Sturm 34", der die Schaffung einer „national befreiten Zone" vorschwebte, gehörten solche Streifen zum regelmäßigen Aktionsrepertoire. Zur Umsetzung dieses Ziels wurden „Skinheadkontrollrunden (SKR)" durchgeführt, indem mit mehreren Personen besetzte PKW das Stadtgebiet und die Umgebung auf der Suche nach angreifbaren Opfern abfuhren. Dabei kam es regelmäßig zu Angriffen bzw. Überfällen auf Andersdenkende (siehe 6.2.1), so etwa in folgenden Fällen:

– Am Abend des 12.05.2006 (Himmelfahrtstag) fuhr der „Sturm 34"-Anführer Tom W. mit einem weiteren Gruppenangehörigen eine „Skinheadkontrollrunde". Diese erbrachte die Nachricht für die im Szenetreff „Bauhof" versammelten Aktivisten, in der Torfgrube nahe Mittweida würden sich „Ökos" treffen. Mit quarzsandgefüllten Handschuhen ausgerüstet brach die Gruppe mit vier bis fünf vollbesetzten PKW auf. Am Zielort angekommen näherten sich die „Sturm 34"-Leute (15–20 Personen) der achtköpfigen Schüler- und Studentengruppe unter „Sieg Heil"- und „White Power"-Rufen, die eine Schülerin unbedacht mit „Kopf ab" erwiderte. Die Schülerin erkannte dann sofort die Lage und versuchte noch zu vermitteln, was aber zusammen mit weiteren Versuchen, die Situation abzukühlen, fehlschlug. Die Angreifer gingen mit Kopftritten und mit Flaschenschlägen auf den Kopf gegen die Opfergruppe vor, wodurch zwei Personen – eine erheblich – verletzt wurden (siehe StA Dresden 201 Js 29405/06).

– Am 03./04.06.2006 fand in Breitenborn ein Dorffest statt. Von dort aus riefen rechte Szeneangehörige den „Sturm 34"-Anführer Tom W. an und meldeten, es gäbe „Stress" mit „Zecken". Anlass waren kritische Bemerkungen einer links orientierten Frau. Bei einem Zwischentreff an der Aral-Tankstelle in Mittweida sammelten sich sechs PKW mit 20–30 Personen, die im Konvoi und mit Funkkontakt zum Zielort fuhren. Dort angekommen, näherte sich der Trupp in Marschordnung – dunkel und einheitlich gekleidet und mit präparierten Handschuhen ausgestattet – dem Festzelt und gingen gezielt gegen einem Tisch mit drei sich friedlich und unauffällig verhaltenden Punkern vor. Sowohl die Punker als auch intervenierende Festbesucher, insgesamt acht Personen, wurden durch Springerstiefeltritte und Schläge mit Gläsern und Flaschen teilweise erheblich verletzt. Angriff und Rückzug des „Sturm 34"-Trupps erfolgte auf Kommando (siehe StA Dresden 201 Js 29405/06 und auch oben unter 5.2.1 Fall vom 21.05.2006).

Das Verhaltensmuster des Umherstreifens, in der Erwartung, auf passende Angriffspersonen zu treffen, fand sich auch bei lockerer strukturierten Gruppen:

– Am 17.02.2003 griff in Dresden eine achtköpfige rechte Gruppe eine Gruppe von Punkern brutal an. Ein Opfer wurde durch einen Kopftritt verletzt. Den Punkern wurde gedroht, das nächste Mal hätten sie „eine 45er Kugel im Kopf". Die rechte Gruppe war mit dem ausdrücklichen Ziel aufgebrochen, „Zecken" zu „klatschen". Über die Tätlichkeiten hinaus wurden die Punker beraubt, wobei provokativ kundgetan wurde, dass das Geld der „Deutschen Stimme" zukäme (siehe StA Dresden 205 Js 36268/04).

In NRW ähnelte ein Fall in Ablauf und Brutalität dem Gebaren der sächsischen Gewaltgruppen:

– In der Nacht vom 05. zum 06.05.2006 griff eine Tätergruppe um die überregional bekannten Neonazi-Aktivisten und Mehrfachtäter K. und D. in Hamm viermal hintereinander als „links" wahrgenommene 15-bis 17-Jährige an. Anlass waren hier zum einen die Buttons der Angegriffenen und zum anderen die bei den Tätern bekannte Aktivität in der Hammer Antifa-Szene. Einer der Angegriffenen wurde mit der Drohung bedacht: „Hurensohn, Du jüdische Missgeburt, wenn ich Dich alleine erwische, dann bist Du tot!" Bei der vierten, mit der Frage „War Hitler ein Arschloch?" eingeleiteten Tat, wurde ein Opfer durch Faustschläge ins Gesicht schwer, ein weiteres erheblich verletzt. Dieser Sequenz ging eine im Internet geführte Kontroverse zwischen örtlichen Antifa- und Neonazigruppen – unter aktiver Beteiligung von D. und K., hier insbesondere die Ankündigung einer Sommeroffensive 2006: „Es wurde schon zuviel geredet … Jetzt wird gehandelt" – voraus (siehe StA Dortmund 155 Js 172(3)/06).

In NRW scheint die Neigung zu planendem Handeln, insbesondere zu Streifen und Überfällen, deutlich schwächer ausgeprägt als in Sachsen zu sein. Die Gewalt tendiert offenbar zu niedrigschwelligeren Handlungsvarianten, wie sie etwa folgender Fall verdeutlicht:

– Am 20.04. und 27.04.2004 fuhren vier Täter mit Zwille und Stahlkugeln ausgerüstet im PKW durch Mülheim und Essen. Während der Fahrt wurde mehr oder weniger willkürlich auf Passanten geschossen. In zwei Fällen wurden Personen mit Migrationshintergrund getroffen und verletzt, davon ein spielender Ausländerjunge (siehe StA Duisburg 116 Js 200/04).

Bei einem relativ hohen Aufkommen von Überfällen und Streifenfahrten wie in einigen sächsischen Regionen stellt sich die Frage, wie Opfergruppen und potentiell Betroffene solche Häufungen schwerer Gewalt wahrnehmen. Zunächst lagen bei einer Reihe von Fällen Hinweise auf psychische Spätfolgen bei Opfern schwerer Gewalttaten vor.[136] Darüber hinaus lässt sich einigen Fallschilderungen entnehmen, dass über einen längeren Zeitraum aktive Gewaltcliquen bei ihren Zielgruppen *nachhaltige Bedrohungsgefühle* erzeugen können. Die kommunale Umgebung kann dann von den Betroffenen durchaus als Raum empfunden werden, in dem man sich nicht mehr ungezwungen bewegen kann – so beispielsweise in Mittweida:

– Zu den Nachwirkungen des Überfalls der „Sturm 34"-Gruppe am 12.05.2006 in der „Torfgrube" nahe Mittweida führte die Urteilsschrift aus: „Die angegriffenen Jugendlichen waren derart eingeschüchtert, dass sie sich später nicht wieder an der Torfgrube trafen, überhaupt Treffpunkte unter freiem Himmel mieden und sich nicht mehr gern in Mittweida aufhielten." So auch zu den Nachwirkungen des Überfalls der „Sturm 34"-Gruppe an 03./04.06.2006 anlässlich eines Dorffestes in Breitenborn: „Für die Dorfbewohner war das Fest beendet, viele mussten ärztlich versorgt werden. Zwar haben später wieder Dorffeste stattgefunden, die Besucher haben aber nie mehr ohne Angst unbekümmert feiern können. Der Überfall hat alle weiteren Veranstaltungen überschattet" (LG Dresden 201 Js 29405/06: 30, 39).

Hinweise auf Einschüchterungseffekte dieser Art gab es im Fallaufkommen des Untersuchungszeitraums auch im Raum Sächsische Schweiz. In NRW waren

136 Eine bundesweite Untersuchung von Opfern schwerer rechter Gewalt mit Aussagen zu Verletzungen und Spätfolgen ist für ein Nachfolgeprojekt vorgesehen.

die Hinweise auf solche Bedrohungswahrnehmungen nach Aktenlage deutlich dünner gestreut.[137]

5.3.2 Interaktive Verklammerungen mit Antifa-Aktionen

In dem in Sachsen wichtigsten und in NRW zweitwichtigsten Themenfeld rechten Gewalthandelns, der gewaltsamen Konfrontationen mit militanten linksautonomen Gruppen und sonstigen aus rechter Tätersicht als „links" gedeuteten Szenen und Lebensstilen (Punker, Hip Hopper) kam es *teilweise zu interaktiven Verklammerungen*, in der linksmilitante Konfrontationspartner mit Initialprovokationen oder -aktionen auftraten und somit die rechte Gewalt erst angeschoben haben. Solche Fälle *bestimmen aber nicht das Bild der schweren rechten Konfrontationsgewalt*: In den 24 Rechts-links-Konfrontationen in Sachsen gab es zwei Fälle mit Initialtaten von Linksmilitanten und weitere fünf mit unklarer Interaktion. In NRW gab es unter 26 Rechts-links-Konfrontationen zwei Fälle mit linker Initialtat. Folgende Beispiele verdeutlichen den Charakter linksmilitanter Konfrontationsbeiträge:

- Im Zusammenhang mit seit Anfang 2004 unter gemischtem Teilnehmerspektrum stattfindenden Dresdener Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV kam es wiederholt zu Rechts-Links-Auseinandersetzungen wegen der Teilnahme des mit der NPD kooperierenden „Nationalen Bündnisses Dresden" (NB) als Demoblock. Am 01.11.2004 versuchten mehrmals autonome Gruppen, den NB-Block anzugreifen und von der Demonstration abzuhalten, was durch massive Polizeipräsenz verhindert wurde. Abends griff eine linksmilitante Gruppe eine rechte Gruppe in einem Biergarten mit einem Flaschenwurf und verbalen Provokationen an, woraufhin die rechte Gruppe massiv gewaltsam vorrückte (siehe StA Dresden 201 Js 62266/04).
- Am 01.10.2005 kam es im Kontext einer von dem Neonazi-Aktivisten Worch in Leipzig angemeldeten Demonstration bei der Abreise im Zug zum Zusammenstoss von 35 linken und 20 rechten Demonstranten. In einem Waggon wurde ein Angehöriger der Neonaziszene erkannt und von fünf bis sechs Prozent linksmilitanten Aktivisten in die Mangel genommen und dabei bereits verletzt. Im nachfolgenden Gerangel schlug der rechte mit einer Flasche gegen den Kopf eines linken Militanten. Laut den neutralen Aussagen der im Abteil der Schlägerei beiwohnenden Zeugen, die mit dem Anliegen der linken Gegendemonstration sympathisierten, wurde die Konfrontation von den Linksmilitanten gesucht und zugespitzt (siehe StA Dresden 201 Js 663/06).
- Am 10.06.2006 trafen auf dem Bahnhof in Gelsenkirchen im Kontext einer NPD-Demonstration etwa 70 rechte Personen und etwa 40–50 linke Gegendemonstranten aufeinander. Laut einem polizeilichen Zeugen in unmittelbarer Nähe der Konfrontation ging die Initialprovokation mit den ersten Steinwürfen von der linken Gruppe aus. Dadurch wurden zwei Rechte verletzt – wobei einer die Würfe erwiderte und deshalb angeklagt wurde. Nach der Urteilsschrift war das „Verhalten des Angeklagten eine unmittelbare spontane Gegenreaktion auf Steinwürfe durch die auf der gegenüber-

137 Ein Beispiel: Am 27.02.2003 kam es in Essen vor einem Döner-Grill zu einer Auseinandersetzung mit nicht mehr zu klärendem Auslöser zwischen dem Inhaber und einer Gruppe alkoholisierter deutscher Tatverdächtiger. Dabei soll der Döner-Inhaber mit einen Messer verletzt worden sein (nicht attestiert). Nach der Zeugenaussage der Frau des Döner-Inhabers und dem Anwaltsschriftsatz seien die beiden mit ihrem Imbiss über die Dauer von drei Jahren durch die Gruppe mit Pöbeleien, Urinieren und fremdenfeindlichen Hetzereien belästigt worden. Nach der Konfrontation seien sie ihrer Existenz beraubt worden, das Geschäft habe geschlossen werden müssen und die beiden Betroffenen hätten sich in psychotherapeutische Behandlung begeben müssen (siehe StA Essen 29 Js 810/03).

liegenden Seite befindliche Personengruppe der Gegendemonstranten, durch die der Angeklagte zuvor getroffen und am Fußknöchel verletzt worden war (Schwellung). Er verwendete hierbei die Steine, durch die er selbst zuvor getroffen worden war" (siehe StA Essen 29 Js 877/06).

Schon diese Auswahl legt nahe, dass sich Begegnungen dieser Art bevorzugt im Rahmen von rechtsextremistischen (Groß-)Demonstrationen und Gegendemonstrationen abspielen. Die zur Beurteilung des gesamten Feldes der Konfrontationsgewalt notwendige Aktenanalyse schwerer Gewalt linksmilitanter Gruppen konnte im Rahmen dieser Untersuchung aus Personal- und Zeitgründen nicht geleistet werden. Immerhin hat der quantitative Überblick der linken Gewaltdelikte ergeben, dass im linksmilitanten Milieu das Handeln aus der Distanz mit Stein- und Flaschenwürfen in beiden Ländern deutlich im Vordergrund steht (siehe 4.9.1.2 und 4.9.2.2).

Hinweise auf eine *eskalative Sequenz* ergaben sich für den Untersuchungszeitraum aus einem Tötungsdelikt in Dortmund am 28.03.2005, als es an einer U-Bahn-Haltestelle zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einem Punker und einem 17-jährigen Angehörigen der „rechten" Szene kam, in deren Verlauf der 17-jährige mit einem Messer auf den Punker einstach und ihn in der rechten Herzkammer traf. Das Opfer erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Laut Zeugenaussage soll der Beschuldigte nach Ausführung der Tat gerufen haben: „Das geschieht dir recht du Zecke, so etwas habt ihr verdient!" (LKA NRW Landeslagebild Januar – März 2005: 20). Der Täter wurde am 17.11.2005 vom LG Dortmund zu sieben Jahren Jugendhaft verurteilt. Eine politische Motivation wurde durch das Gericht ausgeschlossen. Der Fall zählt daher nicht mehr als politisch motiviertes Gewaltdelikt rechts und ist auch nicht in der Gesamtheit der in dieser Untersuchung betrachteten NRW-Fälle enthalten.[138] Der in der linken Szene dennoch als „rechte" Tat wahrgenommene Vorfall zog eine Reihe von Resonanzereignissen nach sich, darunter eines der wichtigeren:

– Am 18.11.2005 trat im Neusser Geschwister-Scholl-Haus (GSH) eine Punkrockband auf. Laut Aussagen der ehrenamtlichen Mitarbeiter des GSH, die das Geschehen unmittelbar beobachtet hatten, lief eine Angreifergruppe auf das Haus zu, die mit Messern, Schlagwerkzeugen und Teleskopstöcken bewaffnet gewesen sein soll. Gerufen wurde: „Nur ein toter Punk ist ein guter Punk!", „Wir bringen euch um, Ihr Scheiß-Kommunisten", „Tod den Kommunisten", „Heil Hitler" und „Zick Zack Zeckenpack". Dann kam der erste Flaschenwurf von einem Punker, woraufhin die Angreifergruppe Flaschen aus dem Glascontainer vor dem Haus zurückwarf. Dank des beherzten Einsatzes der Mitveranstalter konnten die Punker davon abgehalten werden, auf die rechte Gruppe loszugehen. Aufseiten der Punker wurde „Nazis raus", „Gebt den Nazis die Straße zurück – Stein für Stein, Stück für Stück" gerufen. Das Kommando für den Angriff der rechten Gruppe kam laut mehreren Aussagen offenbar aus einem Kleinbus. Die Hinweise der Mitveranstalter auf das Fahrzeug wurden zunächst von der eingetroffenen Polizei nicht beachtet, so dass dieser Ermittlungsansatz verloren ging. Ein Tatverdächtiger rief einem GSH-Mitarbeiter bei anschließenden Gesprächsversuchen „www.NPD.de" zu (siehe StA Düsseldorf 80 Js 13/06).[139]

138 Die Akten wurden angefragt, waren aber leider nicht entbehrlich. Weitergehende Aussagen sind ohne Aktenanalyse nicht machbar.

139 Der Fall veranschaulicht exemplarisch die Beurteilungsschwierigkeiten angesichts einer Melange aus dramatisierenden Verlautbarungen der regionalen Antifa-Szene, Medienberichten und Reaktionen besorgter Eltern, kommunalpolitischer Vernachlässigung legitimer Anwohner-

Zu einer Serie gegenseitiger Angriffe kam es auch rund um das Autonome Zentrum in Wuppertal-Elberfeld.

5.3.3 Exzessive Tatbegehung

Rechte Gewalttaten mit exzessivem Gewalteinsatz und/oder tödlichem Ausgang erregen regelmäßig die öffentliche und behördliche Aufmerksamkeit und nicht zuletzt auch das Forschungsinteresse – so etwa in Gestalt von Einzelfalluntersuchungen.[140] Vor dem Hintergrund der bereits in der quantitativen Analyse erhobenen Befunde, dass in Sachsen 21 Prozent und in NRW über 11 Prozent aller rechten Gewalttaten des Untersuchungszeitraums mit hochwahrscheinlich akut lebensbedrohlichen Einwirkungen begangen wurden, gilt der letzte Abschnitt der Betrachtungen herausragender Handlungsmuster den Fällen, in denen sich *Verachtung von Leib und Leben der malträtierten Opfer in besonderem Maße* ausdrückt. Gemeint ist damit eine Handlungsweise, in der mehrere lebensbedrohliche Einwirkungsvarianten hintereinander zum Einsatz kommen – wobei darüber hinaus das Opfer noch über einen längeren Zeitraum gequält werden kann. Zur Verdeutlichung dient ein exemplarischer Fall kurz vor dem Untersuchungszeitraum:

– Zum Vorlauf einer sich der Dresdener rechten Szene zugehörig fühlenden, ausländerfeindlich und antisemitisch eingestellten Clique, die im Untersuchungszeitraum mit einer schweren Gewalttat am 02.03.2003 auffällig wurde, gehörte eine am 03.11.2002 verübte Exzesstat gegen einen ungarischen Obdachlosen: Nach einer längeren Zechtour und bereits vorangegangenen Gewalttätigkeiten traf die fünfköpfige Clique gegen 2:30 Uhr im Bereich des Dresdener Rudolf-Harbig-Stadions auf einen aus Ungarn stammenden und stark alkoholisierten Stadtstreicher, den sie zunächst nach Zigaretten fragten. Nachdem das Opfer einige Zigaretten herausgegeben hatte, wurde ihm die Packung entrissen. Kurz danach wurde er bereits mit Faustschlägen und Tritten bedacht. Sodann zerrten die Täter das Opfer auf die andere Straßenseite in Richtung des Großen Gartens. Dabei versuchte sich das ins Taumeln geratene Opfer an der Jacke des Täters S. festzuhalten, was dieser als ungeheuerlich empfand und daraufhin dem Opfer mit einem 14 cm langen Butterflymesser mehrere 2 bis 2,5 cm tiefe Stiche in Brustkorbbereich und Rücken versetzte. In einem Gebüsch des Großen Gartens wurde das Opfer auf den Boden geworfen und von allen Cliquenmitgliedern getreten, u. a. ins Gesicht und in die Genitalien. Zwei Täter sprangen auf dem Brustkorb des Opfers herum. Nach Aufforderung an S., auf das Opfer weiter einzustechen, stach dieser weitere zweimal in den Oberschenkel zu. Nachdem man zwei volle Dosen Bier über dem Opfer ausgeleert hatte, wurde das nur noch röchelnde, erkennbar schwerstverletzte Opfer in dem Gebüsch liegend zurückgelassen. Danach beschloss die Clique auf dem Biereinkaufsweg zur nahegelegenen Tankstelle aus der Besorgnis heraus, das Opfer könne seine Peiniger womöglich wiedererkennen und identifizieren, zum Tatort zurückzukehren. Der Misshandelte sollte in einen nahegelegenen Bach geworfen und dort ertränkt werden. Bei Eintreffen am Ablageort war das Opfer aber verschwunden. Wenig später traf die Clique in der Nähe einer Haltestelle erneut auf das Opfer und stellte fest, dass hinsichtlich dessen Wahrnehmungsfähigkeiten keine Gefahr ausging und rief dann über Handy einen Krankenwagen. Aufgrund dieses Zufallstreffs hat das Opfer überlebt. Wäre der Malträtierte im Gebüsch liegen geblie-

---

bedürfnisse nach Nachtruhe (im Viertel rund um das Scholl-Haus schwelte ein Dauerkonflikt wegen nächtlicher Ruhestörungen im Kontext von Musikevents), nachvollziehbarer Bedrohungswahrnehmung von Betroffenen (insbes. der um Vermittlung bemühten Mitarbeiter des Scholl-Hauses).

140 Ein Beispiel ist die Untersuchung von Kohlstruck/Münch 2006.

ben, wäre er wegen eines durch beidseitige Rippenserienbrüche verursachten Pneumothorax (daneben hatte er u. a. noch Gesichtsfrakturen des Siebbeins, Nasenbeins und der Stirnhöhle erlitten) gestorben (LG Dresden 205 Js 12966/03: 725–28). Zu der Clique gehörten zwei Mehrfachtäter und die Mutter eines dieser Mehrfachtäter, die an der Gewalttat vom 02.03.2003 unter Absingen eines eliminatorischen Rechtsrocktitels (siehe oben 5.2.1) beteiligt war.

Im Untersuchungszeitraum fielen in Sachsen etwa folgende Fälle in dieses Handlungsprofil:

– Am 03.01.2003 durchstreifte in Kamenz eine fünfköpfige Gruppe um den Neonaziszene-Aktivisten und Mehrfachtäter D. in zwei PKW auf der Suche nach Ausländern die Stadt. Nachdem der erste Anlauf fehlschlug, weil das potentielle Opfer entkommen konnte, trafen die Täter in der Nähe eines Kebab-Hauses auf zwei Türken, von denen einer zu Boden geschlagen wurde. Das Opfer erhielt sodann unter Inkaufnahme der Tötung einen gezielten und wuchtigen Schlag mit einem Baseballschläger mitten ins Gesicht und wurde lebensgefährlich verletzt, dann aber noch weiter am Boden liegend mit Springerstiefeln getreten. Zum Vorgehen der Täter hieß es in der Anklageschrift (StA Bautzen 170 Js 728/03: 926): „Ungerührt von dem lauten Knall, der der brutale Schlag des Angeschuldigten D. gegen den Schädel des Opfers A. verursacht hatte, traten anschließend der hinzugekommene Angeschuldigte R., welcher Turnschuhe trug, sowie der Angeschuldigte J. dem blutend und nahezu ohnmächtig am Boden liegenden Türken in Bauch [. . .] und Rücken [. . .]. Der Angeschuldigte J., welcher ebenso wie der Angeschuldigte D. schwere, Stahlkappen-besetzte Halbschuhe trug, trat dabei aus vollem Lauf und mit so großer Wucht zu, dass er selbst ins Straucheln geriet. Die drei Angreifer hörten dann auf zu prügeln und ließen ihr lebensgefährlich verletztes Opfer hilflos am Tatort zurück.“ Nur zwei Wochen zuvor beging D. zusammen mit zwei anderen Cliquenmitgliedern eine Tat mit fast identischem Ablauf, bei der das Opfer ebenfalls lebensgefährlich verletzt wurde.

– In der Nacht vom 05. zum 06.09.2003 unterzogen drei Täter in Borna ihr männliches Opfer (lt. KTA-Meldung SN 1255/03 zu 60 Prozent geistig behindert, in Urteilschrift dazu keine Angaben) einer Tortur, die sich insgesamt von 17:00 bis 2:00 Uhr hinzog. Das Opfer erlitt u. a. durch Schläge mit einer Baseballkeule schwere Verletzungen und wurde darüber hinaus sadistisch misshandelt: Ihm wurden Gegenstände in den After eingeführt, er wurde mit Urin besudelt, er musste Urin aus dem Toilettenbecken trinken und ihm wurde mit einem Rasiermesser ein ca. 10 cm großes Hakenkreuz in den Rücken eingeritzt. Außerdem wurde er noch beraubt, abschließend wurde ihm die gesamte Wohnungseinrichtung zertrümmert. Die Urteilsschrift enthält – trotz der Hakenkreuz-Symbolik – keinerlei Angaben zu Szenezugehörigkeiten, Tätermotiven oder der Täter-Opferbeziehung (siehe LG Leipzig 401 Js 71804/03).

Solche Fälle waren auch im Aufkommen schwerer rechter Gewalt in NRW zu verzeichnen:

– Am 01.06.2003 verübte in Essen der der rechtsextremistischen Szene zugeneigte Intensivtäter S. ein herausragend brutales Gewaltdelikt. Zunächst wollte der Haupttäter S. eine Gruppe Türken vor einer Dönerbude angreifen, wurde aber von seinen beiden Kumpanen wegen Überlegenheit des Gegenübers zurückgehalten. Darüber erregt, ging der Haupttäter auf das zufällig des Weges kommende aus Sri Lanka stammende Opfer los, indem er mit der Faust, in der er ein geöffnetes Klappmesser führte, mehrmals in das Gesicht schlug und dann dem bereits mit schweren Gesichtsverletzungen auf dem Boden Liegenden mehrere wuchtige Gesichtstritte versetzte. Das schwer verletzte Opfer ließen die drei Täter liegen. Nach eigener Aussage sei S. nach der Tat losgerannt und habe „wie ein Indianer gegrölt“, weil er sich „gut gefühlt habe, aus Sieg oder so“. Ein Mittäter gab an: „Als wir weggingen habe ich (S., d. V.) gefragt, warum er das gemacht habe. Er hat geantwortet, ein Ausländer weniger. Er hat später im Park mit der Tat rumgeprahlt“. S. selber meinte aber in einer Vernehmung zur Frage „Haben Sie Hass auf Ausländer?“: „Eigentlich nicht immer. Nicht auf jeden. Ich ärgere mich schon mal, wenn ich mit meiner Freundin unterwegs bin und die angemacht wird.“ In der Vernehmung gab S. auch an, keiner Partei oder Organisation anzugehören, aber schon einige Male auf NPD- und DVU-Demos gewesen zu sein. In seiner Haftzeit habe er sich mit der deutschen Geschichte und dem Dritten Reich beschäftigt. Bei S. wurden nach der Tat verschiedene Gegenstände mit rechtsextremistischer Symbolik aufgefunden: Eine Koppelschnalle mit Hakenkreuz,

Handy-Displays mit Hakenkreuz, „Sieg Heil"- und „WP"-Schriftzug, Rechtsrock-CDs und ein Landser-Heft. Der frühauffällige Haupttäter S. stammt aus Halle und hatte dort einen neben einer ganzen Reihe von Straftaten einen Vorlauf mit 13 Gewaltdelikten im Zeitraum 1998-bis Mai 2000, die er im Alter von 15–17 Jahren verübte. Darunter finden sich zwei besonders grausame Taten: Am 24.11.1998 war er an einer Misshandlung eines schwer behinderten Jugendlichen, der bereits mehrere Kopf-OPs hinter sich hatte, beteiligt. Am 01.11.1999 nahm er während eines Jugendarrests an der sadistischen Quälerei eines Mitinsassen teil. Durch die anderen Gewalttaten wurden aufgrund der brutalen Begehung die Opfer teilweise schwere verletzt und erlitten Spätfolgen. S. schloss sich 1998 an eine gewalttätige Clique, zeitweilig auch einer NS-affinen Gruppe namens „Weisse Wölfe" an, die für ihn zum Familienersatz wurden. Die Neo-NS-Gruppe schloss ihn allerdings wegen der ausufernden Gewaltdelikte wieder aus. S. wurde 2000 zu zwei Jahren und sechs Monaten Jugendstrafe verurteilt, die er komplett abgesessen hat. Nach der Entlassung im Mai 2003 zog er nach Essen zu seiner Freundin und verübte nur einen Monat später die obige Gewalttat (siehe StA Essen 29 Js 490/03).

– Am 28.10.2004 verübte in Gelsenkirchen ein 22-Jähriger im allgemeinkriminellen Bereich massiv auffälliger Intensivtäter, der bei einem seiner Haftaufenthalte Kontakte zur rechten Szene bekam, ein schweres Gewaltdelikt an einem Migranten. Aggressionsauslösend war die Nichtherausgabe einer „Kippe" des zufällig den Weg kreuzenden Opfers. Daraufhin beschimpfte der alkoholisierte Täter sein Gegenüber mit „Pisser, Kanake" und „Arschloch" und schlug kurz danach mit voller Bierflasche auf den Hinterkopf, wobei die Flasche zerbrach. Mit dem Flaschenhals in der Hand rief der Täter dann „Ich stech Dich ab, Du Kanake!", fügte damit dem Opfer eine Schnittwunde unterhalb des rechten Ohres und weitere Schnittwunden zu. Das Ohrinnere wurde durch einen tiefen Schnitt verletzt. Durch Operation konnten Nervschädigungen und Spätfolgen (Gehörverlust, Gesichtslähmung) verhindert werden. Die Urteilsschrift erkannte in dem Handeln Tötungsabsicht und menschenverachtende Brutalität (siehe AG Gelsenkirchen-Buer und LG Essen 49 Js 2106/04).

– Am 14.03.2005 beschimpfte in Bochum ein bereits mehrfach mit PMK-Delikten vorgeahndeter alkoholisierter 18-jähriger Täter eine mit Palästinensertuch bekleidete Person mit „Scheiß-Zecke", griff diese mit Schlägen und Tritten an und brachte sie damit zu Boden. Der Täter schlug und trat weiter auf den am Boden Liegenden ein und traf mit einem Tritt auch den Kopf. Danach versuchte der Täter zunächst das Opfer unter der Aufforderung „in den Bordstein zu beißen" zum Bordstein zu zerren. Als dies wegen Gegenwehr misslang, versuchte der Täter dem Opfer die Haare anzuzünden, was ebenfalls durch den Malträtierten abgewehrt werden konnte. Die Gewalttätigkeiten des zum Tatzeitpunkt der rechten Szene Zugehörigen, zogen sich über einen längeren Zeitraum hin und trafen auch eine weitere Person, die dem Opfer zu Hilfe kommen wollte. Die Urteilsschrift bilanziert ein Verhalten ohne jeglichen Respekt vor der körperlichen Unversehrtheit (siehe AG Bochum 33 Js 151/05–75/05).

Ein weiteres Ereignis kann zur Illustration schlummernder Bereitschaften zu exzessivem Gewalteinsatz angeführt werden:

– Am 16.04.2006 braute sich in Mönchengladbach laut polizeilichem Schlussbericht eine äußerst bedrohliche Konfrontation zwischen einer rechtsorientierten Gabba-Gang um den als bewaffnet und gewalttätig eingestuften Intensivtäter B. und der Multiethno-Gang „Ausländer Gangster Fighters (AGF)" zusammen. Auslöser des Beinah-Zusammenpralls war offenbar die Rückkehr des als Ausländerhasser bekannten B. aus der Haft und sich daran anschließende wechselseitige Provokationen. Beide Gruppen waren mit teilweise tödlich wirkendem Schlagwerkzeug – so u. a. ein selbstgefertigtes massives Schlagstück aus Stahl mit scharfkantigem Kopfteil – Messern, Gaspistolen etc. bewaffnet. Es standen sich etwa 15 rechte und 25 ausländische Gewaltbereite gegenüber. Durch einen schnellen polizeilichen Eingriff konnte eine massive bewaffnete Konfrontation verhindert werden. Der Fall barg noch ein weiteren Hinweis für Gewalthabitualisierung: Der Rädelsführer B. hatte vor dem Ereignis enthemmende und angstunterdrückende XTC-Pillen („blaue Mickey-Mäuse") eingenommen (siehe StA Möchengladbach 501 Js 683/06).

Diese exemplarischen Fälle sind ein Auszug aus dem Aufkommen der in der Tatschwereauswertung als Mehrfachbegehung – Einsatz mehrerer akut und poten-

tiell lebensbedrohlicher Einwirkungen – erfassten Taten. Zur exakten Bestimmung des Anteils exzessiver Gewalttaten wäre eine weitere Einzelfallauswertung, ebenso wie genauere Betrachtung der Opferdimension erforderlich. Schon die obige Auswahl deutet aber an, dass es sich bei solchen Ereignissen nicht um außergewöhnliche und außeralltägliche Grausamkeiten, sondern *eher um eine ständige Begleiterscheinung* schwerer rechter Gewalt handelt.[141] In den Fallbeispielen finden sich Merkmale, die Kohlstruck/Münch (2006: 308–316) bei ihrer Fallstudie des Mordes in Potzlow vom 13.07.2002 in ihrem Raster allgemeiner Voraussetzungen exzessiver Gewalttaten bereits niedergelegt haben:

- Besonderer Hang der Täter zu Verhalten und Vorstellungswelt hypermaskuliner Szenen, hier vor allem Alkoholkonsum.
- Rezeption der in rechtsextremen Jugendkulturen gepflegten Ausgrenzungs- und Liquidationsdiskurse, insbesondere über das Stilmittel eliminatorischer Rechtsrockmusik.
- Übernahme von extremen Gewalthandlungsmustern aus den in hypermaskulinen und rechtsextremen Jugendkulturen konsumierten Film- und Cyberhate-Medien.

5.4 NPD-Bezüge

Die Frage nach Zusammenhängen zwischen der NPD und rechter Gewalt – die Leitfrage dieser Untersuchung – steht seit dem Verbotsverfahren, neuen herausragenden Gewalttaten und neuerlichen Überlegungen zum Parteiverbot stets im Vordergrund medialer und politischer Diskurse. Handelt es sich bei der NPD um eine „verbrecherische Truppe“?[142] Da diese Frage sehr oft zu hören ist, wird nachfolgend *mit Einzelfallbetrachtungen* untersucht, ob und zu welchem Grade die NPD *mit schwerer Gewalt in Verbindung* zu bringen ist.

5.4.1 Sachsen

Vor dem Hintergrund einer in Sachsen erfolgreichen NPD mit flächendeckender Präsenz haben sich die bei der quantitativen Analyse festgestellten *schwachen Zusammenhänge mit Wahlmobilisierungen* auch bei der Betrachtung der Teilmenge schwerer Gewalt *bestätigt*. Im sächsischen Fallaufkommen waren aus dem Aktenmaterial nur in sechs Fällen und hier teilweise nur vage Bezüge zu NPD-Wahlmobilisierungen erkennbar:

---

141 Hier wäre auch ein Rechts-Links-Vergleich aufschlussreich: Vor dem Hintergrund der bereits festgestellten Unterschiede bei der Tatschwere dürfte die Neigung linksmilitanter Täter zu face to face-Gewaltexzessen deutlich niedriger ausgeprägt sein.

142 So etwa die in diesem Themenbereich äußerst aktive Bundestagsfraktionsangehörige der Linken Ulla Jelpke in der *jungen Welt* vom 12.02.2009.

– Am 13. Juni 2004 wurde in Pirna in der ersten Morgenstunde eine Punkergruppe von unbekannten Tätern aus einem PKW heraus angegriffen, ein Opfer am Boden liegend getreten und leicht verletzt. Am Vortag hatte dort die mit der NPD kooperierende JLO eine Demonstration durchgeführt, so dass ein Zusammenhang mit dem Vorgeschehen nicht ausgeschlossen ist (siehe StA Dresden 204 Js 65971/04).

– 20.09.2004 (StA Dresden 201 Js 62266/04) siehe ausführlich nachfolgend unter konkrete Hinweise.

– Am 22.09.2004 – neun Tage nach der Landtagswahl – wurde ein 17-jähriger Behinderter wegen seiner Weigerung, die rechten Parteien „gut" zu finden, brutal angegriffen und erheblich verletzt. Nach eigenem Bekenntnis und der Opferaussage fühlten sich die Täter der NPD nahe (siehe StA Bautzen 233 Js 18885/04).

– Am 25.09.2004 kam es bei einer linken Demonstration, die unter dem Motto „Schöner leben ohne Nazi-Läden" anlässlich der Eröffnungsparty des Chemnitzer rechtsextremistischen Szeneladens „Backstreetnoise" durchgeführt wurde, zu massiven Zusammenstößen zwischen beiden Lagern. Möglicherweise hat sich die NPD- und Rechtsextremismusbezogene Aufmerksamkeitsspirale nach der Wahl auf das Ereignis ausgewirkt (siehe StA Chemnitz 430 Js 23053/05).

– Am 27.09.2004 kam es in Dresden anlässlich einer „Montagsdemo" zu Rangeleien zwischen NPD-Leuten (die an der Demo teilnehmen wollten) und Linksdemonstranten (PDS-Plakat „Nazis raus aus den Köpfen"). Unmittelbar hinter den PDS-Leuten befanden sich Autonome. Eine linke Demonstrantin bekam von einem Mitglied des NB Dresden einen Tritt in den Unterleib (siehe StA Dresden 205 Js 21190/05).[143]

– Am 08.10.2004 randalierte in Mittweida die Clique um Tom W. (später als „Sturm 34" bekannt geworden) vor einem Dönerladen und rief ausländerfeindliche und NS-affine Parolen. Eine Person warf eine Flasche in den Laden, die aber Personen verfehlte. Ein Zeuge, der Cliquenangehörige teilweise persönlich kannte, äußerte die Vermutung, dass sie „seit die NPD in den Landtag Einzug hielt, lautstark ihre Meinung äußern". Vorher seien sie eher ruhig gewesen. Die Akte enthält eine Notiz vom 15.10.2004, dass der als NPD-Aktivist und später als „Sturm 34"-Helfer bekannt gewordene S. bereits zu dieser Zeit als Betreuer und Vertrauensperson eines labilen Cliquenmitglieds auftrat (siehe StA Chemnitz 430 27239/05).

Für den gesamten Untersuchungszeitraum konnten aber bei *einem knappen Viertel* (19) der sächsischen Fälle NPD-Bezüge festgestellt werden. Aufgrund der in der nachfolgenden Betrachtung von vier Räumen mit Gewalttatenhäufungen erläuterten Verbindungen der Mittweidaer Gewaltgruppe unter der Führung von Tom W. zur NPD (ab 2003 unter dem Namen „Division Sächsischer Sturm" und ab 2006 unter dem Namen „Sturm 34" bekannt) wurden deren schwere Gewalttaten in die Betrachtung einbezogen.[144]

---

143 Der Tatverdächtige litt an Depressionen und konnte eine Panik-Attacke glaubhaft machen. Er beteiligte sich an einem erfolgreichen Täter-Opfer-Ausgleich. Deswegen wurde das Verfahren eingestellt.

144 Die noch enger mit der NPD verflochtenen und 2001 verbotenen SSS wurden ebenfalls genau betrachtet. Diese Organisation ist im Untersuchungszeitraum aber nicht mehr in ihrer alten strukturellen Qualität in Erscheinung getreten. Eine ab Mai 2005 mit einer Gewalttatenserie in Erscheinung getretene Pirna'sche Gewaltclique wies zwar teilweise ähnliche Handlungsmuster auf, war aber mit der alten SSS-Struktur nicht mehr in Verbindung zu bringen: Nur einer von 35 Tatverdächtigen gehörte zur alten SSS-AO/OET (siehe genauer nachfolgend unter Betrachtung von vier Verdichtungsräumen). Hinweise auf Verbindungen dieser Nachwuchs-Clique zur NPD konnten dem Aktenmaterial nicht entnommen werden. Ein Treffer mit dem Fall eines am 20.08.2003 verübten Brandanschlags auf einen PKW von campenden Sinti und Roma, bei dem laut Sachverständigem und Gericht von keiner konkreten Personengefährdung ausgegangen werden konnte, wurde wegen des eingangs zugrunde gelegten Auswahlkriteriums der Gefähr-

Konkrete Hinweise ergaben sich bei folgenden Fällen:

– Am 31.01.2003 drang in Rosenthal-Bielatal eine 20-köpfige rechte Gruppe in eine Geburtstagsparty im örtlichen Jugendclub ein. Zuvor vagabundierte die Gruppe über verschiedene andere Treffs, nachdem ein ursprünglich geplanter Besuch einer Rechtsrock-Veranstaltung in Magdeburg wegen Ausfall des Auftritts hinfällig war. Auslöser für das Anlaufen des Jugendclubs war das Gerücht, dass es „Ärger" mit Kumpels gebe. Es kam zu brutalen Übergriffen auf alternativ aussehende Jugendliche, die teilweise erheblich verletzt wurden. Einer der Haupttäter bekannte sich in der Berufungshauptverhandlung offen zum rechten Parteienspektrum und „nationalem" Denken. Außerdem bekannten sich zwei Tatbeteiligte mit Rufen wie „Skinheads Sächsische Schweiz", „SSS", „Heil Hitler", „Heil der SSS" zu der verbotenen Organisation SSS (siehe AG Pirna 201 Js 6747/03). Nur einen Tag später wurde der gleiche Jugendclub erneut überfallen – diesmal unter Beteiligung von Martin Sch., der sich einige Jahre später als agiler Szene-, JN- und NPD-Aktivist exponierte.

– Am 20.9.2004 und am 01.11.2004 beging der Dresdener rechtsextremistische Aktivist H. zwei Gewaltdelikte im Zusammenhang mit den seit Anfang 2004 unter gemischtem Teilnehmerspektrum stattfindenden Dresdener Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV. Dort kam es wiederholt zu Rechts-Links-Auseinandersetzungen wegen der Teilnahme des mit der NPD kooperierenden „Nationalen Bündnisses Dresden" (NB) als Demoblock. Am 20.09.2004 griff H. am Rande einer solchen Demonstration aus dem NB-Block heraus einen ihm den Weg verstellenden Gegendemonstranten an, indem er ihm mit einer Transparentstange gegen den Kopf stieß und leicht verletzte. Am 01.11.2004 versetzte er ebenfalls einem linken Gegendemonstranten einen Flaschenkopfschlag. An diesem Tag versuchten mehrmals autonome Gruppen, den NB-Block anzugreifen und von der Demo abzuhalten, was durch massive Polizeipräsenz verhindert wurde. Abends griff eine linksmilitante Gruppe eine rechte Gruppe in einem Biergarten mit einem Flaschenwurf und verbalen Provokationen an, woraufhin die rechte Gruppe unter Beteiligung von H. massiv gewaltsam vorrückte. H. war zu dieser Zeit durch Wahlplakate des NB Dresden und als Mieter der Räume des Dresdener Szenetreffs „Club 14" bekannt. Aus den Akten ergibt sich ein enger Kontakt H.'s zu dem Alt-Aktivisten M. (damals stellvertretender NPD-Landesvorsitzender, MdL und später wegen Finanzgebarens und öffentlichen Pro-Hitler-Verlautbarungen aus Fraktion und Partei ausgeschlossen, siehe Backes et. al 2007: 407). In der Hauptverhandlung hatte sich M. mit Propaganda und Gefälligkeitsaussagen für H. exponiert. 2006 wurde gegen H. in seiner Rolle als Multiplikator von Hatecore-Rechtsrock ermittelt (siehe StA Dresden 201 Js 62266/04).

– 22.09.2004, 27.09.2004 und 08.10.2004 siehe bereits oben in diesem Abschnitt.

– Am 13.02.2005 stieß in Dresden am Rande einer Demonstration der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) anlässlich des 60. Jahrestags der Dresdener Bombennacht, an der die NPD mit mehreren Verbänden und Rednern beteiligt war, eine sechsköpfige bayerische rechte Gruppe mit eine größeren linken Gruppe zusammen. Es gab Verletzte auf beiden Seiten. Die Initialaktion konnte nicht ermittelt werden, daher wurde das Verfahren eingestellt (siehe StA Dresden 201 Js 47828/05).

– Am 19.03.2005 geriet eine linke Gegendemonstrantin – zuvor fand in der Dresdener Neustadt eine NPD-Kundgebung unter dem Motto „Linke Gewalt dort bekämpfen, wo sie entsteht" statt – im Zug an 33 in Coswig zugestiegene, schwarz gekleidete, teilweise vermummte, aus Brandenburg und Berlin angereiste rechte Demoteilnehmer. Sie wurde durch den Zug gejagt und von einem Unbekannten in den Rücken getreten. Teilweise entstand Panik in den Abteilen (siehe StA Dresden 168 UJs 105102/05).

– Am 09.07.2005 drang in Neukirch trotz Hausverbot ein alkoholisierter Täter wiederholt in ein Bistro ein und attackierte zwei Türken mit einer Metallstange. Dabei stieß er teilweise in Gegenwart von Polizeibeamten wüste Beleidigungen wie etwa „Islamische Schweine", „Türkenschweine" und Drohungen aus: Er werde die „Gaststätte unter Bomben" setzen und „zwei Islamisten totmachen". Gegenüber mehreren Zeugen bekundete der Täter, er sei „stolz auf seine Mitgliedschaft in der NPD" (siehe StA Bautzen 160 Js 16460/05).

---

dung von Personen nicht einbezogen. Der Täter F. gehörte 1999–2000 zur „member"-Führungsgruppe der SSS.

– Am 04.09.2005 wurde in Neschwitz bei einem Volksfest ein Türke mit seiner deutschen Freundin aus einer rechten Gruppe heraus angepöbelt, bedroht („Kanake, raus hier, Du hast hier nichts zu suchen. Fick Dich!“, „Wir kommen wieder und schlagen Dir die Scheiben ein“) und mit einem Bierglas beworfen, aber nicht getroffen. Anschließend wurde das von beiden Opfern besetzte Auto von der Gruppe gemeinschaftlich demoliert. Einen Tag später ging eine erneute Drohung per Handy ein. Das Bistro des im Ort ansässigen Türken war schon zuvor Ziel von Sachbeschädigungen gewesen. Ein Tatverdächtiger aus Brandenburg bekannte sich in der Beschuldigtenvernehmung zur NPD: „Ich fühle mich als Nationalist und gerade jetzt im Wahlkampf unterstütze ich auch aktiv die Nationaldemokratische Partei Deutschlands“. Am 14.05.2006 fiel die Clique erneut auf, als sie versuchte, gewaltsam in einen Jugendclub in Großdubrau-Klix einzudringen und die Gebäudefront mit Flaschen- und Steinwürfen eindeckte, wodurch eine Person im Gebäude durch Splitterwirkung im Gesicht verletzt wurde (siehe StA Bautzen 173 Js 1632/06).

– Die „Sturm 34“-Fälle vom 16.02.2006, 12.05.2006, 21.05.2006 und 04.06.2006 siehe oben unter 5.3.1 und zum Hintergrund Abschnitt 6.2 Mittweida.

Eher vage Hinweise fanden sich bei dem bereits unter 5.3.1 angeführten Angriff auf Punker am 17.02.2003, bei dem die Gewalttäter provokativ verkündeten, man wolle das geraubte Geld der „Deutschen Stimme“ zukommen lassen, sowie bei den bereits oben in diesem Abschnitt angeführten Fällen vom 13.06.2004 und 25.09.2004 und bei folgendem Fall:

– Am 11.02.2006 versuchte in Dresden eine größere Gruppe aus einer Demonstration der rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) heraus, eine Polizeikette zu überrennen. Dabei wurden Steine auf die Polizeikräfte geworfen. Bei der Demonstration war die NPD stark vertreten (siehe StA Dresden 201 Js 14172/06 und LfV SN 2007: 38).

Dieses Fallspektrum bietet zunächst ein uneinheitliches Bild: Nur in zwei Fällen war ein eng mit der NPD assoziierter Aktivist als Täter aufgefallen, wobei in einem der Fälle der rechten Gewaltaktion eine linksmilitante Initialtat vorausging. Bei einem weiteren Fall lag eine unklare Rechts-Links-Interaktion vor, deren Initialtat nicht geklärt werden konnte. Überwiegend wurden die Taten aus dem Szenemilieu der NS-affinen Gruppen – allein fünf waren der Gruppe „Sturm 34“ zuzurechnen – und Skinheads heraus verübt. Bei zwei Fällen lagen Selbstbekenntnisse mit begrenzter Zuverlässigkeit vor: Einmal war der sich zur NPD bekennende Täter erheblich alkoholisiert, ein weiteres Mal könnte der provokatorische Charakter im Vordergrund gestanden haben (Raub als Geldsammlung für die „Deutsche Stimme“). Dem steht wiederum eine Reihe von Ereignissen mit eindeutiger Initialtat und nachvollziehbaren NPD-Bezügen gegenüber. Im Übrigen ist zu vermuten, dass sich weitere Fälle in der Rücklauffehlmenge (30) und den 45 unvollständigen Akten verbergen.

Dazu kommen noch einige Fälle, in denen sich die *NPD im Nachhinein dadurch exponierte*, dass sie Aktivisten auf ihre Kandidatenlisten gesetzt hat, die zuvor mit Gewalttaten aufgefallen sind. So wurden im Mai 2008 für die Liste der Kreistagswahl für die Sächsische Schweiz – Osterzgebirge Martin Schaffrath, Adrian Tschöp, Thomas Rackow und Lars Hein aufgestellt (*Sächsische Zeitung* vom 17.05.2008). Rackow und Schaffrath sind auch Mitglied des Landesvorstands der NPD-Jugendorganisation JN. T. war im Untersuchungszeitraum mit schweren Gewaltdelikten am 31.01. und 27.07.2003, am 01.05.2005 sowie am 22. und

26.06.2006 als Täter aufgefallen, S. an einem Überfall auf einen Jugendclub in Rosental-Biehlatal am 01.02.2003 beteiligt. Hein und Rackow gehörten zur Kerngruppe der Skinheads Sächsische Schweiz (siehe auch 6.1.1).

Vorläufiges Fazit: Die Fallzahl und teilweise Ambivalenz der Fälle reicht sicher nicht dafür aus, die NPD als gewaltaffinen Verband zu charakterisieren. Andererseits ist das *Bild in Sachsen dicht genug, um von Zusammenhängen zwischen NPD und rechter Gewalt* sprechen zu können.

5.4.2 Nordrhein-Westfalen

Vor dem Hintergrund einer schwachen NPD ohne flächendeckende Präsenz in NRW sind gar keine Zusammenhänge zwischen Wahlmobilisierungen und schwerer rechter Gewalt abzubilden. Im Aktenmaterial fand sich kein Fall mit solchen Verbindungen. Bei knapp *einem Siebtel* der Fälle (11) – deutlich weniger als in Sachsen – konnten über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg Bezüge zur NPD hergestellt werden. Konkrete Hinweise lagen bei folgenden Fällen vor:

– Am 27.09.2003 griffen in Mönchengladbach zwei Täter zwei Punker an, die gerade ihren Platz zum Schnorren herrichten wollten. Die Punker wurden mit „Scheiß-Zecken" beschimpft. Der ältere G. stiftete dabei den jüngeren F. mit der Bemerkung „Mach Du mal" an. Dem folgten Kopftritte auf eine Punkerin, die schwer verletzt wurde. G. schlug dann auf einen Punker ein, der eingreifen wollte. Laut örtlicher Staatsschutzdienststelle gehörten beide Täter der Neonazigruppe „Widerstandskämpfer Mönchengladbach" an. G. gilt in dieser Szene als Wortführer. Die beiden Täter wurden nach der Tat am 20.12.2003 bei einer Wintersonnenwendfeier der NPD in Mönchengladbach gesichtet. In der Hauptverhandlung im Mai 2005 bekundete G., seine politische Meinung auf legalem Wege durch die NPD vertreten zu wollen (siehe StA Mönchengladbach 501 236/04).

– Am 29.10.2005 begegneten sich im Kontext einer NPD-Demonstration in Göttingen im Umsteigebahnhof von Altenbeken eine 30–35 Kopf starke Gruppe von Rechtsextremisten und drei linke Gegendemonstranten. Die linke Gruppe wurde zunächst angepöbelt und geschubst. Als die drei Personen über die Gleise flüchten wollten, wurden sie auf Kommando – wahrscheinlich des bundwesweit bekannten Szeneaktivisten B. – von vier Mann verfolgt, zu Boden gebracht und mit Schlägen auf den Kopf und Tritten eingedeckt. Alle drei Opfer wurden verletzt, einer erlitt eine Platzwunde. Zu der provozierenden Gruppe gehörten u. a. der bekannte NRW-Neonazi- und NPD-Aktivist R. sowie der der NPD Ennepe-Ruhrkreis angehörige Ratsherr der Stadt Witten S. In der Beschuldigtenvernehmung einer äußerst szenekundigen Person hieß es: „Der Siggi (B., d. V.) hatte da nicht geschlagen. Der stand da nur mir seiner gedrehten Zigarette und hat sich amüsiert. (. . .) Der Axel (R., während des Angriffs auf der Toilette, d. V.) hat sich da geärgert, dass er pinkeln war und das ganze nicht mitbekommen hatte" (siehe StA Paderborn 120 Js 36/06).

– Fall vom 10.06.2006 (siehe oben 5.3.2).

Eher vage Hinweise fanden sich bei folgenden Fällen:

– Der am 01.06.2003 in Essen mit einer fremdenfeindlichen Exzesstat in Erscheinung getretene Intensivtäter S. gab in der Beschuldigtenvernehmung an, in der Vergangenheit „schon einige Male auf NPD- und DVU-Demos" gewesen zu sein (siehe StA Essen 29 Js 490/03).

– Am 16.05.2004 traf in Windeck-Rosbach eine 12–13-köpfige rechte Gruppe auf eine Gruppe Russlanddeutscher. Der Auslöser der gewaltsamen Konfrontation war nicht mehr aufklärbar. Die Ermittlungen spiegeln Vermengung mit unpolitischen Cliquengefechten und unklaren Interaktionen. Die Urteilsschrift bescheinigt auch der russlanddeutschen Clique einen gewissen Anteil an der Auseinandersetzung. Die Vernehmung der Angehörigen der rechten Clique ergab hinsichtlich der Einstel-

lungen ein diffuses Bild, das von „Mitte“ bis „rechts“ reicht. Ein Tatverdächtiger gab NPD-Kontakte in der Vergangenheit an, distanziert sich davon aber eindeutig. Ein anderer, vormals einer Skinhead-Clique zugehörig, gab an die NPD gewählt zu haben (siehe StA Bonn 551 Js 414/04).

– Am 02.07.2005 provozierten drei der rechten Szene zugehörige, alkoholisierte Beschuldigte – hier insbesondere S. – auf einem Schützenfest in Porta Westfalica eine Gruppe, von denen eine Person einen „Gegen Nazis“-Button trug. Die Drei gehörten zu einer 10–15-köpfigen Gruppe, die sich vorher in der Wohnung eines regionalen Szene-Aktivisten getroffen hatte. Nach den Provokationen wurden drei Opfer mit Bierkrug-Kopfschlägen und Tritten angegriffen. Nach der Anklageschrift gehörten die beiden Angreifer S. und W. zusammen mit anderen zur überregional bekannten Neonazi-Gruppe „Nationale Offensive Schaumburg (NOS)“, die in den Monaten vor und nach der Tat mehrfach mit Aktionen und Demonstrationen aufgetreten ist. Gegen den an der obigen Gewalttat beteiligten W. wurde später wegen eines im Januar 2007 ins Internet gestellten volksverhetzenden Artikels ermittelt, der schon im Titel propagandistische Avancen zur NPD enthielt: „Holocaust-Überlebende fordern NPD-Verbot – Wann endlich verbietet man Holocaust-Überlebende.“ Der Beschuldigte S. war zur Tatzeit bereits erheblich vorgeahndet, u. a. wegen eines vollendeten Tötungsdelikts am 09.08.1999. Die Anklageschrift betonte daher zu Recht, dass die Handlungsweise von S., mehrfach mit einem Bierkrug auf den Kopf zu schlagen, obwohl er auf ähnliche Weise bereits einen Menschen getötet hatte, besonders herausrage (siehe StA Bielefeld 46 Js 468/05).

– Am 03.08.2005 wurde in Kreuztal-Littfeld ein Nigerianer Opfer eines fremdenfeindlichen Angriffs. Er wurde mit „Scheiß Nigger“ beschimpft, mit dem „Hitlergruß“ bedacht und erhielt einen Stich mit einer Nagelschere. Einer der Tatverdächtigen gehörte vorübergehend zu der NS-affinen Gruppe „Siegener Bärensturm“. Die Neonazi-Szenen im Hochsauerlandkreis/Kreis Siegen und im Rhein-Sieg-Kreis zählen zu den NPD-Unterstützern bzw. Aktivisten (siehe StA Siegen 352 Js 434/05 und Abt. VS NRW 2007: 56–57).

– Am 04.08.2005 betrat eine achtköpfige Gruppe in Wuppertal-Barmen die Gaststätte „Blue Moon“ – früher einmal Treffpunkt linker Skinheads – und griff das Personal mit Schlägen und Tritten an. Die Ermittlungen ergaben, dass die Aktion einem linken Skinhead galt, der in der Bar vermutet wurde. Kontext war eine von dem NPD-Kontakte pflegenden Neonazi-Aktivisten Axel R. angemeldete rechtsextremistische Demonstration zwei Tage zuvor in Leverkusen, bei der es zu einer Gegendemonstration und anschließenden Konfrontationen kam (siehe StA Wuppertal 70 Js 6135/05).

– Im April und Mai 2006 beteiligten sich zwei überregional bekannte Neonazi-Aktivisten und Mehrfachtäter an schweren Gewaltdelikten. Beide suchen seit spätestens 2008 zusammen mit Axel Reitz öffentlich die Zusammenarbeit mit dem NPD-Spektrum ohne Berührungsangst zu „freien Kräften“, so dass auch für den Tatzeitraum von einer gewissen Nähe zur NPD ausgegangen werden kann. Am 01.04.2006 fand in Dortmund eine Demonstration zur Erinnerung an einen ein Jahr zuvor erstochenen Punker statt. Bei einer Zwischenkundgebung an dem rechten Devotionalienladen in der Rheinischen Str. 139 versuchte eine 16-köpfige Gruppe von rechten Militanten, darunter die Aktivisten K. und D., dort einzudringen, wurde aber von Polizeikräften abgetrennt. Dabei wurde eine Flasche auf die linke Demonstration geworfen (siehe StA Dortmund 155 Js 164/06).

– Fall vom 05/06.05.2006 mit den gleichen Aktivsten K. und D. (siehe bereits oben 5.3.1) und Fall vom 18.11.2005 (siehe oben 5.3.2).

Wie in Sachsen auch ergibt die Einzelfalldurchsicht schwerer rechter Gewalt in NRW kein Bild mit scharfen Konturen. Eher treten die für die NPD und ihre Beziehungen zu gewaltbereiten Szenen *typischen Ambivalenzen* zutage: NPD-Aktivisten stehen nicht im Mittelpunkt des Gewaltgeschehens – sie sind aber auch nicht weit davon entfernt. Die Mehrzahl der schweren Gewalttaten wurde von Angehörigen NS-affiner Szenen, einige davon überregional exponierte, ideologisierte Überzeugungstäter, begangen. Einige Täter gaben dagegen nur diffuse und vage Selbstbekenntnisse von sich. Bei den Rechts-Links-Konfrontationen kamen sowohl rechte Initialtaten als auch interaktive Verklammerungen mit

linksmilitanten Initialtaten vor, die das rechte Gewalthandeln erst angeschoben haben.

In dem Fall vom 29.10.2005 mit dem Übergriff auf drei Gegendemonstranten wird das Verhältnis der NPD zur Gewalt geradezu idealtypisch auf den Punkt gebracht: Unter der Angreifergruppe befanden sich mindestens ein bekannter NPD-Aktivist und zwei bundesweit exponierte Neonazi-Kader, die alle drei nicht persönlich tätig wurden. Einer der Letzteren bedauerte allerdings ausdrücklich seine Abwesenheit während der Gewalttat wegen Toilettengangs. Der Angriff wurde unter dem Kommando der sich zynisch zurückhaltenden Führungsperson Siggi B. ganz offensichtlich mit Billigung der Umstehenden durchgeführt.

Ein weiteres Gewaltdelikt – in dieser Aufstellung wegen minderer Schwere nicht berücksichtigt – unterstreicht aber noch einmal das symbiotische Verhältnis von NPD und Gewaltakten:

– Am 10.09.2005 kam es in Hamm zu einem Übergriff auf eine behinderte Person: „Der Geschädigte, linke Szene, gab an, dass er den Tatverdächtigen an der Bushaltestelle ‚Westentor/Ritterstr.' angesprochen und nach dem Weg gefragt habe. Der Tatverdächtige habe geantwortet, dass er keine linke Zecke sei und ihn mit einem leichten Stoß gegen den Oberkörper nach hinten weggedrängt und ihm anschließend gegen den Unterschenkel getreten hätte. Der Tatverdächtige wurde von den Beamten an einem NPD-Stand angetroffen. Während der Anzeigenaufnahme sagte ein anderer Tatverdächtiger (der bekannte norddeutsche Neonazi-Aktivist und enge Weggefährte Christian Worchs H., d. V.) in Richtung des Geschädigten: ‚Dem Krüppel sollte man die Beine begradigen, aber ohne Narkose'. Der Geschädigte leidet an einem Gehfehler" (KTA-Meldung nw05376004/05).

Wie bei der sächsischen Auswertung ist auch bei dem NRW-Aufkommen zu vermuten, dass sich weitere Fälle in der Rücklauffehlmenge (55) und den 37 unvollständigen Akten verbergen.

5.5 Abschließende Bewertung

Die Untersuchung bezieht sich auf die Teilmenge der in der Polizeidatenauswertung von den Verfassern *als schwer eingestuften* rechten Gewaltdelikte. Mit dem Aktenrücklauf konnten in Sachsen 76 Prozent und in NRW 66 Prozent schwerer Gewalt abgedeckt werden. Auf das *Gesamtaufkommen rechter Gewalt* 2003–2006 bezogen, erhellt die Aktenanalyse *in Sachsen ein gutes Viertel* und in *NRW ein knappes Sechstel*.

Von 83 Taten in Sachsen wurden über vier Fünftel, in NRW von 87 Taten drei Viertel mit *hoher bis gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohlichen Einwirkungen* begangen. In Sachsen zählte ein knappes Fünftel, in NRW ein knappes Viertel zur hochproblematischen *Kerngruppe der Mehrfach- und Intensivtäter.*

Der weit gefasste, im Definitionssystem PMK enthaltene Arbeitsbegriff „politisch motiviert" hat sich im Fallmaterial schwerer rechter Gewalt als treffsicher erwiesen. Bewertungsprobleme tauchen dann auf, wenn eine Gewalttat als „extremistisch" eingestuft werden soll. Ein weiteres Problem ist die mangelhafte Rück-

kopplungsmöglichkeit der polizeilichen Erstbewertung mit dem Ergebnis der justitiellen Bearbeitung der Gewalttaten.

Zur Überprüfung der *politischen Motivation* der Taten im Sinne des weit gefassten PMK-Arbeitsbegriffs wurden aus dem Aktenmaterial sechs Indikatoren – Themenfeld der Tat, Anzeichen für Extremismus, Hassparolen im Tatkontext, Gruppen/-Organisationszugehörigkeiten, Einfluss von Hassmedien, Anzeichen für Ideologisierung – herausgezogen und quantifiziert. Bei der weit überwiegenden Zahl der Fälle lagen Mehrfachtreffer vor. Ein Viertel der sächsischen und in NRW nur ein Zwölftel der Fälle mit nur einem Treffer lagen am schwächeren Ende der Bewertungsskala.

Im *Themenhaushalt* schwerer Gewalt liegt in Sachsen die Konfrontation mit dem politischen, weltanschaulichen und lebensstilistischen „Feind" vor fremdenfeindlicher Hassgewalt, in NRW verhält es sich genau umgekehrt.

Als ergiebiger Indikator zur Bestimmung der politischen Motivationsfragmente aus dem Aktenmaterial heraus haben sich *unmittelbar im Zusammenhang mit der Gewalttat gerufene eliminatorische, dehumanisierende und diskriminatorisch-xenophobe Hassparolen* erwiesen. In Sachsen traf dies bei etwa der Hälfte, in NRW bei fast zwei Dritteln der Fälle zu.

Bei *über einem Drittel* der sächsischen Täter konnte *Angehörigkeit in fester strukturierten Gruppen der NS-affinen Szene vermutet* werden, in NRW war dies ein Fünftel der Täter. In Sachsen verteilte sich darüber hinaus mehr als ein Fünftel der Täter auf die – schwierig abzugrenzende – Skinheadszene und diffuse rechte Zusammenhänge, in NRW war dies ein knappes Viertel.

Die Beeinflussung von Gewalttätern und situativen Prozessen durch *hassgeladene Rechtsrockmusik* und *Cyberhate-Material* hat sich im Fallmaterial nur schwach widergespiegelt. Dies könnte auf Erfassungs- und Sensibilisierungsdefizite hindeuten. Bestätigt hat sich auch bei der Betrachtung schwerer Gewalt ein *starker Zusammenhang mit Alkoholkonsum und Gruppenhandeln*. Trotzdem gibt es planende und aufsuchende Handlungskomponenten. *Überfälle und Streifenaktivitäten* stellten in Sachsen deutlich über ein Viertel, in NRW etwa ein Siebtel des Aufkommens. In Sachsen gehörten diese Vorgehensweisen zum ausdrücklichen Aktionsrepertoire einiger Gewaltgruppen. Ziele waren überwiegend „linke" und sonstige Personen mit aus Tätersicht abweichenden Lebensstilen.

In dem Handlungsfeld der Konfrontation mit dem politischen, weltanschaulichen und lebensstilistischen „Feind" kam es mitunter zu interaktiven Verklammerungen mit dem linksmilitanten Gegenpart, der mitunter mit eigenen Aktionen die rechte Gewalt erst anschob. Solche Ereignisse bestimmen aber nicht das Gesamtbild schwerer rechter Konfrontationsgewalt.

Gewaltexzesse scheinen ein *ständiger Begleiter rechten Gewalthandelns* zu sein. Die Fallzahlen sind zwar nicht hoch, aber solche Ereignisse sind – auch über den Untersuchungszeitraum hinaus – kontinuierlich zu beobachten.

Gleiches gilt auch für die Kernfrage der Untersuchung – das Verhältnis NPD zu rechter Gewalt. Immerhin konnten in Sachsen bei *fast einem Viertel* der Fälle schwerer Gewalt mehr oder weniger starke Bezüge zur NPD hergestellt werden. In NRW war dies nur bei einem Siebtel der Ereignisse der Fall. Hier spiegeln sich die *für die NPD typischen Ambivalenzen des Brückenschlags zu militanten Szenen*. Zusammenhänge zwischen NPD-Wahlmobilisierungen und schwerer rechter Gewalt waren aus dem Fallmaterial in Sachsen nur sehr schwach, in NRW gar nicht abbildbar.

6 Vier Räume mit Gewalttatenhäufungen

Als Untersuchungsgegenstand wurden die Kreise bzw. kreisfreien Städte ausgewählt, die nach Häufigkeitszahl (PMK-Gewaltdelikte rechts pro 100.000 Einwohner) im jeweiligen Land von 2003–2006 die höchsten Werte ergaben: In Sachsen waren dies die Sächsische Schweiz (HZ 12,25) und Mittweida (HZ 4,74), in NRW die Städte Bochum (HZ 3,56) und Gelsenkirchen (HZ 2,14). Die vier Räume werden daraufhin untersucht, ob sich *Zusammenhänge zwischen dem jeweiligen Gewaltaufkommen und den relevanten Akteursgruppen NPD und NS-affine Szene* feststellen lassen.

6.1 Sächsische Schweiz

Das Aufkommen rechter Gewalt in der Sächsischen Schweiz ist an eine im Untersuchungsraum herausragende Konstellation geknüpft: Die *Symbiose zwischen der NPD und einer gewaltorientierten NS-affinen Organisation, den Skinheads Sächsische Schweiz (SSS)*. Im Rückgriff auf Gerichtsakten werden die wichtigsten Eckpunkte dieser Entwicklung nachgezeichnet.[145]

6.1.1 Vorgeschichte der Konstellation NPD/SSS

Die vierköpfige *Gründergruppe* der späteren SSS fand sich im Frühjahr 1996 zusammen, darunter der später als „geistiger Führer" für Propagandabelange zuständige und im Hauptverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilte Erzieher S. und der später wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung verurteilte B. – beide auch als Rechtsrockmusiker in der Band „14 Nothelfer" aktiv. Ziele der Gruppe waren einerseits die Verfestigung des Zusammenhalts unter Skinheads und „national gesinnten" Jugendlichen und zum anderen die Schaffung eines Raumes, der von „Zecken", „Kiffern" und Ausländern – auch gewaltsam – zu „säubern" sei und aus dem Antifa-Gruppen herausgedrängt werden sollten. Hierbei war ausdrücklich angedacht, den Machtbereich der SSS auf die in der Region befindlichen Jugendclubs zu erweitern, was später auch mit einer Reihe von Überfällen konkretisiert wurde. Das Aktivitätenspektrum erstreckte sich über Freizeitgestaltung – Sonnenwendfeiern, Nachstellung historischer Feldschlachten, Teilnahme an Rechtsrockauftritten, Grillabende, Orientierungsmärsche – bis hin zur *Unterstützung der NPD* – Teilnahme an Veranstaltungen, Demonstrationen, Plakatierungsaktionen und Sicherheitsdienste auf Veranstaltun-

145 Materialbasis sind die Dokumente der akribischen Ermittlungstätigkeit der SOKO Rex des sächsischen LKA und der Staatsanwaltschaft Dresden unter fachlicher Leitung des OStA Jürgen Schär. Die Effizienz dieser Arbeit wird u. a. dadurch unterstrichen, dass das Gericht die Sachverhaltsschilderungen für die Urteilsschriften unverändert übernommen hat und der GBA unter Hinweis auf die Gründlichkeit der Untersuchungen erklärt hat, dass zum Komplex SSS keine Notwendigkeit bestehe, als zentrales Ermittlungsorgan einzugreifen.

gen und Personenschutz. Weitere organisatorische Schritte waren die *Gründung zweier „Aufbauorganisationen"* (AO) zwecks Heranführung Jugendlicher an die Kerngruppe der SSS – Ende 1996 eine „AO/OET" im oberen Elbtal (die Gründungsrede hielt S.) und im November 1997 eine „AO/UET" im unteren Elbtal – und die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen.

Spätestens ab Februar 1998 formierte sich bis Januar 1999 eine *16-köpfige SSS-Kerngruppe* von Führungsaktivisten, die sich selbst als „members" bezeichneten.[146] Diese fassten die von „normalen" Mitgliedern und AO-Angehörigen umzusetzenden Beschlüsse.

Die Hierarchieebenen wurden durch unterschiedliche Aufnäher auch nach außen kenntlich gemacht. Die AO-Angehörigen hatten eine sechsmonatige Probezeit zu durchlaufen, in der sie sich mit der Erledigung verschiedener Aufgaben – so etwa Veranstaltungs- und Konzertorganisation, Ordnerdienst, Telefonbereitschaft, Kontaktpflege mit der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG), Erhebung von „Kampfspenden", Ausbildung in der Handhabung von Schusswaffen – für die Mitgliedschaft in der SSS bewähren sollten. In den AOs fanden wöchentliche Mitgliedertreffen mit Anwesenheitspflicht statt.

Darüber hinaus gab es Bemühungen zum Aufbau einer *Wehrsportgruppe* unter Federführung des Kerngruppenangehörigen R., um Überfallaktionen effizient durchführen zu können. Dazu sollten Ausrüstungsgegenstände wie Kampfmesser, Kabelbinder, Gesichtsmasken und Funkgeräte per Sammelbestellung beschafft werden. Es kam zu mindestens drei bis vier Geländeübungen mit Gotcha-Ausrüstung auf einem ehemaligen Bundeswehrgelände und dem Grundstück der Großmutter des Kerngruppenangehörigen und SSS-Kassenwarts V. – ansonsten blieben diese Bestrebungen in der Planungsphase stecken.[147] Eine aus Kerngruppenangehörigen bestehende Dreiergruppe kümmerte sich um die *Erstellung eines Anti-Antifa-Archivs*, in dem Daten – Wohnanschriften, Telefonnummern, Kfz-Kennzeichen – von etwa 50 Personen zusammengetragen wurden. Personen aus dieser Zielgruppe wurden dann mit Drohbriefen, Telefonterror, fingierten Warenbestellungen, Farbschmierereien und Hetzjagden bedacht. Zu diesem Tätigkeitsfeld zählte auch mindestens ein Infiltrationsversuch einer Antifa-Gruppe. Außer-

146 Gründer- und Kerngruppe waren offenbar von der am 10. November 1994 verbotenen rechtsextremistischen Wiking-Jugend (WJ) beeinflusst, so auch der Begründer S.

147 So auch die Waffenausbildung, die sich offenbar auf gelegentliche Basisübungen beschränkte. Es gab keine Hinweise zum Training des praktischen Schießens mit forcierter Handhabungssicherheit, Treffsicherheit, Schnelligkeit und Bewegung. Die schusswaffenbezogenen Zwischenfälle beschränkten sich auf eine Ballerei des „Instruktors" D. mit einem Kumpanen auf dem Gelände eines Bikerclubs im März 1999 und D.'s Bedrohung seiner Freundin mit ungeladener Pumpgun im hochalkoholisierten Zustand. Bei zwei Personen wurde Sprengstoff gefunden: Eine Übungshandgranate und Zünderteile bei K. (Anklageschrift StA Dresden 200 Js 37287/01: 18) sowie nicht unbeträchtliche Mengen hochbrisanten Sprengstoffes bei Matthias J. im Schuppen seiner Eltern (Anklageschrift StA Dresden 200 Js 41875/02 sss: 3–4).

dem kümmerte sich die SSS-Kerngruppe um insgesamt fünf bis sechs Treffen mit Belehrungen zu einschlägigen Rechtsfragen, die von einem NPD-nahen Anwalt bestritten wurden.

Die SSS-Kerngruppe trug auch für die Unterhaltung einer *eigenen Infrastruktur zum Transport rassistischer, antisemitischer und heterophober Inhalte* mit Schriften, Homepage und hauseigener Rechtsrockband Sorge. Bis zum April 1999 erschienen als „Organ der Skinheads Sächsische Schweiz" acht Ausgaben des Heftes „Froindschaft" und auf die Belange der Jüngeren der AO's ausgerichtet das Fanzine „Der Heimatbote" sowie eine Schülerzeitschrift namens „Die Parole". Das Schrifttum enthielt NS-verherrlichende und volksverhetzende, darunter auch eliminatorische und dehumanisierende Texte. Über eine seit etwa Dezember 2000 ins Netz eingestellte Website www.heimatschutz.org wurden u. a. personenbezogene Drohungen gegen einen Antifa-Aktivisten und einen Kreistagsabgeordneten der PDS verbreitet. Zwei der Gründungsmitglieder spielten in der Band „14 Nothelfer", der SSS-Anführer S. war dort 1996–2000 Sänger.[148]

Zu den herausragenden *SSS-Gewaltdelikten* gehörte ein Überfall am 10.07.1998 auf eine am Pirnaer Elbufer grillende Gruppe „Linker", am 18.10.1998 wurden in Gohrisch drei Opfer, die zuvor im örtlichen Jugendclub mit Äußerungen gegenüber SSS-Angehörigen deren Unwillen erregt hatten, in einen Hinterhalt gelockt und überfallen, und am 30.05.1999 drang eine SSS-Gruppe anlässlich des Auftritts einer Punkrockband gewaltsam in die Umweltfabrik Pirna-Liebethal ein. Zum modus operandi der Aktionen gehörten Angriff und Rückzug auf Kommando, Vermummung und einheitlich dunkle Kleidung, Bewaffnung mit Schlagwerkzeugen und Absprachen über Scheinalibis. Dazu kam eine Reihe von Aktionen zur Einschüchterung von im Raum Pirna wohnhaften Antifa-Leuten und „Linken". So wurde etwa Ende 1999 ein Pirnaer Antifa-Aktivist mit Drohbriefen und einer Blockadeaktion vor dem Haus seiner Eltern gezielt derart unter Druck gesetzt, dass er nicht mehr an politisch linksorientierten Veranstaltungen teilnahm und sein Äußeres veränderte. Seine Freundin wurde Anfang Juli 2000 mit einer nötigenden Verfolgungsjagd per PKW eingeschüchtert und danach fotografiert. Die Drohung massiver Gewaltanwendung schwebte auch gegenüber „Verrätern" im Raum (vgl. Anklageschrift StA Dresden 200 Js 11234/01 sss: 3–52).

Teil der Gewalthabitualisierung waren offenbar auch einschlägige SSS-Freizeitprogramme: So wurden im Rahmen von Ausflügen und Trinkgelagen gewaltverherrlichende Szenen nachgestellt. In einem Fall wurde durchgespielt, wie einem durch Maske symbolisierten schwarzhäutigen Opfer mit Baseballkeulen und Stiefeltritten der – offenbar in Anspielung auf den „Bordsteinkick" auf eine Kante

148 Der Bandname ist eine Anspielung auf die in der Skinheadszene zum Stammvokabular gehörige rassistischen Parole „14 words": „We must secure the existence of our people and a future for white children". Die Band hat zwei CDs produziert: Die erste, „Einstand" (1998), wurde indiziert, danach kam „Hate'n Roll" (2000).

gelegte – Schädel zertrümmert wird. Solche Darstellungen fanden sich dann in Fotoalben von SSS-Anhängern, wo sie bei Durchsuchungen asserviert wurden (LKA Sachsen/Soko Rex, StA Dresden 200 Js 70977/99).

Die Bilanz der SSS-Aktivitäten bis zum Verbot stellt sich folgendermaßen dar: Die Urteilsschrift des Hauptverfahrens schlussfolgert, es sei den *SSS gelungen, in der Sächsischen Schweiz ein Klima der Angst und Verunsicherung* zu erzeugen. Die Angeklagten – Angehörige der Gründer- und Kerngruppe – hätten zwar vollumfängliche Geständnisse abgelegt, allerdings keine Reue und Einsicht in das Unrecht der begangenen Taten zum Ausdruck gebracht. Insbesondere der Begründer S. habe an seiner Gesinnung festgehalten (LG Dresden 200 Js 11234/01: 18, 42–43). Eine von Juni 1998 bis November 2000 reichende Aufstellung polizeilich bearbeiteter Straftaten enthält 59 Straftaten, davon zwölf Gewaltdelikte. Zur personellen Stärke der SSS samt Anhängerschaft gibt es aufgrund hoher Fluktuationen keine verlässlichen Angaben. In dem Hauptverfahren wurden 80 Beschuldigte ermittelt. SSS-Angehörige schätzten das Gesamtpotential auf zeitweilig 200 Personen und sprachen von einer 20–40 Personen starken Kerngruppe.

Bei den Angehörigen der Kerngruppe finden sich einige Hinweise darauf, dass sie in das *örtliche Umfeld gut integriert* waren: In deutlichem Gegensatz zu vielen rechten Mehrfachtätern haben sie eine (handwerkliche) Berufsausbildung absolviert. Der Anführer S. hatte sogar einen Abschluss als staatlich anerkannter Erzieher, war bis 2000 als Familienhelfer bei der AWO tätig, verlor danach aber verfahrensbedingt seine Stelle und schulte dann zum Fahrlehrer um. Eine ganze Reihe der SSS-Aktivisten war bis zum Verfahren strafrechtlich noch nicht in Erscheinung getreten. Einige SSS-Kerngruppenangehörige, darunter Jacobi, Rackow und Weihs (Kraske/Werner 2007: 48), wohnten bei ihren Eltern, wobei deren Väter sich kommunalpolitisch bei der NPD engagierten. In den Räumlichkeiten des Zweitgenannten, „Wehrsportbeauftragter" und für die Anti-Antifa-Arbeit zuständig, fanden regelmäßig SSS-Treffen statt; dort befand sich auch eine „member-Loge" für die Führungsriege. Der Erstgenannte, Sohn eines NPD-Ratsherren in Reinhardtsdorf-Schöna, hatte Sprengstoff im Schuppen seiner Eltern gelagert. In einem anderen Fall genoss der (auch im Untersuchungszeitraum gewalttätig auffällig gewordene) besonders agile Kerngruppenangehörige Tino K. einigen Aussagen zufolge weitgehende moralische Unterstützung seines damals beim Bundesgrenzschutz tätigen Vaters, die sich offenbar auch in vernehmungsresistentem, überheblichem Verhalten gegenüber der Polizei niederschlug (siehe Anklageschrift StA Dresden 200 Js 11234/01 sss: 32–36, Anklageschrift StA Dresden 200 Js 37287/01: 26–29, StA Dresden 204 Js 52402/04: 70–71). Darüber hinaus gab es einige Beispiele dafür, dass SSS-Trupps Ordnerdienste für Gemeindefeste oder ähnliche Anlässe geleistet haben.

Diese Besonderheit leitet zu den in der Sächsischen Schweiz besonders ausgeprägten Verbindungen der SSS zur NPD über. In der Bilanz des im polizeilichen Schlussbericht der GEG „Elbsandstein" vom 15.12.2000 aufbereiteten Kenntnis-

standes ist von *engen Verbindungen zwischen SSS und NPD* die Rede, die auf Seiten der NPD von dem verstorbenen ehemaligen Geschäftsführer der Kreisverbandes Uwe Leichsenring und dem NPD-Mitglied Michael Wiegand gepflegt wurden. Der Bericht führte hierzu folgende Sachverhalte an:

- „Durch die ‚SSS' und ‚SSS/AO' wurde tatkräftig der Wahlkampf der NPD unterstützt. Im Ergebnis der Landtagswahlen vom September 1999 konnte die NPD im Landkreis Sächsische Schweiz einen für ihre Partei großen Wahlerfolg verzeichnen, welchen sie nicht zuletzt der aktiven Unterstützung durch die ‚SSS' zu verdanken hat.
- Durch die ‚SSS' und ‚SSS/AO' wurden bei einer Vielzahl von Veranstaltungen der NPD Security-Dienste (Ordnungsdienste) geleistet. Diese umfassten zum Beispiel Saalschutz bei Wahlveranstaltungen, Absicherungen bei öffentlichen Veranstaltungen und Personenschutz, wenn hochrangige Funktionäre der NPD oder Gastredner (wie z. B. Manfred Röder) sich im Wahlkreis des Leichsenring aufhielten.
- Nach einer Wahlveranstaltung am 17. Juli 1999 war mit der NPD und der ‚SSS' ein gemeinsames ‚Hagalfest' mit anschließendem Auftritt der rechtsextremen Skinheadbands ‚14 Nothelfer' und ‚Frontschweine' in der Obstscheune Krietzschwitz geplant. Dies wurde durch eine Verbotsverfügung des Landratsamtes und durch einen anschließenden ordnungspolizeilichen Einsatz verhindert.
- Leichsenring hat im Beisein des Rechtsanwalts J. aus Zittau Treffen der ‚SSS' auf dem Grundstück der Familie R. oder Treffen in der Obstscheune in Krietzschwitz besucht.
- In unregelmäßigen Abständen, alle ein oder zwei Monate, erschien Rechtsanwalt J. bei vorher einberufenen Versammlungen und ‚Rechtsbelehrungen' als Vortragender. Im Anschluss daran konnte jeder persönliche Fragen an ihn stellen, und es wurde durch ihn ausführlich dargelegt, wie man sich zum Beispiel bei Durchsuchungen durch die Polizei zu verhalten hat [. . .].
- Im Vorfeld der durchzuführenden Security-Dienste war durch den Rechtsanwalt J. festgelegt, dass angemeldete Veranstaltungen der NPD als geschlossene Veranstaltungen anzusehen sind. Da die Security-Leute der ‚SSS' dazu gehören würden, hätten diese das Recht, unliebsame Besucher aus geschlossenen Veranstaltungen zu verweisen oder zu verbringen. Wenn es dabei zu körperlichen Auseinandersetzungen käme, solle man sich darauf berufen, in Notwehr gehandelt zu haben [. . .].
- Eine unbestimmte Anzahl von Mitgliedern der ‚SSS' sind gleichzeitig NPD-Mitglieder.
- Der ‚SSS' wurde durch die NPD des Landkreises Sächsische Schweiz ein Computer zur Verfügung gestellt.
- Für Michael J. wurde durch die StA Dresden für seine Entlassung aus der Untersuchungshaft die Zahlung einer Kaution von 10.000,– DM festgesetzt. Durch den NPD-Kreisvorstand des Landkreises Sächsische Schweiz wurde zu einer bundesweiten Spendenaktion unter deren Mitgliedern, Anhängern und Sympathisanten der NPD für Herrn J. aufgerufen" (siehe StA Dresden/GEG „Elbsandstein" 200 Js 70977/99: 11–12).

Darüber hinaus bot Leichsenring selbst Anlass für ein Ermittlungsverfahren wegen Werbens und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, indem er sich in Kenntnis der aus den SSS-Zusammenhängen begangenen Gewalttaten und der diesbezüglich laufenden Verfahren und Verurteilungen sowohl mit demonstrativen Bekundungen seiner Verbundenheit als auch mit einem konkreten Unterstützungsakt – der Bereitstellung eines PCs für den Aktivisten R. – exponierte. In einem im Winter/Frühjahr 1999/2000 mit R. geführten Interview für die Szeneschrift „Ragin", das später durch die Schrift „White Supremacy" landesweit verbreitet wurde, antwortete Leichsenring auf die Frage, wie er sich im Falle eines NPD-Verbots verhalten würde:

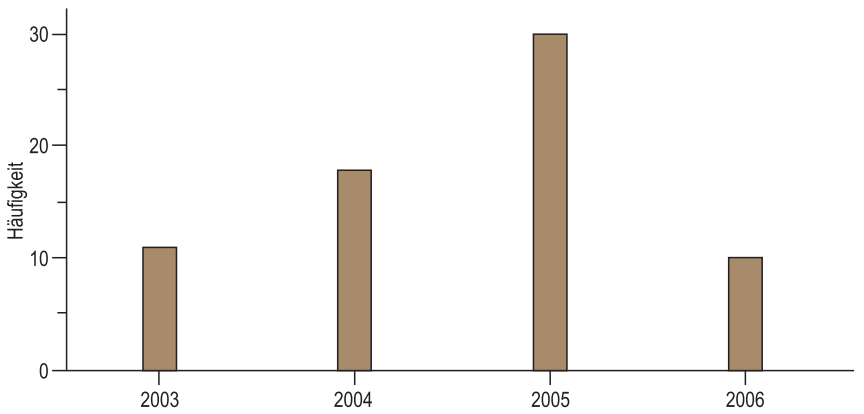
– „Das ist eine hypothetische Frage, die ich derzeit nicht beantworten kann. Es gibt viele Möglichkeiten, den Kampf um Deutschland fortzusetzen. Welche dann am effektivsten wäre, müsste zum gegebenen Zeitpunkt geprüft werden. Das bin ich sowohl unserer Großvätergeneration als auch meiner Tochter schuldig. Der Kampf geht so lange weiter, bis man mich mit den Füßen zuerst wegträgt. Vielleicht würde ich auch zum Frisör gehen und bei meinen Freunden von ‚Skinheads Sächsische Schweiz' um Aufnahme bitten" (StA Dresden 200 Js 51498/00 sss: 3).

Des Weiteren bezeichnete er die SSS-Aktivisten als „junge, zuverlässige und anständige Männer und Frauen", denen er jederzeit seine fünfjährige Tochter anvertrauen würde.

6.1.2 Ausmaß, Verlauf und Besonderheiten rechter Gewalt 2003–2006

Mit 12,25 Gewaltdelikten pro Jahr je 100.000 Einwohner und 69 Gewaltdelikten im Untersuchungszeitraum liegt die Sächsische Schweiz relativ und absolut an der Spitze der in Sachsen und NRW untersuchten Räume. Fast drei Viertel (51) des Aufkommens richtete sich gegen aus Angreifersicht „feindlich" gesonnene Gruppen, Szenen, Parteien oder Einzelpersonen (Konfrontationen gegen „links" und „sonstige politische Gegner"), ein knappes Fünftel (13) floss in fremdenfeindliche und rassistische Gewalt. Damit tritt der für ganz Sachsen festgestellte Themenwechsel in der Hochburg rechten Gewalthandelns noch deutlicher zu Tage. Die Gewalt kam zu über der Hälfte aus kleineren (29) und größeren Gruppen (8). Über ein Drittel der Gewalttaten (24) wurde mit Einwirkungen verübt, die zu hoher bis gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohlich waren. Im Verlauf gab es von 2003–2005 einen starken Anstieg (Verdreifachung 2005), 2006 fiel der Pegel unter das Ausgangsniveau von 2003.

Schaubild 45: Verlauf der Gewalttaten im Landkreis Sächsische Schweiz (n=69)



Zunächst stellt sich die Frage, ob und wie sich die Strukturen der am 03.04.2001 durch das sächsische Staatsministerium des Innern *verbotenen Organisation SSS auf dieses Gewalttatenaufkommen ausgewirkt* haben. Fest steht, dass den dieser Untersuchung vorliegenden Unterlagen zufolge immerhin *mindestens zehn*

Ex-SSS-Aktivisten auch noch im Untersuchungszeitraum 2003–2006 mit Gewaltdelikten aufgefallen sind. Der Kerngruppenangehörige F. wurde wegen eines am 20.08.2003 verübten fremdenfeindlichen Brandanschlags verurteilt. Das Gründungsmitglied B. ist unter Bewährungsbruch am 11.09. und 19.09.2004 mit minder schweren, am 02.10.2004 mit einem schweren Gewaltdelikt, zusammen mit Matthias J., in Erscheinung getreten. Ein weiterer, der seinerzeit herausragend aktive SSS-Aktivist K. wurde wegen eines schweren Gewaltdelikts verurteilt, sechs weitere sind als Tatverdächtige aufgefallen.

Darüber hinaus kam es seit Mai 2005 in Pirna und Umgebung zu mehreren Überfällen auf „Linke", die von größeren Gruppen (20–40 Personen) und mit einem modus operandi durchgeführt wurden, der an das Vorgehen der SSS erinnerte: Gezielte Angriffe mit kurzer Dauer, Vermummung, Kampfausrüstung, Einsatz von Schlag- und Tritttechnik, Anleitung durch Rädelsführer, vorherige Einteilung, nur kurze sprachliche Verständigung während der Aktion. Drei Ereignisse ragten heraus: Am 05.05.2005 überfielen ca. 30–40 Personen eine am Kiessee nahe Pirna zeltende Gruppe von ca. 20 „Linken", die dort Männertag feierte. Die Angreifer zählten von zehn auf null herunter, riefen „Sieg Heil" als Angriffsparole, traten Zelte ein und gingen mit Tritten und Schlägen gegen die Anwesenden vor. Am 18. und 19.06.2005 passten am Pirnaer Bahnhof bis zu 40–60 Personen zählende Angreifergruppen aus Dresden anreisende „Linke" ab, um sie tätlich anzugreifen. Aktionsauslöser war eine auf die Homepage der Pirnaer Szenegruppe „Copitzfront" gestellte Nachricht, in der es hieß, „500 Linke" würden aus dem Dresdener Stadtfest „Bunte Republik Neustadt" in Pirna einfallen. Die Angreifer gingen teilweise vermummt vor. Bei den drei Aktionen wurden mindestens 22 Personen verletzt, ein Teil davon erheblich. Unter den 35 ermittelten Tatverdächtigen wiesen einige beachtliche polizeiliche Vorerkenntnisse hinsichtlich Gewaltdelikten und sonstigen Straftaten auf. Hinweise auf eine Politisierung der Gruppenangehörigen ergaben sich durch bei Durchsuchungen zutage gefördertes Szeneschrifttum sowie rechtsextremistische Text-, Bild- und Tondateien. An der personellen Zusammensetzung der ermittelten Tatverdächtigen ließ sich aber keine fortwirkende SSS-Struktur ablesen: Nur eine Person aus dieser Pirnaer Gewaltgruppe, Tino K., gehörte vormals zur SSS-AO/OET (vgl. StA Dresden/LKA Sachsen 204 Js 40729/05).

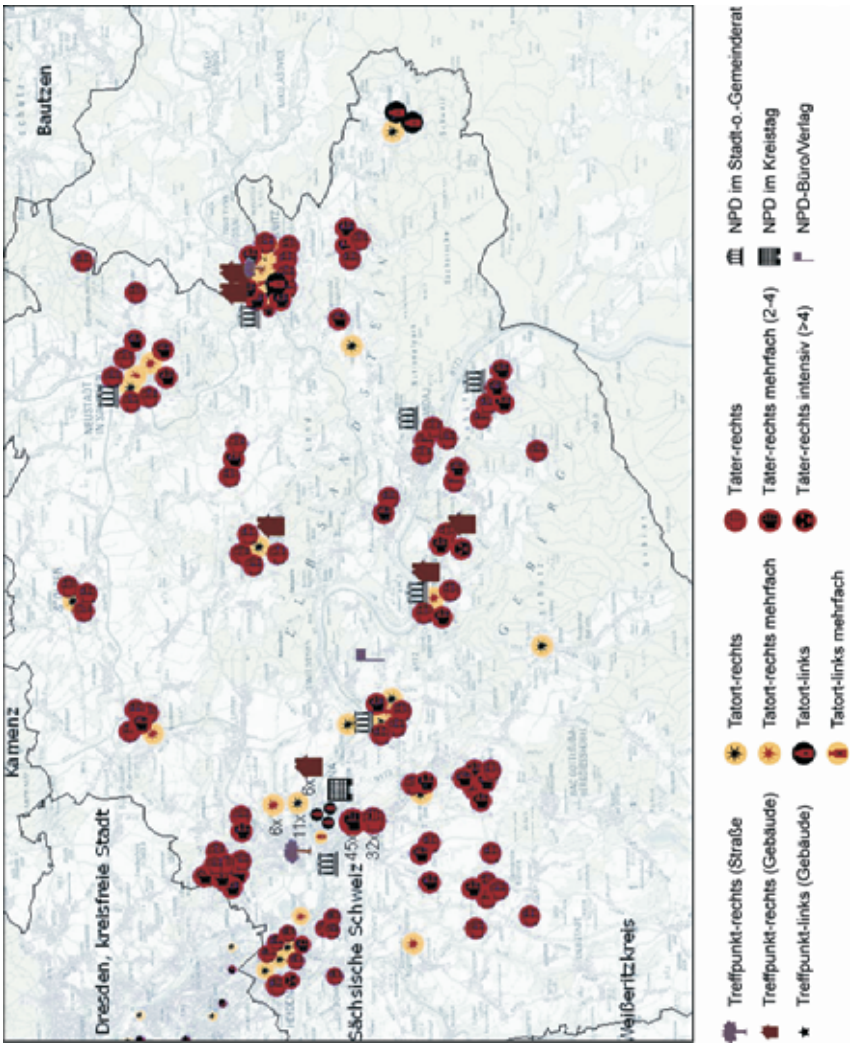
Ein *Teil der Ex-SSS-Aktivisten ist in jüngerer Zeit in der NPD in Erscheinung* getreten. Einige sind in die sich seit 2005 radikalisierenden sächsischen Jungen Nationaldemokraten (JN) abgewandert,[149] so u. a. der SSS-Begründer Thomas Sat-

149 Das LfV Sachsen spricht von einer sich ab 2005 abzeichnenden Profilschärfung der JN mit zunehmen-der Aggressivität und ideologischen Gemeinsamkeiten mit der Skinhead- und Kameradschaftsszene, die in einigen Regionen bis hin zur Verschmelzung beider Bereiche führe (LfV Sachsen 2007: 34). Der JN-„Stützpunkt Sächsische Schweiz" wurde im Mai 2005 gegründet, wobei mitunter durch hervorgehobenes S provokativ auf das solidarische Verhältnis hingewiesen wurde. In JN-Verlautbarungen werden die SSS gängigerweise als „Jugendgruppe" verharmlost. Siehe hierzu auch 7.4 Verhältnis zur NPD.

telberg und Thomas Rackow. Laut dem sächsischen Recherchedienst *redok* wurde Sattelberg im September 2006 in den JN-Landesvorstand gewählt und war dort für das Referat „Politische Strategien“ zuständig. Rackow wurde im April 2005 JN-Kreisverbandsvorsitzender in Pirna und im Februar 2006 in den NPD-Kreisvorstand Sächsische Schweiz gewählt. Danach wurde er stellvertretender JN-Landesvorsitzender und persönlicher Referent des NPD-MdL und Fraktionsgeschäftsführers Johannes Müller. Zu dieser Riege gehört auch der jüngere, nicht zur Gründer- und Kerngruppe der SSS gehörige Pirnaer Szeneaktivist Martin Schaffrath, mittlerweile JN-Kreisvorsitzender Sächsische Schweiz (Kolthoff/Meyer 2007). S. ist auch im Untersuchungszeitraum im Zusammenhang mit Gewaltdelikten aufgefallen. Darüber hinaus sind zwischenzeitlich Rackow und Schaffrath sowie der zur SSS-Gründergruppe zählende Lars Hein als NPD-Kandidaten für die Kreistagswahl Sächsische Schweiz-Osterzgebirge aufgetreten (*Sächsische Zeitung* vom 17.05.2008).

Die Frage, ob diese Verlagerung Ausdruck eines *Disziplinierungsprozesses in Richtung Gewaltverzicht oder aber in Richtung instrumentell dosierter Gewalt* ist, kann auf der Materialbasis dieser Untersuchung noch nicht schlüssig beantwortet werden und wäre Gegenstand nachfolgender Arbeiten. Die Einschätzung des in Sachsen befragten Verfassungsschutzexperten deutet eher in letztere Richtung.

Schaubild 46: Sächsische Schweiz mit Tatverdächtigen-Wohnorten, Tatorten, NPD-Präsenz und Szenetreffpunkten 2003–2006



Karte (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008, Daten zu NPD u. Treffpunkten: LfV Sachsen

6.2 Mittweida

Ähnlich wie in der Sächsischen Schweiz hat auch in Mittweida eine Gewaltgruppe – hier die als „Sturm 34“ bekannt gewordene und am 23.04.2007 durch das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI) verbotene Gruppierung – das Aufkommen rechter Gewalt in der Region geprägt. In der Sächsischen Schweiz hatten die SSS ihre organisatorische Hochphase bereits vor dem Untersuchungszeitraum 2003–2006 hinter sich, während in Mittweida der Entstehungskontext von „Sturm 34“ genau in diesen Zeitraum fällt. Es folgen die wichtigsten Stationen der Entwicklung dieser rechtsextremistisch ausgerichteten Kameradschaft.[150]

6.2.1 Vorgeschichte der Gruppe „Sturm 34“

Nachvollziehbare Aktivitäten begannen 2003 mit regelmäßigen Treffen der sich zunächst „Division Sächsischer Sturm“ (DSS) nennenden Gruppe. Spätestens im Herbst 2004 stieß der aus Bayern stammende damalige NPD-Aktivist und Immobilienbesitzer Rudolf S. zu der Gruppe.[151] In der Frühphase fanden die Treffen in Privatwohnungen statt. Als diese zu eng wurden, bot S. dann als Treffpunkt einen Gewerberaum aus seinem Besitz an, der ab spätestens Herbst 2005 als fester Gruppen-/Szenetreffpunkt „Bauhof“ ausgebaut und dekoriert wurde. In dem mit Fahnen der Rechtsrock-Ikone Ian Stuart und seiner Band „Screwdriver“ geschmückten Raum fanden regelmäßige Treffen und auch Proben der gruppeneigenen Rechtsrockband statt. Bei den Zusammenkünften wurden über eine Musikanlage CDs abgespielt – darunter auch indizierte Titel der Bands „Landser“ und „Spreegeschwader“.

Den Aussagen eines ehemaligen führenden Aktivisten zufolge soll insbesondere S. die Gründung einer Kameradschaft angestrebt haben, die dann über ein Vorbereitungstreffen im Januar 2006 anlief und in ein Gründungstreffen am 04./05.03.2006 mündete. Hierzu fanden sich etwa 25–30 Anhänger im „Bauhof“ zusammen. Der Aktivist G. trat als Moderator auf, die Anführer Tom und Peter W. sowie der damals noch in der NPD aktive Rudolf S. gaben Erklärungen zu den Zielen ab, die im Wesentlichen auf die *Schaffung einer von „Linken“, „Hip-Hoppern“ und Ausländern gewaltsam gesäuberten „national befreiten“, „zeckenfrei und braun“ gehaltenen Zone* in und um Mittweida hinausliefen. Auch die Teil-

150 Materialbasis sind Anklageschrift und Urteilsschrift des ersten, wegen Verdachts einer kriminellen Vereinigung geführten Verfahrens. Die teilweise sehr detaillierten Angaben gehen auf zwei umfangreiche Aussteigeraussagen zurück. Beide haben sich aus ihrer Abneigung gegenüber entgrenzter Gewaltanwendung heraus von der Gruppe abgewandt. Während die Staatsanwaltschaft in den Aktivitäten der Gruppe das Qualitätsmerkmal der kriminellen Vereinigung erkannte, übernahm die Staatsschutzkammer des LG Dresden diese Bewertung nicht. Der Dissens ist Gegenstand einer laufenden Revisionsverhandlung beim BGH.

151 Laut Erklärung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag vom 29.04.2008 sollte S. im Sommer 2006 aus der Partei ausgeschlossen werden und kam dem durch Parteiaustritt zuvor. S. ist Anfang 2009 verstorben.

nahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und Veranstaltungen sollte organisiert werden. Für die Namensgebung wurden die Führungsaktivisten W. und G. in der NS-Regionalgeschichte fündig und bezogen sich mit der Wahl „Sturm 34“ auf die SA-Einheit Nr. 34 namens „SA-Sturm Chemnitz“.

Über gewisse Regeln des Vorgehens – so etwa Einhaltung von Treffterminen, geschlossene Teilnahme an politischen Veranstaltungen, Einhaltung der (Haus-)Ordnung, Verwarnung und Ausschluss bei Regelverstößen, „Saalschutz“ für Ordnung und Sicherheit bei „Bauhof“-Treffen – gab es mündliche Übereinkunft. Eine Verschriftung war in Vorbereitung, wurde aber ebenso wie die angedachte Kenntlichmachung nach außen durch einheitliche Jacken und Logo-Aufnäher im Unterschied zu den SSS nur zum Teil umgesetzt.[152] Führungspersonen wurden nicht förmlich bestimmt. Trotzdem nahm der junge Aktivist Tom W. – vor allem als Meldekopf für Informationen zur Vorbereitung von Gewalttaten und deren Ausführung – eine Sonderrolle ein.[153]

Als weitere Führungspersonen, in der Gruppe auch „Offiziere“ genannt, galten der ältere Bruder W.’s und der mit Erfahrungen aus der oberschwäbischen NS-affinen Szene politisierte, nach Mittweida übergesiedelte, später dann aus „Sturm 34“ ausgestiegene G. Zum harten Kern zählten fünf weitere, auch „Unteroffiziere“ genannte Gruppenangehörige. Für Ordnungsdienste war im Wesentlichen die Kerngruppe verantwortlich.

Fest steht, dass der damalige NPD-Aktivist S. mit seinen Handlungsbeiträgen – Bereitstellung des „Bauhofs“ und sonstige finanzielle und materielle Zuwendungen – ebenfalls eine Schlüsselrolle spielte.[154]

Etwa 15 weitere Gruppenangehörige stellten das „Fußvolk“. Der Zugang für Interessierte war im Prinzip offen. Um aber in den engeren Kreis zu gelangen, musste man sich erst durch Teilnahme an Gewalttaten bewähren. Eine dem SSS-Gebaren vergleichbar formalisierte Aufnahmeprozedur gab es beim „Sturm 34“ offenbar nicht. Das gesamte Personenpotential wird in der Verbotsverfügung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI) auf 40–50 Mitglieder und wenigstens zusätzliche 100 Sympathisanten geschätzt. Die Gruppe finan-

152 Hierzu waren auch Unterarmtätowierungen mit Siegrune vorgesehen, zu denen sich aber nur drei Aktivisten entschließen konnten.

153 In der amerikanischen Hate Crime-Forschung werden solche Anführer als entscheidende Impulsgeber für Gewalttaten von Gruppen betrachtet (Macdevitt 2002: 303–319).

154 Die Beiträge von S. waren bis zu seinem Tod Gegenstand eines gesonderten Verfahrens, dessen Akten noch nicht vollständig verfügbar waren. Die vorliegende Urteilsschrift nennt als Motive der finanziellen und organisatorischen Unterstützung eher Disziplinierung aus Eigeninteresse: Da es bei den Gruppentreffen des Öfteren bezüglich Lautstärke, Alkoholkonsum und Vermüllung hoch her ging – die Polizei musste wegen nächtlicher Ruhestörungen mehrmals anrücken – war S. daran gelegen, Ordnungsregeln einzuführen und einen Mietvertrag mit festen Ansprechpartnern abzuschließen. Darüber hinaus wollte er möglicherweise Gruppenmitglieder für eigene Geschäftszwecke als Geldeintreiber rekrutieren (Urteilsschrift 201 Js 29405/06: 21).

zierte sich aus freiwilligen Spenden, den verschiedenen Zuwendungen des S. und Aufschlägen aus dem Verkauf von Speisen und Getränken im „Bauhof".

Zum Aktionsspektrum gehörten *in erster Linie „Skinheadkontrollrunden"* (SKR), bei denen mehrere motorisierte Trupps das Stadtgebiet nach geeigneten Opfern absuchten und dann gegen diese vorgingen, sowie Überfälle auf Jugendclubs, die aus Angreifersicht dem linken politischen Spektrum zugerechnet wurden. Grundausstattung solcher Einsätze waren Mundschutz und präparierte Handschuhe. Gewaltaktionen wurden z. T. auch über längere Zeit abgesprochen. Folgendes Handlungsmuster hatte sich aus staatsanwaltschaftlicher Sicht bei der Gruppe verfestigt: Es gab eine Art Dauerdienst im „Bauhof" – dort hielt sich täglich mindestens ein Kerngruppenangehöriger auf. Von dort regelmäßig stattfindenden Treffen ausgehend, fuhr man Kontrollrunden zur Opferausspähung, sprach dann das weitere Vorgehen ab, rückte geschlossen aus und schlug zu. Die Beteiligten wussten sich in dem Ziel einig, dass eine „national befreite Zone" *nur durch regelmäßige, wiederholte, massive, deutlich spürbare Gewaltausübung – möglichst mit Demonstrativcharakter – möglich* war (Anklageschrift StA Dresden 201 Js 29405/06: 19–20). Auch die Verbotsverfügung sprach von eintrainierten Handlungsabläufen (SMI 2007: 12).[155]

Die Strukturqualitäten der Gruppe wurden von der Staatsanwaltschaft (Anklageschrift vom 14.09.2007) und der Staatsschutzkammer (Urteil vom 08.10.2008) unterschiedlich bewertet: Während die Staatsanwaltschaft auf eine gewisse organisatorische Stringenz und Planung abhob, betonte die Kammer einen eher losen Gruppenzusammenhalt und Spontancharakter der Gewaltaktionen. Zumindest Letzterem steht der modus operandi der „Skinheadkontrollrunden" entgegen.[156] Das SMI verweist in der Verbotsverfügung auf eine „Hallenbesprechung am 22.07.2006", bei der die Vereinsstruktur der Kameradschaft „Sturm 34" festgelegt wurde. Danach sollten der Vorstand gewählt, ein Sicherheitsdienst aufgestellt, monatlich Vorstandstreffen und alle zwei Monate Vollversammlungen organisiert und außerdem Regelverstöße mit Hausverbot bis hin zum Ausschluss geahndet werden. Ab Oktober 2006 hätten keine Treffen mehr auf dem „Bauhof" stattgefunden. Stattdessen sei man auf informelle Trefforte (Parkplätze, Tankstellen) ausgewichen. (SMI 2007: 3–4).

Wie bei den SSS gab es auch bei der Mittweidaer Gruppe eine eigene Rechtsrockband, der der Anführer Tom W. als Bassist angehörte und bei der sich der Kerngruppenangehörige T. im Alter von 17 Jahren als Sänger und Liedtexter einbrachte. Die zunächst nach deren Begründern Marcel P. (ebenfalls Kerngruppe „Sturm

155 Herausragende Fälle finden sich in der vorangegangenen Aktenanalyse (5.2.1 und 5.3.1).

156 Für eine schlüssige Bewertung der politisch-organisatorischen Qualitäten der Gruppe reicht die Materialbasis nicht aus. Die Bewertungsdifferenzen ergeben sich aus verschiedenen Interpretationen der zwei entscheidenden Aussagen von G. und R., die dieser Untersuchung nicht vorliegen. Im Unterschied zu den SSS hat „Sturm 34" außer einigen Rechtsrock-Liedtexten kein eigenes Schrifttum produziert, so dass der Zugang der Primärliteraturanalyse hier entfällt.

34“) und dem verstorbenen David K. „Pada“ genannte Band übernahm dann die weiteren Gruppenbezeichnungen „Division Sächsischer Sturm“ und zuletzt „Sturm 34“. Wie schon aus der Namensgebung ersichtlich, war die Band fester Bestandteil der Kameradschaft und probte zweimal wöchentlich im „Bauhof“. Zu den Liedproduktionen gehörte der Mitte 2006 mit folgender eliminatorischer Passage ins Internet gestellte, von T. verfasste Text „Weiß und Stolz“:

– „Wenn ich dann auf die Straße geh, und diese Türkenassis seh’
Wird mir schlecht, denn wer so aussieht, verdient kein Recht
Sie laufen durch unseren Staat wieder und wieder
och das interessiert uns nicht, WIR MACHEN SIE NIEDER!
Früher war noch alles besser, man stach sie nieder mit ’nem Messer
Sie wurden erstochen, erschossen oder vergast
Mann war das noch Spaß
Wenn ein Jude blutend vor Dir auf dem Boden liegt, weißt Du – Du hast gesiegt!“ (Anklageschrift StA Dresden 201 Js 29405/06: 19–20: 25–26)

Solche Texte lassen zusammen mit der Namenswahl keinen Zweifel daran, dass in der Gruppe durch Fremdenhass, Antisemitismus und Verherrlichung von NS-Massenverbrechen geprägte Einstellungen gepflegt und bis hin zur Verhaltensrelevanz verfestigt wurden (so auch SMI 2007: 10–11). Weitere Hinweise auf den Transport aggressiver Propaganda liefert die Tatsache, dass ein Teil der Gruppenaktivisten in der Periode erhöhter Gewalttätigkeit gleichzeitig Mitglied im NPD-Kreisverband Mittweida war, darunter mindestens zwei Schlüsselpersonen der Gruppe und ein Angehöriger der Kerngruppe:

– Der ältere NPD-Aktivist und Immobilienbesitzer S. hatte frühzeitig, spätestens ab Herbst 2004, Kontakt zur Gruppe und leistete ab 2005 nachhaltige materielle Unterstützung.

– Der im August 2005 von Oberschwaben nach Mittweida gezogene junge ideologisierte „Offizier“ Alexander G., ein schon im Hauptschulunterricht mit lautstarken rechtsextremen Interventionen auffällig gewordener, dann in der Kameradschaft „Skinheads Ravensburg Oberschwaben“ (SRO) federführender Aktivist, war Mitglied der NPD. G. trennte sich im Juni 2006 von seiner Familie, stieg aus der Gruppe aus und zog nach Ravensburg zurück. 2007 war er noch einschlägig strafrechtlich auffällig. G. galt in der Gruppe als Ideologe – Spitzname „Stürmer“ – und war offenbar daran interessiert, den Gewalteinsatz zu begrenzen.[157] G. machte umfangreiche Aussagen.

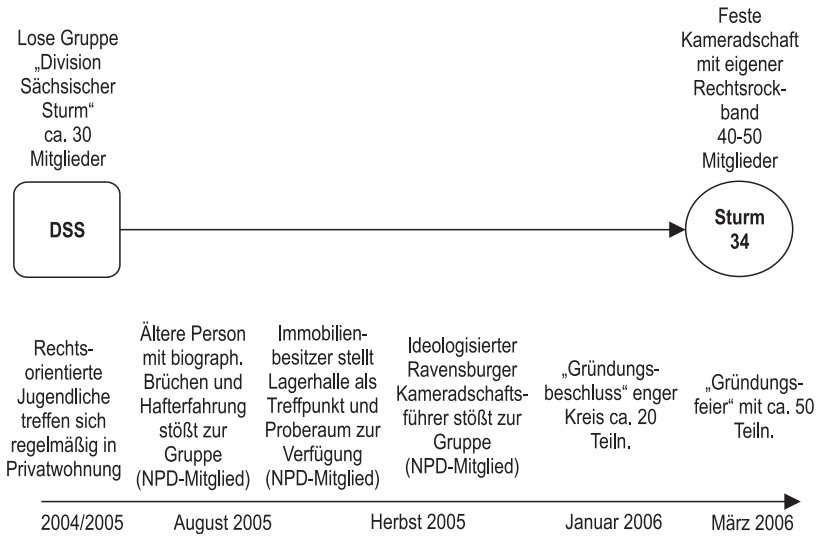
– Der zur Gruppe der „Unteroffiziere“ zählende ältere, bereits durch berufliche und persönliche Misserfolgserlebnisse geprägte und mit allgemeinkriminellen Delikten (11 Vorstrafen) und Hafterfahrung vorbelastete R. war seit 2005 NPD-Mitglied. Er geriet über die Bekanntschaft mit Tom W. im Spätsommer 2005 in die Gruppe und distanzierte sich allerdings bereits im Januar 2006, we-

157 Ob ihm tatsächlich – wie die Urteilsschrift unterstellt – „eine gewaltfreie Kameradschaft“ vorschwebte, steht zumindest aufgrund seines Vorlaufs in der gewaltbereiten Szene in Frage.

gen der ausufernden Gewalttaten Todesopfer befürchtend, von der Gruppe und sagte umfangreich aus.

Vor dem Hintergrund der aus der Kriminalpsychologie bekannten Befunde, wie aus einer eher gelegentlichen Ansammlung Jugendlicher durch den Einstieg einzelner Akteure mit entsprechender Vorerfahrung eine verfestigte Gruppe mit steigender Mitgliederzahl entsteht (Füllgrabe 2004: 243–245),[158] liegt folgendes Verlaufsmuster nahe:

Schaubild 47: Verfestigung der Gruppe „Sturm 34“



Darüber hinaus hat sich der damalige NPD-Kreisvorsitzende von Mittweida, Harald N., im Sommer 2006 gegenüber Tom W. bei telefonischen Absprachen über Saalschutzmaßnahmen und sonstige gemeinsame Aktionen mit ausdrücklich Gewalt befürwortenden Äußerungen exponiert.[159] NPD-Angaben zufolge soll er dann später mäßigend auf die Gruppe eingewirkt haben.[160] Er gab außerdem Aufträge für die Verteilung von Flugblättern und organisierte für den „Sturm 34“ eine Busfahrt zu einem NPD-Pressefest. Zudem vermittelte er die Kameradschaft als

158 Füllgrabe gliedert eine solche Gruppenentwicklung am realen Beispiel einer Rockergang in vier Phasen, an deren Ende die Terrorphase mit offener Gewalt steht. Schon in der Anfangsphase bildet ein neu hinzugekommener, bereits auffällig gewordener Gewalttäter den Kristallisationspunkt der Gruppe. Im Zeitverlauf kommen mehrere bereits auffällig gewordene Jugendliche hinzu.

159 „ . . . also wenn dann paar Zecken aufkreuzen, dass wir die erst mal vom Hals halten können bis die Leute vom Saal runter sind und wir denen richtig vor die Glocke krachen können“ (siehe StA Dresden 201 Js 29405/06).

160 Erklärung der NPD-Landtagsfraktion.

„Objektschutz“ an andere Kreisverbände. Für vertiefende verlaufsanalytische Betrachtungen wäre die Auswertung der Komplettakte erforderlich.

Auf der Basis des vorliegenden Materials können als Fazit einige Unterschiede zwischen den beiden sächsischen Gewaltgruppen SSS und „Sturm 34“ herausgestellt werden:

– *Verschiedene Entstehungskontexte*: Die SSS entstanden vor dem NPD-Verbot und vor den NPD-Wahlerfolgen. „Sturm 34“ entstand im Sog der NPD-Erfolge.

– SSS-Gründer und einige Kerngruppenangehörige waren durch die alteingesessene neonationalsozialistische Organisation „Wiking Jugend“ ideologisch vorgeprägt. Der „Sturm 34“-Ideologe G. entstammte einem vergleichsweise loseren Zusammenschluss.

– Die Qualität der NPD-Verbindungen war bei den SSS höher, sowohl in personeller Hinsicht (allen voran der ideologisch versierte, kommunal verankerte Aktivist Leichsenring) als auch organisatorisch (Wahlkampfunterstützung, Ordnerdienste, Mitgliedschaften).

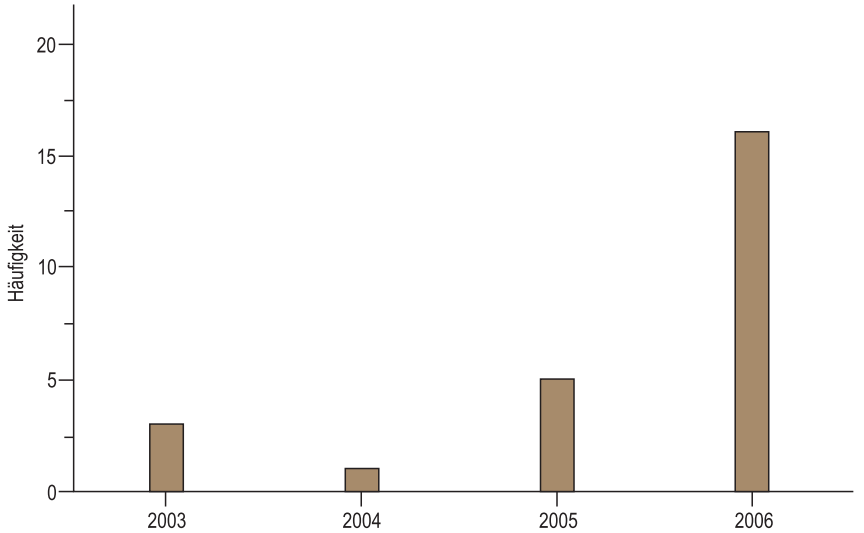
– Die SSS-Strukturen waren weiter vorangeschritten (eigenes Schrifttum, Satzung, Rekrutierungsprozeduren).

6.2.2 Ausmaß, Verlauf und Besonderheiten rechter Gewalt 2003–2006

Eine zuverlässige Zusammenstellung der aus dem Gruppenzusammenhang „Sturm 34“ verübten Gewaltdelikte ist mit vorliegendem Material nur eingeschränkt möglich – zum einen wegen der in Einzeldelikte zersplitterten Verfahren und wegen noch laufender Verfahren und zum anderen wegen polizeilicher Fehlerfassungen in der Frühphase der Gruppe (2003–2005). Aus den KTA-Meldungen und der Verbotsverfügung des sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI) vom 23.04.2007 lassen sich für den Untersuchungszeitraum mindestens 21 aus dieser Gruppe heraus verübte Gewaltdelikte (davon sechs schwere Fälle in der Aktenauswertung, siehe 5.2.1, 5.3.1 und 5.4.1) entnehmen, die *mehrheitlich gegen „Linke“, „Ökos“ oder Punker (18) und nur in drei Fällen gegen Ausländer gerichtet* waren. Allein der Anführer Tom W. wurde bis Mitte 2007 wegen mindestens elf Gewalttaten angeklagt. Die fremdenfeindlichen Übergriffe fanden in der Frühphase 2004–2005 statt, ab 2006 nahm die Frequenz der Angriffe auf „Linke“ und sonstige missliebige Personengruppen mit 16 Fällen sprunghaft zu. Bei einer Gewalttat handelte es sich um einen mit zehn Personen unter Anleitung von Tom W. durchgeführten Überfall auf den linken Treff „Café Courage“ in Döbeln am 10.02.2007, bei dem drei Opfer durch Flaschen- und Stuhlbeinwürfe teilweise erheblich verletzt wurden. Nach Angaben eines Beteiligten sei diese Aktion *langfristig und zielgerichtet als Rache für einen Überfall einer NPD-Veranstaltung* in Waldheim organisiert worden, obwohl zwischen beiden Ereignissen kein Zu-

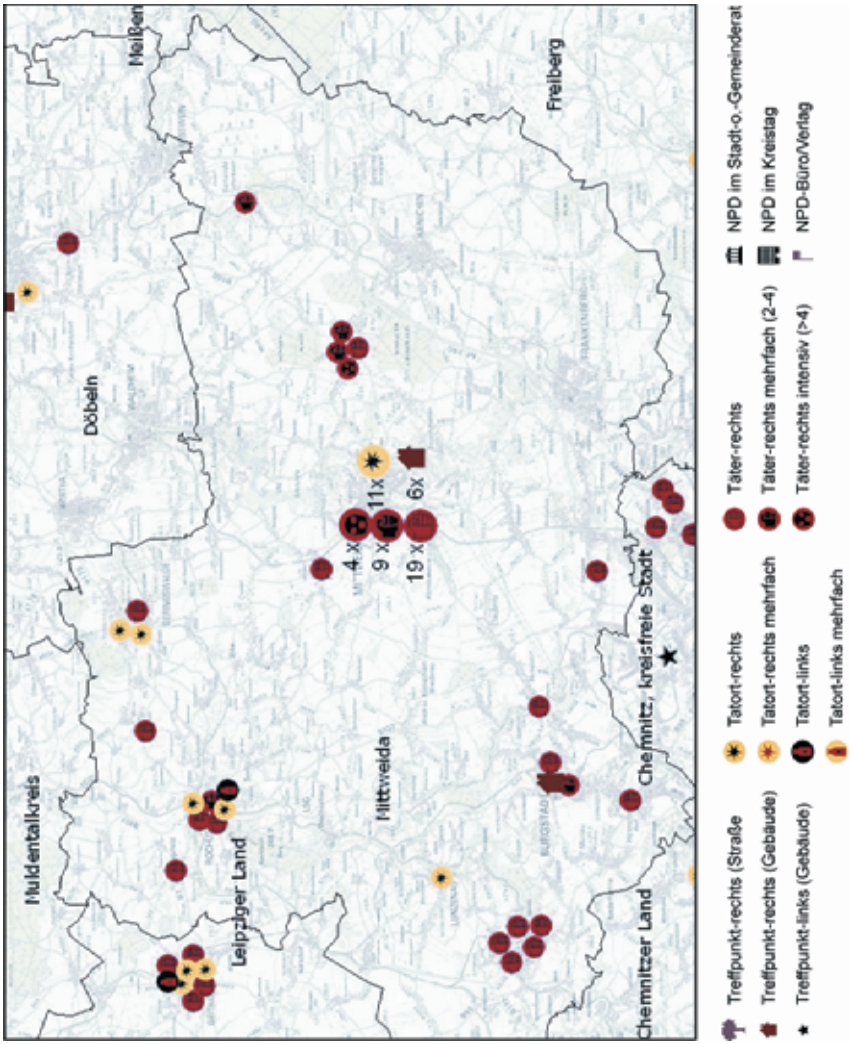
sammenhang bestehe (Anklageschrift StA Chemnitz 253 Js 24967/07:7). Zu den 21 „Sturm 34“-Gewalttaten kamen weitere vier Delikte, die nicht der Gruppe zuzuordnen sind, womit die Gesamtzahl 25 und die Häufigkeitszahl 4,74 beträgt.

Schaubild 48: Verlauf der Gewalttaten in Mittweida (n=25)



Die Verbotsverfügung des SMI enthält eine unvollständige Aufstellung des Zeitraums von April 2006 bis März 2007 in der 37 Straftaten, darunter 14 Gewaltdelikte, angeführt werden und auf insgesamt über 70 Verfahren (davon mehr als 30 damals noch laufend) verwiesen wird. Zu den Straftaten zählten auch zwei Einbrüche, mit denen der Aussteiger R. unter Druck gesetzt werden sollte. Eine Auswertung der Gruppenaktivitäten während der Haft Tom W.’s und nach seiner Freilassung steht noch aus.

Schaubild 49: Raum Mittweida mit Tatverdächtigen-Wohnorten, Tatorten, NPD-Präsenz und Szenetreffpunkten 2003–2006



Karte (c) Landesvermessungsamt Sachsen 2008, Daten zu NPD u. Treffpunkten: LfV Sachsen

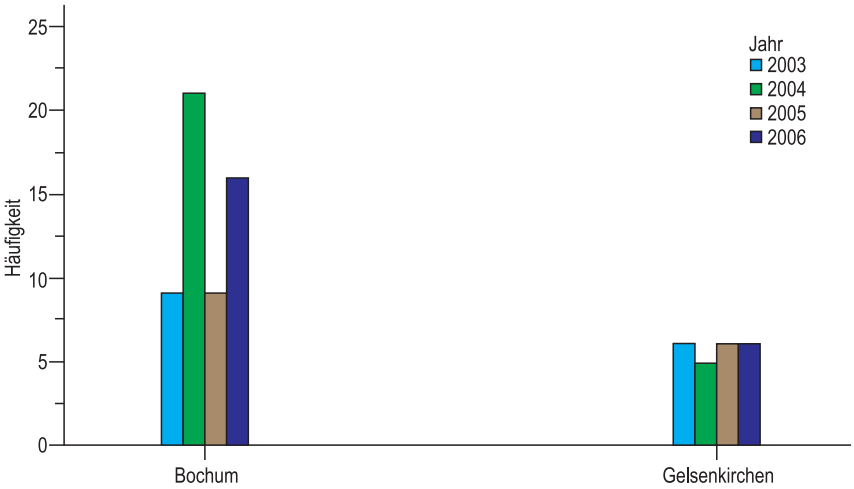
6.3 Bochum und Gelsenkirchen

Im Untersuchungszeitraum 2003–2006 stellten in NRW Bochum – HZ 3,56 bei absolut 55 Gewaltdelikten – und Gelsenkirchen – HZ 2,14 bei absolut 23 Gewaltdelikten – die höchsten Häufigkeitszahlen. Eine Auswertung rechter PMK-Gewaltdelikte des Zeitraums 2006 hat bereits auf *örtliche Schwerpunkte im Ruhrgebiet* – in absoluten Zahlen angeführt von Bochum und Dortmund – hingewiesen (LKA 2007: 10–11). In Bochum befindet sich der Sitz des Landesverbandes der NPD, und in Dortmund ist seit längerer Zeit eine agile, der NPD eher abgeneigte NS-affine Szene ansässig, sowohl die sich um „SS-Siggi" Borchardt scharende Kameradschaft „Nationaler Widerstand Ruhrgebiet" als auch eine relativ starke Gruppe „Autonomer Nationalisten".[161] Dem entspricht ein relativ hohes Aufkommen an rechtsextremen Demonstrationen und Kundgebungen: In Bochum gab es mindestens 15, in Dortmund mindestens 16 solcher Ereignisse. Es fanden sich aber in den Räumen, die sowohl nach Häufigkeitszahl als auch nach absoluten Zahlen die höchsten Werte für rechte Gewaltdelikte ergaben – neben Bochum und Gelsenkirchen noch Recklinghausen, Essen und Köln – *keine mit den sächsischen Gruppen SSS oder „Sturm 34" vergleichbaren Akteurskonstellationen*.

In Bochum und Gelsenkirchen stand bei den Gewalttaten im Unterschied zu den sächsischen Räumen gehäufter Gewalttätigkeit die *fremdenfeindliche Motivation deutlich im Vordergrund*: In Bochum waren dies drei Viertel (41 von 55), in Gelsenkirchen drei Fünftel (14 von 23) der Fälle. Auch der *unterschiedliche Hang zu Gruppen- bzw. Einzeltaten* trägt zum Bild verschiedener Handlungsstile in Sachsen und NRW bei: In Bochum waren über die Hälfte, in der Sächsischen Schweiz weniger als ein Drittel des Aufkommens Einzeltaten, bei den niedrigeren Fallzahlen in Gelsenkirchen und Mittweida verhält es sich ähnlich. Die Annahme, der Sitz der NPD in Bochum trage zu einem Hassklima bei (LKA NRW 2007: 11, 13), wird durch den Bochumer Verlauf zumindest insofern nicht bestätigt, dass gerade im Jahr der Wahlmobilisierung das Gewaltaufkommen abgesackt ist.

161 Auch die weiteren in den Verfassungsschutzberichten NRW im Untersuchungszeitraum angegebenen Schwerpunkte regionaler NS-affiner Szenen – Aachener Land, Hochsauerlandkreis/Kreis Siegen, Rhein-Sieg-Kreis, Köln – decken sich nicht mit den beiden Räumen Bochum und Gelsenkirchen.

Schaubild 50: Verlauf der Gewalttaten in Bochum (n=55) und Gelsenkirchen (n=23)



Während die Einzelfallbetrachtung der in die Aktenauswertung eingegangenen Fälle schwerer Gewalt in anderen Regionen einige Bezüge zur NPD und agilen Gruppen aus der NS-affinen Szene erbrachte (siehe 5.3.1 und 5.4.2), wiesen die zwölf in Bochum und vier in Gelsenkirchen ausgewerteten schweren Fälle nur einen Hinweis auf Zusammenhänge mit der Akteursgruppe NPD auf: Nach einer NPD-Demonstration in Gelsenkirchen am 10.06.2006 – der einzigen dort im Untersuchungszeitraum – kam es auf dem Bahnhofsgelände zu Zusammenstößen zwischen abreisenden Teilnehmern und Gegendemonstranten (siehe 5.3.2). Bei der Hälfte der Fälle waren allerdings Anbindungen der Täter an NS-affine Szenen oder Skinheadgruppen festzustellen, die aber wegen der sehr vagen Angaben nicht weiter differenziert werden konnten.

Der Versuch, mit geographisierender Darstellung Aufschluss über räumliche Besonderheiten zu gewinnen, erwies sich als eher unergiebig: Während bei den Räumen Sächsischen Schweiz und Mittweida zumindest gewisse gelegenheitsstrukturelle Schwerpunkte, Häufungen von Mehrfachtätern oder gemeinsame Räume von NPD-Präsenz und Gewalttatenhäufungen erkennbar sind, liefern Bochum und Gelsenkirchen lediglich gewisse Gewalttatenhäufungen ohne erkennbare Muster. Das Bild einer eher konturlosen, diffusen rechten Gewalt in Bochum und Gelsenkirchen wird durch die Kernaussagen des im Experteninterview befragten Leiters der Abteilung Verfassungsschutz bestätigt: Demzufolge liegen die beiden Räume, was rechtsextremistische Beeinflussungen angeht – etwa im Gegensatz zum benachbarten Dortmund mit seiner agilen NS-affinen Szene oder Städten mit kommunalpolitischer NPD-Präsenz –, im unauffälligen Bereich.

6.4 Vergleich und Fazit

In der Sächsischen Schweiz haben sich die NPD und die gewaltgeneigte Szene verklammert und zu nicht geringem Grade auch kommunal verankert. Diese im Untersuchungsraum herausragende Konstellation hat auch nach der Hochphase der Organisation „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) Bestand: Die wesentlichen SSS-Aktivisten sind nach der Verbotsverfügung in der NPD untergekommen. Ob sich diese Entwicklung gewalthemmend niederschlägt, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht fundiert beurteilt werden. Die Gewaltgruppe „Sturm 34“ in Mittweida weist zwar auch deutliche NPD-Verbindungen auf: Die Akteure – sowohl in der der NPD als auch in der Gewaltgruppe – sind aber hinsichtlich ihrer Ideologisierung und kommunalen Verankerung der Aktivistenkerngruppe in der Sächsischen Schweiz deutlich unterlegen. In beiden Verdichtungsräumen ist es den Gewaltgruppen gelungen, die von ihnen angegriffenen Opfergruppen – insbesondere die als „links“ eingestuften – zu teilweise erheblichem Grade einzuschüchtern.

Die rechte Gewalt in den beiden nordrhein-westfälischen Verdichtungsräumen entzieht sich offenbar Erklärungen, die auf Verbindungen oder Einflüsse rechtsextremistischer Akteure abheben. Die Gewalt ist im Gegensatz zu den sächsischen Räumen stark von Ausländerhass geprägt, neigt im Handlungsstil stärker zu Einzeltaten und bietet ein eher diffuses Bild. Die Fragen, inwieweit hier unterschiedliche sozial-ökonomische Faktoren (siehe 4.8) oder auf Individualebene andere Täterprofile eine Rolle spielen, wären Gegenstand einer eigenen Untersuchung.

7 Wechselseitige Perzeptionen militanter Szenen: Antifa und Anti-Antifa

7.1 Szene-Entwicklungen

Bei historisch ausgreifender Betrachtung umspannt der Begriff Antifaschismus ein breites politisches Spektrum: von konservativen und liberalen Gegnern des italienischen Faschismus in der Periode der Machteroberung bis zur marxistisch-leninistischen Doktrin des Staatskommunismus (Agethen/Jesse/Neubert 2002; Grunenberg 2003). Wenn im Folgenden von „Antifa" die Rede ist, geht es in erster Linie um eine spezifische Variante: den militanten, oftmals gewaltsamen Antifaschismus, wie er vor allem für die Szene der sogenannten „Autonomen" charakteristisch ist. Er bildete von der Entstehung der Szene Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre an einen wichtigen Bestandteil des Selbstverständnisses, wurde in seiner organisatorischen wie strategischen Entwicklungsdynamik aber stark von der Perzeption des Auftretens der „rechten", „faschistischen" Kontrahenten geprägt. Im Zentrum der damit verbundenen Feindbildkonstruktionen standen und stehen nicht nur offen an Vorbilder der Zwischenkriegszeit (italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, Deutschnationalismus, Konservative Revolution) anknüpfende Gruppierungen, sondern auch weite Teile des etablierten, zumindest „faschistoider" Tendenzen verdächtigen politischen Spektrums.

An dieser Stelle geht es allerdings nur am Rande um die Wahrnehmung und Konfrontation mit der „Staatsmacht", sondern in erster Linie um die Interaktionen und Wechselwirkungen mit einer rechtsextremistischen Szene, die sich zu Beginn der neunziger Jahre verstärkt in der Form einer „Anti-Antifa" zu organisieren begann, getragen vor allem von Aktivisten der in weiten Teilen neonationalsozialistisch orientierten „Kameradschaftszene", teilweise auch aus den politisierten, organisatorisch dichteren Randbezirken jugendlicher Subkulturen wie der Skinheads. Eine ideologische Antihaltung zum Antifaschismus war für dieses Spektrum naturgemäß eine Selbstverständlichkeit, auch wenn der Antikommunismus infolge des Untergangs des „real existierenden Sozialismus" an Bedeutung verlor und stets von anderen Aversionen überlagert wurde.

Die folgende Darstellung stützt sich neben der vorhandenen Literatur insbesondere auf eine systematische Auswertung der in Sachsen und Nordrhein-Westfalen verbreiteten Szene-Literatur. Dabei wurden bundesweit verbreitete Organe einbezogen.[162] Die Quellen beziehen sich vorwiegend auf den Berichtszeitraum

162 Bereich linksmilitante autonome Gruppen: Bundesweit: *Interim*, Berlin; Sachsen: *Incipito*, Leipzig; *Phase 2–Zeitschrift gegen die Realität*, Leipzig; Internet-Foren: „afa13.antifa.net", „indymedia.org", „venceremos.antifa.net". Bereich Rechtsextremismus: Bundesweit: *C18 Stormer* („Blood & Honour"-nahe); *Deutsche Stimme*, Riesa (NPD); *Nation & Europa*, Coburg (gesamtes rechtsextremistisches Spektrum, NPD-nahe); *Nordwind,* Ludwigshafen (Rechtsrockszene/NS-affine Szene). Sachsen: *Declaration of War – Geächtete Stimmen aus Sachsen* (Skin-

2003–2006, in wenigen Fällen zudem auf Texte, die nicht aus dem Berichtszeitraum stammen, aber zu dieser Zeit szenerelevant waren.

Solche Dokumente können Hinweise auf verfestigte, verhaltenssteuernde Einstellungen und auf szeneintern erwünschtes und unerwünschtes Verhalten liefern – aber keine gesicherten Erkenntnisse darüber, wie sie in der Szene rezipiert werden und ob sie Handlungskonsequenzen nach sich ziehen.

7.1.1 Antifa

Bevor sich die Bezeichnung „Autonome" Anfang der 1980er Jahre für eine besondere „Strömung" oder „Szene" der „undogmatischen Neuen Linken" einbürgerte,[163] informierten die Verfassungsschutzberichte des Bundes über eine beachtliche Zahl kleiner Gruppierungen,[164] die zwar eine revolutionäre Überwindung der bestehenden Verhältnisse propagierten, sich jedoch vom „dogmatischen Marxismus-Leninismus" absetzten und „für Spontaneität, Autonomie und Selbstorganisation der ‚Unterdrückten'" einträten, sich in Wohngebieten, Betrieben und Hochschulen „basisnah" engagierten, um Widerstand zu mobilisieren. Als identitätsbildendes Großereignis galt der Berliner „Nationale Widerstandskongress: Reise nach TUNIX" vom Januar 1978, „wo die etwa 6.000 Teilnehmer erörtern wollten, wie sie ‚das Modell Deutschland' zerstören" und „durch TUNIX ersetzen könnten." Im Frankfurter Szene-Organ „Pflasterstrand" wurde eine „Explosion mitten im deutschen Sonntagsfrieden" angekündigt: „Es soll ein Beben stattfinden, eine Explosion der Irren, Arbeiter, Dissidenten, Frauen, Schwulen, Musikanten, Militanten, Stadtindianer, Lesben, Kommunisten, Sozialisten, Makrobioten, Ökologen, Beamten, Freaks, Künstler, Träumerinnen, Fantasten, Fortschrittsgegner, Kiffer, Kämpfer und Chaoten" (BMI 1979: 105). Dass nicht alles nur symbolisch-ironisch verstanden wurde, zeigte sich am 28. Januar 1978, als Polizisten angegriffen und dreißig von ihnen verletzt wurden.

Die „Sponti"-Bewegung vereinte Motive und Ausdrucksformen, die Anfang der achtziger Jahre zur Herausbildung einer „autonomen" Identität beitrugen. Weitere wichtige Anregungen kamen aus den norditalienischen Zentren des Operaismus, wo der Begriff der „autonomia", der (betrieblichen) Selbstorganisation, in den gewalttätigen Auseinandersetzungen des Jahres 1977 eine bedeutende Rolle

---

headszene); *Der Erzgebirgler*, Marienberg (Skinheadszene); *Der Panzerbär,* Chemnitz (Skinheadszene)*; Foier Frei!,* Limbach-Oberfrohna (Skinheadszene); *Freier Rundbrief*, Dresden (NS-affine Szene); *Hier & Jetzt*, Pirna (JN); *Nationaler Beobachter* – Infoheft Leipziger nationaler Sozialisten (NS-affine Szene); *Riesaer Zündblädd'l*, Riesa (Skinheadszene); *Rufe ins Reich*, Pirna (NS-affine Szene/Skinheadszene), *Stahlhelm*, Pirna (NS-affine Szene/Skinheadszene); *White Victory*, Penig (Skinheadszene). Internetforen: „widerstand.info" (NS-affine Szene). Dazu kamen eine Reihe von Flugschriften und ins Internet gestellte Dokumente aus NRW.

163 Vgl. zum Begriffsverständnis aus der Binnensicht: „Thesen zum Autonomiebegriff", in: Autonomie-Kongress der undogmatischen linken Bewegungen. Standpunkte – Provokationen – Thesen, Münster, o. J. (1997), S. 16–19.

164 Siehe zu diesem Begriff ausführlich Haunss 2004, S. 79–105.

spielte.[165] Impulse gingen auch von den Amsterdamer „Kraakern", den Kämpfen um das Züricher „Autonome Jugendzentrum" und den Kopenhagener „Initivgruppen" aus (vgl. Katsiaficas 1997: 111–127). Im Zuge der „Vorbereitung praktischer Aktionen",[166] nicht aus einem theoretischen Diskussionsprozess, entwickelte sich eine Szene, die bei aller Heterogenität durch ein Minimum gemeinsamer Einstellungen und Überzeugungen in unversöhnlicher Gegnerschaft zum „repressiven" System wie in Abgrenzung zu „dogmatischen" Formen der Linken geprägt war. In ihren Deutungsversuchen verbanden sich anarchistische Theorie- und Organisationsscheu mit Versatzstücken revolutionär-marxistischer Analyse und Utopie.

Autonomer Antifaschismus äußerte sich schon in den achtziger Jahren, etwa bei der Organisation von Gegendemonstrationen anlässlich von Veranstaltungen und Kundgebungen rechtsextremer Parteien und Vereinigungen, entwickelte sich aber erst im folgenden Jahrzehnt zu einem eigenständigen Szene-Schwerpunkt. Der starke Anstieg fremdenfeindlicher Gewalttaten zu Beginn der 1990er Jahre (mit den Exzessen in Hoyerswerda, Mölln, Rostock und Solingen) und das Anwachsen rechtsextremer Aktivitäten bei Skinheads und NS-affinen „Kameradschaften", insbesondere in den östlichen Ländern, stimulierte die Abwehrbemühungen der Antifa. Allerdings scheiterten Versuche überregionaler Bündelung und Koordinierung an der Heterogenität und Organisationsscheu der Szene. So stellte die 1992 gegründete „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO), die zeitweilig eine rege Jugendarbeit betrieben hatte (vgl. BfV 1999), 2001 ihre Aktivitäten wieder ein. Die als treibende Kraft fungierende Göttinger „Autonome Antifa (M)" gab im April 2004 ihre Auflösung bekannt. Zu diesen Rückschlägen trugen der Generationenwechsel und innere Differenzierungen bei, wie sie sich in der Antikriegsbewegung und in der Interpretation des Nahost-Konflikts niederschlugen und zur Polarisierung zwischen bedingungslos pro-israelischen (und teilweise proamerikanischen) „antideutschen" und betont israel- und amerikakritischen Positionen führten (vgl. BfV 2004). Aus Szene-Sicht hatten u. a. der „Aufstand der Anständigen" und die zeitweilige Schwächung der NPD infolge des Verbotsverfahrens der „autonomen" Antifa Wind aus den Segeln genommen.[167] Das Scheitern des Verfahrens, das Wiedererstarken der Partei und die verstärkten Aktivitäten alter wie neuer Akteure im militanten Spektrum begünstigten dagegen eine neue Antifa-Konjunktur.

Autonome Gruppen sind in urbanen Zentren bundesweit verbreitet. Berlin ist auch nach dem Fall der Mauer ein Szeneschwerpunkt geblieben. Ausgeprägte

165 Vgl. aus „autonomer" Binnenperspektive: Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, 4. Aufl., Berlin/Amsterdam 1995, S. 46 f.

166 Vgl. A. G. Grauwacke, Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin, o. J. (2003), S. 10. Siehe zur Entwicklung auch folgende – szenenahe – Publikationen: Schultze/Gross 1997, Lauterbach 1999, Schwarzmeier 2001.

167 Vgl. Wie deutsch sind die Nazis? Bestimmungen für eine neue Antifadebatte, in: *Phase 2*. Zeitschrift gegen die Realität, Nr. 14/2004, S. 4–7.

Strukturen existieren darüber hinaus in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie in Universitätsstädten mit linksintellektueller Tradition wie Göttingen, Frankfurt am Main, Marburg, Heidelberg, Freiburg im Breisgau. Im Laufe eines Jahrzehnts ist die Szene in den beiden Ländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen schwächer geworden. Dieser Prozess hat sich allerdings auf unterschiedlichem Niveau vollzogen: Mit 111 (1995) bzw. 66 (2006) Aktiven pro 1 Mio. Einwohner war die sächsische Szene deutlich stärker verankert als die nordrhein-westfälische. Im Untersuchungszeitraum (2003–2006) blieb die Szene-Verankerung in beiden Ländern in etwa konstant. Allerdings lag sie in Nordrhein-Westfalen erheblich unter dem Bundesdurchschnitt, wohingegen sie diesem in Sachsen annähernd entsprach.

Tabelle 26: Angehörige der Autonomen-Szene in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und auf Bundesebene, 2003–2006

	2003		2004		2005		2006	
	Zahl	Anteil	Zahl	Anteil	Zahl	Anteil	Zahl	Anteil
Bund	5000	61	5000	61	5000	61	5500	67
NRW	500	28	500	28	500	28	500	28
Sachsen	250	60	250	60	270	64	280	67

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder. Bevölkerungsanteil pro 1 Mio. Einwohner nach den Bevölkerungszahlen von Ende 2006 (gerundete Zahlen; Statistisches Bundesamt).

Das typische Vorgehen der militanten Antifa am Rande des Demonstrationsgeschehens beschrieb der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz wie folgt:

- Vor, während und nach den Kundgebungen versuchten Antifa-Aktivisten, die Teilnehmer an rechtsgerichteten Demonstrationen zu behindern oder zu blockieren.
- Bereits bei der Anfahrt der rechten Kundgebungsteilnehmer wurde seitens der Antifa versucht, den jeweiligen Ankunftsbahnhof oder andere Sammelplätze zu blockieren.
- Die Blockadeaktionen wurden an besonderen strategischen Punkten des rechten Aufmarsches – beispielsweise an Straßenkreuzungen oder Unterführungen – fortgesetzt. Darüber hinaus versuchten linke Aktivisten, zu den rechten Kundgebungsteilnehmern entlang deren Zugweg vorzudringen. Durch geeignete polizeiliche Maßnahmen wurden zwar Durchbruchversuche abgewehrt; Flaschen- und Steinwürfe oder Würfe mit anderen Gegenständen (Farbbeutel, Obst, Knallkörper) konnten jedoch nicht immer verhindert werden. Mitunter fanden auch Rangeleien oder Prügeleien mit der Polizei statt.
- Auch bei der Abreise wurden einzelne rechte Kundgebungsteilnehmer verfolgt und behindert. Nach Szenemitteilungen soll es gelegentlich nach dem Abrücken der Polizeikräfte zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen sein (IM NRW 2007: 116).

Dieses Schema dürfte auch für Sachsen gelten. Allerdings werden die Aktionsformen neuen Anforderungen angepasst: „Versuchten beim ‚dezentralen Konzept' von einer Infostruktur gesteuerte militante Kleingruppen überfallartig und verdeckt an den politischen Gegner zu gelangen, so soll nunmehr der Vorteil größerer Gruppen genutzt werden, um dessen Veranstaltungen effektiver zu behindern und

stören zu können. Zusätzlich sollen unter Nutzung gruppendynamischer Effekte das Durchbrechen von Polizeiketten und Absperrungen erleichtert, polizeiliche Zugriffe erschwert und durch Ausschreitungen im Umfeld Polizeikräfte gebunden werden" (LfV Sachsen: 47). Die in Sachsen stärkere und aktivere Szene greift darüber hinaus auf weitere Aktionsformen zurück. Seit den Szene-Anfängen bekannt ist das Sammeln und Veröffentlichen der Personaldaten tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsextremisten. Kampagnen wie „Keine Geschäfte mit Nazis – Der NPD den Boden entziehen" oder „Schöner leben ohne Naziläden" sollen Druck auf das soziale Umfeld der Rechtsextremisten ausüben, sie ächten, isolieren und ihnen auf diese Weise die materielle Basis entziehen.

7.1.2 Anti-Antifa

Eine militante Anti-Antifa entstand zu Beginn der 1990er Jahre als Reaktion auf die zunehmenden Aktivitäten der militanten Antifa. Dabei wurden deren Methoden teilweise übernommen. Als Initiator gilt der ehemalige Mitstreiter des Hamburger Neonationalsozialisten Michael Kühnen, Christian Worch, ein bis heute in der Szene überaus aktiver und einflussreicher Demonstrationsunternehmer (Thein 2009; Erb 2006). Die Anti-Antifa sollte nicht nur der Bekämpfung des politischen Gegners, sondern auch der Einigung des zersplitterten „nationalen Lagers" dienen. Zwar blieb die von Worch angestrebte Sammlungsbewegung in weiter Ferne, doch gelang es, Brücken zwischen Aktivisten unterschiedlicher Gruppierungen einschließlich der NPD-Jugendorganisation JN zu schlagen. Ein frühes Beispiel für die Arbeitsweise der Anti-Antifa bot die Ende 1993 bundesweit verbreitete Publikation „Der Einblick. Die nationalistische Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront- und Anarchoterror". Sie enthielt eine Liste von Namen und Adressen politischer Kontrahenten, verbunden mit dem Aufruf, gegen die genannten Personen vorzugehen. Die Herausgeber Norman Wolfgang Kempken und Stephan Cumic wurden wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, Beleidigung und Nötigung zu Freiheitsstrafen verurteilt (vgl. BMI 1996: 127 f.).

Strafverfolgung und Verbotsmaßnahmen bewirkten im Laufe der 1990er Jahre eine Umstrukturierung der NS-affinen Szene, die sich zunehmend der neuen Kommunikationsmittel bediente und hierarchisch-rigide Organisationsstrukturen zugunsten lose verbundener „Kameradschaften" aufgab. Die organisatorische Lockerung begünstigte zugleich die Öffnung für Nachwuchs aus Jugendszenen wie der – sich ihrerseits wandelnden und pluralisierenden – Skinhead-Subkultur. Zugleich gewannen die Verbindungen zur NPD an Bedeutung, die ab 1996 unter neuer Bundesführung um das Anhängerpotential der militanten Szenen zu werben begann. Dieser Prozess wurde durch das NPD-Verbotsverfahren zeitweilig unterbrochen, nach dessen Scheitern aber verstärkt fortgeführt. Einen Meilenstein markierte der Eintritt führender Anti-Antifa-Aktivisten in die NPD im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl vom September 2004. Ein wichtiger An-

sprechpartner der Szene innerhalb der Partei wurde der Neonationalsozialist Thomas „Steiner“ Wulff, der auch bei den folgenden Wahlen um die Unterstützung der „Freien Kräfte“ warb.

Vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (Mai 2005) bedankte er sich im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ bei den Freien Nationalisten, die „ganze Wahlkreise in eigener Organisation erfolgreich abgedeckt“ hätten, und forderte zu noch intensiverer Kooperation auf: „Lasst uns gemeinsam in NRW die positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit aus Sachsen und Schleswig-Holstein noch vertiefen. Gemeinsamer Kampf schafft Vertrauen und die nötige Geschlossenheit für die weiteren wichtigen Schritte unserer Volksfront für Deutschland!“[168]

Die Frage der Zusammenarbeit mit der NPD löste in den militanten Szenen heftige Kontroversen aus. Sahen die einen in der Unterstützung der Partei eine Chance, den eigenen Einfluss zu vergrößern, betrachteten die anderen die NPD als „Systempartei“ und eine Kooperation als nutzloses Zugeständnis an deren verfehlte Politik. Dieser Streit zeigte sich in Nordrhein-Westfalen wie in Sachsen, wurde jedoch vor dem Hintergrund einer sehr unterschiedlichen Kräftekonstellation ausgetragen. Die NPD übte nicht nur wegen ihres „traditionelleren“ Erscheinungsbildes, sondern auch wegen ihrer relativen Erfolglosigkeit im größten deutschen Flächenstaat weit geringere Anziehungskraft aus. Zudem waren die militanten Szenen hier erheblich schwächer als in Sachsen. Betrug der Bevölkerungsanteil der Angehörigen militant-rechtsextremer Szenen in Sachsen in den Jahren 2003–2006 mehr als das Doppelte des Bundesdurchschnitts, lag NRW jeweils erheblich darunter (siehe 3.2.2). Auch die Strukturen der Szenen unterschieden sich. Während die Verfassungsschutzberichte für NRW eine relativ klare Trennungslinie zwischen organisierten Neonationalsozialisten und militant-subkulturellen „gewaltbereiten“, überwiegend aus der Skinhead-Szene stammenden Akteuren zogen, war dies in den sächsischen Berichten kaum möglich. Die Verflechtungen der überwiegend als rechtsextrem eingestuften Skinhead-Subkultur mit lose strukturierten „Kameradschaften“ waren erheblich stärker entwickelt. Zudem unterschieden die sächsischen Berichte zwischen neonationalsozialistischen Kameradschaften und solchen, die ein klares Profil in diesem Sinn vermissen ließen.[169] Besonders selbstbewusst trat eine Szenegrenzen sprengende Anti-Antifa im Landkreis Sächsische Schweiz auf, organisierte Parties und Konzerte und störte systematisch Veranstaltungen des politischen Gegners. Zielgerichtet-gewaltsam agierte die im März 2006 von etwa 25–30 Aktivisten gegründete Kameradschaft „Sturm 34“ im Raum Mittweida: „Politisches Ziel der Kameradschaft war die Schaffung einer so genannten ‚National befreiten Zone‘ in Mittweida und der umliegenden Region. Die Umsetzung sollte durch eine ‚Säuberung‘ des Gebiets von ‚Linken‘/‚Zecken‘, ‚Hip Hoppern‘, Ausländern und sonstigen Gegnern auch unter Einsatz von Gewalt erfolgen“ (LfV Sachsen 2007: 22, siehe genauer oben 6.2.1).

168 *Deutsche Stimme*, Nr. 5/2005, S. 9.

169 Vgl. nur IM NRW 2007: 55–64 und LfV Sachsen 2007: 15–22.

Tabelle 27: Mitglieder und Bevölkerungsanteil NS-affiner „Kameradschaften“ und „gewaltbereiter Rechtsextremisten“ in Nordrhein-Westfalen und Sachsen, 2003–2006

	2003			2004			2005			2006		
	NN	G	An	NN	G	An	NN	G	An	NN	G	An
Bund	3000	10000	158	3800	10000	168	4100	10400	176	4200	10400	177
NRW	300	980	71	340	850	66	460	1250	95	460	1350	101
Sachsen	285	1500	425	170	1600	421	270	1660	460	550	1500	488

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder. Bevölkerungsanteil pro 1 Mio. Einwohner nach den Bevölkerungszahlen von Ende 2006 (gerundete Zahlen; Statistisches Bundesamt). NN: Neonationalsozialisten; G: „Gewaltbereite“, insbesondere Skinheads; An: Bevölkerungsanteil. Die Kategorien sind den Verfassungsschutzberichten entnommen.

In Nordrhein-Westfalen trat dagegen ein neues Phänomen der militanten Anti-Antifa stärker als in Sachsen hervor: Innerhalb der überwiegend neonationalsozialistisch geprägten Kameradschaftsszene waren erstmals im Jahr 2002 Gruppierungen als „Autonome Nationalisten“ (AN) in Erscheinung getreten. Aus dem Berliner Netzwerk Kameradschaften waren die „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB) hervorgegangen, denen sich überwiegend gewaltbereite Aktivisten anschlossen, u. a. aus der später verbotenen „Kameradschaft Tor Berlin“ (KTB) (vgl. SenInn Berlin 2008: 7). Bald erregten auch andernorts AN in der Gestalt „Schwarzer Blöcke“ bei rechtsextremen Demonstrationen Aufmerksamkeit. Vermummung, schwarze Kapuzen-Pullover und Palästinensertücher waren bis dahin unverwechselbare Merkmale der linksextremen Autonomen, deren äußeres Erscheinungsbild mit geringen Abwandlungen übernommen wurde. Auch deren Parolen in englischer Sprache („Fight the system“, „support your local ns black block“) fanden in modifizierter Form Verwendung. AN reagierten damit teilweise auf den Anpassungs- und Integrationsprozess von Teilen der „Freien Nationalisten“ gegenüber der NPD und deren Jugendorganisation, wollten ihre Unabhängigkeit und Undomestizierbarkeit ostentativ bekunden (vgl. Menhorn 2008: 213–225). Neben Berlin und Bayern entstand in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Raum Dortmund, ein neuer Aktivitätsschwerpunkt.[170]

7.2 Perzeptionen: Selbstbilder, Feindbilder, Gewaltdiskurse

7.2.1 Antifa-Selbstbilder

Autonome Antifas verstehen ihre Aktivitäten in erster Linie als Not- und Abwehrreaktion gegen das Erstarken eines omnipräsenten „Faschismus“/„Neofaschismus“: „Von Ort und Zeitpunkt verschieden, haben sich Antifa-Strukturen zumeist als Reaktion auf fortwährende Naziangriffe gebildet. In Westdeutschland kam es ab Anfang der 80er Jahre in allen möglichen Regionen zu direkten Auseinandersetzungen zwischen Linken und der neuen Generation der Nazis. Trauten sich die

170 Vgl. „Autonome Nationalisten“, http:www.im.nrw.de/sch/781.htm [15.12.2008].

Altfaschisten in der Bundesrepublik bis dahin zumindest nicht allzu öffentlich an Linke und MigrantInnen heran, versuchten die Neonazis nun auch direkt in den großstädtischen Hochburgen der linken bzw. alternativen Szene und in den Vierteln mit hohem MigrantInnen-Anteil Fuß zu fassen. [...] Der gewalttätig vorgehenden Neofaschisten konnte sich allerorten nur selbstorganisiert und militant erwehrt werden."[171]

Der Staat ließ es dabei in den Augen der autonomen Antifas nicht nur an Gegenwehr fehlen, sondern förderte die „Rechtsentwicklung" infolge seiner „bürgerlich"-„kapitalistischen" Orientierung maßgeblich. „Dabei schreit die Situation in Deutschland mehr denn je nach radikaler, unversöhnlicher Opposition. Staat und faschistische Banden spielen sich gegenseitig den Ball bei der administrativen und ideologischen Verankerung rassistischer Politik in der Gesellschaft zu. Deutschland wird unter wechselnden Regierungen in raschem Tempo kriegsfähig gemacht und betritt die weltpolitische Bühne mit neuem nationalistischem Selbstbewusstsein. Die neoliberale Wirtschafts-Politik erfasst und unterhöhlt immer mehr Bereiche des alten Sozialstaats-Kompromisses."[172]

Von den Sicherheitsbehörden eines solchen Staates kann nicht erwartet werden, dass sie dem Treiben der Rechtsextremisten energisch entgegentreten. Antifaschistische Abwehr erscheint daher als unerlässlich: „Aus den unmittelbaren und aufgezwungenen Konfrontationen mit Neonazis haben sich in der alten Bundesrepublik in den 80er Jahren dauerhafte Strukturen der Abwehr, die autonome Antifa, herausgebildet. Relativ früh wurde entgegen den offiziellen Verlautbarungen klar, dass hinter den plötzlich auftauchenden Nazischlägern straff organisierte Kader neofaschistischer Organisationen standen (und stehen). Zwangsläufig mussten die Organisationsstrukturen der Neonazis aufgedeckt werden, um sie bekämpfen zu können. In der autonomen Antifa hat sich durchgesetzt, zwischen faschistischen ‚Führern' und Mitläufern einer mittlerweile entstandenen Nazi-Szene zu differenzieren und, sofern es die Situation zulässt, mit unterschiedlichen Mitteln gegen sie vorzugehen. Gewalt wird von den meisten organisierten Antifas als letztes und abschreckendes Mittel befürwortet. Nach Möglichkeit wird es dosiert gegen die Drahtzieher des braunen Netzes eingesetzt, um diese von ihrem Rekrutierungsfeld zu isolieren und so weitere Gewalttaten zu verhindern."[173] Autonome Gewalt erscheint angesichts des Versagens des Staates eine Notwehrreaktion, um „braune Gewalt" zurückzudrängen.

Die Fixierung vieler Antifa-Gruppen auf konkrete Aktivitäten gegen rechtsextreme Gruppenstrukturen „vor Ort" ist seit langem Gegenstand heftiger Kritik innerhalb der Szene. In einer szeneinternen Befragung kritisierten schon Mitte der 1990er Jahre viele „die einseitige Fixierung mancher Antifas auf unreflektier-

171 Projektgruppe (Hg.), Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis, Berlin/Amsterdam, o. D. (1994), S. 9.

172 Grauwacke, S. 266.

173 Projektgruppe, S. 10.

te, oftmals machistische Aktionen. Ältere autonome Antifas sehen im Vergleich zu den 80er Jahren ein Schwinden der politischen Qualität und einen Rückfall hinter bereits geführte Diskussionen um Militanz. In den Gesprächen wird auch deutlich, dass militantes Vorgehen für die meisten Antifa-Gruppen nur ein Bestandteil ihrer Politik ist. Viele Gruppen organisieren politische und kulturelle Veranstaltungen, erstellen Broschüren und Zeitschriften, machen Jugendarbeit, arbeiten noch in anderen linken Projekten oder haben theoretische Schwerpunktsetzungen. Allgemein hat sich eine Akzeptanz verschiedener Arbeits- und Ausdrucksformen durchgesetzt – allerdings unter dem voraussetzenden Anspruch, je nach den persönlichen Möglichkeiten gegen Neonazis auch praktisch im öffentlichen Raum zu intervenieren.“[174]

Die scheinbare Folgenlosigkeit antifaschistischen Engagements verstärkte im neuen Jahrtausend die Skepsis. Wenn die Mehrheitsgesellschaft den Rechtsextremismus beständig reproduzierte, erschien ein auf die Zurückdrängung der „Nazibewegung“ im engeren Sinne konzentrierter Antifaschismus absurd.[175] Dies galt unabhängig von der Frage, ob die strukturelle Veranlagung zum „Nazismus“ vor allem als Konsequenz des kapitalistisch-imperialistischen Komplexes („Antiimps“) oder spezifisch deutscher Erblasten („Antideutsche“) gedeutet wurde. Viele Gruppierungen lehnten es daher ab, den Kampf gegen rechtsextreme Organisationen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen. Dies galt insbesondere auch für Formationen von der Art der „militanten gruppe“ (mg), die aus dem Untergrund planhaft Brand- und Sprengstoffanschläge begingen. Sie führten den Angriff nicht gegen den „schwachen Abklatsch“, sondern gegen „die Hauptverantwortlichen des Schlussstrichprojektes des Nazi-Nachfolgestaates BRD“ sowie die „Institutionen und Firmen des sozialtechnokratischen Klassenkampfes von oben“.[176]

7.2.2 Antifa-Feindbilder

War in den achtziger Jahren meist von „Neonazis“ oder „Neofaschisten“ die Rede, setzten sich in den neunziger Jahren Feindbezeichnungen wie „Faschisten“, „Faschos“ oder schlicht „Nazis“ durch, u. a. um zum Ausdruck zu bringen, „dass es sich immer weniger ‚nur‘ um rückwärtsgerichtete Dritte-Reich-Nostalgie handelte“.[177] Während „Faschisten“ oder „Faschos“ im Anschluss an Faschismuskonzepte, die sich weit von den historischen Formen entfernen, in ihrem Anwendungsbereich besonders flexibel sind, beinhaltet das auf jegliche Differenzierung

174 Ebd., S. 11.

175 Vgl. Wie deutsch sind die Nazis? Bestimmungen für eine neue Antifadebatte, in: *Phase 2*, Nr. 14/2004, S. 4–7.

176 Militante gruppe (mg), Ein kleines Selbstporträt, mg-express no. 1, Winter 2005, in: Dokumentation X. Texte der militanten gruppe (mg) von 2001–2007 u. m., o. O., o. J. (2008), S. 5–11, hier S. 5.

177 A. G. Grauwacke, S. 292.

verzichtende Etikett „Nazi“ eine Gleichsetzung mit der deutschen Radikalversion und ihren Megaverbrechern. Der Kampfbegriff gewinnt seine pejorative Konnotation mehr noch aus der radikal-eliminatorischen denn aus der repressiv-totalitären Dimension des „Nazi-Regimes“. Den als „Nazi“ Bezeichneten wird – bei konsequenter Ignorierung szeneinterner NS-Kritik wie aller provokatorischen, rebellischen, hypermaskulinen, mimetischen, psychopathischen und operettenhaften Züge – pauschal eine Billigung des Massen- und Völkermordes unterstellt. Dieses Feindbild gewinnt seine Plausibilität aus der in rechtsextremen Szenen verbreiteten NS-Affinität, -Apologetik und -Symbolik, genießt in Deutschland hohe soziale Akzeptanz und ist dennoch in der Regel mit einer Anklage gegen das „bürgerliche“, „kapitalistische System“ verbunden, das aufgrund seiner strukturellen wie geistigen Affinität zum „Faschismus“, seiner „Rechtsentwicklung“, weder willens noch in der Lage sei, den Aktivitäten der „Nazis“ wirksam zu begegnen. Mit der in Antifa-Kreisen populären Devise „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ wird auch das Verhalten der Polizei, die genehmigte Demonstrationen rechtsextremer Organisatoren schützt, auf die Anklagebank gestellt. Das „Nazi“-Feindbild militanter Antifas ist auf diese Weise eng mit der Perzeption eines tendenziell „faschistischen“, „faschistoiden“ Staates verbunden.

Das „Nazi“-Feindbild geht in den Diskussionen autonomer Theorieorgane, die teilweise ein hohes Reflexionsniveau erreichen, nur selten mit einer noch weitergehenden hasserfüllt-dehumanisierenden Sprache einher. Diese findet sich aber häufig in den Niederungen regionaler und lokaler Anti-„Nazi“-Praktiker, bei denen der inflationäre Gebrauch der Unwörter das Verlangen nach noch härteren Ausdrucksmitteln weckt. Am häufigsten sind Tiervergleiche, bei denen etwa eine „Nazihool-Combo herumstreunt“ oder „KameRatten“ ihre schmutzigen Geschäfte betreiben.[178] Die Dehumanisierung ist meist von Hassgefühlen geprägt, findet in einer moralisch hoch aufgeladenen positiven Selbstdefinition wie in der Wahrnehmung des Feindes als Inkarnation des Bösen eine scheinbar rationale Grundlage und rechtfertigt die Überschreitung jener Grenzen, die der Rechtsstaat zum Schutz der individuellen Freiheitssphäre zieht.

7.2.3 Antifa-Gewaltdiskurse

Militante Antifas pflegen im Umgang mit Kontrahenten eine bellizistische Sprache: „Antifa heißt Angriff!“, „Fight Neo-Nazis!“, „Nazis bekämpfen!“, lauten verbreitete Parolen. „Faust zerschlägt Hakenkreuz“ ist eines der beliebtesten Logos. Das Plakat der „Autonomen Antifa Westsachsen“ zur Kampagne „Schöner leben ohne Nazi-Läden“ zeigt einen jugendlichen Kämpfer mit erhobener Faust

178 „access denied. No entry for Nazis“, http://venceremos.antifa.net/ddneonazis/nazidemosdd/190305.htm [19.03.2005]; Antifaschistische Aktion 13, 01.05.2005 – Leipzig!, http://www.afa13.antifa.net/print.php?sid=85 [18.04.2005].

und Schlagring.[179] Über die Legitimität der Anwendung von Gewalt herrscht unter autonomen Antifas Konsens. Die angebliche „faschistische" Tendenz des bürgerlich-kapitalistischen Systems begründet die Notwendigkeit weitreichender „Notwehr"-Maßnahmen. Die Parole „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!" bringt jeden auf die Anklagebank, der dem „Verbrechen" nicht unmittelbar Einhalt gebietet. Dabei wird der Kreis des Kriminellen weit ausgedehnt.

In diesem Sinne heißt es in einer Selbstdarstellung der Autonomen Neuköllner Antifa (ANA): „Wir vertreten einen revolutionären Antifaschismus, der nicht nur den offen auftretenden Neonazismus bekämpft, sondern ebenfalls seine Ursachen, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft finden. Antifaschismus muss sich immer auch gegen die herrschenden kapitalistischen Zustände richten."[180]

Über die Grenzen der Gewaltanwendung wurden und werden kontroverse, theoretisch oft anspruchsvolle Diskussionen geführt (Mletzko 2001). In der Szene war man sich vom Beginn militanter Antifa-Aktionen in den achtziger Jahren an darüber einig, dass Angriffe auf Einzelpersonen, Kundgebungen und Demos notwendigerweise Aktionen seien, die sich „ausdrücklich gegen die körperliche Unversehrtheit von Menschen richten".[181] Anfang der neunziger Jahre entwickelte sich eine fast zwei Jahre hinziehende Debatte, in der das Für und Wider der „Tötung von Faschisten" abgewogen wurde. Dabei verwarf eine wohl mehrheitliche Position die Option eines „antifaschistischen Attentats" als zum damaligen Zeitpunkt inopportun, erachtete aber das angesichts der Intensität der Konfrontationen gegebene Risiko einer unbeabsichtigten Tötung des Gegners für vertretbar (siehe BfV 1994: 11–13 und 44–53 sowie Mletzko 1994). In einer sorgfältig überdachten Einschätzung dieser Vorgänge kritisierte 1997 der in die damaligen Diskussionsprozesse involvierte autonome Aktivist „Geronimo" beide Sichtweisen: Die „Kann schon mal liegen bleiben"-Position bezeichnete er als „im wahrsten Sinne des Wortes *demoralisierende* Bankrotterklärung". Bei der „Faschistentöter"-Position verkomme die Militanz, die sich „von den Mühen einer politischen Bewegung glaubt abkoppeln zu können", zur bloßen Gewalt derjenigen, die „unkontrolliert und auf eigene Rechnung machen wollen, was sie und nur sie wollen". Für weiterhin als möglich erachtete Angriffsaktionen müsse aber gelernt werden, zu „selbstbewusste(n) und verantwortliche(n) TäterInnen" zu werden.[182] In diesem Sinne äußerte sich auch der Aktivist „Fridolin" ausführlich zu einer flapsigen

179 Autonome Antifa Westsachsen, Nazistrukturen in Westsachsen, http://de.indymedia.org/icon/2007/09/194795.jpg

180 Selbstdarstellung der Autonomen Neuköllner Antifa (ANA). In: *Interim* 644 vom 26.10.2006, S. 16.

181 „Fridolin": Wo ist Behle? Über Filtersysteme, Kommunikationskorridore u. v. m. Wider die Verzweiflung, Stichworte zur Wiedererlangung autonomer Politikfähigkeit. INTERIM-Sonderheft März 1998: „Bewegung – Militanz – Kampagne". S. 3. Bei dem Autoren „Fridolin" handelt es sich um einen Szene-Aktivisten mit profunden Kenntnissen szeneinterner Diskurse.

182 „Geronimo": Glut und Asche – Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung. Münster 1997, S. 106–109. Bei dem Autoren „Geronimo" handelt es sich um einen langjährigen Szene-

Erklärung einer „Antifa"-Gruppe, in der über Platzwunden eines angegriffenen, offenbar angetrunkenen Rechtsextremisten geprahlt wurde. In „nicht-revolutionären Zeiten" müsse genau auf das „Wie des physischen Kampfes" geachtet werden. Das Risiko nicht rückgängig machbarer Verletzungen (durch gezielte Kopftreffer) oder gar tödlicher Verletzungen sei unakzeptabel. Militante Attacken auf Personen stellten ein unvermeidliches Übel dar, mit dem ein angemessener Umgang gefunden werden müsse.[183]

Insbesondere älteren Aktivisten ist sehr daran gelegen, sich mit dosierter und zielgerichteter Militanz von „menschenverachtende(r) mörderische(r) Gewalt der Nazis, die Minderheiten und Schwächere attackieren und dabei bewusst Menschen töten" abzugrenzen, so etwa ein „Altautonomer" Anfang der 2000er Jahre.[184] Dennoch kommt es immer wieder dazu, dass autonome Antifas exzessiv Gewalt einsetzen und damit altbekannte Kritik hervorrufen. Im Oktober 2001 wurden in Berlin zwei Schwule aufgrund ihres verwechslungsträchtigen Outfits versehentlich Opfer eines massiven Antifa-Angriffs. Daraufhin gab es erboste szeneinterne Kritik: Die Antifa habe mal wieder „Feuerwehr gespielt und dabei Passanten überfahren". Mit solchen „Scheißaktionen" nähere man sich dem, was man bekämpfen wolle, weitgehend an.[185] Ansätze für eine „Antifa Guerilla" haben sich trotz vereinzelter Verlautbarungen in diese Richtung aber bis zur Gegenwart nicht konkretisiert. Das Gleiche gilt auch für eine etwas kleiner kalibrierte „bonebreaker"-Variante; dies war der Vorschlag einer „Antifa"-Gruppe, ein Wehrsportlager von Neonazis zu überfallen, einige Kader herauszuselektieren und ihnen so Arme und Beine zu brechen, dass Aussicht auf bleibende Schäden bestünde.[186] Anfang 2002 meinte eine Kleingruppe, der „Abschuss des Brechmittelmörders Schill in Hamburg" könnte „eine reale Politikverhinderung" herbeiführen. Ähnlich liebäugelte im Herbst 2004 eine Gruppe mit der Liquidierung einer Person im Rahmen einer „Antifa-Guerilla".[187] Es blieb bei Absichtsbekundungen. Diese für die Linksmilitanz typische Ambivalenz – Gewaltbereitschaft bei gleichzeitigem Gewaltdosierungsinteresse – spiegelt sich in dem in dieser Untersuchung festgestellten Handlungsmuster schwerer linker Konfrontationsgewalt: Hohes Aufkommen von Stein-

---

Aktivisten, der zu Beginn der achtziger Jahre in der „Anti-AKW"-Bewegung und ab Mitte der achtziger Jahre in Berlin reichhaltige Erfahrungen gesammelt hat.

183 So der Aktivist „Fridolin" in einem Beitrag mit dem Titel „Fetisch der Gewalt oder die Geburt des Antifaschismus aus der Platzwunde?" (in *Interim* vom 07.08.1997: 12–14 und erneut in *Interim* vom 15.05.1998: 21–23). Auch in der kritischen Replik einer Gruppe, die „Fridolin" Praxisferne vorwarf, war man sich einig darin, dass es „sehr dezidierte Auseinandersetzungen" darüber gebe, „unterhalb der Ebene von Tötungen und oder schweren Verstümmelungen" zu bleiben. Auch bei Schlägen auf den Kopf sei es „bei entsprechender Übung auch möglich, dosiert zuzuschlagen". Aus gutem Grunde werde deshalb „nicht mit Eisenstangen auf Menschenköpfe gehauen" (*Interim* vom 08.01.1998: 13–14).

184 Vgl. *taz* vom 10.08.2001, S. 3.

185 *Interim* vom 01.11.-13.12.2001.

186 Interim-Sonderausgabe „Runder Tisch der Militanten" vom 30.03.2000, S. 24.

187 *Interim* 10.01.2002 und Nr. 604 im Oktober 2004.

und Flaschenwürfen aus der Distanz, relativ niedriges Aufkommen exzessiver face to face–Gewaltakte.[188]

Die autonome Antifa-Praxis auf der Straße lebt dessen ungeachtet von der Konfrontation mit dem Kontrahenten. In einem Bericht zur 1. Mai-Demonstration in Leipzig heißt es etwa:

„Die nazis in leipzig haben sich mal wieder nur einige hundert meter vorwärts bewegen können und sind von 4000 leuten zur rückkehr gezwungen worden. Die bullen waren ziemlich überfordert, den entschlossenen antifas etwas entgegen zu setzen, so wurde selbst der wasserwerfereinsatz zur erfrischung. Auf der gesamten strecke wurden immer wieder zum teil brennende barrikaden errichtet und eine bullenwache entglast. Die berliner nazis mussten mit dem zug zurückfahren, da ihre reisebusse während ihrer abwesenheit in leipzig geplättet wurden."[189]

Das Stören, Blockieren und Attackieren rechtsextremer Demonstrationen bildet einen Schwerpunkt der Antifa-Aktivitäten. Einen Eindruck von den einschlägigen Kampfmethoden vermittelt folgender Bericht von den Ereignissen am 1. Mai 2006 in Leipzig. Hier war es zeitweilig gelungen, den ca. 60 Aktiven um Christian Worch den Hin- und Rückweg zu versperren:

„nun begann der eigentlich heikle Teil für Nazis, der Rückmarsch zum Ostplatz. Während einige dutzend AntifaschistInnen über Schleichwege vor und an die nun umgekehrten Nazis gelangten, wurde gleichzeitig zum Ostplatz mobilisiert. Die Nazis waren eingekeilt von GegendemonstrantInnen. Die Polizei war nun absolut nicht mehr Herr der Lage. Beständig wurden die Nazis mit Wurfgeschossen attackiert. Die Polizei beschränkte sich mangels ausreichenden Personal [!] darauf, unmittelbar im Umfeld der Nazis agierende Antifas anzugreifen.

Das Werfen von Gegenständen konnte sie damit nicht unterbinden. Die Nazis versuchten so gut es ging sich mit Pappschildern vor den Fluggeschossen zu schützen und warfen ferner auch diverse male [!] zurück. Treffer (nach meiner Beobachtung zumindestens) gelangen ihnen nicht, dafür mussten sie enorm einstecken. Einen [!] kleiner Ausbruchversuch scheiterte und führte zu nur noch mehr Verletzten auf ihrer Seite. Am Ostplatz erwartete die Nazis eine weitere böse Überraschung. Weit mehr als 1000 AntifaschistInnen hatten den Platz besetzt. Ein wahrer Stein [!] und Flaschenregen hagelte auf die ‚Kameraden' nieder. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, wenigstens ein [!] Teil der Antifas die Prager Straße entlang zurückzudrängen."[190]

Auch jenseits des Demonstrationsgeschehens werden Grenzen der Legalität häufig überschritten. Kampagnen wie „Schöner leben ohne Naziläden!" sind mit Aufforderungen zur Nötigung und Selbstjustiz verbunden. Nach einer umfangreichen Beschreibung eines „Naziladens" heißt es etwa: „Daher meinen wir, es ist Zeit zu handeln – Naziläden dichtmachen! Don't wait, antifa actions are welcome! – Better living without nazishops".[191] Einbrüche in Objekte der Kontrahenten sind kein Tabu. Mit triumphalem Ton berichtete die „antifascist action crew" über einen „Hausbesuch bei Dresdner Neonazis":

188 Ersteres ist durch die Tatschwere-Daten dieser Untersuchung für den Untersuchungsraum belegt. Letzeres müsste durch vertiefende Betrachtungen erhoben werden.

189 *Interim* Nr. 615 vom 04.05.2005, S. 2.

190 „Ab 12:00 Uhr dezentrale Aktionen", http://de.indymedia.org/2006/05/145507 [15.05.2006].

191 Schöner leben ohne Naziläden! – Esoterikladen ‚Innere Welt' vertreibt antisemitische Hetze!, http://venceremos.antifa.net [04.05.2005].

„seit geraumer zeit betreiben und nutzen dresdner neonazis ein objekt in dresden-reick als treffpunkt, probe- und veranstaltungsraum. Ende november haben wir diese räume in augenschein genommen. Wie sich herausstellte, befindet sich in den räumlichkeiten ein barraum, ein kampfsport-trainingsraum, ein (ungenutzter) proberaum, und mehrere abstellräume. Dort sind fahnen, transparente, bekleidung u. ä. gelagert. Wir stellten diverse dinge, wie rechner, persönliche unterlagen des dresdner neonazis [redacted], anti-antifa-akten u. a. m. sicher. Zugleich trafen wir vorkehrungen, die die weitere nutzung der räume erschweren sollten. So zerstörten wir teile der inneneinrichtung, sowie des sporteequipments und verteilten eine ‚wohlriechende' flüssigkeit. Es ging uns mit dieser intervention nicht allein um informationsbeschaffung, sondern auch darum zu zeigen, dass neonazis in und mit ihren rückzugsräumen angreifbar sind. nazis kreativ auseinandernehmen!"[192]

Die Auswertungsergebnisse der durch den Einbruchdiebstahl erlangten Informationen kursierten später in Antifa-Medien.[193]

Unübersehbar sind Tendenzen einer Dehumanisierung des Kontrahenten. Gegen „Nazis" sind vielfältige Mittel erlaubt. Ein Plakat „Naziaufmarsch am 22.02. in Bochum verhindern!" zeigte ein Mädchen, die Comic-Figur Emily, mit zum Schuss gespannter Zwille. Gegenüber der Staatsanwaltschaft, die gegen den verantwortlichen Redakteur einen Verhandlungstermin ansetzte, wurde „das legitime Recht einer rebellischen Öffentlichkeit" geltend gemacht, „gegen einen von Neonazis in Zusammenarbeit mit der bundesdeutschen Polizei ordnungsgemäß durchgeführten öffentlichen Aufzug alle Hebel und Möglichkeiten auch des visuellen Protestes und vielfältiger Widerstände zu aktivieren."[194]

7.2.4 Anti-Antifa-Selbstbilder

Die Entstehung einer organisierten Anti-Antifa zu Beginn der neunziger Jahre entsprang der Wahrnehmung einer Notwehrsituation gegen einen mit Organisationsverboten systematisch vorgehenden Staat und eine agile militante Antifa, deren Aktivitäten mit einer Mischung aus Abscheu und Bewunderung beobachtet und teilweise nachgeahmt wurden:

„Meine Grundfrage bei der Analyse der Situation war: Wieso ist auf dieser Ebene staatlicher Repression die Linke weniger angreifbar als wir?! – Einerseits natürlich, weil die Linke für das Establishment als Schein-Opposition nützlich ist. – Andererseits aber auch, weil mangels organisatorischer Strukturen vor allem bei der radikalen Linken und Antifa Verbote ohnehin nicht greifen würden. Das hängt mit dem Konzept individuellen und selbstbestimmten Handelns zusammen. Anders ausgedrückt: Wo die Rechte vornehmlich kollektivistisch ist, ist die Linke vornehmlich individualistisch. Trotzdem war und ist sie in hohem Maße operationsfähig, politisch. Sie war damals, Ende 1992 / Anfang 1993, sogar erheblich operationsfähiger als wir! Denn die Zugehörigkeit zu einer Organisation kann einerseits eine mentale Stütze sein, ein Identifikationsmerkmal; sie kann aber auch ein Hemmnis für die innere und äußere Entwicklung sein. Das ist von der konkreten Situation, auch von äußeren Faktoren, abhängig. Von den Linken zu lernen erschien also höchst sinnvoll."[195]

---

192 Antifascist action crew, Hausbesuch bei Dresdner Neonazis, http://de.indymedia.org/2006/12/163898.shtml [10.12.2006].

193 Vgl. etwa Anna Reichelt, Sprecherin des a. l. i. a.s., „Anti-Antifa"-Akten mit über 150 Dresdner Personen, Pressemitteilung vom 22. Januar 2007, http://www.amal-sachsen.de/news.php?article=379 [04.03.2008].

194 Verhaften Sie dieses Plakat!, in: *Interim* Nr. 503 vom 27.11.2003, S. 12.

195 Christian Worch, Über Freien und Autonomen Nationalismus (Hamburg, 25. Januar 2005), http://www.worch.info/ [18.12.2008].

Die Namensgebung „Autonome“ selbst übte bereits in den neunziger Jahren Faszinationskraft aus. Sie sollte Distanz zu bestehenden Organisationen signalisieren und die staatliche Verbotsdrohung aushebeln:

„Und weil der militante Teil der Linken (einschließlich der Antifaschistischen) sich damals autonom nannte bzw. einfach unter dem Namen ‚die Autonomen‘ bekannt war, lag auf der Hand, den Begriff zu übernehmen und für uns zu variieren. Der Arbeitstitel meines Konzepts lautete daher: ‚Rechte‘‚Autonome‘ oder Autonome Rechte‘. Wenn früher Aktivisten ihre politische Überzeugung auf Nachfrage mit ihrer Organisationszugehörigkeit erklärt hatten, würde künftig als Erklärung ausreichen: ‚Ich bin ein autonomer Rechter‘.“[196]

Zwar setzte sich in der NS-affinen Szene die Bezeichnung „Freie Nationalisten“ durch, aber das Konzept loser, informeller Gruppenbildung gewann in den neunziger Jahren an Attraktivität. Erst im neuen Jahrtausend knüpfte eine jüngere Generation auch in der Wortwahl an das linke Konzept der „Autonomie“ an. Inzwischen hatten sich die Kräfteverhältnisse aus Szene-Sicht verändert:

„Meine politische Generation ist teilweise davon geprägt, dass wir früher als geradezu hoffnungslose Minderheit gegen den übermächtigen, geradezu überwältigenden Druck der Kommune beziehungsweise autonom-anarchistischer Antifa-Banden standen. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren sehr rasch geändert. Die Übermacht der Antifa hat nachgelassen, während wir selber stärker geworden sind, mehr geworden sind. Gleichzeitig mit unserem zahlenmäßigen Anwachsen ist natürlich die ursprüngliche, frühere Einheitlichkeit nicht mehr so leicht aufrecht zu erhalten – eine winzige Gruppe von Leuten auf eine Linie einzuschwören, ist eben leichter, als das mit einer breiten Masse zu tun.“[197]

Dessen ungeachtet sind Kernelemente des Selbstbildes mehr oder weniger unverändert erhalten geblieben. „Kameradschaften“ der „Nationalen Opposition“, die Hauptträger einer militanten Anti-Antifa, sehen Deutschland als ein von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs geknechtetes, noch immer von „raumfremden Mächten“ („US-Imperialismus“, „Weltjudentum“) beherrschtes und von „Multikulturalisten“ systematisch „überfremdetes“ Land. Dessen Staatsdoktrin bestehe in einem neurotisch-reflexhaften Antifaschismus, der die Rechtfertigungsgrundlage für die „Kriminalisierung“ der „Nationalen Opposition“ wie für das Treiben gewalttätiger Antifas bilde: „Kein Tag vergeht, an dem Politiker der CDUSPDFDPGrünen-Einheitspartei sowie die ach so ‚unabhängige‘ Presse, ein Trommelfeuer von Lügen, Verleumdungen und Diffamierungen gegen die Nationale Opposition eröffnen.“ Sie schüfen damit eine aufgeheizte Atmosphäre, in der militante Antifas weitgehend straflos agieren können, schreckten selbst vor Brandstiftung, Mord und Totschlag nicht zurück und handelten in heimlicher Komplizenschaft mit führenden politischen und sozialen Gruppen: „BRD-Systempolitiker, Gewerkschaftsbonzen und Kirchenverbände danken es ihnen mit deutschlandweit finanzierten Jugendzentren, welche linke Kriminelle unter ‚Selbstverwaltung‘ nutzen dürfen. Dort werden Jugendliche indoktriniert und zu solchen Taten ermutigt.“[198]

196 Ebd.

197 Ebd.

198 Brandanschläge, zerstörte PKWs und Mordanschläge – wenn die Argumente fehlen (28. März 2007), http://www.widerstand.info/1018/brandanschlaege-zerstoerte-pkws-und-mordanschlaege-wenn-die-argumente-fehlen/.

„Autonome Nationalisten“ weichen zwar in ihrem äußeren Erscheinungsbild und verbalen Gebaren von der übrigen Szene ab, teilen mit ihr jedoch die politische Weltsicht. So zielt die szeneinterne Kritik auch in erster Linie auf Aktions- und Präsentationsformen. Das subkulturelle Erscheinungsbild führe zur Abschottung vom eigenen Volk: „Als kurzfristige Aktion ist es eventuell lustig und in manchen Regionen (Berlin?) vielleicht auch im täglichen Leben ganz praktisch, aber grundsätzlich ist jede Organisations- und Aktionsform, die sich nach außen nicht als völkisch zu erkennen gibt, unserer Bewegung eher abträglich, weil die Kämpfer der Bewegung nicht die Mitte des Volkes, sondern eine Randerscheinung widerspiegeln – umgekehrt muss es sein.“[199]

7.2.5 Anti-Antifa-Feindbilder

Linke werden klassischerweise als „Zecken“ dehumanisiert und bevorzugt als sozial degenerierte Existenzen porträtiert. Besonders drastische Äußerungen enthält folgender Bericht über die bereits erwähnte Antifa-Demonstration „Schöner leben ohne Naziläden“ am 25. September 2004 in Chemnitz:

„Zwielichte, von kommunistischen Hintermännern bezahlte Organisatoren schafften es, einen stinkenden und unansehnlichen Mob von ca. 250 degenerierten Lumpenhunden, Schädlingen, Rauschtätern und Sozialschmarotzern zusammenzukratzen, der gegen ALLTAGSFASCHISMUS (seid wann liegt denn Chemnitz in Italien?) zu ‚demonstrieren‘. Der klägliche Haufen zusammengewürfelter Proleten hatte diesmal die Rechnung allerdings ohne den Wirt gemacht: Vor den mittelständischen Objekten standen ca. 250 patriotische Skins, Hooligans und andere, geregelter Arbeit nachgehender junger Menschen deutscher Herkunft, welche zum Entsetzen der Zecken mal ganz einfach den Spieß umdrehten, hier und da eine Kette der unterbesetzten Polizei durchbrachen und einige ‚Klassenkämpfer‘ zurück in die Gosse beförderten, aus der sie kurz vorher auf allen Vieren gekrochen kamen. Die Anhänger der ‚heldenhaften Sowjetarmee‘ begnügen sich seitdem damit, anonym im Internet ihre Wunden zu lecken und sich in anarchistischer Selbstverständlichkeit über die unfähige Polizei zu beschweren, welche die Situation nicht in den Griff bekam und den Narrenaufmarsch nur mangelhaft schützen konnte. Pech gehabt, Jungs: Man kann sich halt nicht sein Leben lang hinter Polizeiketten, USA- und Israelfahnen verstecken, nach der roten Armee und Bomber Harris schreien oder mit ‚Vertriebene vertreiben‘ Parolen Flaschen auf gehbehinderte Rentner schmeißen. Bleibt das nächste Mal lieber in eueren von staatlichen Almosen bezahlten Dreckslöchern und unterlasst es in Zukunft, euch in die Räder der deutschen Wirtschaft werfen zu wollen. Die nächste Aktion dieser hässlichen Existenzen findet am 27. November vor einem Szeneladen im sächsischen Pirna statt und wird sicher mehr Vergnügungen zu bieten haben als so manches Konzert. Zieht euch warm an, Genossen!“[200]

Obwohl Szene-Aktivisten nicht selten unterschwellig das höhere Reflexionsniveau der Kontrahenten bewundern, stellen sie diese gerne als unfähig dar: „Die anwesenden Zecken vermochten es nicht, durch ihre ‚Nazi raus‘ Rufe die Veranstaltung zu stören. Die geringe Anwesenheit dieses Abschaums lässt auf ein mangelndes Interesse und Inkompetenz schließen.“[201] Völkisch-antisemiti-

199 Interview mit der Gruppe „Hassgesang“, in: *Nordwind*, Nr. 3/2006, S. 8 f., hier S. 8.

200 Am 25. September 2004, in: *Foier Frei*! Zine, Ausgabe 19, o. D. (2004), S. 12 (Fehler im Original).

201 Rudolf-Hess-Marsch, in: *C18 Stormer*, Nr. 1 (2003), S. 8 (unpaginiert).

sche Orientierungen offenbaren sich, wenn Antifa-Aktivisten als „Judenfreunde" deklariert werden.[202]

Deren äußeres Erscheinungsbild wird mitunter lächerlich gemacht und mit homophoben Bemerkungen kommentiert: „Mein Gott, waren da wieder Gestalten dabei. Besonders aufzufallen wusste eine Schwuchtel auf nem Fahrrad, die da seelenruhig durch die Gegend radelte."[203] Derbere sexuelle Verspottung fehlt ebenfalls nicht. Ein karikaturistisch verfremdetes „Antifa heißt Angriff"-Plakat zeigt einen jungen Antifa-Kämpfer beim Begatten eines Schafes: „Ahh – Ahh – Antifaahh!"[204]

Während sich die „freie" militante Anti-Antifa meist aggressiv äußert, sind im NPD-Umfeld mitunter versöhnlichere Töne zu vernehmen: „Etwa 300–400 Jugendliche, überwiegend im Alter zwischen 10 und 20 Jahren, alkoholisierte und berauschte Jugendliche, machten an diesem Tag deutlich, warum wir Deutschen bei internationalen Studien (wie zum Beispiel der PISA-Studie) nur noch Mittelmaß sind. Diese Hilfskolonnen der Globalisierung, von der PDS und SPD aufgehetzt, sind dennoch ebenso Deutsche wie wir, die aber die Augen vor den Problemen der Zeit und der Zukunft verschließen. Auch ihnen gilt unser politischer Einsatz und unsere Öffentlichkeitsarbeit, damit sie den Weg zum Volk wiederfinden."[205] Solche Äußerungen erklärten sich zum Teil aus einem sozialrevolutionär-befreiungsnationalistischen Selbstverständnis, das Teile des NPD-Anhangs mit dem Gros der Kameradschaftsszene verbindet. Die Linke ist hier nicht der Hauptfeind. Intellektuelle Vordenker ziehen gar eine „eine Querfront von Nationalisten und linken Sozialisten" in Erwägung, auch wenn eine solche Kooperation in Deutschland mittelfristig unrealistisch sei.

„‚Antifa' und linke Opportunisten setzen derzeit alles daran, jede denkbare Zusammenarbeit zwischen links und rechts im Keime zu ersticken. Wir sollten aber auch nicht übersehen, dass die ‚Antifa' und der Komplex ‚Schuldkult' nicht nur für Rechte ein Problem ist, sondern gerade auch für Linke, die noch mit einem gesunden Menschenverstand ausgestattet sind und sich somit der eigenen Nation zuwenden möchten. So wird sich auch die ‚Antifa' als Herrschaftsinstrument auf Dauer nicht mehr halten lassen."[206]

7.2.6 Anti-Antifa-Gewaltdiskurse

Im Zentrum der Anti-Antifa steht die „Öffentlichmachung, um damit die Voraussetzung zum Angriff auf Antifas zu schaffen".[207] So wird empfohlen, Anschriften, Autokennzeichen, Telefonnummern, Arbeitsplatzadressen und andere persön-

202 Ebd.
203 *Der Panzerbär*, Nr. 7, o. D. (2004), S. 3 (unpaginiert).
204 *Nationaler Beobachte*r. Infoheft Leipziger nationaler Sozialisten, Ausgabe 5, Januar 2005, S. 11.
205 1. Mai. Arbeit durch Systemwechsel. Opposition auf der Straße, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 6/2005, S. 10.
206 Jürgen Schwab, Querfront – Vision oder Utopie?, in: *Hier & Jetzt*, Nr. 9/2008, S. 18–21, hier S. 21.
207 Anti-Antifa, in: *C18 Stormer*, Nr. 1 (2003), S. 13 (unpaginiert).

liche Daten „der anzugreifenden Personen“ zu ermitteln. Zur Verringerung des „Verfolgungsdrucks“ operiert man in kleinen Gruppen und veröffentlicht persönliche Daten von Antifas „über einen ‚Anonymizer‘ in verschiedenen Foren, Newsgroups, Webseiten“. Der Täterkreis ist dann nur schwer zu ermitteln. Konspiratives Vorgehen und sorgsame Verschlüsselung der ermittelten Daten sind erforderlich. Erfolgversprechend erscheint das Ausspähen von Szenetreffs, die Auswertung linker Publikationen, Webseiten, Tageszeitungen, Flugblätter und Aufkleber. „Öffentliche Veranstaltungen sind zu filmen und später auszuwerten.“ Besonders wirkungsvoll ist der Einsatz von Funkscannern zur Abschöpfung des – in Deutschland aus Kostengründen technisch zurückgebliebenen, nicht-digitalen – Polizeifunks, etwa wenn „die Bullen Kontrollen durchführen und dabei die Namen der Linken durchgeben“.[208]

Der systematische Einsatz von Gewalt wird überwiegend, teilweise mit dem Ausdruck des Bedauerns abgelehnt, da er in einer Situation der Schwäche kontraproduktiv wäre: „Wir wollen hier bei weitem nicht zur Gewaltlosigkeit oder zum sensiblen Widerstand aufrufen, doch leider wäre alles andere momentan verfrüht. Jede Gruppe sollte mit ihren Aktionen wachsen und sich dem sich ihr bildenden Umfeld anpassen.“[209] Als besonders wirkungsvolles Mittel gelten Sprühaktionen „an den Haustüren der hiesigen Lokalpolitiker“. Sie verbreiten „Angst und das Gefühl der Verantwortlichkeit für ihre Taten“.[210] Die angebliche Passivität oder gar stille Duldung der Gesellschaft lässt Selbstjustiz als moralische Pflicht erscheinen. Gewaltbegrenzung spielt in den Diskursen mitunter eine Rolle, etwa wenn es heißt, bei Aktionen gegen „autonome Zentren“ müsse das „Risiko, Unschuldige zu treffen, [. . .] stets ausgeschlossen werden!“[211] Die vergleichsweise reflexions- und diskussionsarme Szene kennt jedoch keine intensiven, variantenreichen Militanzdebatten, wie sie bei Linksautonomen seit Jahren geführt werden. Schon über die neunziger Jahre hinweg tauchten keine Tatbekennungen mit inhaltlicher Relevanz auf, und es wurde nur eine Handvoll Beiträge produziert, die sich ausdrücklich mit der Option des Gewalthandelns befassten. Diese blieben damals schon so vage, dass sich hieraus keine Erkenntnisse darüber gewinnen ließen, in welchen Handlungsfeldern und mit welcher Taktik und Dosierung Gewalt eingesetzt und politisch vermittelt werden soll (Mletzko 2001). An diesem Befund hat sich bis zur Gegenwart wenig geändert.

Die Kargheit an politische Gewalt offen befürwortenden Beiträgen kontrastiert grell mit der in NS-affinen Kommunikationsmedien und der Rechtsrockszene üblichen eliminatorischen Hetze mit rassistischer, antisemitischer und heterophober Stoßrichtung. Dort finden sich zwischen den Zeilen zahllose gewaltverherrlichende Anspielungen und aggressive Botschaften, die gar keiner weiteren Ela-

208 Ebd., S. 15 (unpaginiert).
209 Ebd., S. 6 (unpaginiert).
210 Ebd.
211 Ebd., S. 13 (unpaginiert).

borate bedürfen, um vom Szenepublikum auch dahingehend richtig verstanden zu werden, wie man mit politischen und weltanschaulichen Gegnern umzugehen gedenkt. So kursieren typischerweise provokative Bezugnahmen auf die NS-Vernichtungspolitik und ihre personellen und organisatorischen Träger, darunter besonders drastisch eine ganzseitige Annonce des „WB-Versands", der vor dem Motiv einer KZ-Szene mit dem Spruch wirbt „Wir lassen noch in Deutschland produzieren!"[212] In einem Interview mit der für offensive NS-Glorifizierung bekannten Eisenhüttenstädter Formation „Hassgesang" heißt es zur Frage „Würdet Ihr einen aktiveren/extremeren Widerstand begrüßen?": „Ja (was immer das heißen mag)".[213] In die Bildsprache der neuen Generation der Web 2.0.-Angebote übersetzt, stellt sich eliminatorische Agitation folgendermaßen dar: In einem Eintrag vom 27.02.2007 findet sich im Forum „Widerstand.Info" ein Videoclip, der über „den Angriff einer großen Menge von Antifas auf Teilnehmer des ‚Fest der Völker' in Jena und die erfolgreiche Gegenwehr einiger weniger Kameraden, die aber ausreicht, um die Antifas von weiteren Angriffen abzuhalten", Aufschluss geben soll. Die Hauptszene der Aufnahme zeigt, wie sich ein Polizeibeamter über eine zu Boden geschlagene bewusstlose Person beugt und erste Hilfe leistet.

7.3 Vergleich

7.3.1 Selbstbilder

Militante Antifa und Anti-Antifa schöpfen ideologiegeschichtlich aus unterschiedlichen Quellen und erscheinen in ihren Zielprojektionen diametral entgegengesetzt, auch wenn diese sich in ihren utopischen/dystopischen Zügen wiederum ähneln. Während Autonome den Staat in allen bekannten Formen als zu überwindenden Unterdrückungsapparat pauschal ablehnen, zeichnen sich „Freie Nationalisten" durch eine prinzipiell eher staatsbejahende Haltung aus, lehnen daher auch dessen Sicherheitskräfte nicht von vornherein als Ausdruck von Repression und Militarismus ab. Allerdings nähern sie sich ihren Kontrahenten insofern an, als der bestehende Staat in Deutschland in seiner inneren Verfasstheit (Multikulturalismus, „Blockparteien") wie äußeren Einbindung („Vasallenstaat") radikale Ablehnung erfährt.

Vor dem Hintergrund der Identitätsprobleme der Linken nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus" gewinnt die Antifa einen Gutteil ihres Selbstverständnisses aus der Anprangerung einer „faschistischen" Gefahr, als deren extreme Ausdrucksform NS-affine Szenen erscheinen. Die verbreitete Fixierung auf den „Nazi"-Feind wird innerhalb der Autonomen-Szene selbst teilweise konstatiert und kritisiert. Für „Freie Nationalisten" und das heutige „nationale Lager" bildet die Anti-Antifa-Haltung hingegen keinen zentralen Bestandteil des Selbstverständnisses. Der im älteren Rechtsextremismus vorherrschende Antikom-

212 *Nordwind* Nr. 4/2006, Rückseite.
213 Ebd., S. 9.

munismus wird in den militanten Szenen durch sozialrevolutionäre, kapitalismuskritische Orientierungen abgeschwächt. „Nationaler Sozialismus“ erscheint sogar als die konsequentere Ablehnung des „kapitalistischen Globalismus“, da er auf der Grundlage eines Anti-Universalismus völkisch-ultranationalistischer Prägung formuliert wird.

Beiden Szenen gemeinsam ist wiederum die Berufung auf eine Notwehrsituation, in der militante Gegenwehr als legitim und unausweichlich erscheint. Während autonome Antifas den verhassten Staat in Richtung Faschismus abdriften sehen, erfreut sich die Antifa aus Anti-Antifa-Sicht breiter Unterstützung aus Staat und Gesellschaft, bestimmt diese in Teilen die politische Agenda multikulturalistischer „Überfremdung“, „Volkszerstörung“ und Dekadenz.

7.3.2 Feindbilder

Der „Fascho“ oder „Nazi“ ist der Hauptfeind militanter Antifas. Für Anti-Antifas gilt dies umgekehrt in gleichem Maße. Ihr Hass richtet sich darüber hinaus gegen Angehörige von Minderheiten, die als fremde Elemente die Gesundheit des „Volkskörpers“ zerrütten.

Antifas finden sich mit all jenen auf einer Anklagebank, die – wie Vertreter der „Blockparteien“ – an diesem Werk teilhaben. Hierzu zählen nicht zuletzt Vertreter von Staat und Polizei, die von beiden Seiten mit Vorwürfen überzogen werden. Für junge Nationalisten ist es unverständlich, dass „vermummte, rote Weltverbesserer“ Parolen wie „Nie wieder Deutschland“ oder „Bomber Harris do it again“ (Dresden) ungestraft öffentlich vortragen dürfen: „Scheinbar ist es aber in diesem Staat eine Normalität, nicht nur die Trauernden zu beleidigen, sondern auch die Opfer des Bombenangriffs zu verspotten!“[214] Für engagierte Antifas hingegen steht die Polizei im Bunde mit den „Faschisten“: „Nazis ziehen in großen Gruppen durch die Stadt, jagen und verprügeln Linke und Andersaussehende, versuchen jüdische Einrichtungen anzugreifen, während die Polizei zuschaut und oft nur gegen Menschen eingreift, die sich gegen die faschistischen Horden zu Wehr setzen“.[215]

Antisemitische, homophobe und sexuell-herabwürdigende Stereotype finden sich in den Feindbild-Konstruktionen der rechtsextremen Szenen häufig, bei militanten Linksautonomen hingegen nicht. Gemeinsam ist den Antipoden wiederum der Rückgriff auf dehumanisierende Vergleiche. Allerdings finden sich diese auf beiden Seiten weniger in theoretischen Reflexionen als in Texten zu aktuellen Ereignissen, in denen Konfrontationserfahrungen verarbeitet werden. Die pauschale Herabsetzung dient hier wie dort der gemeinschaftsfördernden Identitätsformung und Einschwörung gegen eine abzuwendende Gefahr. Im Zusam-

214 Rahowa, Trauermarsch am 13.02.05 in Dresden, in: *Declaration of War*. Geächtete Stimmen aus Sachsen, Nr. 1, o. D. (2005), S. 6–8, hier S. 7.

215 Deutsche Zustände in Dresden (13. Februar 2005), in: *Interim,* Nr. 612/2005, S. 9.

menspiel mit der Wahrnehmung einer angeblichen Kollaboration staatlicher Instanzen vermag sie gezielte Normüberschreitungen bis hin zu planhaft-systematischer Gewaltanwendung zu rechtfertigen.

7.3.3 Gewaltdiskurse

Die Qualität der Gewaltdiskurse unterscheidet sich in beiden Lagern gravierend. Bei linksmilitanten autonomen Gruppen ist szeneintern eine gewisse „Aktionskultur" mit dem Leitbild einer sich selbst vermittelnden „Bilderbuchaktion" erwünscht, die im Gegensatz zu „Hohlkopf-Aktionen" von „verantwortlichen" und „klugen Militanten" mit entsprechenden politischen und technisch-taktischen Kompetenzen durchzuführen ist. Aus der Gesamtschau der Diskurse autonomer Gruppen lassen sich zumindest zu einem beträchtlichen Teil Merkmale wie eine Betonung der politischen Botschaft, ein streckenweise hohes Niveau der Positionspapiere und das Bemühen um Akzeptanz („Bewegungsnähe") in einem der Szene nahestehenden sozialen Umfeld herausfiltern. Das Wie, Wann und Wogegen der Gewalt ist dort typischerweise Gegenstand ausgedehnter „Militanzdebatten", in denen sich seit Jahren das Selbstbild der Autonomen-Szene spiegelt. Der dezidierte Antimilitarismus der Antifa kontrastiert eigentümlich mit der bellizistischen Sprache im Umgang mit dem ideologischen Antipoden. Die Parolen der Anti-Antifa erscheinen vergleichsweise zurückhaltend, spiegeln die soziale Außenseiterrolle und das verbreitete Bewusstsein der Aussichtslosigkeit gewaltorientierter Strategie.

Demgegenüber bleiben Anti-Antifas in NS-affinen Gruppen eher wortkarg und reflexionsarm. Für den Berichtszeitraum fehlt es – wie für die Zeit davor – weitgehend an Strategiepapieren, aus denen eine grundsätzliche Haltung zum Gewalteinsatz deutlich würde. Die in schweren Gewalttaten gegen Personen zum Ausdruck kommende enthemmte Brutalität findet Ausdruck in hasserfüllten Feindperzeptionen, kaum jedoch in theoretischen Elaboraten. Soweit systematisch-strategische Reflexionen publik werden, erteilt man der Anwendung von Gewalt in realistischer Einschätzung der eigenen Situation eine Absage. Im Umfeld der NPD herrschen wahlpolitische Kalküle vor, während NPD-kritische „Freie Nationalisten" parteipolitisches Engagement als aussichtslos ansehen. Sie propagieren einen „neuen Weg, der sich wahlpolitischer Träume weitgehend enthält, auf einen kontinuierlichen Aufbau setzt und der Gegenseite möglichst geringe Angriffsflächen bietet, um außerhalb der Parlamente eine kräftige Gegenmacht zu entwickeln, die in geeigneter Stunde eingreift."[216] Für diesen Fall dürfte der Einsatz von Gewalt keineswegs ausgeschlossen sein.

Antifa wie Anti-Antifa operieren mit „schwarzen Listen", veröffentlichen Fotos und Adressen von Kontrahenten – nicht selten mit der unverhohlenen Aufforde-

216 Wie organisieren wir den Widerstand? Neue Wege jenseits der Parteienstrategie (November 2007), http://www.aktionsbuero.netzwerknord.com/download/Wie_organisieren.pdf.

rung, gegen die Zur-Schau-Gestellten in geeigneter Weise vorzugehen. Gesetzesbruch und Gewaltanwendung zählen zum Alltagsrepertoire beider Lager.

7.4 Verhältnis zur NPD

Während Antifas NPD und rechts-militante Szenen gleichermaßen als extreme Ausprägungen faschistischer Degeneration betrachten, sind das Wechselverhältnis der Akteure prägende Unterschiede in der Selbstdefinition unübersehbar. Zwar nähren NPD- und DVU-Wahlerfolge in rechtsextremen Szenen vielfach Hoffnung, und der Aufwind für die „nationalen Parteien" erschließt finanzielle Mittel, die für propagandistische Aktivitäten, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Musik, zu nutzen seien.[217] Aber nur ein Teil der Kameradschaftsszene ist zu parteipolitischer Kooperation bereit. Verbreitet ist die Kritik an der Biederkeit der NPD-Wahlpolitik. Aus der rechtsextremen Skinhead-Szene heißt es etwa:

„Nationale Befreiungspolitik kann heute nicht mehr auf parlamentarischer Basis geleistet werden, da wir dort nur durch Protestwahlen Platz nehmen dürfen. [. . .] Das von den Wählern in Mitteldeutschland gezeigte Protestverhalten zeigt doch, dass der Wunsch nach Veränderung da ist. Dies müssen wir in unseren freien Strukturen nutzen und verstärkt Propaganda ins Volk tragen. Es muss eine Propagandawelle nach der anderen folgen und das auf allen nur erdenklichen Gebieten. Wir sind die Alternative und nicht klauende Parteibüttel!"[218]

Allerdings gelingt es der NPD zum Teil, solche Vorbehalte durch ihre sozial-revolutionären Programmelemente abzubauen. NPD-freundliche „Freie Nationalisten" grenzen sich vor allem von der „bürgerlichen" Rechten ab, die das Gegenteil des von ihr Propagierten bewirke:

„Diese bürgerlichen Vertreter des Nationalismus – und dabei ist es nun gleich, ob es die REP, die CSU, die ‚Junge Freiheit', konservative Verbände, . . . sind – binden Kräfte, Personen und Mittel, die ohne deren (für das deutsche Volk gesehen) nutzlose Existenz dem revolutionären Flügel zur Verfügung stünden. Wer weiterhin diese unterstützt, wer sein Kreuzchen bei diesen setzt, wer Flugblätter bei Wahlkämpfen verteilt, Werbung für diese tätigt . . . der sorgt dafür, dass uns (!) weiterhin diese Mittel, Personen und Kräfte vorenthalten bleiben. . . . und zwangsläufig und in letzter Konsequenz propagiert man dadurch auch den Niedergang unseres Volkes."[219]

In Sachsen ist die NPD mit den rechtsextremen Jugendszenen eng verflochten. „Subkultur, Parteiaktivisten, Parteimitglieder, parteifreie Nationalisten, JN etc." bilden „ein gewaltiges Personenpotential, mit dem sich vielschichtig arbeiten ließe."[220] Doch sehen sich die Partei und ihr Umfeld auch in der Schwerpunktregion Sächsische Schweiz großen Widerständen gegenüber. Das Verbotsverfahren gegen die Skinheads Sächsische Schweiz begünstigt die „Kriminalisierung *rechter* Jugendkultur" und die „vorbehaltlose Förderung denunziatorisch geprägter Pro-

217 Vgl. Interview mit der süddeutschen Skinhead-Band „Voice of Thunder", in: *Nordwind*, Nr. 1/2005, S. 18–21, hier S. 21.

218 *Meinungsfreiheit* Nr. 12 (Mai 2006), S. 19 (unpaginiert).

219 Die Republikaner – Erzkonservative Volksfeinde?, in: *Nordwind*, Nr. 5/2006, S. 12.

220 Die Retter der Demokratie. Ein Kurzgespräch mit einem Nationalisten aus Pirna, in: *Hier & Jetzt*, Nr. 1/2005, S. 13.

jekte“ wie u. a. einer „Antifa-Gruppe“,[221] die „intellektuell und praktisch“ zwar etwas minderbemittelt ist, aber gewisse Erfolge mit „Krawalldemos“ erzielt. Die Antifa-Mobilisierung werde vom „Pirnaer Bildungsbürgertum“ gefördert, das sich „zum Retter der Demokratie“ stilisiere, das „Versagen der Parteiendiktatur“ ignoriere, „nationale Alternativen aber kriminalisiert und lächerlich“[222] macht.

So gaukele der vom „Kriminalpräventiven Rat der Stadt Pirna“ organisierte „Markt der Kulturen“ ein multikulturelles Idyll vor,[223] das in grellem Kontrast zu den sozialen Problemen in den Brennpunkten der Immigration stehe. Die „Befürworter des Vielvölkerstaates“ führten eine ethnische Situation herbei, „die künftig eine Revision der Niederlage des Dritten Reichs mit seiner Rassepolitik biologisch unmöglich macht“. Dem müsse man entschieden entgegenwirken:

„Die Kriminalisierung nationaler Positionen zum Zwecke einer Multikulturalisierung der sächsischen Provinz ist politische Propaganda linker und liberaler Gruppen, die als solche zu entlarven ist. Es ist selbstverständlich, dass sich eine progressive nationalistische Jugend nicht davon abhalten lassen kann, an diesem Maitag ebenfalls mit kreativen Aktionen im öffentlichen Raum gegen die xenophile Praxis der bürgerlichen Parteien, Personen und Initiativen zu demonstrieren, die das eigene Volk bewusst benachteiligt und schädigt.“[224]

Auf Seiten der NPD sucht man zwar die Kooperation mit der Kameradschaftsszene, distanziert sich jedoch von deren Gewalttaten. Sie dienten als Vorwand, um im Zusammenspiel von etablierter Politik, Medien und linksextremen Gewalttätern „Pogromstimmung“ gegen die NPD zu erzeugen. Im Vorfeld der Bundestagswahl werden zahlreiche Übergriffe durch Antifa-Aktivisten beklagt:

„Da wird Ende Juli das Auto eines NPD-Kandidaten in Weinheim demoliert. [. . .] Die Weinheimer Nachrichten berichten lapidar. Dabei kann das ganze auch als Mordanschlag gewertet werden. [. . .] Am 7. August belagern Antifas die Wohnung der Direktkandidatin für Gelsenkirchen, Anke Salterberg, versuchen einzubrechen und die junge Aktivistin, die dort mit ihrem Freund lebt, mit lauten Parolen einzuschüchtern und in ihrem sozialen Umfeld zu diskreditieren. Am 8. August ist Berlin Schauplatz von Gewalt gegen die NPD. Die Berliner Morgenpost spricht zynisch von Auseinandersetzungen zwischen ‚Rechts und Linksextremisten‘, obwohl sie weiß, dass von Nationaldemokraten keine Gewalt ausgegangen ist. In Berlin-Marzahn überfallen acht vermummte Männer aus der linken Szene einen Werbestand der NPD und verletzen zwei Wahlhelfer schwer. [. . .] Die Zeitung legitimiert die linke Gewalt förmlich, indem sie auf Gewaltakte Freier Kameradschaften verweist. Nur dass die Kameradschaften eben nicht die NPD sind und auch sonst das Prinzip des Fehdewesens seit 600 Jahren in Deutschland abgeschafft ist. In Stade rühmte die Lokalpresse die totalitären Aktionen der Antifa-Gruppen, die Wahlmaterial der NPD einsammelten und in den Müll warfen. Die Polizei sorgte dafür, dass Jungsozialisten und Antifa auf Distanz blieben, hinderte diese Gruppen jedoch nicht an ihrem Tun.“[225]

221 Ebd. (Hervorhebung im Original).
222 Ebd.
223 Johann Nagel, Der „Markt der Kulturen“ am 20.05.06 in Pirna, in: *Hier & Jetzt*, Nr. 2/2006, S. 12 f., hier S. 12.
224 Ebd., S. 13.
225 Hauke Nanninga, Gewalt mit dem Segen des Staates. Die etablierte Politik und Medien schüren den Hass, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 9/2005, S. 10.

Zwiespältig ist auch das Verhältnis der NPD zum Phänomen der „Autonomen Nationalisten“. Während sich die NPD-Parteileitung entschieden distanziert hat, fällt die Beurteilung aus dem JN-Umfeld differenziert aus. Insbesondere die Entschlossenheit, eigene Interessen auf Demonstrationen notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen, findet Anerkennung:

„Stellt man in Rechnung, dass in der Vergangenheit tatsächlich ein unerträglicher Zustand bei der Durchführung von Veranstaltungen und Demonstrationen zur Regel geworden ist, wird die Bereitschaft, eigene Aktionen konkret auch mit Gewalt durchzusetzen, verständlich. Konzerte und politische Versammlungen können quasi nur noch unter absurden Bedingungen durchgeführt werden. Auf nationalistischen Demonstrationen gängeln Polizei und Ordnungsamt durch Auflagen, Kontrollen und ähnliches unter dem Beifall der Medien die Teilnehmer in einem Maße, das längst nicht mehr hinnehmbar erscheint. Insofern war die Entscheidung, das nicht länger zu dulden, durchaus verständlich.“[226]

7.5 Fazit

Die Interaktionsdynamik politisch motivierter Gewalt lebt von den reziproken Selbst- und Fremdbildern der militanten Szenen. Sie definieren sich in beträchtlichem Maße im Rückbezug auf den ideologischen Antipoden. Die Ablehnung der Staatsgewalt wird auf beiden Seiten teilweise mit deren angeblicher Komplizenschaft begründet. Diese Haltung ist für autonome Antifas seit langem charakteristisch, in rechten Gewaltszenen hingegen ein neueres Phänomen, das bei „Autonomen Nationalisten“ am stärksten hervortritt. Dieser Trend war in NRW bereits im Berichtszeitraum erkennbar, spielte hingegen in Sachsen eine geringere Rolle. Dort beeinflussten demgegenüber die Wahlerfolge der NPD das Perzeptionsgefüge der militanten Szenen nachhaltiger als im westlichen Deutschland, wo die Partei zudem in geringerem Maße mit der – weit schwächeren – Kameradschaftsszene verflochten war. Allerdings hat die Stärke der rechten Gewaltszene im östlichen Deutschland keinen Niederschlag in elaborierten Gewaltdiskursen gefunden. Deren Wortkargheit hebt sich deutlich von der Beredtheit autonomer Militanzdebatten ab.

226 Johann Nagel, Die schwarze Herausforderung, in: *Hier & Jetzt*, Nr. 11/2008, S. 44 f.

8 Ergebnisse der Experteninterviews

8.1 Vorgehensweise

Der folgenden Auswertung liegen vier Experteninterviews zugrunde, die gegen Ende der Projektlaufzeit im April/Mai 2009 geführt wurden. Das Ziel der Interviews bestand darin, die bis dahin erarbeiteten Projektergebnisse mit Experteneinschätzungen zu konfrontieren, sie ggf. zu vertiefen, zu ergänzen oder auch zu modifizieren. Im Mittelpunkt steht die Eskalationsdynamik rechtsextremer Gewalt – im komplexen Interaktionsgefüge insbesondere mit rechtsextremer Wahlpolitik und linksextremer Gegenmobilisierung. Eine gesonderte Betrachtung finden die im Laufe der Untersuchung lokalisierten Räume mit Gewalttatenhäufungen.

Als Gesprächspartner fanden sich bereit: Oberstaatsanwalt Jürgen Schär, Staatsanwaltschaft Dresden (6. April 2009), Dr. Olaf Vahrenhold, Leiter der Abteilung 2 (Rechts- und Linksextremismus/-terrorismus) im sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz (7. April 2009), der Leiter der Ableitung Polizeilicher Staatsschutz im Landeskriminalamt Sachsen, Kriminaldirektor Peter Pählich (30. April 2009) sowie Dr. Hartwig Möller, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (29. April 2009).[227] Alle Gesprächspartner sind hervorragende Kenner der Materie, die mit den Problemstellungen der Studie in ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern seit Jahren befasst sind.

Alle Interviews wurden am Arbeitsort der Befragten durchgeführt und umfassten einen Zeitraum zwischen einer und zwei Stunden. Die Befragung war insofern standardisiert, als sie sich an einem vorab festgelegten Gliederungsschema mit präzise formulierten Fragen orientierte. Es handelte sich um folgenden Fragekatalog:

Teil 1 Interaktionsdynamik rechts/links

- Hat sich die wechselseitige Gewaltanwendung in den Jahren 2003–2006 in Intensität und Tatspezifik verändert?
- Was sind die wichtigsten Ursachen dieser Veränderungen?
- Welche Faktoren wirken eskalierend/deeskalierend?

Teil 2 Beziehungen zwischen rechter Gewaltszene und NPD

- Wie haben sich die Beziehungen in den Jahren 2003–2006 verändert?
- Welche Ursachen haben diese Veränderungen?
- Welche Rolle spielt hierbei die JN?
- Wie hoch ist der Grad personeller Verflechtung?

227 Vorgesehen war darüber hinaus ein Interview mit der Abteilung Staatsschutz des LKA Nordrhein-Westfalen, das leider aus administrativen und zeitlichen Gründen nicht mehr durchgeführt werden konnte. Ein Interview mit der Staatsanwaltschaft Dortmund wurde abgesagt, weil die Expertin der Auffassung war, den Fragenkatalog aus ihrer fachspezifischen Sicht nicht sinnvoll bedienen zu können.

- Wie wirkt sich die Verbindung/Mitgliedschaft zur NPD auf Gewalttäter aus?
- Unterstützt die NPD Tatverdächtige in Strafverfahren?
- Wie reagiert die NPD auf Gewalttaten ihrer Mitglieder?

Teil 3 Gewaltverdichtungsräume

- Wie reagiert das politische und mediale Umfeld auf „rechte" Gewalttaten?
- Wie reagiert das politische und mediale Umfeld auf „linke" Gewalttaten?
- Wie stark ist die Verbindung zwischen Parteien (insb. NPD) und gewaltbereiten „rechten" Gruppen?
- Wie stark ist die Verbindung zwischen Parteien (insb. PDS/Die Linke) und gewaltbereiten „linksautonomen" Gruppen?
- Gibt es Erklärungen für die hohen Belastungen (nach Häufigkeitszahl) mit rechten Gewaltdelikten in den Kreisen Mittweida/Sächsische Schweiz (Bochum/Gelsenkirchen)?
- Welche Rolle spielen hierbei Mehrfachtäter/Intensivtäter?
- Nur für Sachsen: Warum konnte „Sturm 34" über einen Zeitraum von drei Jahren agieren?
- Nur für Sachsen: Welche Beziehungen gab es zwischen „Sturm 34" und der NPD?
- Wo sehen Sie Quellen für die bei Gewalttaten zum Vorschein kommenden Hassparolen?

Die Gesprächsführung blieb eng am Frageschema, um Vergleichbarkeit zu ermöglichen, ließ aber genügend Raum für die Vertiefung und Ergänzung der angesprochenen Themen. Die Interviews wurden mit einem Tonband aufgezeichnet und verschriftlicht.

8.2 Interaktionsdynamik rechts/links

Nach Einschätzung des sächsischen LfV hängt die Entwicklung der Interaktionsdynamik rechts/links im Berichtszeitraum *wesentlich von der lokalen/regionalen Szenepräsenz* ab. Die jeweilige Stärke der rechten Gewaltszene und deren Perzeption „linker" Gegner bestimme das Verhalten, das sich nicht ausschließlich auf das Demonstrationsgeschehen beschränke. Die Autonomenszene sei hingegen in ihrem Interaktionsgebaren auf Demonstrationen konzentriert, zudem in erster Linie in Großstädten präsent. Der *NPD-Wahlerfolg von 2004 habe hier eine starke Wirkung* entfaltet, der Szene ein mobilisierungsträchtiges Thema zurückgegeben. Die Zunahme der Szene in den letzten Jahren erkläre sich zum Teil aus dem Reüssieren und der verstärkten Präsenz des Rechtsextremismus. Zudem habe sich die rechte Szene politisiert, was im *Anstieg des NS-affinen Personenpotentials* (im Gegensatz zur Skinhead-Szene) zum Ausdruck komme. Davon unabhängig sei hingegen eine fremdenfeindliche „Alltagskriminalität" mit einer großen Zahl ungeplant-spontaner Straftaten.

Die Dresdener Staatsanwaltschaft weist darauf hin, dass sich die rechtsextreme Szene bereits seit Beginn des neuen Jahrtausends verstärkt gegen den politischen Gegner wende. Die Autonomenszene hingegen sei selbst in den sächsischen Großstädten schwach; viele Gewaltakteure reisten aus Frankfurt a. M. oder Berlin zu demonstrativen Großereignissen an. Die linksextreme Gewalt erscheine dabei

meist als Reaktion auf öffentlichkeitswirksame rechtsextreme Veranstaltungen und/oder Angriffe des rechtsextremen Gegners.

Nach Angaben des sächsischen LKA hatte der NPD-Erfolg keine Auswirkungen auf das Ausmaß rechtsextremer Straftaten, die allerdings brutaler geworden seien und sich – im Unterschied zur Vielzahl linksextremer Delikte – in höherem Maße gegen Leib und Leben des Kontrahenten richteten.

Als *deeskalierende Faktoren* bezeichnen Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft und LKA in Sachsen bezogen auf die rechtsextremen Gewaltszenen unisono *konsequente Strafverfolgung und -ahndung*. Wo die Polizei beim Demonstrationsgeschehen eine Konfrontation rechts/links verhindere, werde sie allerdings nicht selten selbst zum Angriffsobjekt der linksextremistischen Autonomen. Allerdings nehme eine *verschärfte Strafverfolgung gegen rechts auch der linken Gegenwehr Wind aus den Segeln*. Das LKA Sachsen merkt hier an, dass eine ähnliche Strafverfolgung gegen links nicht denselben Effekt habe, da die Aktivisten oft in Szenevierteln lebten und das Auftreten der Polizei in solchen Lokalitäten eher eskalierend wirke.

NRW vermittelt den Aussagen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zufolge in *vielerlei Hinsicht ein Kontrastbild zur sächsischen Situation*. Das Niveau der Interaktionen rechts/links sei aufgrund der geringen Szenestärken weitaus geringer. Ausnahmen wie die Eskalation nach einem Tötungsdelikt an einem Punker im Jahr 2005 bestätigten die Regel. Etwas aus dem Rahmen falle die Stadt Dortmund, da hier die rechte wie linke militante Szene überdurchschnittlich stark vertreten sei. Eine Dortmunder Besonderheit sei auch die „Durchlässigkeit von Autonomen Nationalisten und Kameradschaften".

8.3 Beziehungen zwischen rechter Gewaltszene und NPD

Nach Auffassung des sächsischen Verfassungsschutzes wie des LKA ist das *Verhältnis der NPD zu den rechten Gewaltszenen ambivalent*. Einerseits distanziere man sich von Gewalt, andererseits nutze man die Szenen als Rekrutierungsreservoir. So erkläre sich das Wechselspiel, bei dem sich die Partei den Szenen phasenweise nähere und entferne. Als Scharnier fungiere die Jugendorganisation JN. Daran habe sich im Berichtszeitraum nichts geändert. Auch der Grad personeller Verflechtungen habe sich nicht erhöht. Einen gewissen Disziplinierungsprozess durch den Attraktivitätszuwachs der parlamentarischen Verhaltensoption beobachtet die Staatsanwaltschaft. Dies gelte in abgeschwächter Form auch für die Jugendorganisation. Daher wäre ein Verbot unter Umständen kontraproduktiv, da gewaltsame Wege an Anziehungskraft gewinnen könnten. Zugleich sei aber die personelle Verflechtung der NPD mit den militanten Szenen nicht geringer geworden. Die NPD unterstütze Straftäter auch zum Teil indirekt in Gerichtsverfahren – durch Unterstützung der HNG wie durch personelle Präsenz im Gerichtssaal.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz sieht *gravierende Unterschiede zur Situation in Sachsen*. So sei es *in NRW kaum möglich, von „rechten Gewaltszenen" zu sprechen*. Die bestehenden Kameradschaften, die sich teilweise um seit langem bekannte Führungsfiguren scharten, verhielten sich überwiegend diszipliniert. Immerhin sei mit den „Autonomen Nationalisten" seit 2005 ein neues Phänomen entstanden, das in Zukunft für einen Anstieg der Gewalt sorgen könnte. Im Berichtszeitraum habe sich das aber noch nicht ausgewirkt. Die Beziehungen der NS-affinen Gruppen zur NPD seien wenig ausgeprägt. Auch die in NRW kaum aktive JN falle nicht aus diesem Bild. Zwar gebe es Straftaten einzelner NPD-Mitglieder, doch sei dies kein auf die Partei als Ganzes übertragbares Verhaltensmuster. Die NPD wolle „einen Wahlerfolg in der bürgerlichen Mitte" erreichen und meide daher Kontakte mit militanten Gruppierungen. Zu Gewalttätern ziehe man einen klaren Trennungsstrich, selbst wenn man mit Aktivitäten dieser Art heimlich liebäugeln sollte. Daher seien auch keine systematischen Zusammenhänge zwischen Regionen mit hohen NPD-Wahlergebnissen und solchen mit hohem Gewaltniveau erkennbar.

8.4 Räume mit Gewalttatenhäufungen

In Sachsen hat nach Ansicht des LKA die Bildung der Kameradschaften *SSS* in der Sächsischen Schweiz und *Sturm 34* in Mittweida mit hoher Mitgliederstärke, klarer Zielsetzung und verfestigter Organisationsstruktur maßgeblich zum Anstieg der Gewalttaten in diesen Regionen geführt. Zwei Faktoren haben in den Augen des LfV diese Entwicklung begünstigt. Zum einen das *Auftreten bestimmter Personen mit entsprechenden organisatorischen Fähigkeiten*, zum anderen eine *Phase relativer Ungestörtheit*. Die *SSS* habe außerdem im Gegensatz zum *Sturm 34*, so das LKA, eine gewisse Rückendeckung in Teilen des kleinbürgerlich-ländlichen Milieus gehabt. Die Staatsanwaltschaft führt außerdem sozialstrukturelle Verwerfungen an, die in der ländlichen Peripherie stärker zum Tragen kämen als in den Großstädten. Hier trete ab einer gewissen Gruppenstärke auch schneller eine Dominanz der Jugendkultur ein.

Im *Raum Sächsische Schweiz* wird unisono von einer *engen, strukturierten und bis heute andauernden Zusammenarbeit zwischen der NPD und ehemaligen Mitgliedern der gewaltbereiten Kameradschaft SSS* berichtet. Eine entscheidende Rolle bei der Vernetzung wird dabei dem mittlerweile verstorbenen Landtagsabgeordneten *Leichsenring* zugeschrieben. Dagegen seien die *Verbindungen der NPD zum Sturm 34 in Mittweida eher loser Natur* und von Einzelpersonen ohne innerparteilichen Einfluss geprägt gewesen.

Nach Erkenntnissen des sächsischen LKA sind die rechten Gewalttäter häufig mehrfach mit PMK-Delikten und auch allgemeinkriminell in Erscheinung getreten. Mehrfach- und Intensivtätern wird deshalb eine bedeutende Rolle in Bezug auf das Gewaltniveau zugesprochen. Sie haben aus Sicht des Verfassungsschutzes als zentrale Figuren durch ihr Handeln eine Vorbildfunktion in der Gruppe und

damit direkten Einfluss auf die Stärke und den Aktionsradius der Szene. Von der Dresdener Staatsanwaltschaft werden sie dagegen innerhalb der o. g. Kameradschaften als weniger bedeutend eingeschätzt. Jedoch beobachte man in jüngster Zeit eine zunehmende Vermischung der Hooliganszene mit Teilen der „Freien Kräfte".

Übereinstimmend beschreiben die sächsischen Interviewten die *einschlägige Musik als Hauptmedium für den Transport von Hassparolen und Ideologieversatzstücken*. Außerdem weist die Staatsanwaltschaft auf den persönlichen Einfluss geschulter Ideologen aus den alten Bundesländern in den Kameradschaften hin.

Die *kommunalen Politiker* in den beiden Regionen haben nach Ansicht der Interviewten einen *Entwicklungsprozess durchlebt*. Sowohl im Raum Sächsische Schweiz als auch in Mittweida wurde das Phänomen *zu Beginn eher verdrängt*. Die Szene konnte sich so relativ ungestört entwickeln. Erst nach mehreren Jahren hat in der Sächsischen Schweiz ein Umdenken stattgefunden.[228] Die Entwicklungen der rechten Szenen werden jetzt genauer beobachtet, um schnell und offensiv reagieren zu können. Im Landratsamt wurde dafür eine eigene Stabsstelle eingerichtet. Auch auf Landesebene werden im Parlament zunehmend kleine Anfragen nach rechten Gewalttaten gestellt.

Während die *Medien* auf schwere rechte Gewalt wellenartig und teilweise dramatisierend reagierten, wird eine *kontinuierliche und sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema vermisst*. Dagegen werde über linke Gewalt in weit geringerem Umfang berichtet. Hier wird von den Experten eine gewisse Unausgewogenheit bemängelt. Bei Demonstrationen und anderen politischen Aktionen gegen Rechtsextremismus, die von Parteien des linken Spektrums angemeldet werden, kommt es nach Ansicht des LKA häufig zu Straftaten der linksautonomen Szene. Die Verbindungen zwischen parteiförmig organisierten Linksextremisten und Autonomen werden vom LfV jedoch als „nicht nennenswert" eingeschätzt.

In Bochum und Gelsenkirchen, den beiden Schwerpunktregionen Nordrhein-Westfalens, liegen die Ursachen nach Einschätzung des Verfassungsschutzes vor allem in der problematischen Sozialstruktur. Armut, mangelnde Bildung und Perspektivlosigkeit in bestimmten Stadtvierteln führten allgemein zu mehr Jugendgewalt. Verfestigte Gruppenstrukturen und systematisches Handeln seien hier in der rechten Szene nicht auszumachen. Auch die NPD sei auf Grund ihrer strukturellen und personellen Schwäche nicht sehr präsent. Die Ideologisierung der Gewalttäter wird eher als gering bewertet. Die Bedeutung rechter Musik wird auch in NRW als sehr wichtig für die Verbreitung von Hassparolen eingeschätzt. Konzerte fänden aufgrund der hohen Repression jedoch nur noch selten und mit geringen Zuschauerzahlen statt.

228 Der Anstieg rechter Gewalt erfolgte in Mittweida etwa fünf bis sechs Jahre später, somit konnte noch kein direkter Vergleich gezogen werden.

Ähnlich wie in Sachsen reagierten Medien und Politik auf rechte Gewalt sensibler als auf linke Gewalt.

Während nach rechten Straftaten häufig auch parlamentarische Anfragen kämen, habe sich die Öffentlichkeit an gewalttätige Autonome bei Demonstrationen gewöhnt. PDS, DKP und MLPD arbeiteten sogar teilweise mit Autonomen zusammen.

8.5 Fazit

Die Lage ist in den beiden Ländern aus Sicht der Experten durch eine *Reihe von Unterschieden und einige wenige Gemeinsamkeiten* gekennzeichnet. In *Sachsen* hat sich seit der Landtagswahl 2004 die Interaktion zwischen linken und rechten Gewalttätern deutlich verschärft, was sich besonders im Zusammenhang mit Demonstrationen zeigt. Die *NPD ist in den regionalen rechten Szenen insbesondere über die JN gut vernetzt*. Das Verhältnis der Partei zu Gewalttätern ist ambivalent. Einerseits rekrutiert sie aus der Szene Personal, andererseits hält sie Abstand, um ein bürgerliches Image aufzubauen. Die *Räume mit Gewalttatenhäufungen wurden geprägt von mitgliederstarken, strukturierten und gewaltbereiten Kameradschaften*.

Im Gegensatz dazu verfügen *in NRW weder die NPD noch gewaltbereite Gruppen über ausgebaute Strukturen*, die größere politische Aktionen oder gar eine regionale Dominanz ermöglichen würden. In Folge dessen wird auch die linke Szene seltener aktiv. *Bedenklich* erscheint aber die *Entwicklung der Autonomen Nationalisten*, wenn auch regional beschränkt. Übereinstimmend hebt man in beiden Ländern die Unterschiedlichkeit der Reaktionen von Politik und Medien auf rechte und linke Gewalt hervor. Auch ist die Rechtsrockmusik hier wie dort der wichtigste Transporteur von Hassparolen.

9 Schlussbewertung – Zusammenfassung

Untersuchungsgegenstand dieses Projektes sind mögliche Wechselwirkungen zwischen NPD-Wahlmobilisierungen und dem Gewalthandeln rechts- sowie linksmilitanter Szenen. Hierzu wurden die Länder Sachsen und Nordrhein-Westfalen herangezogen. Die Beschränkung auf zwei Länder hat forschungspragmatische Gründe. Für die Auswahl von Sachsen und Nordrhein-Westfalen sprechen die Möglichkeit des Ost-West-Vergleichs, die strukturellen Ähnlichkeiten der industriell geprägten Flächenstaaten mit hoher Bevölkerungsdichte und der *Kontrast von erfolgreicher und relativ erfolgloser NPD-Wahlmobilisierung* bei einer *in beiden Ländern verschieden ausgeprägten rechten Gewaltszene*. Der Gesamtuntersuchungszeitraum 2003–2006 erfasst ein zwölfmonatiges Zeitfenster vor und nach mehreren Wahlen (Europawahl Juni 2004, Landtagswahl Sachsen September 2004, Landtagswahl Nordrhein-Westfalen Mai 2005, Bundestagswahl September 2005). Die Studie bereitet den fachbehördlichen sowie politik- und sozialwissenschaftlichen Kenntnisstand zu den Untersuchungsfragen auf, diskutiert die methodischen Probleme der sich aus sicherheitsbehördlichen Quellen speisenden Datenbasis und weist die eingesetzten empirischen Methoden aus. Der quantitative Teil der Arbeit stellt Ausmaß, Verlauf und Merkmale der erhobenen Gewaltdelikte mit einem besonderen Augenmerk auf die Tatschwere dar, ermittelt mit wahl- und kriminalgeographischen Zugängen Wahlhochburgen und Räume gehäufter Gewalttätigkeit und prüft diese korrelations- und zeitreihenanalytisch auf Zusammenhänge. Der qualitative Teil vertieft die Betrachtung schwerer Gewaltdelikte mit einer Gerichtsaktenanalyse, untersucht je zwei der nach Häufigkeitszahl mit Gewaltdelikten am höchsten belasteten Räume auf Besonderheiten der Akteursgruppen, betrachtet anhand von Szenepublikationen wechselseitige Perzeptionen der Akteursgruppen und schließt mit Interviews von sicherheitsbehördlichen Experten.

Erfassungsgrundlage des quantitativen Teils der Untersuchung waren *polizeiliche Dokumente der Ersterfassung von Gewalttaten*: die Kriminaltaktischen Anfragen zu Fällen politisch motivierter Kriminalität (KTA-PMK) der Länder Sachsen und Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2003–2006. Damit war eine Vollerhebung der politisch motivierten Gewaltdelikte rechts möglich. Zusätzlich wurden alle linken Gewaltdelikte aus dem Handlungsfeld der Konfrontation mit rechts und sonstigen politischen Gegnern erhoben. Es wurden nur Datensätze mit geringen Missing-Anteilen in die Analyse einbezogen. Unplausibilitäten wurden von den Verfassern so weit wie möglich bereinigt bzw. problematisiert.

Die Kernfrage des Projekts, ob es nach den Wahlerfolgen der NPD einen Anstieg rechter oder linker Gewaltdelikte gegeben hat, wurde zunächst *zeitreihenanalytisch* untersucht: In Sachsen ist nicht die rechte Gewalt insgesamt, wohl aber die *rechte und auch die linke Konfrontationsgewalt nach der Landtagswahl signifikant angestiegen*. Daraufhin wurde geprüft, welche Wechselwirkungen es

zwischen linker und rechter Konfrontationsgewalt gibt. Es wurde deutlich, dass links und rechts innerhalb eines Monats interagieren. Die verfeinerte Betrachtung auf Tagesbasis zeigte, dass ein *Anstieg linker Konfrontationsgewalt nach einigen Tagen einen Anstieg rechter Konfrontationsgewalt nach sich zog.* Außerdem wurden Wechselwirkungen am selben Tag festgestellt. In Nordrhein-Westfalen konnte dagegen nach der *Landtagswahl 2005 ein leichter Anstieg des Gesamtaufkommen rechter Gewalt* festgestellt werden. Die Auswirkungen der Wahlen auf die rechte und linke Konfrontationsgewalt fielen kaum ins Gewicht.

Die Betrachtung der Rechts-Links-Wechselwirkungen auf Tagesbasis erbrachte, dass ein Anstieg rechter Konfrontationsgewalt 7 bzw. 14 Tage später auch einen Anstieg der linken Konfrontationsgewalt zur Folge hatte. Dieser Effekt zeigt sich jedoch auch in umgekehrter Richtung. Die *Aussagen zu den Interaktionen können aber ohne genauere Kontextkenntnisse nur sehr vorsichtig interpretiert* werden. Da die qualitativen Analysen auf schwere rechte Gewalt beschränkt und wesentliche Akten nicht verfügbar waren, konnten Ereignissequenzen und Abläufe nicht vertieft betrachtet werden.

Zur Kontrolle wurden *mediale Erregungswellen* in die Betrachtung einbezogen: Gemeinsam ist beiden Ländern, dass sich die *monatlich aufkommenden rechten Gewaltdelikte unabhängig von der Häufigkeit der Berichterstattung über das Thema Rechtsextremismus entwickeln*. In *Sachsen* war nach ansteigenden Agenturmeldungen zum Thema „Rechtsextremismus" ein Monat später ein deutlicher Anstieg linker Gewalttaten feststellbar. Das lässt auf eine *verstärkte Mobilisierung linker Gewalttäter durch eine hohe Medienpräsenz des Themas „Rechtsextremismus"* schließen. In *Nordrhein-Westfalen* war dieser Zusammenhang aber *nicht erkennbar.* Dabei könnte der räumliche Abstand zu den Ereignissen in Sachsen und Brandenburg, die eine besonders starke Berichterstattung nach sich zogen, eine Rolle spielen.

Danach wurde regressionsanalytisch für alle drei Wahlen untersucht, ob es auf regionaler Ebene Zusammenhänge zwischen dem Wahlergebnis und dem rechten Gewaltaufkommen gibt. Kann die NPD in Regionen mit hohem Gewaltaufkommen mehr Wähler mobilisieren? Sind in Regionen, wo die NPD bei den Wahlen erfolgreicher war, auch Gewaltanstiege festzustellen? *In Sachsen ist zwischen NPD-Ergebnissen und rechten Gewalttaten auf Kreisebene kein Zusammenhang* nachweisbar. Dagegen war in Nordrhein-Westfalen unter dem Vorbehalt einer ungleich schwächeren NPD ein schwacher Zusammenhang erkennbar: *Je höher das rechte Gewaltaufkommen in einem Kreis, desto besser schnitt dort die NPD ab.* Dieser kontrastive Befund konnte auch durch die qualitativen Analysen nicht erhellt werden, die zwar in Sachsen für den Untersuchungszeitraum einen erkennbaren Zusammenhang zwischen NPD und schwerer rechter Gewalt, fast keinen Zusammenhang zu Wahlmobilisierungen und in NRW nur ganz schwache NPD-Bezüge und gar keinen Wahlbezug erbrachten.

Für Sachsen konnte zusätzlich ein möglicher *Einfluss szenerelevanter Ereignisse* – Rechtsrockkonzerte, NPD-Veranstaltungen, Demonstrationen – auf rechte und linke Gewalt zeitreihenanalytisch geprüft werden: Der stärkste Zusammenhang zeigte sich *zwischen rechten Demonstrationen und linksmilitanten Gegenaktionen*. Überprüft wurden auch Zusammenhänge zwischen rechter Gewalt und *rechtsextremistischen Szenestrukturen* anhand aufgerundeter Mitgliederzahlen der NPD und gewaltbereiter Szenen. Dabei zeigte sich, dass die *NPD und gewaltbereiten Szenen häufig in den gleichen Räumen zu Hause* sind und auch in stark mit Gewalt belasteten Regionen NPD-Mitglieder wie auch Gewaltbereite relativ stark vertreten sind. Aufgrund unterschiedlicher Datenlagen waren Vergleiche mit NRW nicht möglich.

In einem Exkurs wurden schließlich verschiedene sozial-ökonomische Faktoren auf Zusammenhänge mit NPD-Wahlerfolgen und rechter Gewalt getestet: Dabei zeigte sich in Sachsen, dass die NPD vor allem bei der Landtagswahl 2004 *besonders in strukturschwachen Gebieten* mit einer *hohen Abwanderungsquote junger Frauen* und einem *geringen Anteil von Abiturienten* viele Nichtwähler mobilisieren konnte. In NRW hingegen war die *Variable Arbeitslosigkeit der erklärungskräftigste Faktor*. In Sachsen konnten keine Einflüsse *der getesteten sozial-ökonomischen Variablen auf die rechte Gewalt festgestellt werden.* Die regionale Varianz rechter Gewalt ist dort mit Aggregatdaten nicht zu erklären. Hingegen korrelieren in Nordrhein-Westfalen die *Arbeitslosenquote positiv* und *das Arbeitsplatzangebot für Geringqualifizierte negativ mit dem Auftreten rechter Gewalttaten*.

Auf der *quantitativen Analyseebene* sind zu den motivischen Merkmalen der Gewaltdelikte folgende Aussagen möglich: In *Sachsen* hat sich im Untersuchungszeitraum die *Zielrichtung rechter Gewalt deutlich verändert*. Die *gegen politisch-weltanschauliche und lebensstilistische „Feinde" vorgetragene Konfrontationsgewalt* hat die gegen Migranten und andere Minoritäten gerichtete Hassgewalt überflügelt. Durch Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und sonstige Heterophobien getriebene Gewalt war sowohl bundesweit als auch in Sachsen über die neunziger bis in die frühen 2000er Jahre Spitzenreiter innerhalb des rechten Gewaltaufkommens. In Nordrhein-Westfalen hat sich im Untersuchungszeitraum dieser Wechsel des Themenfeldes nicht niedergeschlagen. Hier ist die Gewichtung umgekehrt. *Fremdenfeindliche Gewalt dominiert* das Aufkommen und steigt auch an. Zwar nimmt die Konfrontationsgewalt ebenfalls zu, das Niveau ist aber noch deutlich unter der fremdenfeindlichen Hassgewalt geblieben.

Die in beiden Ländern erhobene *Tatspezifik rechter Gewalt* entspricht mit Blick auf Tatort, Tatzeit, Tatmittel, Planungsgrad, Demonstrationszusammenhang und die deliktischen Anteile den Beobachtungen bisheriger Tatanalysen: Rechte Gewalt spielt sich ganz *überwiegend im öffentlichen Raum*, in den *Abend- und Nachtstunden* und am *Wochenende* ab. In etwa einem Viertel der Fälle kommen Tatmittel zum Einsatz, wobei vielfach spontan nach geeigneten Gegenständen

in der Nähe gegriffen wird. Die *zufällige Begegnung* mit dem Opfer überwiegt immer noch. Dennoch kommt, was auch die qualitativen Betrachtungen schwerer Gewalt bestätigt haben, *planvolles, aufsuchendes Handeln in beiden Ländern durchaus vor*. In Sachsen gibt es einige hochaktive Gewaltcliquen, die einen beträchtlichen Teil der Angriffe bestreiten. In Nordrhein-Westfalen erscheint dies weit weniger ausgeprägt. Rechte Gewalt findet *nur zu etwa einem Zehntel der Fälle im Zusammenhang mit Demonstrationen* statt. Den dominanten Deliktsanteil stellen Köperverletzungen und gefährliche Körperverletzungen.

Da bloße Rechtsnormzuordnung und Angabe des Tatmittels die Qualitäten eines Gewaltdelikts nur unzureichend abzubilden vermögen, wurden aus dem Fallmaterial alle herausragend brutalen Einwirkungsvarianten herausgezogen. Auf dieser Grundlage wurde ein Tatschwere-Index mit rechtsmedizinisch unterstützten Aussagen zu Wahrscheinlichkeiten tödlicher und schwerer Verletzungen durch die Tateinwirkungen erstellt. Die *Tatschwere* rechter Gewalt ist in den beiden Ländern verschieden ausgeprägt. In *Sachsen wird weit häufiger zu lebensbedrohlichen Methoden* gegriffen.

Die hier zusammengetragenen Tatmerkmale rechter Gewalt verstärken zunächst den aus vorangegangenen Analysen schon bekannten Eindruck, dass rechtes Gewalthandeln *mehr durch expressive* (Gewalt als Mittel zur Selbstdarstellung/-verwirklichung und Abreaktion von Wut und Hass) als instrumentelle Komponenten (Gewalt als Mittel zum politischen Zweck) geprägt ist. Dafür sprechen insbesondere die niedrigen Anteile an Demonstrationszusammenhängen, Landfriedensbrüchen und geplanten Taten. Die Expressivität scheint – vor allem in Sachsen – mit einem hohen Maß an Brutalität einherzugehen.

Im Gegensatz zur rechten Gewalt sind für die *linke Konfrontationsgewalt* (und wohl auch linke Gewalt insgesamt) *eher instrumentelle* Handlungskomponenten typisch. Linke Gewalt ist in beiden Ländern ganz stark an demonstrative Ereignisse gebunden. Das Handeln ist in hohem Grade geplant und aufsuchend. In Sachsen scheint die direkte Konfrontation mit dem rechten „Feind“ geringfügig stärker ausgeprägt. Umgekehrt steht in Nordrhein-Westfalen das konfrontative Vorgehen gegen Polizeikräfte im Kontext rechter Ereignisse etwas mehr im Vordergrund. Die Tatschwere ähnelt sich in beiden Ländern; die häufigste Vorgehensweise ist der Stein- und Flaschenwurf aus der Distanz. Linke Gewalt greift in *deutlich geringerem Maße auf lebensbedrohliche Tatbegehung* zurück als rechte Gewalt.

Die Darstellung regionaler Verteilungen und Verläufe ergibt folgendes Bild: Zunächst ist rechte Gewalt in Sachsen nach Raum und Verlauf *ungleich verteilt*. Nach absoluten Zahlen stehen die *Sächsische Schweiz* und die kreisfreien Großstädte *Dresden und Leipzig*, nach Häufigkeitszahlen die *Sächsische Schweiz, Mittweida und Freiberg* an der Spitze. Zu den am wenigsten belasteten Kreisen zählen die Landkreise Vogtland, Weißeritzkreis, Annaberg, Döbeln und Riesa-Großenhain. Die *regionalen Trends sind sehr unterschiedlich und teilweise ge-*

genläufig. Die Sächsische Schweiz und Freiberg hatten von 2003–2005 Verdreifachungen, aber 2006 wieder Abstiege zu verbuchen. In Mittweida blieb der Anstieg dagegen ungebremst, auch in Bautzen, Meißen und Delitzsch gab es beständige Anstiege. In Chemnitz, Hoyerswerda und Kamenz nahm das Aufkommen stetig ab.

In NRW stehen nach absoluten Zahlen an erster Stelle *Recklinghausen* und *Bochum*, gefolgt von *Essen, Dortmund, Köln* und *Gelsenkirchen;* nach Häufigkeitszahl kristallisiert sich das *Ruhrgebie*t als Region mit gewissen Häufungen rechter Gewalt heraus. An der Spitze liegt auch hier *Bochum* vor *Gelsenkirchen, Recklinghausen* und *Essen*. Im ländlichen Raum liegen die Zahlen dagegen in weiten Teilen sehr viel niedriger. In den Kreisen Solingen und Borken gab es im Untersuchungszeitraum keine einzige Tat. Auch in NRW waren die *regionalen Verläufe sehr heterogen*. Während die Gewaltbelastung in Bochum in den Jahren 2004 und 2006 sehr stark anstieg, stagnierte sie in Gelsenkirchen, sank aber in Recklinghausen und Essen relativ kontinuierlich ab. Rückgänge um mehr als 50 Prozent sind in Mönchengladbach (ab 2005) und im Landkreis Coesfeld (ab 2004) zu beobachten. Auffällig ist das starke Ansteigen in den Kreisen Münster, Höxter (bei geringen absoluten Zahlen) und Wuppertal, die im Jahre 2006 ein ähnlich hohes Niveau wie die Schwerpunktkreise im Ruhrgebiet aufwiesen.

In Sachsen können bestimmte *Räume mit Gewalttatenhäufungen* identifiziert werden: In keinem Landkreis tritt rechte Gewalt flächendeckend auf; sie konzentriert sich im Wesentlichen auf *Schwerpunktregionen mit tatbegünstigenden Gelegenheitsstrukturen*: In den kreisfreien Städten sind dies die Innenstädte und in den Landkreisen die regionalen Zentren. Kleine Gemeinden werden nur selten zum Tatort, selbst wenn die Täterkonzentration hoch ist: Beispielsweise war die als NPD-Hochburg bundesweit bekannt gewordene Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna im Untersuchungszeitraum Wohnort von fünf Tätern, darunter drei Mehrfachtäter, aber es gab in den vier Jahren kein einziges Gewaltdelikt. Die qualitative Analyse hat gezeigt, dass Räume mit tatbegünstigenden Gelegenheitsstrukturen teilweise gezielt angelaufen wurden.

Die rechte Gewalt konzentriert sich in NRW auf Schwerpunktregionen. Im *urbanen Ruhrgebiet liegen die meisten Tatorte*. Überproportional betroffen sind, wie in Sachsen, die Stadtzentren. Die Wohnorte der Tatverdächtigen sind jedoch auf große Teile der Stadtgebiete verteilt. In räumlicher Nähe zu den Wohnorten befinden sich sehr häufig auch einzelne Tatorte. In den *Landkreisen* außerhalb des Ruhrgebietes und der Großstädte am Rhein gibt es im Unterschied zu Sachsen *kaum Tatortkonzentrationen*. Jedoch sind auch hier Kreisstädte und Mittelstädte häufiger betroffen als kleine Gemeinden. Ein weiterer Unterschied zu Sachsen ist in der Verteilung der Tatverdächtigen zu beobachten: Im ländlichen Raum lassen sich nur wenige Mittelstädte oder Kleinstädte mit mehr als fünf Tatverdächtigen ausmachen.

Die Räume gehäufter Gewalttätigkeit sind in Sachsen stark von *Mehrfachtätern* (ca. 15 Prozent aller Tatverdächtigen) beeinflusst: In allen Landkreisen mit einer überdurchschnittlich hohen Zahl an Gewaltdelikten wohnen Mehrfachtäter, während umgekehrt in Regionen mit niedriger Deliktzahl keine Mehrfachtäter zu finden sind. Intensivtäter waren nur in den Schwerpunkt-Landkreisen Mittweida („Sturm 34“) und Sächsische Schweiz aktiv. *Einzelne Personen und Täterkerngruppen haben einen erheblichen Einfluss auf die Gewaltdynamik einer Region.*

In NRW waren 10 Prozent aller Tatverdächtigen mehrfach auffällig. Davon wohnten die meisten in Großstädten. Die vier *Intensivtäter,* die fünf- bis sechsmal als Verdächtige ermittelt wurden, lebten allesamt in Dortmund und Essen. Hier gab es auch mit Abstand die meisten *Mehrfachtäter* (zwei bis vier Taten), gefolgt von Recklinghausen und Wuppertal mit jeweils sieben Mehrfachtätern. In Bochum und Gelsenkirchen, den Kreisen mit der höchsten Gewaltbelastung (nach Häufigkeitszahl), gab es nur jeweils drei Mehrfachtäter. Obwohl der Zusammenhang nicht so deutlich ist wie in Sachsen, lässt sich feststellen, dass in Regionen, in denen mehrere Mehrfachtäter wohnen, häufiger Gewaltdelikte begangen werden. Dort wo *Intensivtäter* wohnen, liegen sowohl die absoluten Zahlen als auch die Häufigkeitszahlen weit über dem Landesdurchschnitt.

Die *linke Konfrontationsgewalt* in Sachsen unterscheidet sich in ihrer *räumlichen Verteilung erheblich von der rechten Gewalt*. Sie ist im Wesentlichen auf die *Großstädte – Leipzig und Dresden* – konzentriert. Die linksmilitante Mobilisierung ist also räumlich keineswegs auf die Zentren rechter Gewalt oder NPD-Hochburgen fokussiert. Eher sind es *außeralltägliche Demonstrationen und Kundgebungen bekannter Rechtsextremisten*, die zum Anziehungspunkt der linken Gewaltszene werden. Dieser Hang zum Demonstrationsgeschehen hat sich auch in NRW gezeigt.

Der *qualitative Teil* beginnt mit einer *Gerichtsaktenanalyse* von *170 Fällen schwerer rechter Gewaltdelikte*, die Aussagen zu motivischen Qualitäten, herausragenden Handlungsmustern und NPD-Bezügen generiert. Die Untersuchung erhellt in Sachsen drei Viertel, in NRW über drei Fünftel der von den Verfassern als schwer eingestuften rechten Gewalt und in Sachsen ein gutes Viertel, in NRW ein knappes Sechstel des Gesamtaufkommens polizeilicher erfasster rechter Gewaltdelikte 2003–2006.

In Sachsen wurden über vier Fünftel, in NRW drei Viertel der von den Verfassern als schwer eingestuften Gewalttaten mit *hoher bis gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohlichen Einwirkungen* begangen. In Sachsen zählte ein knappes Fünftel, in NRW ein knappes Viertel zur hochproblematischen *Kerngruppe der Mehrfach- und Intensivtäter.*

Bei der Aktenanalyse hat sich der weit gefasste, im polizeilichen Definitionssystem PMK enthaltene *Arbeitsbegriff „politisch motiviert“ als treffsicher* erwiesen. Zur Überprüfung der politischen Motivation der Taten wurden aus dem Aktenma-

terial sechs Indikatoren – Themenfeld der Tat, Anzeichen für Extremismus, Hassparolen im Tatkontext, Gruppen/-Organisationszugehörigkeiten, Einfluss von Hassmedien, Anzeichen für Ideologisierung herausgezogen und quantifiziert. Bei einer deutlichen Mehrheit der Fälle lagen Mehrfachtreffer vor. Ein Viertel der sächsischen und in NRW nur ein Zwölftel der Fälle mit nur einem Treffer lagen am schwächeren Ende der Bewertungsskala. *Bewertungsprobleme* tauchen dann auf, wenn eine Gewalttat als „*extremistisch*" eingestuft werden soll. Ein weiteres Problem ist die *mangelhafte Rückkopplungsmöglichkeit der polizeilichen Erstbewertung* mit dem *Ergebnis der justitiellen Bearbeitung* der Gewalttaten.

Im *Themenhaushalt* schwerer rechter Gewalt des Untersuchungszeitraums liegt – wie auch beim Gesamtaufkommen rechter Gewalt – in Sachsen die Konfrontation mit dem politischen, weltanschaulichen und lebensstilistischen „Feind" vor fremdenfeindlicher Hassgewalt, in NRW verhält es sich umgekehrt.

Als ergiebiger Indikator zur Bestimmung der politischer Motivationsfragmente aus dem Aktenmaterial heraus haben sich *unmittelbar im Zusammenhang mit der Gewalttat gerufene eliminatorische, dehumanisierende und diskriminatorisch/xenophobe Hassparolen* erwiesen. In Sachsen traf dies bei etwa der Hälfte, in NRW bei fast zwei Dritteln der Fälle zu. Bei *über einem Drittel* der sächsischen Täter konnte *Angehörigkeit in fester strukturierten Gruppen der NS-affinen Szene vermutet* werden, in NRW war dies ein Fünftel der Täter. In Sachsen verteilte sich darüber hinaus mehr als ein Fünftel der Täter auf die – schwierig abzugrenzende – Skinheadszene und diffus rechte Zusammenhänge, in NRW waren dies ein knappes Viertel.

Die Beeinflussung von Gewalttätern und situativen Prozessen durch *hassgeladene Rechtsrockmusik* und *Cyberhate-Material* hat sich in der Fallzahl zwar nur schwach widergespiegelt. Einzelfallbetrachtungen verweisen aber auf starke Effekte dieser Hassmedien auf gewaltbereite Personen. Bestätigt hat sich auch bei der Betrachtung schwerer Gewalt ein *starker Zusammenhang mit Alkoholkonsum und Gruppenhandeln*. Trotzdem gibt es planende und aufsuchende Handlungskomponenten. *Überfälle und Streifenaktivitäten* stellten in Sachsen deutlich über ein Viertel, in NRW etwa ein Siebtel des Aufkommens schwerer rechter Gewalt. In Sachsen gehörten diese Vorgehensweisen zum ausdrücklichen Aktionsrepertoire einiger Gewaltgruppen. Ziele waren überwiegend „linke" und sonstige Personen mit aus Tätersicht abweichenden Lebensstilen.

In dem Handlungsfeld der Konfrontation mit dem politischen, weltanschaulichen und lebensstilistischen „Feind" kam es mitunter zu *interaktiven Verklammerungen* mit dem linksmilitanten Gegenpart, der mit eigenen Aktionen die rechte Gewalt erst anschob. Solche Ereignisse *bestimmen aber nicht das Gesamtbild schwerer rechter Konfrontationsgewalt*. Diese Aussage bezieht sich auf den Teilbereich schwerer Gewaltdelikte – die Analyse solcher Handlungsmuster im gesamten Phänomenfeld linker und rechter Konfrontationsgewalt wäre Gegenstand einer eigenen Untersuchung.

Gewaltexzesse scheinen ein *ständiger Begleiter rechten Gewalthandelns* zu sein. Die Fallzahlen sind zwar nicht hoch, aber solche Ereignisse sind – auch über den Untersuchungszeitraum hinaus – kontinuierlich zu beobachten.

Gleiches gilt auch für die Kernfrage der Untersuchung – das *Verhältnis NPD zu rechter Gewalt*. Zusammenhänge schwerer Gewalt mit *NPD-Wahlmobilisierungen* konnten in *Sachsen nur ganz schwach*, in *NRW gar nicht* abgebildet werden. Immerhin ließen sich in Sachsen bei *fast einem Viertel* der Fälle mehr oder weniger starke *Bezüge zur NPD* herstellen. In NRW war dies nur bei einem Siebtel der Ereignisse der Fall. In diesem Fallaufkommen spiegeln sich die *für die NPD typischen Ambivalenzen des Brückenschlags zu militanten Szenen*.

Es folgt eine vertiefende Betrachtung von *vier Räumen, die in dem Untersuchungszeitraum im jeweiligen Land die höchste Häufigkeitszahl rechter Gewaltdelikte* aufweisen: Sächsische Schweiz, Mittweida, Bochum und Gelsenkirchen. Im Fokus der Betrachtung stehen Besonderheiten der in diesen Regionen handelnden Akteursgruppen: gewaltaffine Gruppen und die NPD. In der *Sächsischen Schweiz haben sich die NPD und die gewaltgeneigte Szene verklammert* und zu nicht geringem Grade auch kommunal verankert. Diese im Untersuchungsraum herausragende Konstellation hat auch nach der Hochphase der Organisation „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) Bestand: Die wesentlichen SSS-Aktivisten sind nach der Verbotsverfügung in der NPD untergekommen. Ob sich diese Entwicklung gewalthemmend niederschlägt, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht fundiert beurteilt werden. Die Gewaltgruppe „*Sturm 34“ in Mittweida* weist *zwar auch deutliche NPD-Verbindungen* auf, die Akteure – sowohl in der der NPD als auch in der Gewaltgruppe – sind aber hinsichtlich ihrer *Ideologisierung und kommunalen Verankerung der Aktivistenkerngruppe in der Sächsischen Schweiz deutlich unterlegen*. In beiden sächsischen Räumen ist es den Gewaltgruppen gelungen, die von ihnen angegriffenen Opfergruppen – insbesondere die als „links“ eingestuften – zu erheblichem Grade einzuschüchtern.

Die rechte Gewalt in den *beiden nordrhein-westfälischen Räumen entzieht sich offenbar Erklärungen, die auf Verbindungen oder Einflüsse rechtsextremistischer Akteure* abzielen. Die Gewalt ist im Gegensatz zu den sächsischen Räumen *eher von Ausländerhass* geprägt, neigt im Handlungsstil *stärker zu Einzeltaten*. Die Konturen der Gewalt bleiben vergleichsweise diffus. Die Frage, inwieweit hier unterschiedliche sozial-ökonomische Faktoren oder auf Individualebene andere Täterprofile eine Rolle spielen, wäre Gegenstand einer eigenen Untersuchung.

Zur Erhellung der Binnensicht der Akteursgruppen schließt sich eine auf Primärliteraturauswertung aufbauende Untersuchung der *wechselseitigen Perzeptionen rechts- und linksmilitanter Szenen* an. Bekanntermaßen schöpfen militante Antifa und Anti-Antifa ideologiegeschichtlich aus unterschiedlichen Quellen und erscheinen in ihren Zielprojektionen diametral entgegengesetzt. Während linksextremistische Autonome den Staat in allen bekannten Formen als zu überwindenden Unterdrückungsapparat pauschal ablehnen, gerieren sich „Freie Nationa-

listen“ – wohl auch aus taktischen Gründen – vergleichsweise staatsbejahend, lehnen daher auch dessen Sicherheitskräfte nicht von vornherein als Ausdruck von Repression und Militarismus ab. Allerdings nähern sie sich ihren Kontrahenten insofern an, als der bestehende Staat in Deutschland in seiner inneren Verfasstheit (Multikulturalismus, „Blockparteien“) wie äußeren Einbindung („Vasallenstaat“) radikale Ablehnung erfährt.

Vor dem Hintergrund der Identitätsprobleme der Linken nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ gewinnt die *Antifa einen Gutteil ihres Selbstverständnisses aus der Anprangerung einer „faschistischen“ Gefahr*, als deren extreme Ausdrucksform NS-affine Szenen erscheinen. Für „Freie Nationalisten“ und das heutige „nationale Lager“ bildet die Anti-Antifa-Haltung hingegen auch einen wichtigen, aber keinen zentralen Bestandteil des Selbstverständnisses. Der im älteren Rechtsextremismus vorherrschende Antikommunismus wird in den militanten Szenen durch sozialrevolutionäre, kapitalismuskritische Orientierungen abgeschwächt. „Nationaler Sozialismus“ erscheint sogar als die konsequentere Ablehnung des „kapitalistischen Globalismus“, da er auf der Grundlage eines Anti-Universalismus völkisch-ultranationalistischer Prägung formuliert wird.

Beiden Szenen gemeinsam ist wiederum die *Berufung auf eine Notwehrsituation*, in der militantes Reagieren als legitim und unausweichlich erscheint. Während autonome Antifas den verhassten Staat in Richtung Faschismus abdriften sehen, erfreut sich die Antifa aus Anti-Antifa-Sicht breiter Unterstützung aus Staat und Gesellschaft, bestimmt diese in Teilen die politische Agenda multikulturalistischer „Überfremdung“, „Volkszerstörung“ und Dekadenz.

Der „Fascho“ oder „Nazi“ ist der Hauptfeind militanter Antifas. Für Anti-Antifas gilt dies umgekehrt in gleichem Maße. Zudem richtet sich ihr Hass gegen Angehörige von Minderheiten, die als fremde Elemente die Gesundheit des „Volkskörpers“ zerrütten.

Antisemitische, homophobe und sexuell-herabwürdigende Stereotype finden sich in den Feindbild-Konstruktionen der rechtsextremen Szenen häufig, bei militanten Autonomen hingegen nicht. *Gemeinsam ist den Antipoden wiederum der Rückgriff auf dehumanisierende Vergleiche*. Allerdings finden sich diese auf beiden Seiten weniger in theoretischen Reflexionen als in Texten zu aktuellen Ereignissen, in denen Konfrontationserfahrungen verarbeitet werden. Die pauschale Herabsetzung dient hier wie dort der gemeinschaftsfördernden Identitätsformung und Einschwörung gegen eine abzuwendende Gefahr. Im Zusammenspiel mit der Wahrnehmung einer angeblichen Kollaboration staatlicher Instanzen vermag sie gezielte Normüberschreitungen bis hin zu planhaft-systematischer Gewaltanwendung zu rechtfertigen.

Die *Qualität der Gewaltdiskurse unterscheidet sich in beiden Lagern gravierend*. Bei linksmilitanten autonomen Gruppen ist szeneintern eine gewisse „Aktions-

kultur“ mit dem Leitbild einer sich selbst vermittelnden „Bilderbuchaktion“ erwünscht, die im Gegensatz zu „Hohlkopf-Aktionen“ von „verantwortlichen“ und „klugen Militanten“ mit entsprechenden politischen und technisch-taktischen Kompetenzen durchzuführen ist. Aus der Gesamtschau der Diskurse autonomer Gruppen lassen sich zumindest zu einem beträchtlichen Teil Merkmale wie eine Betonung der politischen Botschaft, ein streckenweise hohes Niveau der Positionspapiere und das Bemühen um Akzeptanz („Bewegungsnähe“) in einem der Szene nahestehenden sozialen Umfeld herausfiltern. *Das Wie, Wann und Wogegen der Gewalt ist dort typischerweise Gegenstand ausgedehnter „Militanzdebatten*“, in denen sich seit Jahren das Selbstbild der Autonomen-Szene spiegelt. Der dezidierte Antimilitarismus der Antifa kontrastiert eigentümlich mit der bellizistischen Sprache im Umgang mit dem ideologischen Antipoden. Die Parolen der Anti-Antifa erscheinen vergleichsweise zurückhaltend, spiegeln die soziale Außenseiterrolle und das verbreitete Bewusstsein der Aussichtslosigkeit gewaltorientierter Strategie wider.

Anti-Antifas in NS-affinen Gruppen bleiben eher wortkarg und reflexionsarm. Für den Berichtszeitraum fehlt es – wie für die Zeit davor – weitgehend an Strategiepapieren, aus denen eine grundsätzliche Haltung zum Gewalteinsatz deutlich würde. Die in schweren Gewalttaten gegen Personen zum Ausdruck kommende enthemmte Brutalität findet Ausdruck in hasserfüllten Feindperzeptionen, kaum jedoch in theoretischen Elaboraten. Soweit systematisch-strategische Reflexionen publik werden, erteilt man der Anwendung von Gewalt in realistischer Einschätzung der eigenen Situation eine Absage. Im Umfeld der NPD herrschen wahlpolitische Kalküle vor, während NPD-kritische „Freie Nationalisten“ parteipolitisches Engagement als aussichtslos ansehen. Diese schließen den Einsatz von Gewalt für den geeigneten Fall keineswegs aus.

Antifa wie Anti-Antifa operieren mit „schwarzen Listen“, veröffentlichen Fotos und Adressen von Kontrahenten – nicht selten mit der unverhohlenen Aufforderung gegen die Zur-Schau-Gestellten in geeigneter Weise vorzugehen. Gesetzesbruch und Gewaltanwendung zählen zum Alltagsrepertoire beider Lager.

Während Antifas NPD und rechts-militante Szenen gleichermaßen als extreme Ausprägungen faschistischer Degeneration betrachten, sind das *Wechselverhältnis der rechtsextremen Akteure prägende Unterschiede in der Selbstdefinition unübersehbar*. Zwar nähren NPD- und DVU-Wahlerfolge in rechtsextremen Szenen vielfach Hoffnung, und der Aufwind für die „nationalen Parteien“ erschließt finanzielle Mittel, die für propagandistische Aktivitäten, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Musik, zu nutzen seien; aber nur ein Teil der Kameradschaftsszene ist zur parteipolitischen Kooperation bereit. Verbreitet ist die Kritik an der Biederkeit der NPD-Wahlpolitik.

Allerdings gelingt es der NPD ansatzweise, solche Vorbehalte durch ihre sozialrevolutionären Programmelemente abzubauen. NPD-freundliche „Freie Nationalisten“ grenzen sich vor allem von der „bürgerlichen“ Rechten ab, die das Gegen-

teil des von ihr Propagierten bewirke. In Sachsen ist die NPD mit den rechtsextremen Jugendszenen eng verflochten. Doch sehen sich die Partei und ihr Umfeld auch in der Schwerpunktregion Sächsische Schweiz großen Widerständen gegenüber. Das Verbotsverfahren gegen die Skinheads Sächsische Schweiz begünstige die Kriminalisierung rechter Jugendkultur und die Förderung denunziatorisch geprägter Projekte wie u. a. einer „Antifa-Gruppe". Die „Befürworter des Vielvölkerstaates" führten eine ethnische Situation herbei, die künftig eine Revision der Niederlage des Dritten Reichs mit seiner Rassepolitik biologisch unmöglich mache.

Auf Seiten der *NPD sucht man zwar die Kooperation mit der Kameradschaftsszene, distanziert sich jedoch nach außen hin von deren Gewalttaten*. Sie dienten als Vorwand, um im Zusammenspiel von etablierter Politik, Medien und linksextremen Gewalttätern „Pogromstimmung" gegen die NPD zu erzeugen. So wurden im Vorfeld der Bundestagswahl zahlreiche Übergriffe durch Antifa-Aktivisten beklagt.

Zwiespältig ist auch das Verhältnis der *NPD zum Phänomen der „Autonomen Nationalisten*". Während sich die NPD-Parteileitung entschieden distanziert hat, fällt die Beurteilung aus dem JN-Umfeld differenziert aus. Insbesondere die Entschlossenheit, eigene Interessen auf Demonstrationen notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen, findet Anerkennung.

Der qualitative Teil schließt mit leitfadengestützten *Experteninterviews* aus den Fachbereichen Verfassungsschutz, polizeilichem Staatsschutz und Schwerpunktstaatsanwaltschaft. Die Situation ist in den beiden Ländern aus Sicht der Experten durch eine *Reihe von Unterschieden und einige wenige Gemeinsamkeiten* gekennzeichnet. In *Sachsen* hat sich seit der Landtagswahl 2004 die Interaktion zwischen linken und rechten Gewalttätern deutlich verschärft, was sich besonders im Zusammenhang mit Demonstrationen zeigt. Die *NPD ist in den regionalen rechten Szenen insbesondere über die JN gut vernetzt*. Das Verhältnis der Partei zu Gewalttätern ist ambivalent. Einerseits rekrutiert sie aus der Szene Personal, andererseits hält sie Abstand, um ein bürgerliches Image aufzubauen. Die *Räume mit Gewalttatenhäufungen wurden geprägt von mitgliederstarken, strukturierten und gewaltbereiten Kameradschaften*.

Im Gegensatz dazu verfügen *in NRW weder die NPD noch gewaltbereite Gruppen über ausgebaute Strukturen*, die größere politische Aktionen oder gar eine regionale Dominanz ermöglichen würden. In Folge dessen wird auch die linke Szene seltener aktiv. *Bedenklich* erscheint aber die *Entwicklung der „Autonomen Nationalisten"*, wenn auch regional beschränkt. Übereinstimmend hebt man in beiden Ländern die Unterschiedlichkeit der Reaktionen von Politik und Medien auf rechte und linke Gewalt hervor. Auch ist die *Rechtsrockmusik* hier wie dort der *wichtigste Transporteur von Hassparolen*.

10 Summary

The research objectives of this project are to examine possible interdependencies between NPD (National Democratic Party of Germany) electoral mobilisation and the violent action of militant groups on both the left and right. The states of Saxony and North Rhine-Westphalia were chosen for this study. Concentrating on these two states has pragmatic reasons in this research context. The selection of these two states is backed up by the possibility of an East-West comparison as well as the structural similarities represented by industry and a high population-density. At the same time, the contrast between successful and relatively unsuccessful NPD electoral mobilisation in the two states is large and the extent of violent sub-group activity is variably distinct. The general research timeframe of 2003–2006, incorporates a twelve-month window of time before and after several elections (European elections in June 2004, the regional vote in Saxony in September 2004, regional vote in North Rhine-Westphalia in May 2005, and the federal elections of September 2005).

The study considers the state of knowledge of police and intelligence agencies as well as social and political science. It discusses the methodical problems of a data basis that is fed by police agencies. The study also discloses the empirical methods applied. The quantitative section presents the extent of violent offences as well as their trends and characteristics. Special attention is turned to the severity of the violent crimes. Strongholds of violence and electoral success are determined with electoral and criminal-geographic input. These are tested for correlative and chronologically analytical links. The qualitative section takes the examination of severe violent offences in depth by the analysis of court files and examines four areas of high incidences of violent offences respectively. It examines specific features of the acting groups, considers the alternating perceptions of the actors through sub-cultural publications and closes with interviews with security experts.

11 Anhang

11.1 Schaubildverzeichnis

Im Text:

Schaubild 1: Trendlinien politisch motivierter Gewalt 1980–1996

Schaubild 2: Trendlinien politisch motivierter Gewalt 1996–2000

Schaubild 3: Trendlinien politisch motivierter Gewalt 2001–2007

Schaubild 4: Gewaltdelikte rechts und Rechts-Links-Konfrontationsgewalt 2001–2006

Schaubild 5: Gewaltdelikte links und Links-Rechts-Konfrontationsgewalt 2001–2006

Schaubild 6: Gewaltdelikte Konfrontation rechts/links und links/rechts

Schaubild 7: Politisch motivierte Gewaltdelikte „rechts“ je 100.000 EW Deutschland 2001–2007

Schaubild 8: Verlauf politisch motivierter Gewaltdelikte links und rechts Sachsen 2001–2006

Schaubild 9: Themenhaushalt Gewaltdelikte Sachsen rechts 2003–2006

Schaubild 10: Verlauf politisch motivierter Gewaltdelikte rechts und links NRW 2001–2006

Schaubild 11: Zeitreihen politisch motivierter Gewalt Sachsen

Schaubild 12: Zeitreihen politisch motivierter Gewalt NRW

Schaubild 13: Zeitreihen rechte und linke Konfrontationsgewalt Sachsen 2003–2006

Schaubild 14: Zeitreihe Medien und politisch motivierte Gewalt in Sachsen

Schaubild 15: Zeitreihen Medien und politisch motivierte Gewalt NRW

Schaubild 16: Einfluss des NPD-Wahlerfolges auf die wechselseitige Konfrontationsgewalt

Schaubild 17: NPD-Mitglieder und gewaltbereite Szene

Schaubild 18: Entwicklung der NPD-Mitglieder und Gewaltbelastung

Schaubild 19: Entwicklung der Gewalttaten und NPD-Mitglieder

Schaubild 20: Entwicklung militanter Gruppen und NPD-Mitglieder

Schaubild 21: Wahlbeteiligung und NPD-Stimmen in den Kreisen Landtagswahl 2004 in Sachsen

Schaubild 22: Verlauf der Hasskriminalität-Themenfelder bei rechter Gewalt Sachsen 2003–2006

Schaubild 23: Verlauf der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei rechter Gewalt Sachsen 2003–2006

Schaubild 24: Verlauf der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei linker Gewalt Sachsen 2003–2006

Schaubild 25: Zusammenhang rechte Gewalt/Demonstrationen Sachsen 2003–2006

Schaubild 26: Tatmittel Gewaltdelikte rechts Sachsen 2003–2006 (n=314)

Schaubild 27: Fallsammlung Tatschwere I-III rechts Sachsen 2003–2006 (n=129)

Schaubild 28: Zusammenhang Demonstrationen/Konfrontationsgewalt links Sachsen 2003–2006 (n=247)

Schaubild 29: Zusammenhang Demonstrationen/Gewaltdelikte rechts Sachsen 2003–2006 (n=314)

Schaubild 30: Fallsammlung Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links Sachsen (n=115)

Schaubild 31: Fallsammlung Tatschwere I-III rechts Sachsen (n=127)

Schaubild 32: Verlauf der Hasskriminalität-Themenfelder bei rechter Gewalt NRW 2003–2006

Schaubild 33: Verlauf der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei rechter Gewalt NRW 2003–2006

Schaubild 34: Verlauf der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei linker Gewalt NRW 2003–2006

Schaubild 35: Fallsammlung Tatschwere I-III rechts NRW 2003–2006 (n=163)

Schaubild 36: Fallsammlung Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links NRW (n=104)

Schaubild 37: Gewaltdelikte rechts je 100.000 Einwohner Sachsen 2003–2006

Schaubild 38: Linke Konfrontationsgewalt in den Regionen Sachsen 2003–2006

Schaubild 39: Rechte Gewalt und linke Konfrontationsgewalt Sachsen 2003–2006
Tatorte und Wohnorte von Tatverdächtigen (rechts)

Schaubild 40: Täter und Taten rechts in den Kreisen Sachsen 2003–2006

Schaubild 41: Städtische Räume mit Gewalttatenhäufungen in Dresden 2003–2006

Schaubild 42: Ländliche Räume mit Gewalttatenhäufungen im Landkreis Sächsische Schweiz 2003–2006

Schaubild 43: Verteilungen, Häufungen und Verläufe rechter Gewaltdelikte NRW 2003–2006

Schaubild 44: Verteilungen, Häufungen und Verläufe rechter Gewaltdelikte Ruhrgebiet 2003–2006

Schaubild 45: Verlauf der Gewalttaten im Landkreis Sächsische Schweiz (n=69)

Schaubild 46: Raum Sächsische Schweiz mit Tatverdächtigen-Wohnorten, Tatorten, NPD-Präsenz und Szenetreffpunkten 2003–2006

Schaubild 47: Verfestigung der Gruppe „Sturm 34“

Schaubild 48: Verlauf der Gewalttaten in Mittweida (n=25)

Schaubild 49: Raum Mittweida mit Tatverdächtigen-Wohnorten, Tatorten, NPD-Präsenz und Szenetreffpunkten 2003–2006

Schaubild 50: Verlauf der Gewalttaten in Bochum (n=55) und Gelsenkirchen (n=23)

In 10.4 Anhang:

Schaubild 51: PMK-GDliKonf über PMK-GDreKonf

Schaubild 52: PMK-GDre über PMK-GDliKonf

Schaubild 53: PMK-GDliKonfTag über PMK-GDreKonfTag

Schaubild 54: PMK-GDliKonf über PMK-GDreKonf

Schaubild 55: Fehler für PMK-GDre von ARIMA, MOD_3, CON über PMK-GDliKonf

Schaubild 56: Fehler für PMK-GDliKonfTag über Fehler für PMK-GDreKonf-Tag

Schaubild 57: Fehler für PMK-GDreTag über Fehler für PMK-GDlinKonfTag

Schaubild 58: Fehler für Medien von ARIMA, MOD_1, CON über PMK-GDre-Konf

Schaubild 59: Fehler für Medien von ARIMA, MOD_1, CON über PMK-GDli-Konf

Schaubild 60: Fehler für Medien über Fehler für PMK-GDre

Schaubild 61: Fehler für Medien über PMK-GDreKonf

Schaubild 62: Fehler für Medien über PMK-GDliKonf

Schaubild 63: Europawahl 2004 in NRW und rechte Gewalt auf Kreisebene

Schaubild 64: Zeitreihe Skinheadkonzerte (Skinkon)

Schaubild 65: Zeitreihe NPD-Veranstaltungen (NPD-V)

Schaubild 66: Zeitreihe Demonstrationen rechts (Demo-re)

Schaubild 67: Zeitreihe Demonstrationen rechte und linke Konfrontationsgewalt

Schaubild 68: Wahlbeteiligung und NPD-Stimmen Bundestagswahl 2005, NRW

11.2 Tabellenverzeichnis

Im Text:

Tabelle 1: Anhänger militant-rechtsextremer Szenen im westlichen und östlichen Deutschland 2006

Tabelle 2: Zusammenhänge NPD-Wahlergebnisse und rechte Gewalt in Sachsen

Tabelle 3: Zusammenhänge NPD-Wahlergebnisse und rechte Gewalt in NRW

Tabelle 4: Entwicklungen in stark belasteten Kreisen

Tabelle 5: Vergleich zwischen stark und schwach belasteten Kreisen

Tabelle 6: Verteilung der Hasskriminalität-Themenfelder bei rechter Gewalt Sachsen 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

Tabelle 7: Verteilung der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei rechter Gewalt Sachsen 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

Tabelle 8: Verteilung der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei linker Gewalt Sachsen 2003–2006

Tabelle 9: Gewaltdelikte rechts Sachsen 2003–2006 Verletzte Rechtsnorm nach §§ StGB

Tabelle 10: Tatschwere I-III rechts Sachsen 2003–2006 (n=127)

Tabelle 11: Konfrontationsgewalt links Sachsen 2003–2006
Verletzte Rechtsnorm nach §§ StGB

Tabelle 12: Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links Sachsen 2003–2006 (n=115)

Tabelle 13: Verteilung der Hasskriminalität-Themenfelder bei rechter Gewalt NRW 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

Tabelle 14: Verteilung der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei rechter Gewalt NRW 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

Tabelle 15: Verteilung der Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung bei linker Gewalt NRW 2003–2006 (Unterthemen nach PMK-Liste)

Tabelle 16: Gewaltdelikte rechts NRW 2003–2006
Verletzte Rechtsnorm nach §§ StGB

Tabelle 17: Tatschwere I-III rechts NRW (n=163)

Tabelle 18: Konfrontationsgewalt links NRW 2003–2006
Verletzte Rechtsnormen nach §§ StGB

Tabelle 19: Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links NRW (n=104)

Tabelle 20: Dokumentenqualität in Sachsen (n=83) und NRW (n=87)

Tabelle 21: Indikatoren für politische Motivation schwerer Gewalttaten Sachsen 2003–2006

Tabelle 22: Themenfelder schwerer rechter Gewalt Sachsen 2003–2006 (n=83)

Tabelle 23: Indikatoren für politische Motivation schwerer Gewalttaten NRW 2003–2006

Tabelle 24: Themenfelder schwerer rechter Gewalt NRW 2003–2006 (n=87)

Tabelle 25: Planendes, aufsuchendes Handeln

Tabelle 26: Angehörige der Autonomen-Szene in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und auf Bundesebene, 2003–2006

Tabelle 27: Mitglieder und Bevölkerungsanteil NS-affiner „Kameradschaften“ und „gewaltbereiter Rechtsextremisten“ in Nordrhein-Westfalen und Sachsen, 2003–2006

Im Anhang 11.5:

Tabelle 28: Kreuzkorrelationen der Zeitreihen sächsischer Kontextdaten mit Zeitreihen der PMK-Gewalt

Tabelle 29: Einfache Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in Sachsen

Tabelle 30: Multivariate Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in Sachsen

Tabelle 31: Einfache Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis NRW

Tabelle 32: Multivariate Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in NRW

Tabelle 33: Einfache Regression, abhängige Variable:
Gewaltdelikte rechts je 100.000 EW Sachsen 2003–2006

Tabelle 34: Einfache Regression, abhängige Variable: Gewaltdelikte rechts Gewaltdelikte rechts je 100.000 EW NRW 2003–2006

Tabelle 35: Multivariate Regression, abhängige Variable: abhängige Variable: Gewaltdelikte rechts 2003–2006 je 100.000 EW in NRW

11.3 Fallsammlungen Tatschwere

11.3.1 Einstufung der Tatschwere in Schwerekategorien

I Einwirkungen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit akut lebensbedrohlich sein oder bleibende Schäden hinterlassen können.

II Einwirkungen, die seltener lebensbedrohlich oder dauerhaft schädigend sind, aber dennoch starke Schmerzen, stationäre Behandlungsbedürftigkeit oder längere Arbeitsunfähigkeit bedingen können, evtl. auch Funktionsausfälle, wie z. B. nach Sehnendurchtrennungen.

III Einwirkungen, die kaum lebensbedrohlich, aber dennoch schmerzhaft sein, aber ohne stationäre Krankenhausbehandlung therapiert werden können; bspw. großflächige Blutergüsse, größere Schürfwunden bzw. nicht allzu stark blutende Wunden.

IV Bagatellverletzungen, die ambulant bzw. in Selbsthilfe behandelt werden können und keine Folgeschäden hinterlassen.

Die Zwischenstufen I-II und II-III sollen situative Unsicherheiten (u. a. Trainingsstand des Angreifers, größere Bandbreite möglicher Einwirkungsfolgen) zum Ausdruck bringen.

Kopf, gezielt

0 =	**I**	Kopfschlag mit Gegenstand (Eisenstange, Baseballschläger, Flasche, Totschläger, Schlagring, Stock, Beil, Hockeyschläger, Zaunlatte, Eisenkette, nun-chackos, mit Steinen gefüllter Beutel, Schreckschusspistole, Glasbierkrug, Stuhlbein, Stuhl)
1 =	**I**	Kopftritt mit präparierten Stiefeln (Stahlkappen, Schrauben, Nieten)
2 =	**I**	Kopftritt mit „normalen“ Schuhen
18 =	**I-II**	Kopfstoß
25 =	**I**	Kopf gegen Wand, Mast, Boden schlagen
14 =	**I**	Schlag mit abgebrochener Flasche, Glas, Tasse
24 =	**I**	Schlag mit präparierten Handschuhen (Quarzsandfüllung)
33 =	**I**	Mehrere Faustschläge (mit erheblichen Verletzungen)
36 =	**I-II**	Finger ins Auge stechen
38 =	**I-II**	Kopfschuss mit CO2-Gewehr

Weichteile, gezielt (Weichteile = Bauch, Unterleib, Nieren, Hals)

27 =	**I**	Messerstich
3 =	**I-II**	Weichteilschläge mit Gegenstand
4 =	**I-II**	Weichteiltritte mit präparierten Stiefeln (Stahlkappen, Schrauben, Nieten)
19 =	**II**	Weichteiltritt mit „normalen“ Schuhen (Unterleibstritt)
7 =	**I**	Würgen

Rumpf und Extremitäten

23 =	**I**	Messerstich (auch Gabel, Schere)
29 =	**II**	Schläge mit Gegenstand
10 =	**I**	Vor fahrendes Kfz (insbes. Bus, Bahn!) stoßen, mit PKW anfahren
11 =	**I**	In Glasscheibe stoßen
16 =	**I-II**	Hund auf Person hetzen
5 =	**I-II**	Tritte mit präparierten Stiefeln (Stahlkappen, Schrauben, Nieten)
17 =	**I-II**	Tritte auf am Boden liegende Person
31 =	**II-III**	Tritte mit „normalen“ Schuhen
21 =	**II**	Schlag mit Eisenkette, nun-chackos
6 =	**I-II**	Verbrennungen (Mollie-Wurf auf Person, Person anzünden)
12 =	**I-II**	Wurf mit Stein, Flasche, Glas, Bierdose, Glasaschenbecher, Tisch, Fahrrad (auch auf Kfz)
26		Wurf mit Tisch (zu 12 gezählt)
30		Wurf mit Fahrrad (zu 12 gezählt)
32 =	**II-III**	Zwillenschuss, Schuss mit CO2-Gewehr
39		Schuss mit CO2-Gewehr (zu 32 gezählt)
40 =	**I**	Schlag mit abgebrochener Flasche, Glas

Sonstiges

37 =	**II-III**	Person aus stehender Straßenbahn/Bus hinunterstoßen
15 =	**III**	Ritzen mit Messer, Gabel, Schlüssel
20 =	**III**	Zigarettenkippe auf der Haut ausdrücken
35 =	**II**	Haare anzünden
8 =	**I**	Kopf länger unter Wasser halten
22 =	**II**	Säure verspritzen
28 =	**II**	Mit heißem Wasser übergießen
9		Malträtieren über längeren Zeitraum (Keine Einstufung möglich, nur in Fallsammlung aufzunehmen)
34 =	**I-II**	Schlag auf (Klein-)Kind

11.3.2 Fallsammlung Tatschwere rechts Sachsen 2003–2006

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
keine Einstufung	185	58,9	58,9	58,9
Kopfschläge mit Gegenstand	41	13,1	13,1	72,0
Tritte gegen am Boden Liegenden	27	8,6	8,6	80,6
Steine/Flaschen werfen	19	6,1	6,1	86,6
Kopftritte mit Schuhen	15	4,8	4,8	91,4
Kopfstoß	5	1,6	1,6	93,0
Messer/Gabel	3	1,0	1,0	93,9
Kopf gegen Wand/Mast	3	1,0	1,0	94,9
Kopftritte mit präparierten Stiefeln	2	,6	,6	95,5
Weichteilschläge mit Gegenstand	2	,6	,6	96,2
Angriff mit abgebrochener Flasche	2	,6	,6	96,8
Tritt in Unterleib	2	,6	,6	97,5
Zigarette auf Haut ausdrücken	2	,6	,6	98,1
Haare anzünden	2	,6	,6	98,7
Tritte mit präparierten Stiefeln	1	,3	,3	99,0
Malträtieren über längeren Zeitraum	1	,3	,3	99,4
Eisenkette	1	,3	,3	99,7
Handschuhe mit Sand- oder Bleieinlagen	1	,3	,3	100,0
Gesamt	314	100,0	100,0	

11.3.3 Fallsammlung Tatschwere rechts NRW 2003–2006

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
keine Einstufung	392	70,6	70,6	70,6
Steine/Flaschen werfen	43	7,7	7,7	78,4
Kopfschläge mit Gegenstand	27	4,9	4,9	83,2
Tritte gegen am Boden Liegenden	17	3,1	3,1	86,3
Kopftritte mit Schuhen	11	2,0	2,0	88,3
Kopfstoß	10	1,8	1,8	90,1
Messer/Gabel	9	1,6	1,6	91,7
Schläge mit Gegenstand auf Körper	9	1,6	1,6	93,3
Tritt in Unterleib	5	,9	,9	94,2
Angriff mit abgebrochener Flasche	4	,7	,7	95,0
Hund auf Person hetzen	4	,7	,7	95,7
Kopf gegen Wand/Mast	3	,5	,5	96,2
Kopftritte mit präparierten Stiefeln	2	,4	,4	96,6
vor fahrendes Fahrzeug stoßen	2	,4	,4	96,9
Ritzen mit Messer/Schlüssel	2	,4	,4	97,3
Tritte mit „normalen“ Schuhen gegen Körper	2	,4	,4	97,7
Mehrere Faustschläge (mit erheblichen Verletzungen) gegen Kopf	2	,4	,4	98,0
Weichteilschläge mit Gegenstand	1	,2	,2	98,2
Tritte mit präparierten Stiefeln	1	,2	,2	98,4
Verbrennungen	1	,2	,2	98,6
Würgen	1	,2	,2	98,7
Wurf mit Fahrrad	1	,2	,2	98,9
Zwillenschuss	1	,2	,2	99,1
Schlag auf (Klein-)Kind	1	,2	,2	99,3
Aus Straßenbahn/Bus herunterstoßen	1	,2	,2	99,5
Kopfschuss (CO2-Gewehr)	1	,2	,2	99,6
Schuss (CO2-Gewehr)	1	,2	,2	99,8
Schlag mit abgebrochener Flasche, Glas gegen Körper	1	,2	,2	100,0
Gesamt	555	100,0	100,0	

11.3.4 Fallsammlung Tatschwere Konfrontationsgewalt links Sachsen 2003–2006

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
keine Einstufung	129	52,2	52,2	52,2
Steine / Flaschen werfen	105	42,5	42,5	94,7
Kopfschläge mit Gegenstand	4	1,6	1,6	96,4
Angriff mit abgebrochener Flasche	3	1,2	1,2	97,6
Kopftritte mit Schuhen	2	,8	,8	98,4
Tritt in Unterleib	2	,8	,8	99,2
Tritte gegen am Boden Liegenden	1	,4	,4	99,6
Kopfstoß	1	,4	,4	100,0
Gesamt	247	100,0	100,0	

11.3.5 Fallsammlung Tatschwere Konfrontationsgewalt links NRW 2003–2006

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
keine Einstufung	199	65,7	65,7	65,7
Steine/Flaschen werfen	65	21,5	21,5	87,1
Kopfschläge mit Gegenstand	12	4,0	4,0	91,1
Schläge mit Gegenstand auf Körper	9	3,0	3,0	94,1
Kopftritte mit Schuhen	6	2,0	2,0	96,0
Tritte gegen am Boden Liegenden	6	2,0	2,0	98,0
Tritte mit „normalen“ Schuhen gegen Körper	2	,7	,7	98,7
Angriff mit abgebrochener Flasche	1	,3	,3	99,0
Kopfstoß	1	,3	,3	99,3
Tritt in Unterleib	1	,3	,3	99,7
Wurf mit Tisch	1	,3	,3	100,0
Gesamt	303	100,0	100,0	

11.4 Schaubilder

Schaubild 51: PMK-GDliKonf über PMK-GDreKonf

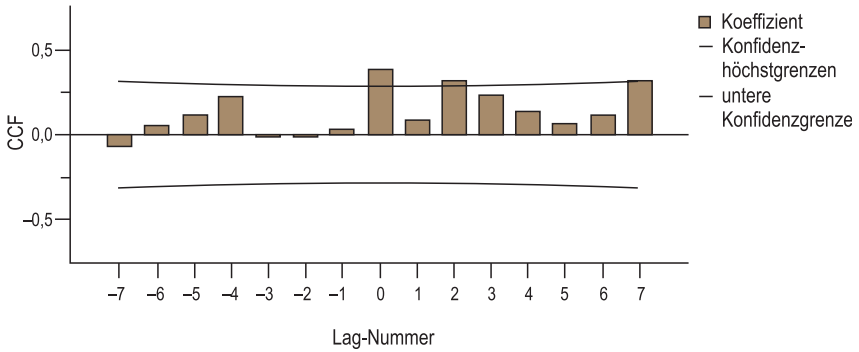


Schaubild 52: PMK-GDre über PMK-GDliKonf

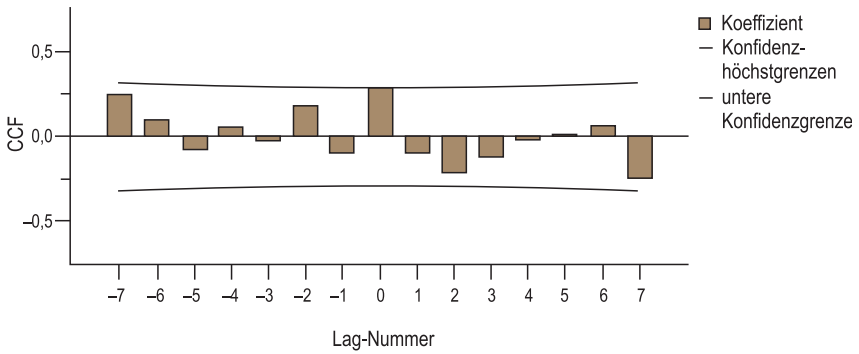


Schaubild 53: PMK-GDliKonfTag über PMK-GDreKonfTag

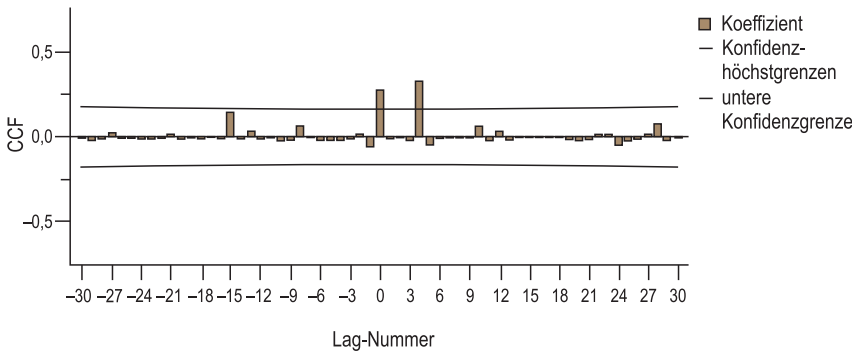


Schaubild 54: PMK-GDliKonf über PMK-GDreKonf

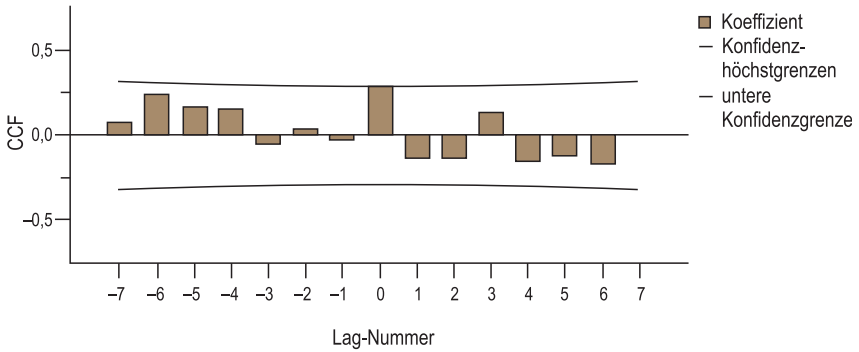


Schaubild 55: Fehler für PMK-GDre von ARIMA, MOD_3, CON über PMK-GDliKonf

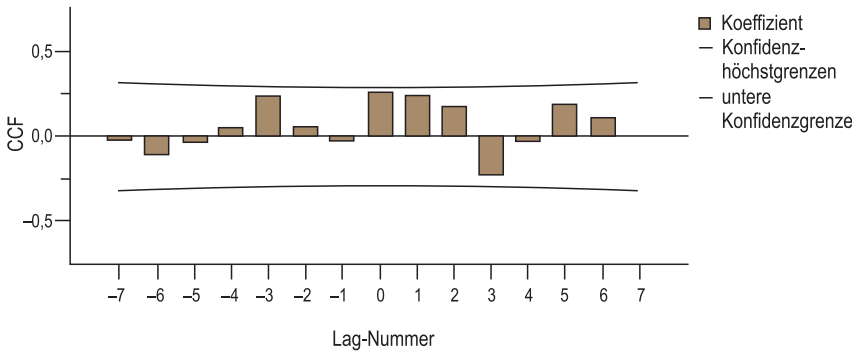


Schaubild 56: Fehler für PMK-GDliKonfTag über Fehler für PMK-GDreKonfTag

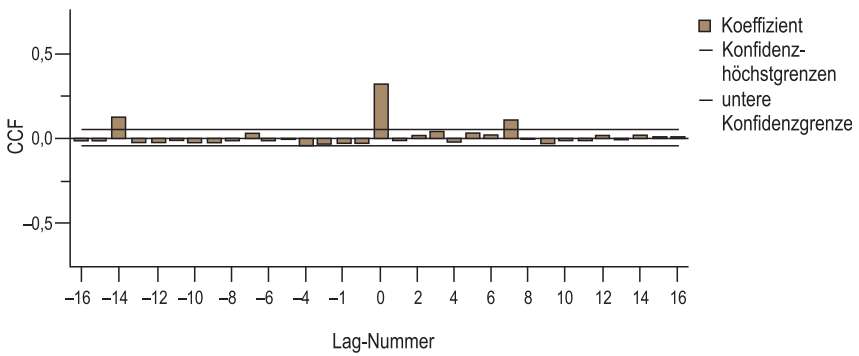


Schaubild 57: Fehler für PMK-GDreTag über Fehler für PMK-GDlinKonfTag

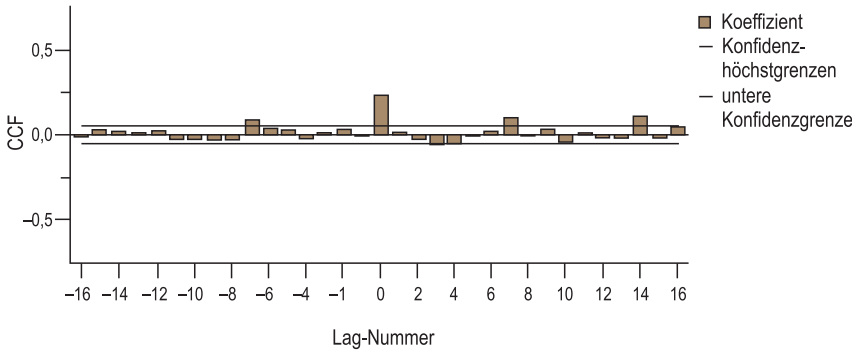


Schaubild 58: Fehler für Medien von ARIMA, MOD_1, CON über PMK-GDreKonf

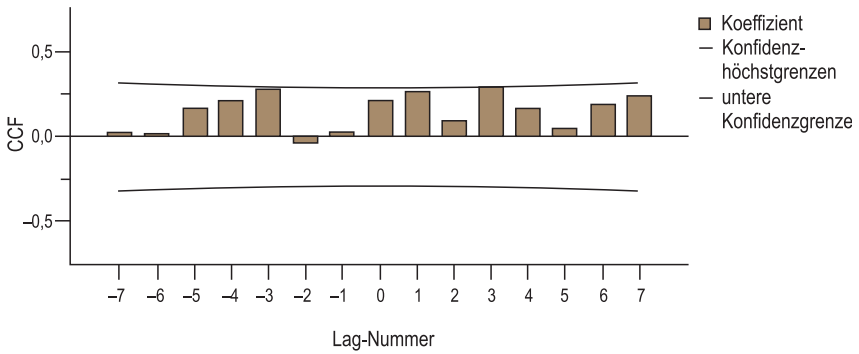


Schaubild 59: Fehler für Medien von ARIMA, MOD_1, CON über PMK-GDliKonf

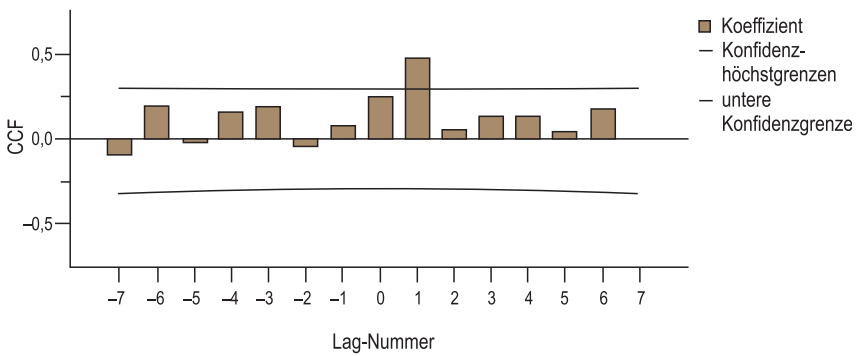


Schaubild 60: Fehler für Medien über Fehler für PMK-GDre

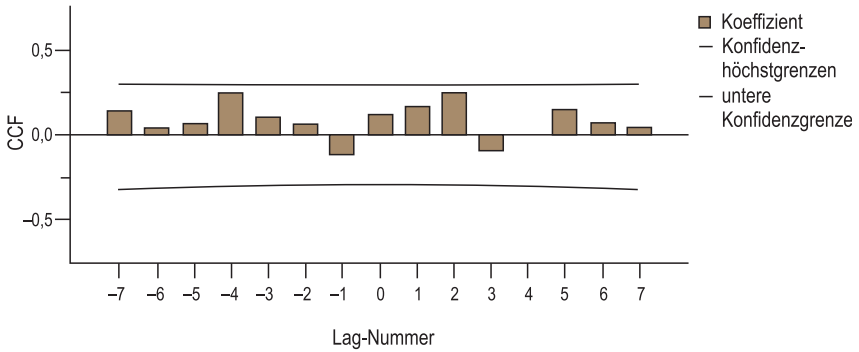


Schaubild 61: Fehler für Medien über PMK-GDreKonf

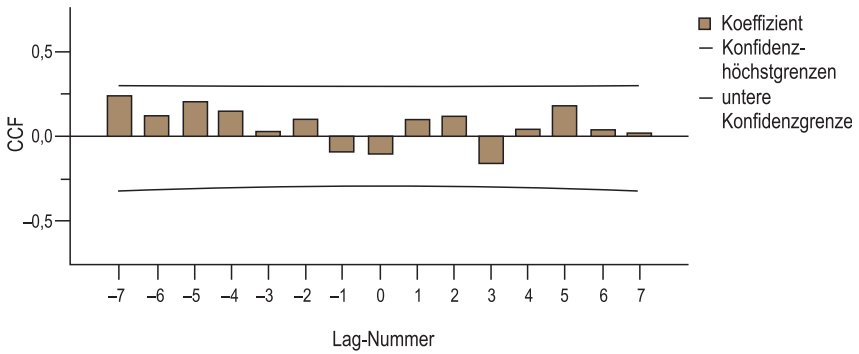


Schaubild 62: Fehler für Medien über PMK-GDliKonf

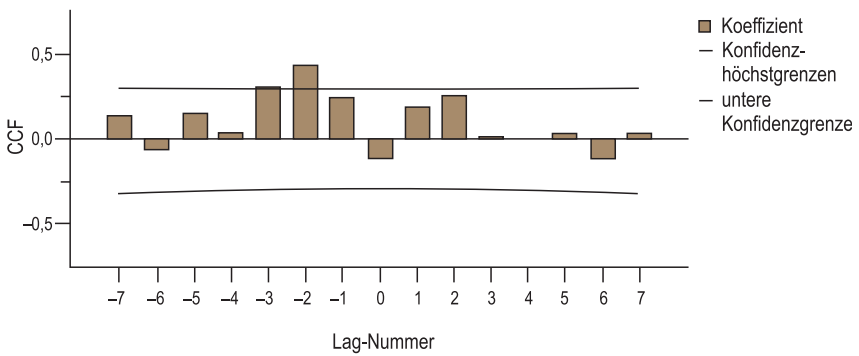


Schaubild 63: Europawahl 2004 in NRW und rechte Gewalt auf Kreisebene

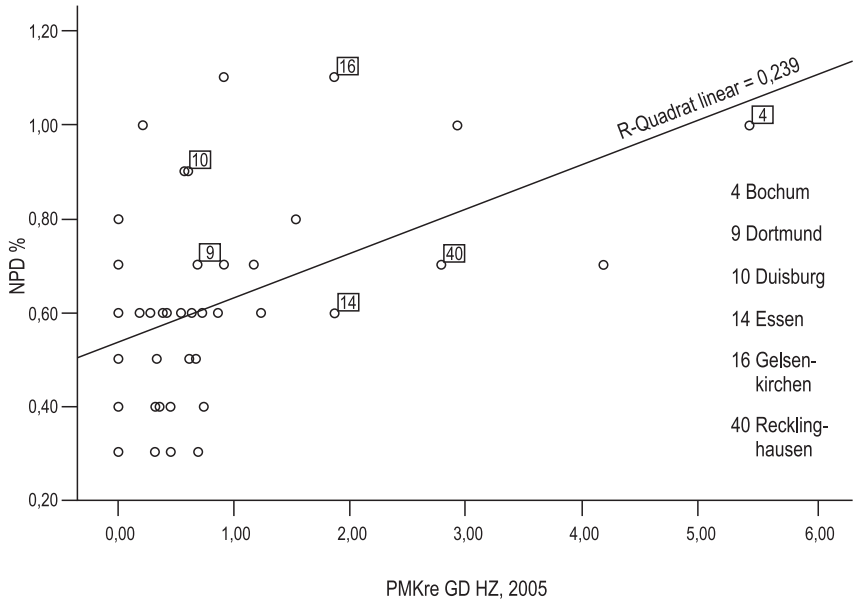


Schaubild 64: Zeitreihe Skinheadkonzerte (Skinkon)

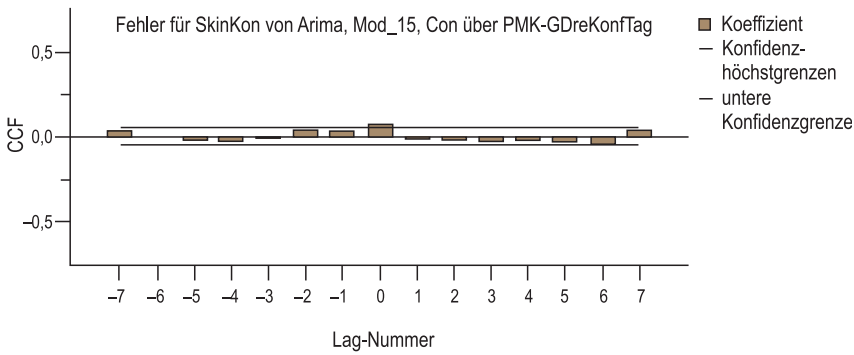
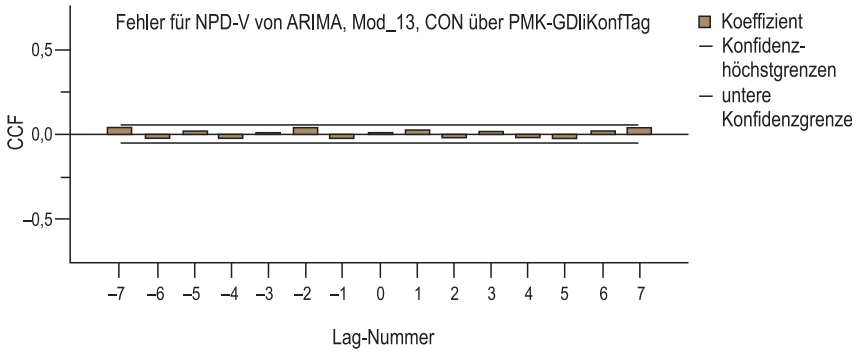


Schaubild 65: Zeitreihe NPD-Veranstaltungen (NPD-V)



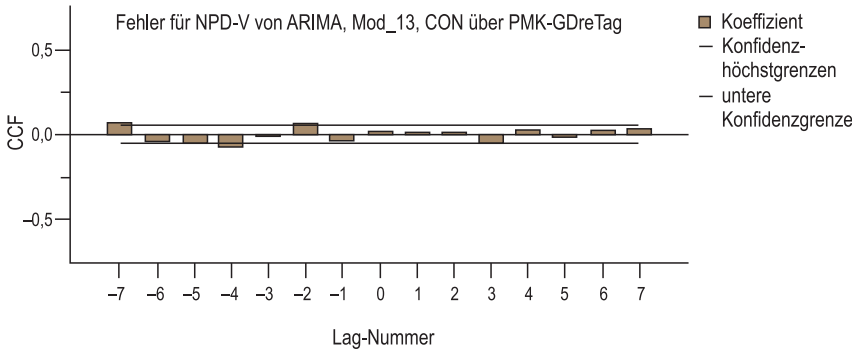
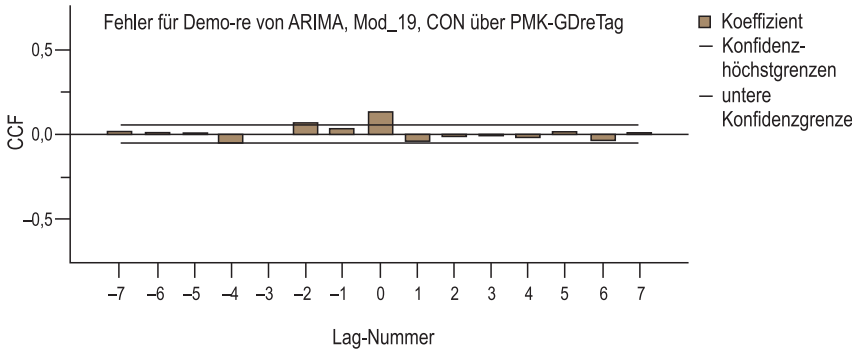


Schaubild 66: Zeitreihe Demonstrationen rechts (Demo-re)



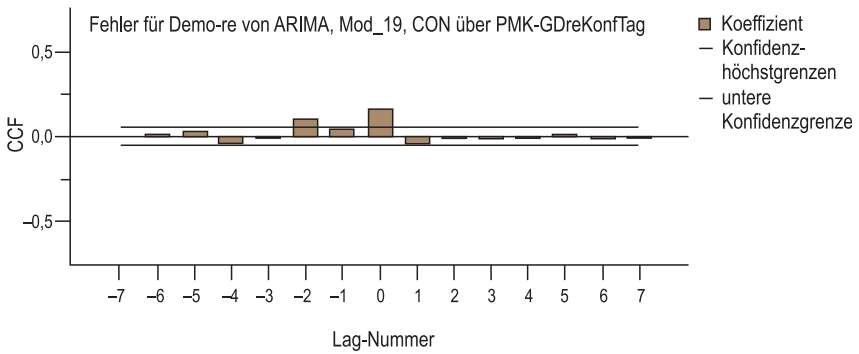


Schaubild 67: Zeitreihe Demonstrationen rechte und linke Konfrontationsgewalt

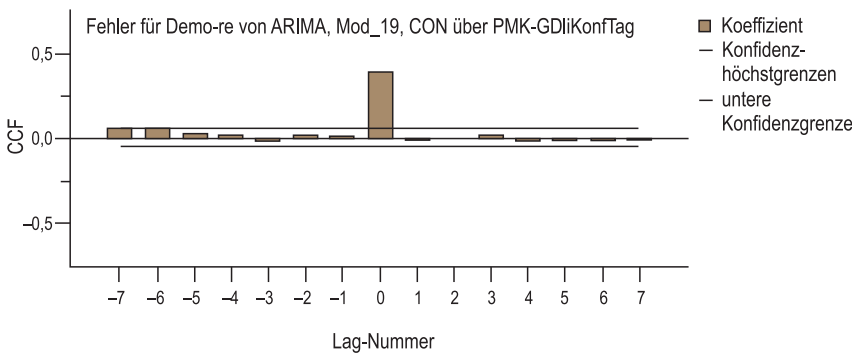
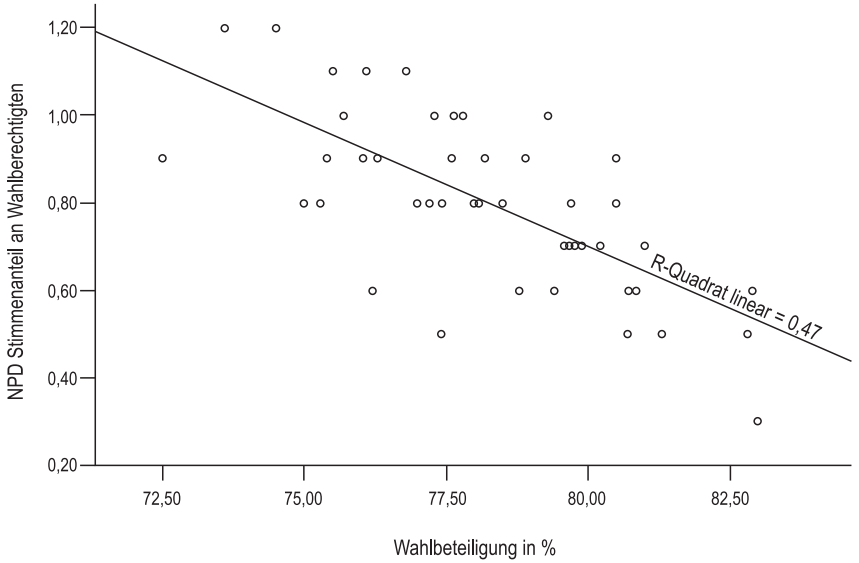


Schaubild 68: Wahlbeteiligung und NPD-Stimmen Bundestagswahl 2005, NRW



11.5 Tabellen

Tabelle 28: Kreuzkorrelationen der Zeitreihen sächsischer Kontextdaten mit Zeitreihen der PMK-Gewalt

Zeitreihe	signifikante CCF	lag
Skinkon auf *PMK-GDreTag*	0,075	0
Skinkon auf *PMK-GDreKonfTag*	0,071	0
NPD-V auf *PMK-GDreTag*	0,06 und 0,07	-2 und –7
NPD-V auf *PMK-GDreKonfTag*	0,06 und 0,07	-2 und –7
NPD-V auf *PMK-GDliKonfTag*	–	–
Demo-re auf *PMK-GDreTag*	0,143	0
Demo-re auf *PMK-GDreKonfTag*	0,156	0
Demo-re auf *PMK-GDliKonfTag*	0,385	0

Tabelle 29: Einfache Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in Sachsen

	Europawahl 2004		Landtagswahl 2004		Bundestagswahl 2005	
	Stan. Beta	Varianz-aufkl. R^2	Stan. Beta	Varianz-aufkl. R^2	Stan. Beta	Varianz-aufkl. R^2
Beschäftigte Arbeiter	0,440	0,193	0,626	0,392	0,526	0,277
Anteil der Schul-abgänger mit Abitur	–0,292	0,086	–0,627	0,393	–0,637	0,406
Beschäftigte unter 35	–0,074	0,006	–0,281	0,079	–0,316	0,100
Arbeitslosenquote	–0,111	0,012	–0,015	0,000	–0,082	0,007
Jugendarbeits-losigkeit	–0,004	0,000	0,043	0,002	0,039	0,002
Männer/ Frauen-Ratio 18–25	0,460	0,165	0,661	0,437	0,746	0,557
Kriminalität	–0,415	0,172	–0,632	0,400	–0,561	0,315
						N=29

Tabelle 30: Multivariate Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in Sachsen

	Europawahl 2004		Landtagswahl 2004		Bundestagswahl 2005	
	Stan. Beta	Varianz-aufkl R^2	Stan. Beta	Varianz-aufkl. R^2	Stan. Beta	Varianz-aufkl. R^2
Beschäftigte Arbeiter	0,419	0,062	0,019	0,506	–0,090	0,534
Anteil der Schul-abgänger mit Abitur	0,004		–0,443		–0,311	
Beschäftigte unter 35	0,094		0,383		0,242	
Männer/Frauen-Ratio	0,245		0,579		0,778	
Kriminalität	0,099		–0,046		0,067	
						N=29

Tabelle 31: Einfache Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in NRW

	Europawahl 2004		Landtagswahl 2005		Bundestagsw. 2005	
	Stan. Beta	Varianz-aufkl R^2	Stan. Beta	Varianz-aufkl R^2	Stan. Beta	Varianz-aufkl R^2
	0,227	0,051	0,265	0,070	0,476	0,211
Anteil der Schul-abgänger mit Abitur	–0,149	0,022	–0,095	0,009	–0,331	0,109
Beschäftigte unter 35	–0,342	0,117	–0,064	0,004	–0,367	0,135
Arbeitslosenquote	0,639	0,408	0,660	0,435	0,577	0,332
Jugendarbeitslosig-keit	0,512	0,262	–0,130	0,017	0,590	0,348
Männer/ Frauen-Ratio 18- 25	–0,096	0,009	0,119	0,014	0,222	0,049
Ausländeranteil	0,270	0,073	0,059	0,004	0,225	0,051
						N=54

Tabelle 32: Multivariate Regression, abhängige Variable: NPD-Wahlergebnis in NRW

	Europawahl 2004		Landtagswahl 2005		Bundestagsw. 2005	
	Stan. Beta	Varianz-aufkl R^2	Stan. Beta	Varianz-aufkl. R^2	Stan. Beta	Varianz-aufkl. R^2
Arbeitslosenquote	0,535	0,551	0,648	0,463	0,398	0,664
Jugendarbeitslosig-keit	0,150		–0,069		0,109	
Beschäftigte Arbeiter	0,261		0,330		0,470	
Beschäftigte unter 35	–0,384		–0,156		–0,415	
Anteil der Schul-abgänger mit Abitur	0,168		0,113		0,022	
Ausländeranteil	0,065		0,069		0,178	
						N=54

Tabelle 33: Einfache Regression, abhängige Variable:
Gewaltdelikte rechts je 100.000 EW Sachsen 2003–2006

	Standard. Beta	Varianzaufklärung R^2
Arbeitslosenquote	–0,031	0,001
Jugendarbeitslosigkeit	0,051	0,003
Männer/Frauen-Ratio 18–25	0,037	0,001
Anteil der Schulabgänger mit Abitur	0,152	0,023
Beschäftigte unter 35	–0,085	0,007
Kriminalität (ohne PMK)	0,058	0,003
Gewaltkriminalität (ohne PMK)	–0,014	0,000
Beschäftigte Arbeiter	–0,189	0,036
Anteil geringqualifizierter Beschäftigter	–0,157	0,025
Anteil ohne Schulabschluss	0,004	0,000
		N=29

Tabelle 34: Einfache Regression, abhängige Variable: Gewaltdelikte rechts
Gewaltdelikte rechts je 100.000 EW NRW 2003–2006

	Standard. Beta	Varianzaufklärung R^2
Arbeitslosenquote	0,565	0,319
Jugendarbeitslosigkeit	0,178	0,032
Männer/Frauen-Ratio 18–25	–0,322	0,104
Anteil der Schulabgänger mit Abitur	0,225	0,051
Beschäftigte unter 35	0,019	0,000
Anteil geringqualifizierter Beschäftigter	–0,376	0,141
Anteil ohne Schulabschluss	0,321	0,103
beschäftigte Arbeiter	–0,214	0,046
		N=54

Tabelle 35: Multivariate Regression, abhängige Variable: abhängige Variable: Gewaltdelikte rechts 2003–2006 je 100.000 EW in NRW

	Standard. Beta	Varianzaufklärung R^2
Arbeitslosenquote	0,520	0,442
Anteil geringqualifizierter Beschäftigter	–0,363	
Männer/Frauen-Ratio 18–25	–0,101	
Anteil der Schulabgänger mit Abitur	0,065	
Anteil ohne Schulabschluss	0,054	
		N=54

11.6 Abkürzungsverzeichnis

AA/BO	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation
ACF	Autokorrelationskoeffizient
AG	Amtsgericht
AGF	Ausländer Gangster Fighters
AN	Autonome Nationalisten
ANA	Autonome Neuköllner Antifa
ANB	Autonome Nationalisten Berlin
Antifa	Antifaschismus
AO	Aufbauorganisation
AO/OET	Aufbauorganisation oberes Elbtal
AO/UET	Aufbauorganisation unteres Elbtal
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARIMA	Auto-Regressive Integrated Moving Average
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGH	Bundesgerichtshof
BKA	Bundeskriminalamt
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CCF	Kreuzkorrelationskoeffizient
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
Demo-re	Zeitreihe Demonstrationen rechts
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DSS	Division Sächsischer Sturm
DVU	Deutsche Volksunion
EW	Einwohner
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FDP	Freie Demokratische Partei
GBA	Generalbundesanwalt
GDliKonfTag	Linke Gewaltdelikte mit dem Themenfeld „Konfrontationsgewalt“ (auf Tagesbasis)

GDreTag	Rechte Gewaltdelikte (auf Tagesbasis)
GDreKonfTag	Rechte Gewaltdelikte mit dem Themenfeld „Konfrontationsgewalt“ (auf Tagesbasis)
Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
GSH	Neusser Geschwister-Scholl-Haus
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
HZ	Häufigkeitszahl
IM	Innenministerium
JLO	Junge Landsmannschaft Ostdeutschland
JN	Junge Nationaldemokraten
KfN	Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen
KPMD	Kriminalpolizeilicher Meldedienst
KTA	Kriminaltaktische Anfragen
KTP	Kameradschaft Tor Berlin
KZ	Konzentrationslager
KKK	Ku-Klux-Klan
Lex	Linksextrem
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz
LG	Landgericht
LKA	Landeskriminalamt
MdL	Mitglied des Landtages
mg	militante gruppe
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NB	Nationales Bündnis Dresden
NL	Nationale Liste
NOS	Nationale Offensive Schaumburg
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPD-V	Zeitreihe NPD-Veranstaltungen
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
OKF	Ostkontrollfahrt
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OStA	Oberstaatsanwalt
PACF	Partieller Autokorrelationskoeffizient

PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PG-F	Projektgruppe Früherkennung
PISA	Programme for International Student Assessment
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
RAF	Rote Armee Fraktion
REP	Die Republikaner
Rex	Rechtsextrem
RVR	Regionalverband Ruhr
SARIMA	Seasonal Auto-Regressive Integrated Moving Average
SKR	Skinheadkontrollrunden
Skinkon	Zeitreihe Skinkonzerte
SMI	Staatsministerium des Inneren
SOKO	Sonderkommission
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRO	Skinheads Ravensburg Oberschwaben
SSS	Skinheads Sächsische Schweiz
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
V-Leute	Verbindungs-Leute
VS	Verfassungsschutz
WJ	Wiking Jugend
WSG	Wehrsportgruppe

11.7 Stichwortverzeichnis

1
14 Nothelfer 117, 140, 142
14 words 142

A
Abiturientenanteil 65
Abteilung Verfassungsschutz, Innenministerium NRW 2, 184
Agenturmeldungen 47
Aggregatdaten 32
Aggregatdatenanalyse 7
Alkoholisierung 120
Alkoholkonsum 131
Ambivalenz linker Militanz 171
American History X 120
Annaberg 94, 96
Anti-Antifa 25, 164
Anti-Antifa-Archiv 141
Anti-Antifa-Feindbilder 175
Anti-Antifa-Gewaltdiskurse 176
Anti-Antifa-Selbstbilder 173
Antideutsche 162, 168
Antifa Guerilla 171
Antifa-Feindbilder 168
Antifa-Gewaltdiskurse 169
Antifa-Selbstbilder 166
Antifaschismus 5, 31, 160
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) 162
Antiimps 168
Antikapitalismus 18
Antisemitisch, Themenfelder PMK 5
Antisemitische Gewaltdelikte 71, 85
Antisemitische Hassparolen bei schweren Gewaltdelikten 115, 119
AO/OET 141
AO/UET 141
Arbeitsgruppe Qualitätskontrolle PMK 30
Arbeitsmarktdaten 32
ARIMA-Verfahren 33
Aufbauorganisationen (AO) 141
Ausgrenzungs- und Liquidationsdiskurse 131
Ausländer Gangster Fighters (AGF) 130
Ausreißer 33
Autokorrelationen 34
Autokorrelationskoeffizient (ACF) 34
Autonome 23, 160–161, 185
Autonome Antifa (M) 162
Autonome Antifas 166
Autonome Nationalisten (AN) 7, 23, 122, 157, 166, 175, 183, 186–187
Autonome Nationalisten Berlin (ANB) 166
Autonome Neuköllner Antifa (ANA) 170
Autonomen-Szene in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und auf Bundesebene, Personenpotentiale 163
Autonomer Antifaschismus 162
Autonomes Zentrum Wuppertal-Elberfeld 123, 128
Autonomia 161
Autoregressive Prozesse 33

B
Backstreetnoise 132
Bautzen 94
Berichterstattung über Rechtsextremismus 51
Bevölkerungsanteil militanter Rechtsextremisten 8
Bewegungsforschung 7
Biographische Untersuchungen 16
Blood & Honour 21
Bochum 101, 140, 157, 188
Bordsteinkick 120, 142
Brand- und Sprengstoffanschläge 31, 38, 75, 88, 109

C
Chemnitz 94
Club 14 133
Copitzfront 122, 146
Cyberhate 119
Cyberhate-Materialien 117
Cyberhate-Medien 131

D
Datenaufbereitung 32
Datenbasis 29
Deeskalierende Faktoren 186
Dehumanisierende Hassparolen bei schweren Gewaltdelikten 115, 119
Dehumanisierung 169, 173
Delitzsch 94
Demo-re (rechte Demonstrationen), Zeitreihe 56
Demonstrationen 19, 51, 74, 81–82, 88, 96, 126, 185
Der Einblick 164
Der Heimatbote 142
Deutsche Stimme 19, 124, 165
Deutschland-Pakt 20
Deutschnationalismus 160
Dezentrales Konzept 163
Diskriminatorisch/xenophobe Hassparolen bei schweren Gewaltdelikten 115, 119
Division Sächsischer Sturm (DSS) 132, 149, 152
DKP 189
Döbeln 94
Dortmund 101, 186
Dresden 94
Dummy-Variable 35, 39
DVU 20

E
Einflussreiche Fälle 33
Einschüchterungseffekte 125
Einstand 142
Einwirkungsintensitäten von Gewalttaten 31
Einzeltaten 157
Einzeltäter 88
Eliminatorische Hassparolen bei schweren Gewaltdelikten 115, 119, 177
Eliminatorische Rechtsrock-Texte 116–117, 131, 152
Erfassung von Gewalttaten 29
Erfassungssystem Politisch motivierte Kriminalität (PMK) 4, 29
Eskalation 7
Eskalationsmodell 14
Eskalative Sequenz 127
Essen 101
Ethnonationalismus 18
Europawahl 54
Experteninterviews 184–185
Expressives Gewalthandeln 16
Extremismus 4, 29, 112
Extremismus, Erfassungsproblem 14, 114
Exzessive Tatbegehung 128, 171
Exzessive Tatbegehung, Mordfall Potzlow 120, 131

F
Fall- und Täterzahlen schwerer rechter Gewalt 110
Fallsammlung Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links Sachsen 83
Fallsammlung Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links, NRW 92
Fallsammlung Tatschwere I-III rechts NRW 90
Fallsammlung Tatschwere I-III rechts Sachsen 78
Fallsammlungen Tatschwere 207–211
Faschismus 160
Freiberg 94
Freie Kräfte 165, 188
Freie Nationalisten 20, 166, 174
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 20

Fremdenfeindlich, Themenfeld PMK 5, 31
Fremdenfeindliche Gewaltdelikte 71, 85, 157
Fremdenfeindliche Motivation bei schweren Gewaltdelikten 113, 118
Froindschaft 142

G
Gabba 130
Gefährliche Körperverletzungen 76
Gelegenheitsstrukturansatz 7
Gelegenheitsstrukturelle Muster 74
Gelegenheitsstrukturen 96
Gelsenkirchen 101, 140, 157–158, 188
Genuine Gewaltanalysen 10
Geplanten Taten 75
Gerichtsakten 108
Gerichtsaktenanalyse 108
Gerichtsverfahren 186
Gewaltbegriff 5
Gewaltbelastungen nach Häufigkeitszahl 32
Gewaltbereite Rechtsextremisten, Bevölkerungsanteile 166
Gewaltbereite Rechtsextremisten, Personenpotentiale 22
Gewaltbereite Rechtsextremisten, Szene-Entwicklung 164–166
Gewaltbereitschaft 6
Gewaltdelikte nach HZ, NRW 101–102
Gewaltdelikte nach HZ, Sachsen 94
Gewaltdelikte nach PKS und PMK 30
Gewaltdelikte nach Rechtsnorm 77, 81, 89, 92
Gewaltdiskurse, linke Szene 169–170
Gewaltdiskurse, rechte Szene 176–177
Gewaltsockel 14
Gewalttat, Aufzeichnung mit Handy 119
Gewalttaten und NPD-Mitglieder 60
Gewalttatenhäufungen Dresden 99
Gewalttatenhäufungen NRW 101
Gewalttatenhäufungen Sachsen 93–94
Gewalttatenhäufungen Sächsische Schweiz 100
Gleitmittelprozesse 33

H
Hammerskins 21
Hardcore 22
Hassgesang 178
Hassgewalt 25
Hasskriminalität, Gewaltdelikte 71, 85
Hasskriminalität, schwere Gewaltdelikte 114, 118
Hasskriminalität, Themenfelder bei rechter Gewalt NRW 85
Hasskriminalität, Themenfelder PMK 5
Hassmedien 112
Hassparolen 112, 115, 119, 188
Hate Crime-Forschung 150
Hate'n Roll 142
Hatecore 22, 133
Heterophobie 5
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) 141, 186
Homogenisierung 23
Hooliganszene 116, 119, 188
Hoonara 116
Höxter 101
Hoyerswerda 94
Hypermaskuline Jugendkultur 16
Hypermaskuline Szenen 131

I
Ideologisierung 112, 116, 119
Indikatoren für politische Motivation schwerer Gewalttaten 113, 118
Initialtaten 121
Initialtaten von Linksmilitanten 126

Initiv-Gruppen 162
Instrumentelles Gewalthandeln 16
Intensivtäter 101, 104
Interaktionseffekte zwischen rechter und linker Gewalt 14
Interaktiv-dynamischer Charakter politisch motivierter Gewalt 10
Interaktive Verklammerungen bei schwerer Gewalt 126

J
Jugendsubkultur 21
Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) 132–134
Junge Nationaldemokraten (JN) 19, 134, 146, 164, 183–184

K
Kamenz 94
Kameradschaft Tor Berlin (KTB) 166
Kameradschaften 164, 174, 186–187
Kameradschaftszene 160
Kollinearität 33
Köln 101
Konfrontationsgewalt links und rechts, NRW 41–43, 86–87
Konfrontationsgewalt links und rechts, Sachsen 72–74, 94
Konfrontationsgewalt, Entwicklung 17, 24–28
Konfrontationsgewalt, schwere Fälle 121–122, 126–127
Konfrontation/Politische Einstellung gegen links, Themenfeld PMK 5
Konfrontation/Politische Einstellung gegen rechts, Themenfeld PMK 5
Konfrontation/Politische Einstellung gegen sonstige politische Gegner, Themenfeld PMK 5, 31
Konfrontation/Politische Einstellung, Themenfeld PMK 5
Konservative Revolution 160
Kopfschläge mit Gegenstand 83, 89
Kopftritte mit ‚normalen' Schuhen 83
Körperverletzungen 76
Korrelation 7
Korrelationsanalysen 35
Kraaker 162
Kreuzkorrelationen (CCF) 34
Kriminalitätsbelastung 64
Kriminalpolizeilicher Meldedienst Staatsschutz (KPMD-S) 29
Kriminalstatistik 33
Kriminaltaktische Anfrage in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KTA-PMK) 8, 30
Kriminologische Justizforschung 108

L
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 184
Landeskriminalamt Sachsen 184
Landesverband der NPD, NRW 157
Landesverband der NPD, Sachsen 19–20
Landfriedensbruchdelikte 75, 88
Ländliche Räume 100
Landser 149
Landtagswahl Sachsen 2004 19, 39–40, 52–53
Langzeitentwicklung politisch motivierter Gewalt 10–13
Langzeitverlauf linker Gewalt 11
Langzeitverlauf rechter Gewalt 10
Leipzig 94
Lineare Regression 33
Linke Szene, Begriffsbestimmung 6
Linksmilitante Konfrontationsbeiträge 126–127
Linksmilitanz, Gewaltdiskurse 169–171
Linkspartei 20

M
Manichäismus 23
Männer/Frauen-Ratio 64
Mediale Erregungswellen 47

Medien, unausgewogene Berichterstattung 188
Medien, Zeitreihen 47–49
Medienberichterstattung als Kontrollvariable 15
Mehrfach- und Intensivtäter 96–98, 104, 111, 187
Mehrfachbegehungen 111
Mehrfachbegehungen schwerer Gewalttaten 111
Meißen 94
militante gruppe (mg) 168
Militante Gruppen und NPD-Mitglieder, Entwicklung 61
Militanz, Begriffsbestimmung 6
Militanzdebatten, links 177
Mischphänomene, bei Szenen 22
Mittweida 94, 101, 125, 140, 165
MLPD 189
Mobilisationswellen 23
Modernisierungsopfer-Ansatz 69
Montagsdemonstrationen 126, 133
Multivariate Zusammenhänge 33
Münster 101

N
Nachahmungstaten 51
Nationale Liste (NL) 20
Nationale Offensive Schaumburg (NOS) 136
Nationaler Widerstand Ruhrgebiet 157
Nationales Bündnis Dresden (NB) 116, 126, 132–133
Nationalsozialismus 160
Nazi, Begriffsproblematik 169
Neonationalsozialistische Gruppen/Szenen 7
Neonazi 7
Nicht-Thematisierung politischer Motivationen und Kontexte bei Gerichtsakten 108
Nordrhein-Westfalen, Auswahlkriterien 8
NPD 18, 20, 24, 39, 41, 134–136, 186–187
NPD- und DVU-Demos 129
NPD- und DVU-Wahlerfolge 181
NPD-Bezüge zu schwerer Gewalt 131–132
NPD-Demonstrationen 119, 126, 158
NPD-freundliche Freie Nationalisten 181
NPD-Hochburg Riesa-Großenhain 94
NPD-Hochburgen 7, 96
NPD-Kreisverband Mittweida 152
NPD-Mitglieder und Gewaltbelastung 59
NPD-Mitglieder und gewaltbereite Szene 58
NPD-Mitgliedschaft bei Tätern schwerer Gewaltdelikte 116, 119
NPD-Ordnerdienst 24
NPD-Umfeld 176
NPD-V (Veranstaltungen), Zeitreihe 55
NPD-Verbotsverfahren 19, 131, 162, 164
NPD-Wahlerfolg, Sachsen 7, 185
NPD-Wahlergebnisse und rechte Gewalt in NRW 54
NPD-Wahlergebnisse und rechte Gewalt in Sachsen 53
NPD-Wahlergebnisse, sozialökonomische Faktoren 64
NPD-Wahlmobilisierungen 52, 131
NPD-Wahlpolitik 181
NS-affine Kameradschaften 19, 162
NS-affine Kameradschaften und gewaltbereite Rechtsextremisten in Nordrhein-Westfalen und Sachsen, Mitglieder und Bevölkerungsanteil 166
NS-affine Szene 7, 21–22, 24–25, 116, 119, 134, 136
NS-Vernichtungspolitik 178

O
Opferberatungsstellen 30
Opfergruppen 125
Ortskontrollfahrt (OKF) 123
Östliche Bundesländer 17

P
Pada, Rechtsrockband Mittweida 152
Partieller Autokorrelationskoeffizient (PACF) 34
PDS 19, 132, 189
Phänomenologie politisch motivierter Gewalt 10
Planendes und aufsuchendes Gewalthandeln 88, 120–121
PMK-Definitionssystem 4–5, 29–31, 112
PMK-GDliKonf (linke Gewaltdelikte mit dem Themenfeld Konfrontationsgewalt), Zeitreihe 39, 41
PMK-GDliKonfTag, Zeitreihe 56
PMK-GDre (alle rechten Gewaltdelikte), Zeitreihe 39, 41
PMK-GDreKonf (rechte Gewaltdelikte mit dem Themenfeld Konfrontationsgewalt), Zeitreihe 39, 41
PMK-GDreKonfTag, Zeitreihe 45–46, 55
PMK-Themenfeldkatalog 30
Podblanc.com 120
Politisch motivierte Kriminalität (PMK), Definition 4–5, 29
Politische Motivation 112
Politische Motivation, Indikatoren 112–113, 118
Polizeiliche Ersterfassung von Gewaltdelikten 29
Propaganda, rechtsextremistische 116
Propagandadelikte 62
Punker-Szene 24–25, 122, 127

R
Radikalisierung 24
Ragin 144
Rangkorrelationskoeffizient Kendalls Tau 35
Rassistisch, Themenfeld PMK 5
Rechte Gewalt in den Kreisen, Sachsen 52–53, 63
Rechte Gewalt und Demonstrationen 56–57, 75, 81–82, 89, 126
Rechte Gewalt und linke Konfrontationsgewalt, Tatorte und Wohnorte, Sachsen 97
Rechte Gewaltszenen, Expertensicht 186–188
Rechte Szene, Begriffsbestimmung 6
Rechts-Links-Tatschwerevergleich 83, 93
Rechts-Links-Vergleich 27, 91
Rechts-Links-Vergleich, Gewaltdiskurse 180
Rechtsrock 17, 116, 119
Rechtsrock-Szene 7, 177
Recklinghausen 101
redok 147
Regionale Trends rechter und linker Gewalt 94
Regionale Verteilungen rechter und linker Gewalt 93–94
Relative Deprivation 69
REP 19–20
Resonanzeffekte von Schlüsselereignissen 15
Rheinhardtsdorf-Schöna 96
Riesa-Großenhain 94
Rücklauf, Gerichtsakten 110–111
Ruhrgebiet, Verteilungen und Häufungen rechter Gewalt 101, 103

S
SA-Einheit Nr. 34 150
SA-Sturm Chemnitz 150
Sächsische Schweiz 93, 96, 100–101, 125, 134, 140, 165, 187
Sächsische Schweiz mit Tatverdächti-

gen-Wohnorten, Tatorten, NPD-Präsenz und Szenetreffpunkten 148
Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI); Verbotsverfügung „Sturm 34“ 150
Saisonale Einflüsse 33
SARIMA-Modell 34
Schlüsselereignis, Begriffsbestimmung 7
Schwere Gewalt, Begriffsbestimmung 6, 89
Schweregrad I-III der Einwirkungsintensität 90, 109
Schwerekategorien 79, 90
Schwerpunktregionen 96
Screwdriver 149
Serielle Abhängigkeiten 39
Siegener Bärensturm 136
Skinhead-Szene 7, 21, 23, 134, 160, 162, 164, 185
Skinhead-Szenezugehörigkeit 116, 119
Skinheadkontrollrunden (SKR) 124, 151
Skinheadkonzerte 55
Skinheads Ravensburg Oberschwaben (SRO) 152
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) 21, 61, 117, 122, 133, 140, 187
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), Ex-Aktivisten 146
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), Kerngruppe 141–142
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), Strukturen 154
Skinkon (Rechtsrockkonzerte), Zeitreihe 55
Sozial-ökonomische Faktoren und NPD-Wahlergebnisse 64
Sozial-ökonomische Faktoren und rechte Gewalt 67
Sozialstruktur 188
Spreegeschwader 149
Staatsanwaltschaft Dresden, Experteninterview 184–186
Stadt-Land-Gegensatz 65
Städtische Räume 99
Standarte 119
Stein-/Flaschenwurf 82–83, 89
Streifen 121
Streifenfahrten und -gänge mit schweren Gewaltdelikten 123–125
Sturm 34 21, 101, 116–117, 122, 124, 132, 134, 149, 151, 165, 187
Suggestions- und Anstiftungseffekten 15
Szene, Begriffsbestimmung 6
Szene- und Organisationszugehörigkeiten, Zuordnungsprobleme 16, 22–23, 116, 119
Szene-Literatur, Auswertung 160

T

Tat- und Täterforschung 15
Täter schwerer rechter Gewaltdelikte 111
Täter und Taten in den Kreisen, Sachsen 98
Täterkonstellation 75
Tatmittel 77, 89
Tatorte und Wohnorte von Tatverdächtigen (rechts), Sachsen 97
Tatorte, Dresden 99
Tatorte, Mittweida 155
Tatorte, NRW 88, 91, 104
Tatorte, Sachsen 74, 81
Tatorte, Sächsische Schweiz 100
Tatschwere 75, 91, 110–111
Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links NRW 93
Tatschwere I-III Konfrontationsgewalt links, Sachsen 84
Tatschwere I-III rechts, NRW 90
Tatschwere I-III rechts, Sachsen 79
Tatschwere-Index 31, 78, 112
Tatspezifik 74, 91
Tatzeiten 74, 88, 91

Themenfeldangaben 31
Themenfelder Konfrontation/Politische Einstellung 72–74, 86–88
Themenfelder politisch motivierter Kriminalität 5
Themenfelder rechter Gewalt, NRW 85
Themenfelder rechter Gewalt, Sachsen 70–72
Themenfelder schwerer rechter Gewalt in NRW 118
Themenfelder schwerer rechter Gewalt Sachsen 114
Tonstörung 117
Tötungsdebatte bei militanter Antifa 170
Transformationsfolgen 17
Trends politisch motivierter Gewalt 10, 35
Tritte auf am Boden liegende Person 83, 89

U
Überfälle 121–122
Unklare Interaktion 126

V
Varianz 32
Verlauf der Gewalttaten im Landkreis Sächsische Schweiz 145
Verlauf der Gewalttaten in Bochum und Gelsenkirchen 158
Verlauf der Gewalttaten in Mittweida 155
Verlauf politisch motivierter Gewalt 37–38, 71–72, 74, 85–86, 88, 93, 102
Verteilung rechter und linker Gewaltdelikte 71–73, 85–87, 102–103
Verzerrungstendenz bei Gerichtsakten 108
Vogtland 94
Volksfront von Rechts 20

W
Wahlkreise 32
WB-Versand 178
Wechselseitige Konfrontation 24, 44
Wehrsportgruppe 141
Weiß und Stolz 152
Weißeritzkreis 94
Weisse Wölfe 130
White Supremacy 144
Widerstand.Info 178
Widerstandskämpfer Mönchengladbach 135
Wiederholungs- und Intensivtäter 96, 104, 111–112
Wiking-Jugend (WJ) 141, 154
Wuppertal 101
www.NPD.de 123

X
XTC-Pillen 130

Z
Zeitreihen 39–41
Zeitreihenanalysen 33, 39, 41
Zionskirche 25
Züricher Autonomes Jugendzentrum 162
Zusammenarbeit mit der NPD 165
Zusammenhang, Demonstrationen und Gewaltdelikte 75, 81–82, 96
Zusammenhänge, bivariate und multivariate 33

11.8 Personenverzeichnis

A
Agethen, Manfred 160

B
Backes, Uwe 4, 17–18, 24, 26, 76
Baumann, Jürgen 5
Bergmann, Werner 6
Bobbio, Norberto 4
Box, G. E. P. 33
Brandstetter, Marc 18
Brosius, Hans-Bernd 15, 47

C
Cumic, Stephan 164

D
Dornbusch, Christian 21
Dünkel, Frieder 17

E
Eckert, Roland 7, 14–16, 23, 68
Erb, Rainer 23, 164
Esser, Frank 7, 15, 47

F
Frey, Gerhard 20
Frindte, Wolfgang 15–16, 68, 75
Füllgrabe, Uwe 153

G
Geng, Bernd 17
Göppinger, Hans 108
Grunenberg, Antonia 160
Gurr, Ted Robert 69

H
Hein, Lars 147
Heise, Thorsten 20
Heitmeyer, Wilhelm 69
Hoffmann, Uwe 18
Holzberger, Mark 30

J
Jenkins, G. M. 33
Jesse, Eckhard 24, 160

K
Kailitz, Steffen 69
Katsiaficas, George 162
Kehr, Karsten 19
Kempken, Norman Wolfgang 164
Kleffner, Heike 30
Kohlstruck, Michael 15, 30, 131
Kolthoff, Albrecht 147
Koopmans, Ruud 7
Kraske, Michael 143
Kreuzer, Arthur 29
Kühnen, Michael 164
Kunkat, Angela 17

L
Leichsenring, Uwe 144

M
Mariak, Volker 34, 39
Menhorn, Christian 21, 23, 25, 166
Meyer, Olaf 147
Minkenberg, Michael 7
Mletzko, Matthias 25, 170, 177
Möller, Hartwig 184
Möller, Kurt 21
Müller, Johannes 147
Münch, Anna Verena 30, 131

N
Neubacher, Frank 15, 108
Neubert, Ehrhart 160
Neumann, Jörg 15–16, 68, 75

O
Ohlemacher, Thomas 7

P
Pählich, Peter 184

R
Raabe, Jan 21
Rackow, Thomas 147
Rannacher, Helmut 24
Reis, Christa 23
Renn, Heinz 34, 39
Rucht, Dieter 11

S
Sattelberg, Thomas 146–147
Schaffrath, Martin 147
Schär, Jürgen 184
Scheufele, Bertram 15, 47
Schlierer, Rolf 20
Schroeder, Klaus 19
Schuhmacher, Nils 21
Schumann, Karl F. 108
Schwind, Hans Dieter 5–6
Singer, Jens Peter 29
Spier, Tim 7
Steglich, Henrik 18

T
Tegethoff, Ralph 20
Thein, Martin 164

U
Uhrlau, Ernst 24

V
Vahrenhold, Olaf 184
Virchow, Fabian 19
Voigt, Udo 18–20

W
Wahl, Klaus 15–16, 29, 68, 108–109
Werner, Christian 143
Wetzstein, Thomas A. 23
Wiegand, Michael 144
Willems, Helmut 108–109
Winkler, Jürgen W. 18
Worch, Christian 164, 172
Wulff, Thomas 20, 165
Würtz, Stefanie 15

12 Literaturverzeichnis

Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Ehrhart (Hg.): Der missbrauchte Antifaschismus. Freiburg/Basel/Wien 2002.

Archiv der Jugendkulturen (Hg.): Reaktionäre Rebellen – Rechtsextreme Musik in Deutschland. Berlin 2001.

Backes, Uwe: Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland – vergleichende Betrachtungen. In: *Politische Studien*-Sonderheft. München 2007, S. 31–43.

Backes, Uwe: Politische Extremismen – Begriffshistorische und begriffssystematische Grundlagen. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen 2006, S. 17–40.

Backes, Uwe: Antifaschismus – Anmerkungen zu Begriff und Geschichte. In: Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Ehrhart: Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Freiburg i. Brsg. 2002.

Backes, Uwe: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie. Opladen 1989.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1996.

Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007.

Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susann: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KfN. Hannover 2009:

Behnke, Joachim: Lassen sich Signifikanztests auf Vollerhebungen anwenden? In: *Politische Vierteljahresschrift,* 46 (2005), S. 16–26.

Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hg.): Neonazismus und rechte Subkultur. Berlin 1994.

Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung. Berlin 1994.

Box, G. E. P./Jenkins, G. M.: Time series analysis: Forecasting and control, 2. Aufl. San Francisco 1976.

Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg 2006.

Braune, Sven/Demuth, Christian/Hanisch, Norbert/Koch, Josephine/Schmidt, Barbara/Wendland, Alexander: Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 175–207.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): „Autonome Nationalisten“. Eine militante Randerscheinung. Berlin 2007.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten. In: Bundesministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Berlin 2004, S. 197–210.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus. Köln 2006.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Militante Linksextremisten rekrutieren Nachwuchs. Köln 1999.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lagebild (Aktualisierte Auflage). Köln 1998.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Militante Autonome – Charakteristika – Strukturen – Aktionsfelder (Aktualisierte Auflage). Köln 1997.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Gewaltbereite Autonome – Ziele, Strukturen, Aktionen (Stand April 1994). Köln 1994.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation. Köln 1993.

Bundeskriminalamt (BKA): Arbeitsbericht der Projektgruppe Früherkennung ST 1–PG-F unter Mitwirkung von KI 11 – FTE, IK 11/12 und Evaluierung. Stand: 12.12.2007 (VS-nfD). Meckenheim 2007a.

Bundeskriminalamt (BKA): Ausfüllanleitung zur Kriminaltaktischen Anfrage in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KTA-PMK). Stand: 18.06.2007 (VS-nfD). Meckenheim 2007b.

Bundeskriminalamt (BKA): Informationen zum polizeilichen Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität (PMK), Stand: 07.02.07. Meckenheim 2007c.

Bundeskriminalamt (BKA): Jahreslagebericht Politisch motivierte Kriminalität 2003 (VS-nfD). Meckenheim 2004.

Bundeskriminalamt (BKA): Abschlussbericht: Linksextremistisch initiierte Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten. Untersuchungszeitraum 1996–1999. Stand: April 2000 (VS-nfD). Meckenheim 2000.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin 2008.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2005. Berlin 2006.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1995. Bonn 1996.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Betrifft: Verfassungsschutz 1978. Bonn 1979.

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hg.): Erster periodischer Sicherheitsbericht (PSB), Kapitel 2.10 Politisch motivierte Kriminalität. Berlin 2001, S. 262–305.

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hg.): Zweiter periodischer Sicherheitsbericht (PSB), Kapitel 3.2. Politisch motivierte Kriminalität und Terrorismus. Berlin 2006, S. 134–193.

Bundeswahlleiter: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005. Sonderheft: Die Wahlbewerber für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 2005. Wiesbaden 2005.

Dornbusch, Christian/Raabe, Jan: RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Münster 2002.

Dünkel, Frieder/Geng, Bernd/Kunkat, Angela: Einstellungen und Orientierungen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald 2001.

Eckert, Roland: Gesellschaft und Gewalt – ein Aufriss. In: *Soziale Welt*, Nr. 3 (1993), S. 358.

Eckert, Roland/Willems, Helmut: Eskalation und Deeskalation sozialer Konflikte: Der Weg in die Gewalt. In: Heitmeyer,Wilhelm/Hagan, John: Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden 2002, S. 1457–1480.

Eckert, Roland/Reis, Christa/Wetzstein, Thomas (unter Mitarbeit von Bangert, Peter/Steinmetz, Linda)**:** „Ich will halt anders sein wie die anderen." Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher. Opladen 2000.

Eckert, Roland/Willems, Helmut/Würtz, Stefanie: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: Falter, Jürgen/Jaschke, Hans-Gert/Winkler, Jürgen: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996, S. 152–167.

Egg, Rudolf (Hg.): Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention. Wiesbaden 2006.

Egg, Rudolf (Hg.): Tötungsdelikte – mediale Wahrnehmung, kriminologische Erkenntnisse, juristische Aufarbeitung. Wiesbaden 2002.

Erb, Rainer: Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn 2006, S. 142–176.

Erb, Rainer: Ideologische Anleihen, Geschichtsbilder und Symbole rechtsextremer Jugendgruppen – „Neonazis" und „Skinheads". In: Backes, Uwe (Hg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln/Weimar/Wien 2003, S. 289–309.

Esser, Frank/Scheufele, Bertram/Brosius, Hans-Bernd (Hg.): Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht. Opladen 2002.

Falk, Bernhard: Der Stand der Dinge. Anmerkungen zum polizeilichen Lagebild Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. In: *Kriminalistik*, Nr. 1 (2001), S. 9–20.

Flemming, Lars: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen" zum „Aufstand der Unfähigen". Baden-Baden 2005.

Fricke, Gerhard/Engberding, Rainer O. M./Holz, Claus-Peter/Maaß, Hartwig/Schamberger, Karl-Heinz: Politische motivierte Straftaten. Bd. I: Linksextremismus und Rechtsextremismus. Reihe Lehr- und Studienbriefe Kriminologie. Hilden 1995.

Frindte, Wolfgang/Neumann, Jörg: Fremdenfeindliche Gewalttäter. Biographien und Tatverläufe. Wiesbaden 2002.

Füllgrabe, Uwe: Die Psychologie jugendlicher Gewalttäter. In: *Kriminalistik*, Nr. 4 (2004), S. 243–249.

Göppinger, Hans (bearbeitet von: Bock, Michael/Böhm, Alexander; unter Mitarbeit von: Kröber, Hans-Ludwig/Maschke, Werner)**:** Kriminologie. München 1997.

Graser, Peter/Fittkau, Karl-Heinz: Die Gewalt ist rechts. Jugendliche und heranwachsende Tötungsdelinquenten in Brandenburg und der Einfluss rechtsextremistischen politischen Gedankenguts. *Kriminalistik,* Nr. 1 (2008), S. 32–39.

Grunenberg, Antonia: Antifaschismus – ein deutscher Mythos. Reinbek 2003.

Gurr, Ted Robert: Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg. Düsseldorf/Wien 1970.

Haunss, Sebastian: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden 2004.

Heitmeyer, Wilhelm: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursache von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralysierung. In: *APZG*, B 2–3 (1993), S. 3–13.

Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur. Frankfurt a. M. 1999.

Infratest: Wahlreport**.** Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 18. September 2005. Berlin 2005.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2006. Düsseldorf 2007.

Jesse, Eckhard: Der gescheiterte Verbotsantrag gegen die NPD. Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 44 (2003), S. 292–301.

Kaase, Max: Politische Gewalt – Gesellschaftliche Bedingungen und politische Konsequenzen. In: Mochmann, Eckkehard/Gerhard, Ute: Gewalt in Deutschland – Soziale Befunde und Deutungslinien. München 1995, S. 17–37.

Kaillitz, Steffen: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004.

Katsiaficas, George: The Subversion of Politics. European Autonomous Social Movements and the Decolonization of Everyday Life. New Jersey 1997.

Kehr, Karsten: Die zweite Karriere. In: *Berliner Morgenpost* vom 5. August 1999.

Kleffner, Heike/Holzberger, Mark: War da was? Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straftaten. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 77 (1/2004).

Kohlstruck, Michael/Münch, Anna Verena: Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. Der Fall Schöberl. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn 2006, S. 302–336.

Kohlstruck, Michael: Rechtsextremistische Milieus und Gewalt. In: Radikalisierungsprozesse und extremistische Milieus. Ein Symposion des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Köln 2005, S. 4–12.

Kolthoff, Albrecht/Meyer, Olaf: Festnahmen nach SSS-Razzia. In: *Redok*, 05.04.2007.

Kraske, Michael/Werner, Christian: Starker Staat – oder: Trotz Verbot nicht tot? In: *Perspektive 21*, Nr. 12 (2007).

Kreuzer, Arthur: Kriminologische Aspekte der Tötungskriminalität. In: Egg, Rudolf (Hg.): Tötungsdelikte – Mediale Wahrnehmung, kriminologische Erkenntnisse, juristische Aufarbeitung. Wiesbaden 2002, S. 45–69.

Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg: *VS-Aktuell* 11/00. Stuttgart 2000, S. 3–9.

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV): Verfassungsschutzbericht 2006. Dresden 2007.

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV): Verfassungsschutzbericht 2004. Dresden 2005.

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV Sachsen): Verfassungsschutzbericht 1998. Dresden 1999.

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW): Gewaltdelikte der Politisch Motivierten Kriminalität – Rechts. Entwicklung, Tendenzen, Handlungsempfehlungen. Berichtszeitraum 2006 (VS-nfD). Düsseldorf 2007.

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW): Landeslagebild Polizeilicher Staatsschutz NRW. Ausgabe Januar-März 2005 (Vs-nfD). Düsseldorf 2005.

Lauterbach, Jörg: Staats- und Politikverständnis autonomer Gruppen in der BRD. Diss. phil., Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main 1999.

Leggewie, Claus/Meier, Horst (Hg.): Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben? Frankfurt a. M. 2002.

Macdevitt, Jack: Hate crime offenders: An expanded typology. In: *Journal of Social Issues*, 2 (2002) 58, S. 303–319.

Mariak, Volker/Renn, Heinz: Interventionsanalyse Kriminologischer Zeitreihen. In: Kury, Helmut (Hg.): Methodologische Probleme in der kriminologischen Forschungspraxis. Köln: 1982, S. 153–219.

Menhorn, Christian: „Autonome Nationalisten" – Generations- und Paradigmenwechsel im neonationalsozialistischen Lager? In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 19. Baden-Baden 2008, S. 213–225.

Menhorn, Christian: Skinheads – eine aussterbende Subkultur? Eine Jugendbewegung im Wandel der Zeit. In: Pfahl-Traughber, Armin/Rose-Stahl, Monika: Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch. Brühl 2007, S. 284–303.

Menhorn, Christian: Skinheads: Portrait einer Subkultur. Baden-Baden 2001.

Mletzko, Matthias: Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen – Unterschiede am Beispiel „Antifa" und „Anti-Antifa" dargestellt. In: *Kriminalistik,* Nr. 8–9 (2001), S. 543–548 und Nr. 10 (2001), S. 639–644.

Mletzko, Matthias: Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Mainz 1999.

Mletzko, Matthias: „Tötungsdebatte" unter militanten „Antifaschisten". In: *Informationsdienst Terrorismus/Extremismus/Organisierte Kriminalität,* Nr. 10 (1994), S. 1–5.

Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils: Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden 2007.

Neubacher, Frank: Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren. Mönchengladbach 1998.

Ohlemacher, Thomas: „Wechselwirkungen nicht ausgeschlossen": Medien, Bevölkerungsmeinung und fremdenfeindliche Straftaten 1991–1997. In: Dünkel, Frieder/Geng, Bernd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Möchengladbach 1999, S. 53–68.

Ooyen, Robert Chr. van: Die Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. In: Ders./Möllers, Martin H. W. (Hg.): Das Bundesverfassungsgericht im politischen System. Wiesbaden 2006, S. 333–349.

Pfahl-Traughber, Armin: Gewaltbereiter und gewalttätiger politischer Extremismus in Deutschland. Darstellung, Einschätzung und Vergleich des Gefahrenpotentials. In: *Kriminalistik,* Nr. 4 (2003), S. 202–208.

Rannacher, Helmut: Eine neue Dimension der Gewalt? Das Aufschaukeln von rechts- und Linksextremisten. In: *Magazin für die Polizei,* Nr. 206 (1993), S. 13–21.

Rucht, Dieter: Konfrontation und Gewalt. Verlauf, Struktur und Bedingungen unfriedlicher Proteste in der Bundesrepublik. In: Gerhards, Jürgen/Hitzler, Roland: Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt. Wiesbaden 1999, S. 352–378.

Scheuffele, Bertram: Zeitreihenanalysen in der Kommunikationsforschung. Stuttgart 1999.

Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung. München 2006.

Schumann, Karl F.: Jusitzforschung. In: Kaiser/Kerner/Sack/Schellhoss (Hg.): Kleines kriminologisches Wörterbuch. Heidelberg 1993, S. 204–210.

Schultze, Thomas/Gross, Almut: Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung. Hamburg 1997.

Schwarzmeier, Jan: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung. Göttingen 2001.

Schwind, Hans Dieter/Baumann, Jürgen u. a. (Hg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), Bd. I: Endgutachten und Zwischengutachten der Arbeitsgruppen, Bd. II: Erstgutachten der Unterkommissionen. Berlin 1990.

Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI): Verbotsverfügung vom 23.04.2007. Dresden 2007.

Senatsverwaltung für Inneres (SenInn), Abteilung Verfassungsschutz: Autonome Nationalisten (Stand Juni 2008). Berlin 2008.

Senatsverwaltung für Inneres (SenInn), Abteilung Verfassungsschutz: Rechte Gewalt in Berlin 2003–2006. Berlin 2007.

Senatsverwaltung für Inneres (SenInn), Abteilung Verfassungsschutz: Rechte Gewalt in Berlin. Berlin 2004.

Senatsverwaltung für Inneres (SenInn), Abteilung Verfassungsschutz: Rechtsextreme Skinheads. Berlin 2003.

Singer, Jens Peter: Erfassung der politisch motivierten Kriminalität in einem neuen Definitionssystem mit mehrdimensionalen Analysemöglichkeiten. In: *Kriminalistik,* Nr. 1 (2004), S. 32–37.

Spier, Tim: Regionale Varianz bei der Wahl der NPD – Eine wahlökologische Untersuchung zur Landtagswahl 2004 in Sachsen. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 75–102.

Thein, Martin: Biographisches Porträt: Christian Worch. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 18. Baden-Baden 2009, S. 204–214.

Thein, Martin: Der organisatorische Erneuerungsprozess als Bedingung für den Aufschwung des Neonazismus – Eine Vergleichende Betrachtung traditioneller Organisationsstrukturen und der „freien Kameradschaften". In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 211–231.

Trotha, Trutz von: Zur Soziologie der Gewalt. In: Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,* Sonderheft 37 (1997), S. 9–56.

Uhrlau, Ernst: Gibt es neue „Aufschaukelungs"-Phänomene? Abdruck in: *Informationsdienst Terrorismus/Extremismus/Organisierte Kriminalität (TEOK)*, Nr. 3 (1994), S. 2–5.

Virchow, Fabian: Dimensionen der „Demonstrationspolitik" der extremen Rechten in Deutschland. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn 2006, S. 68–101.

Wahl, Klaus (Hg.): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen 2003.

Wahl, Klaus: Entwicklungspfade von fremdenfeindlichen Tötungsdelinquenten. In: Egg, Rudolf (Hg.): Tötungsdelikte – Mediale Wahrnehmung, kriminologische Erkenntnisse, juristische Aufarbeitung. Wiesbaden 2002, S. 155–164.

Wahl, Klaus (Hg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern. Berlin 2001.

Wetzstein, Thomas A./Reis, Christa/Eckert, Roland: Die Herstellung von Eindeutigkeit. ‚Ethnozentrische' Gruppenkulturen unter Jugendlichen. In: Frieder Dünkel/Bernd Geng (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Dokumentation der Vorträge einer Tagung des Lehrstuhls für Kriminologie in Greifswald vom 22. bis 25. Oktober 1998. Mönchengladbach 1999, S. 139–176.

Willems, Helmut: Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern. Opladen 1997.

Willems, Helmut (zusammen mit **Eckert, Roland/Würtz, Stefanie/Steinmetz, Linda und Hill, Paul B.**)**:** Fremdenfeindliche Gewalt – Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. Opladen 1993.

Winkler, Jürgen W.: Ausländerfeindlichkeit im vereinigten Deutschland. In: Jürgen Falter/Oskar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen 2000, S. 435–476.

Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich. München 1999.

13 Autorenhinweise

Prof. Dr. Uwe Backes: Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, apl. Professor an der Technischen Universität Dresden. Forschungsschwerpunkte: Demokratietheorie, Ideologiegeschichte, vergleichende Extremismus- und Autokratieforschung.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.

Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (zusammen mit Eckhard Jesse), Bonn 1996.

Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen, im Auftrag des B'nai B'rith/München (zusammen mit Patrick Moreau), München 1994.

„Ein Gespenst geht um in Europa". Das Erbe kommunistischer Ideologien. Hg. mit Stéphane Courtois, Köln/Weimar 2002.

(Hg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln/Weimar 2003

Jahrbuch Extremismus und Demokratie (Hg. mit Eckhard Jesse), 1989 ff.

Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen 2006.

Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei (Hg. mit Henrik Steglich), Baden-Baden 2007.

Die Entzauberung der Extremisten? Erfolgsbedingungen der NPD im internationalen Vergleich, Konrad-Adenauer-Stiftung St. Augustin/Berlin 2008.

Communist and Post-Communist Parties in Europe (Hg. mit Patrick Moreau), Göttingen 2008.

Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa, Göttingen 2009.

Matthias Mletzko M. A.: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden. Forschungsschwerpunkt: Politisch motivierte Gewalt.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen – Unterschiede am Beispiel „Antifa" und „Anti-Antifa" dargestellt. In: Kriminalistik Nr. 8–9/01: 543–548 und Nr. 10/01: 639–644.

Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen. In: Backes, Uwe/ Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 11, Baden-Baden 1999: 180–199.

Polizei und Fremdenfeindlichkeit. Ergebnisse einer Befragung in einer westdeutschen Polizeidirektion (zusammen mit Cornelia Weins). In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform Nr. 2/1999: 77–93.

Die „AIZ“ – Ein neuer Exot in der Szene. Verwinkelte Denkstrukturen einer terroristischen Kleingruppe. In: Kriminalistik Nr. 4/96: 257–262 und Nr. 5/96: 323–327.

Die LaRouche-Organisation – In der Grauzone zwischen Extremismus, Sektenwesen und politischem Exotentum. In: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 7, Baden-Baden 1995: 61–80.

Gibt es eine „neue RAF“? In: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 6, Bonn 1994 S. 194–206.

Jan Stoye M. A.: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden. Forschungsschwerpunkte: Politischer Extremismus, Politisch motivierte Gewalt, Statistische Methoden (Zeitreihenanalysen), QCA (Raginansatz), Rat der EU.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Die Beziehungen zwischen dem Ausschuss der Ständigen Vertreter beim Rat der EU und den Institutionen der Mitgliedstaaten, Norderstedt 2008.

Titelei BKA NPD-WahlMob 2:Layout 1 26.11.2009 10:53 Uhr Seite 1

NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt

Titelei BKA NPD-Wahlmob 2:Layout 1 26.11.2009 10:53 Uhr Seite 2

Polizei + Forschung
Bd. 39
Herausgegeben vom
Bundeskriminalamt (BKA)
Kriminalistisches Institut

Beirat:

Prof. Dr. Johannes Buchmann
Direktor des Center for Advanced Security Research Darmstadt

Wolfgang Gatzke
Direktor des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Manfred Hennecke
Präsident der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen

Waldemar Kindler
Landespolizeipräsident im Bayerischen Staatsministerium
des Innern

Klaus Neidhardt
Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei

Prof. Dr. Peter Wetzels
Professur für Kriminologie an der Rechtswissenschaftlichen
Fakultät der Universität Hamburg

Titelei BKA NPD-WahlMob 2:Layout 1 26.11.2009 10:53 Uhr Seite 3

Bundeskriminalamt

Uwe Backes
Matthias Mletzko
Jan Stoye

NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt

Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich

BKA

Luchterhand

Titelei BKA NPD-WahlMob 2:Layout 1 26.11.2009 10:53 Uhr Seite 4

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über **http://dnb.d-nb.de** abrufbar.

Alle Publikationen der BKA-Reihe Polizei + Forschung (ausgenommen VS-NfD-eingestufte Bände) sind im Internet im PDF-Format unter www.bka.de (Kriminalwissenschaften/Kriminalistisches Institut) eingestellt.

Projektleitung:
Dr. Uwe E. Kemmesies
Bundeskriminalamt
Kriminalistisches Institut
L/KI 11 - Forschungsstelle
Terrorismus/Extremismus

Rechtsmedizinische Beratung:
Dr. med. Joachim Reuhl

Alle Rechte vorbehalten
©2010 Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Köln.
Luchterhand – eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Satzoffizin Hümmer, Waldbüttelbrunn
Druck: Wilhelm & Adam, Heusenstamm
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfreiem Papier